



Statistisches Landesamt
RHEINLAND-PFALZ

02

2008

Statistische Monatshefte


Aus dem Inhalt:

Rheinland-Pfalz 2050

Zensus 2011



Statistik nutzen



Fotonachweis

T i t e l f o t o : MEV Verlag GmbH, Augsburg

Die Einwohnerzahl von Rheinland-Pfalz wird, sofern die Annahmen der mittleren Variante der Bevölkerungsvorausberechnung zutreffen, bereits mittelfristig um 3,2% sinken. Nach dieser Projektion beläuft sich der Einwohnerrückgang in den kreisfreien Städten bis 2020 auf 4,6%, in den Landkreisen wird er dagegen nur bei 2,7% liegen.

A u t o r e n f o t o s : Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

B e i l a g e : Broschüre über die Großregion Saar – Lor – Lux – Rheinland-Pfalz - Wallonie
„Statistische Kurzinformation“

Inhalt

kurz + aktuell	87
Erwerbstätigkeit ■ Industrie ■ Außenhandel ■ Gewerbeanzeigen Tourismus ■ Landwirtschaft ■ Bildung ■ Umwelt ■ Verkehr	
Rheinland-Pfalz 2050 – Zweite regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2006) Teil 2 – Regionale Ergebnisse	101
Regionale Sterblichkeitsunterschiede	113
Zensus 2011 – Erhebungsablauf und Aufgaben der Kommunen bei der nächsten Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung	129
Daten zur Konjunktur	140
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	165
Neuerscheinungen	175

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

56128 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de

Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201, ISSN: 0174-2914

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2008

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt

Zahl der Erwerbstätigen stieg im Jahr 2007 um 27 000

Die positive Konjunktorentwicklung hat sich im vergangenen Jahr auch günstig auf die Beschäftigung ausgewirkt. Einer ersten vorläufigen Berechnung des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ zufolge hatten im Durchschnitt des Jahres 2007 rund 1,82 Mill. Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Rheinland-Pfalz, 27 000 Personen bzw. 1,5% mehr als im Jahr 2006. Das war der kräftigste Zuwachs seit dem Jahr 2000. Im Jahr 2006 war die Beschäftigung mit einem Plus von 9 300 Erwerbstätigen bzw. 0,5% deutlich schwächer gestiegen. Im Jahr 2007 blieb die Entwicklung in Rheinland-Pfalz geringfügig unter dem Durchschnitt des gesamten Bundesgebiets, wo es eine Zunahme um 1,7% gab. In den alten Ländern ohne Berlin betrug der Anstieg 1,6%.

Die positive Entwicklung beruht vor allem auf der Zunahme sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse. Erste Auswertungen der Bundesagentur für Arbeit zeigen, dass deren Zahl am Ende des dritten Quartals um 2,1% über dem Vorjahresniveau lag. Dagegen hat sich die Zahl ausschließlich geringfügig entlohnter Beschäftigter, die in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen war, nur noch leicht erhöht. Die Zahl der Arbeitsgelegenheiten („Ein-Euro-

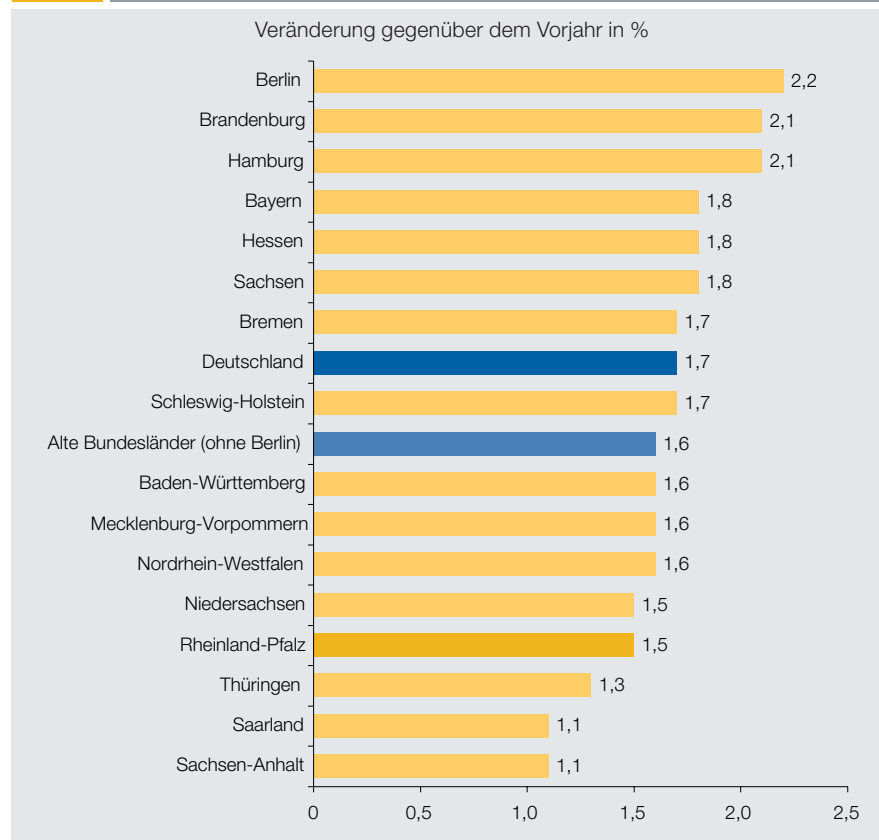
Jobs“), die Ende 2005 den bisherigen Höhepunkt erreicht hatte, lag nach vorläufigen Angaben der Bundesagentur für Arbeit in Rheinland-Pfalz im Jahresdurchschnitt 2007 um rund 900 unter dem Vorjahreswert. Eine Aufschlüsselung der Erwerbstätigen nach Selbstständigen (einschließlich mithelfenden Familienangehörigen) und Arbeitnehmern wird im Rahmen der zweiten Berechnung im März 2008 möglich sein.

Positiv ist auch zu bewerten, dass in allen Wirtschaftsbereichen eine Zunahme der Beschäftigung zu verzeichnen war. Im produzierenden Gewerbe, wo die Zahl der Erwerbs-

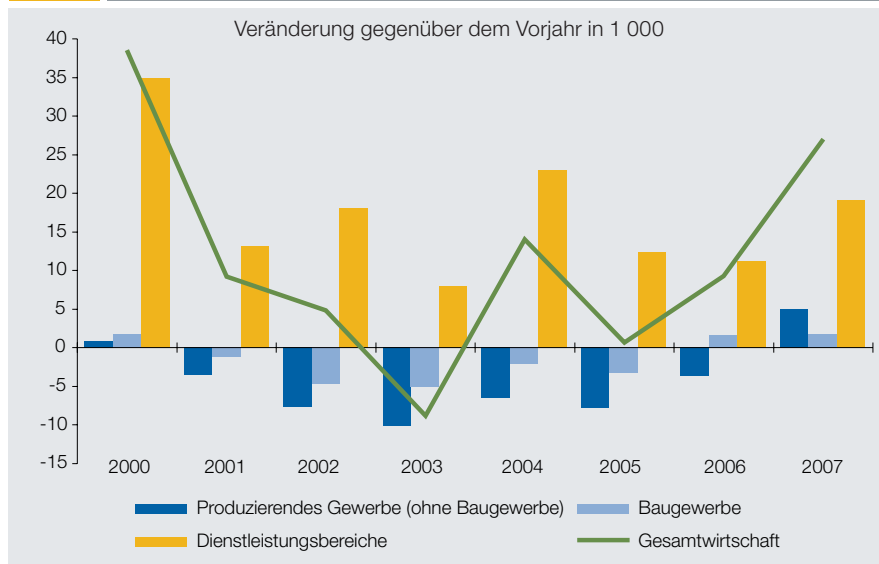
tätigen im Jahresdurchschnitt 2006 noch um 2 000 gegenüber dem Vorjahr gesunken war, kam es erstmals seit dem Jahr 2000 zu einem Anstieg, und zwar um 6 800 Arbeitsplätze bzw. 1,5%. Mit +1,7% lag der Zuwachs im Baugewerbe etwas höher als im übrigen produzierenden Gewerbe (+1,4%).

Deutliche Beschäftigungsgewinne gab es 2007 erneut in den Dienstleistungsbereichen. Insgesamt waren hier per Saldo 19 100 Personen mehr beschäftigt als ein Jahr zuvor; das entspricht einem Zuwachs um 1,5%. Zurückzuführen ist dieser Anstieg in erster Linie auf den Bereich „Fi-

Erwerbstätige am Arbeitsort 2007 nach Ländern



Erwerbstätige am Arbeitsort 2000–2007 nach Wirtschaftsbereichen



finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ (+3,5%). Im Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ war eine Beschäftigungszunahme um 1,1% zu verzeichnen, „Öffentliche und private Dienstleister“ legten um 0,9% zu. Zum Bereich „Öffentliche und private Dienstleister“ gehören neben der öffentlichen Verwaltung auch Erziehung und Unterricht, Gesundheitswesen, persönliche Dienstleistungen sowie häusliche Dienste; zum Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ zählen neben dem Kredit- und Versicherungsgewerbe die Dienstleister für Unternehmen, wie Softwarehäuser, Unternehmensberater, Ingenieurbüros u. Ä. Nicht zuletzt war auch in der Land- und Forstwirtschaft ein Zuwachs um 1 100 erwerbstätige Personen bzw. 2,2% festzustellen.

Die langfristige Betrachtung seit 1991 zeigt einen überdurchschnitt-

lichen Anstieg der Erwerbstätigkeit in Rheinland-Pfalz. Hierzulande lag die Zahl der Erwerbstätigen 2007 um 8,9% (knapp 149 000 Personen) über dem Niveau von 1991, während in den alten Bundesländern ohne Berlin ein Anstieg von 7,5% und in ganz Deutschland von 2,9% zu verzeichnen war.

Detaillierte Ergebnisse können auf der Internetseite des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung, dem das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz angehört, abgerufen werden (www.vgrdl.de).

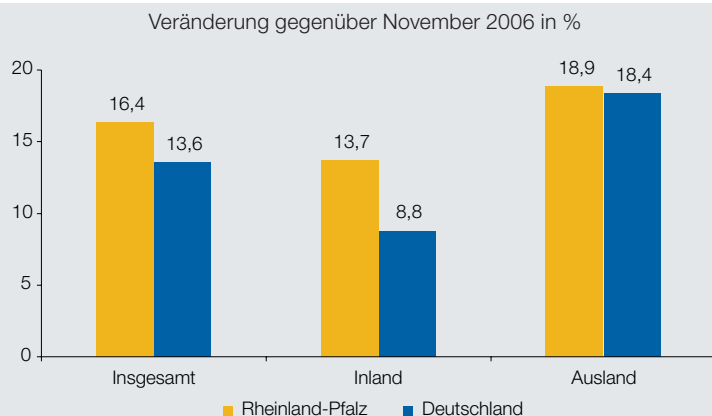
Die Ergebnisse beruhen auf der ersten Fortschreibung des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“, die sich auf aktuell verfügbare Basisstatistiken stützt. Die Darstellung der Erwerbstätigkeit erfolgt als durchschnittliche Zahl aller Erwerbstätigen nach dem

Inlandskonzept (Arbeitsortkonzept). Erfasst werden alle Personen, die im jeweiligen Gebiet ihren Wohn- und Arbeitsort haben, zuzüglich der außerhalb dieses Gebietes wohnenden Personen, die als Einpendler in diese Region ihren Arbeitsort erreichen. Zu den Erwerbstätigen rechnen alle Personen, die als Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Beamte sowie Heimarbeiter und geringfügig Beschäftigte) oder als Selbstständige einschließlich deren mithelfenden Familienangehörigen eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig von der Dauer der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden Arbeitszeit. Die Ergebnisse sind abgestimmt auf den Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom 2. Januar 2008.

Industrieraufträge in Rheinland-Pfalz weiterhin im Plus

Die rheinland-pfälzische Industrie hat auch im November 2007 deutlich mehr Aufträge erhalten. Die Auftragseingänge waren preisbereinigt 16,4% höher als im gleichen Monat des Jahres 2006. Die Bestellungen aus dem Ausland stiegen um knapp 19%, die Auftragseingänge aus dem Inland nahmen um 13,7% zu. Bundesweit war das Ordervolumen im November 2007 um 13,6% höher als ein Jahr zuvor. Die Bestellungen aus dem Ausland erhöhten sich um 18,4% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert, die aus dem Inland um 8,8%.

Auftragseingangsindex im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland im November 2007

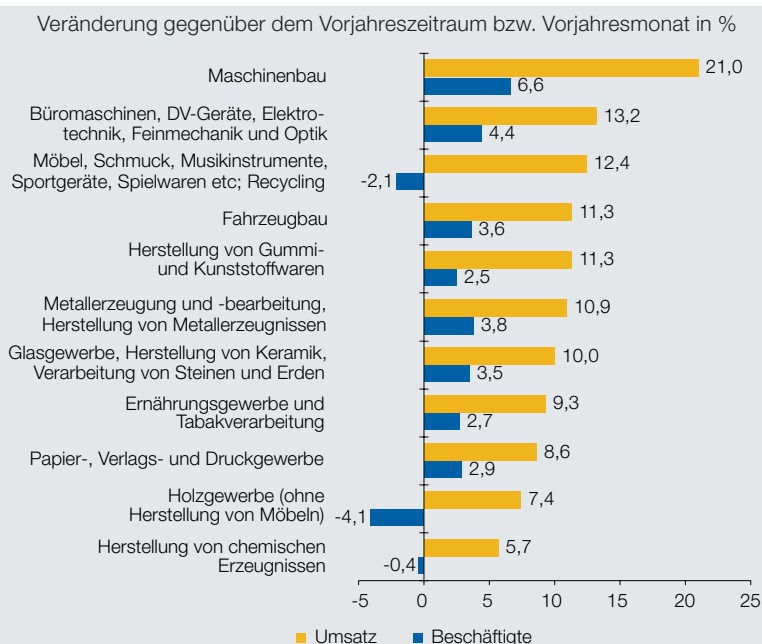


Die Daten stammen aus dem Monatsbericht für Betriebe im verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden, zu dem die Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten regelmäßig melden. Befragt werden rund 1 030 Betriebe. Der Auftragseingangsindex ist ein wichtiger Frühindikator zur Einschätzung der Wirtschaftsentwicklung.

Industrie erzielte in den ersten elf Monaten 10,1% mehr Umsatz

Umsatzwachstum schafft Arbeitsplätze

Umsätze von Januar bis November 2007 sowie Beschäftigte der rheinland-pfälzischen Industrie im November 2007 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe erzielten von Januar bis November 2007 einen Umsatz von fast 70 Mrd. Euro; das waren 10,1% mehr als im gleichen Zeitraum des Jahres 2006. Bundesweit lag das Umsatzwachstum bei 7,6%. Der Auslandsumsatz stieg in diesem Zeitraum in Rheinland-Pfalz um 11,8%, in Deutschland um 10,2%. Die Inlandsumsätze legten in Rheinland-Pfalz um 8,4% und deutschlandweit um 5,6% zu. In den rheinland-pfälzischen Betrieben erhöhte sich im November 2007 die Zahl der Arbeitsplätze um 6 290 bzw. 2,6% (Deutschland: +2,1%).

Der rheinland-pfälzische Fahrzeugbau verzeichnete starke Zuwächse beim Inlands- und Auslandsge- schäft; diese schlugen beim Gesamtordervolumen mit einer Steigerungsrate von über 40% gegenüber November 2006 zu Buche. Im Maschinenbau erhöhten sich die Auf-

tragseingänge um 20,5%. Die Aufträge bei den Herstellern chemischer Erzeugnisse legten um 8,1% zu, die Branche „Metallerzeugung und -bearbeitung“ um 2,1%. Die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren lagen 1% über dem Wert des Vorjahresmonats.

Der Maschinenbau erzielte in Rheinland-Pfalz eine Umsatzsteigerung von 21%. Der Fahrzeugbau sowie die Branche „Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen“ verbuchten einen Umsatzzanstieg von 11,3% bzw.

10,9%. Die Hersteller chemischer Erzeugnisse meldeten ein Umsatzplus von 5,7%.

Im November 2007 erwirtschafteten die rheinland-pfälzischen Betriebe Umsätze von 6,68 Mrd. Euro. Dies entsprach einer Steigerung von 6,3% gegenüber November 2006. Ins Ausland wurden Waren im Wert von 3,34 Mrd. Euro geliefert. Die Inlandsumsätze beliefen sich ebenfalls auf 3,34 Mrd. Euro. Daraus errechnet sich eine Exportquote von exakt 50%.

Rheinland-pfälzischer Außenhandel wuchs in den ersten neun Monaten 2007 überdurchschnittlich

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft exportierte von Januar bis September 2007 Waren im Wert von 30,6 Mrd.

Euro. Das waren 14,3% mehr als in den ersten neun Monaten 2006. Der Zuwachs von 3,8 Mrd. Euro ist insbesondere auf Fertigwaren, wie Kunststoffe, Lastkraftwagen und Kfz-Teile sowie pharmazeutische Enderzeugnisse, zurückzuführen. Deutschlandweit wurden im gleichen Zeitraum 10,5% mehr Waren ausgeführt. Der im Verhältnis zum US-Dollar aufgewertete Euro wird nach Einschätzung der Statistiker das Exportwachstum etwas abschwächen. Wegen der großen Bedeutung der europäischen Handelspartner und der insgesamt sehr hohen Auslandsnachfrage dürfte die außerordentlich günstige Gesamtentwicklung jedoch nicht wesentlich beeinträchtigt werden.

Der Wert der Wareneinfuhren lag in Rheinland-Pfalz bei 19,2 Mrd. Euro und damit um 10,6% höher als im Zeitraum von Januar bis September

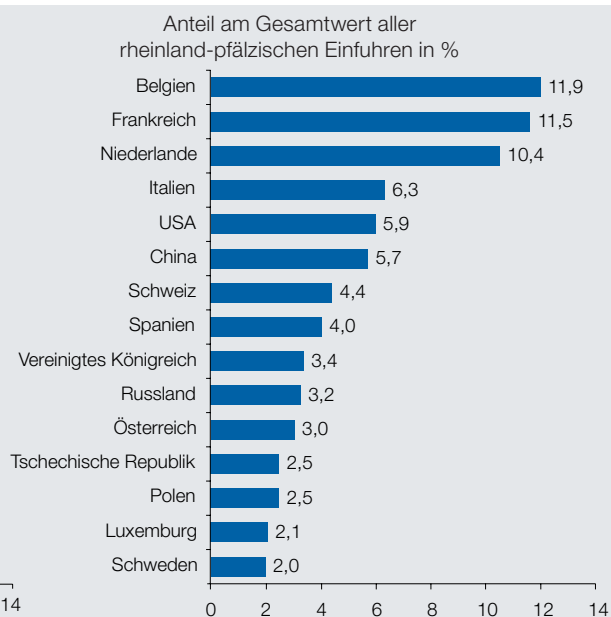
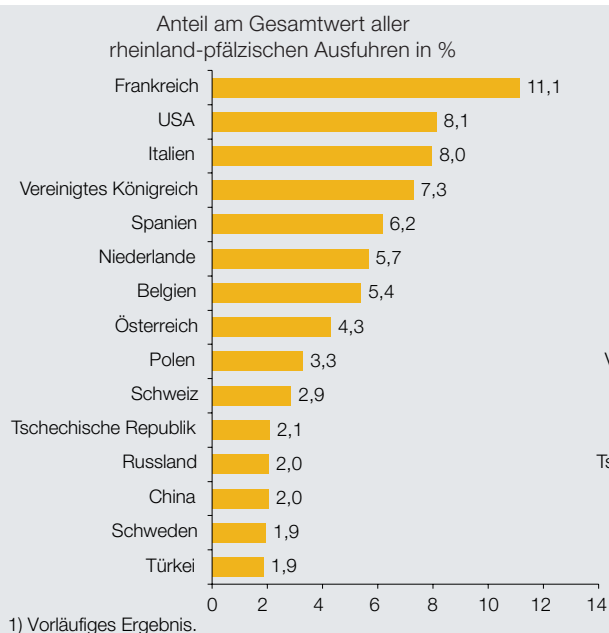
2006. Der Zuwachs von etwas mehr als 1,8 Mrd. Euro beruht überwiegend auf dem gestiegenen Import von Vorerzeugnissen. Auf Bundesebene nahmen die Warenlieferungen aus dem Ausland um 6,3% zu.

Ausfuhren im Detail

Drei Viertel der rheinland-pfälzischen Ausfuhren – Waren im Wert von 22,9 Mrd. Euro – gingen in das europäische Ausland (+16,2%). Für 20 Mrd. Euro wurden Waren in die Länder der Europäischen Union (EU-27) exportiert (+16,2%). Allein die Länder der Euro-Zone nahmen Güter für 14 Mrd. Euro ab (+16,3%). Besonders positiv entwickelte sich der Export in die mittel- und osteuropäischen Länder (3,8 Mrd. Euro; +23,8%).

Hauptabnehmerland der rheinland-pfälzischen Exporte war Frankreich

Die 15 wichtigsten rheinland-pfälzischen Außenhandelspartner von Januar bis September 2007¹⁾



(3,4 Mrd. Euro; +13,5%). Es folgten die USA (2,5 Mrd. Euro; +2,5%), Italien (2,4 Mrd. Euro; +20,2%), das Vereinigte Königreich (2,2 Mrd. Euro; +6,4%) und Spanien (1,9 Mrd. Euro; +18,8%).

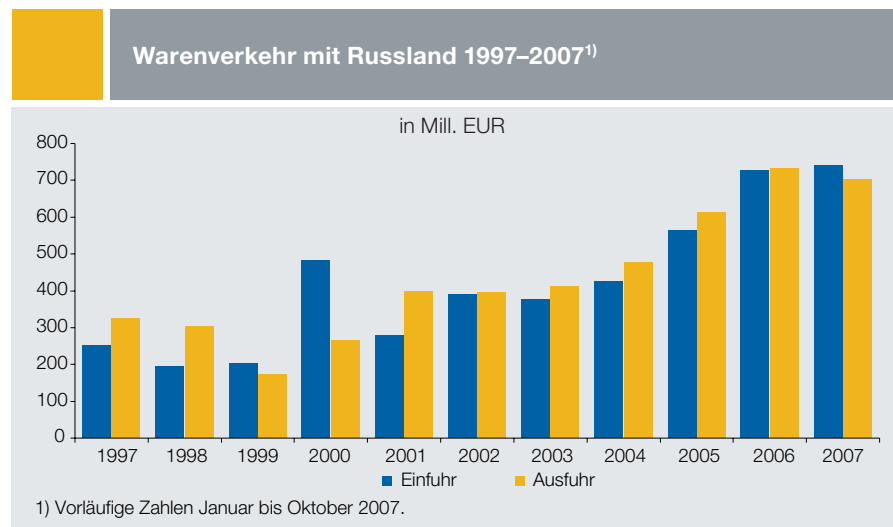
Einführen im Detail

Bei den Einfuhren dominierten ebenfalls die europäischen Handelspartner (14,7 Mrd. Euro; +9,8%). Auch hier entfiel der größte Anteil auf die 27 EU-Staaten (12,7 Mrd. Euro; +6,8%). Die wertmäßig umfangreichsten Warenlieferungen kamen aus Belgien (2,3 Mrd. Euro; +13,4%), gefolgt von Frankreich (2,2 Mrd. Euro; +7%), den Niederlanden (2 Mrd. Euro; +0,4%), Italien (1,2 Mrd. Euro; +2,7%) und den USA (1,1 Mrd. Euro; +0,3%). Haupteinfuhrgüter waren chemische Vorerzeugnisse, Kunststoffe und pharmazeutische Grundstoffe. Rückläufig waren die Importe von Kraftfahrzeugen und Kfz-Teilen.

Rheinland-pfälzischer Außenhandel mit Russland sehr dynamisch

Zweistellige Zuwachsraten bei Exporten und Importen

Der Handel zwischen Rheinland-Pfalz und der Russischen Föderation wächst weiterhin sehr dynamisch. Sowohl die Ausfuhren als auch die Einfuhren steigen deutlich an. So wurden in den ersten zehn Monaten 2007 nach vorläufigen Ergebnissen Waren im Wert von 703,5 Mill. Euro von Rheinland-Pfalz nach Russland exportiert, das waren 13,7% mehr als im gleichen Zeitraum des Jahres



2006. Die rheinland-pfälzischen Importe lagen von Januar bis Oktober 2007 mit 740,5 Mill. Euro um 26,2% höher als im entsprechenden Zeitraum des Jahres 2006. In der Rangfolge der wichtigsten Außenhandelspartner liegt Russland im bisher ausgewerteten Zeitraum bis Oktober 2007 bei den Ausfuhren auf Platz 13 und ist bei den Einfuhren bereits auf Platz 9 vorgerückt.

Deutschlandweit nahmen die Ausfuhren in die Russische Föderation in diesem Zeitraum um 25,5% zu, der Wert der Einfuhren lag um 8,7% niedriger als von Januar bis Oktober 2006. Die vergleichsweise günstigere Exportentwicklung in Deutschland ist auf die überdurchschnittlichen Zuwächse bei Enderzeugnissen zurückzuführen (Rheinland-Pfalz: +16,2%; Deutschland: +28,6%). Andererseits konnten die rheinland-pfälzischen Exporte von Vorerzeugnissen ein deutlich höheres Wachstum erzielen als im Bundesdurchschnitt (Rheinland-Pfalz: +23,5%; Deutschland: +10,2%).

Warenstruktur

Bei den rheinland-pfälzischen Ausfuhren nach Russland standen in den ersten zehn Monaten 2007 Maschinen, chemische Erzeugnisse, Lastkraftwagen und Kunststoffwaren im Vordergrund. Bei den Einfuhren dominierten vor allem Rohstoffe. So waren im Zeitraum von Januar bis Oktober 2007 Erdöl und Erdgas die wichtigsten eingeführten Güter mit einem Anteil von 68% (503,2 Mill. Euro) an den Gesamteinfuhren aus Russland. Die Importe dieser Rohstoffe haben dabei wertmäßig um 15,7% gegenüber dem Vergleichszeitraum des Jahres 2006 zugenommen; mengenmäßig lagen die Erdöl- und Erdgasimporte noch um 13,7% über denen des entsprechenden Zeitraums im Jahr 2006. Weitere wichtige Einfuhrgüter waren Halbwaren aus Aluminium und Aluminiumlegierungen, Teer und Teerdestillationserzeugnisse sowie Mineralölerzeugnisse.

Mittelfristige Entwicklung

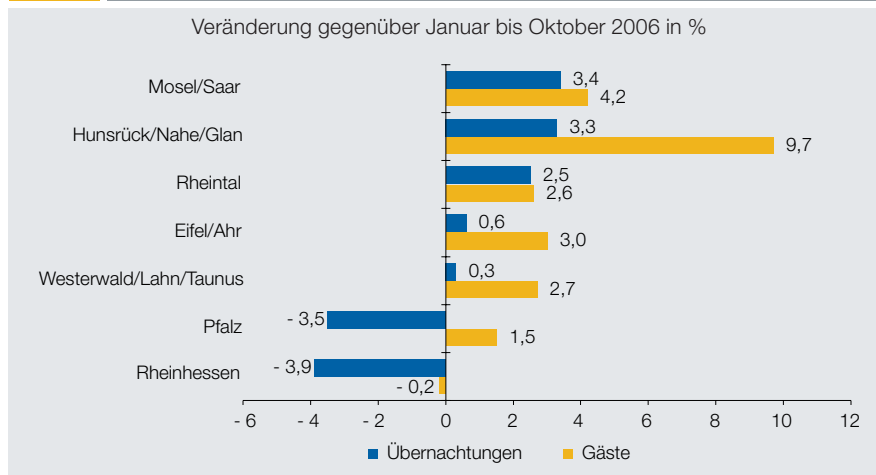
Insgesamt knüpft die Entwicklung der Handelsbeziehungen zu Geschäftspartnern in der Russischen Föderation im Jahr 2007 an die außerordentlich positive Entwicklung der Vorjahre an. Während die rheinland-pfälzischen Ausfuhren zwischen 2002 und 2006 insgesamt um knapp 37% zulegen, stiegen die Exporte nach Russland in diesem Zeitraum um mehr als 85%. Ähnlich verlief die Entwicklung bei den Einfuhren: Insgesamt lagen die Warenimporte im Jahr 2006 um 33% über denen von 2002; aus Russland wurden knapp 86% mehr Waren eingeführt.

Tourismus weiterhin mit positiven Vorzeichen

Deutlich mehr Gäste, leichtes Plus bei den Übernachtungen

Mit mehr als 6,7 Mill. Gästen erzielten die rheinland-pfälzischen Beherbergungsbetriebe von Januar bis Oktober ein Rekordergebnis. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 2006 bedeutet dies ein Plus von 3,2%. Gleichzeitig konnten die Übernachtungszahlen gegenüber dem Zeitraum Januar bis Oktober 2006 um 0,8% auf über 18,8 Mill. gesteigert werden. Die Zahl der inländischen Gäste stieg um 3,3% auf 5,25 Mill., aus dem Ausland kamen 1,45 Mill. Gäste, das waren 2,8% mehr als in den ersten zehn Monaten des Jahres 2006. Die Übernachtungszahlen der deutschen Gäste legten um 0,9% auf knapp 14,8 Mill. zu, die der Ausländer um 0,3% auf knapp 4,1 Mill.

Gäste und Übernachtungen von Januar bis Oktober 2007 nach Fremdenverkehrsgebieten



Mit Ausnahme der großen Ferienzentren verbuchten alle Anbieter in den ersten zehn Monaten bei den Gästezahlen Zuwächse zwischen 2,7% (Hotels) und 8,9% (Ferienhäuser, -wohnungen). Bei der Entwicklung der Übernachtungen war das Bild uneinheitlicher. Hier gehörten neben den Ferienzentren auch die Gasthöfe, die Vorsorge- und Rehabilitationskliniken sowie die Jugendherbergen und ähnliche Einrichtungen zu den Betriebsarten mit rückläufigen Zahlen.

Knapp 40% der Übernachtungen von Auslandsgästen entfielen auf Besucher aus den Niederlanden. In den ersten zehn Monaten wurden hier fast 412 000 Gästeankünfte (+4,9%) und über 1,6 Mill. Übernachtungen registriert (+2,7%). Zu den beliebtesten Reisezielen der Niederländer gehörten die Tourismusregionen Mosel/Saar, Eifel/Ahr sowie Hunsrück/Nahe/Glan. Auf diese drei Fremdenverkehrsgebiete entfielen über 90% der Übernachtungen von Niederländern.

Im Oktober zählten die rheinland-pfälzischen Tourismusbetriebe fast 885 000 Gästeankünfte, das waren 1,1% mehr als im Oktober 2006. Allerdings blieben die Gäste nicht so lange wie im Vorjahr, sodass die Übernachtungszahlen um 2,5% auf knapp 2,5 Mill. zurückgingen. Überdurchschnittliche Zuwächse erzielte im Oktober der Ausländertourismus, auf den etwa ein Fünftel der Gäste- und Übernachtungszahlen entfiel. Zweistellige Zuwachsraten waren bei den Besuchern aus den europäischen Nachbarländern zu beobachten. Bei den Gästen aus Asien sowie vom amerikanischen Kontinent waren die Zahlen hingegen rückläufig. Diese Entwicklung dürfte u. a. auch auf den ungünstigen Wechselkurs des Dollar zurückzuführen sein. Beim Inländertourismus konnte das gute Ergebnis vom Oktober 2006 nicht ganz erreicht werden. Zwar stiegen die Gästezahlen im Oktober 2007 leicht um 0,1% auf über 711 000 an, die Übernachtungen gingen jedoch um 3,7% auf 2 Mill. zurück. Mit Aus-

nahme von Rheinhessen profitierten alle rheinland-pfälzischen Reisegebiete im Oktober von der guten Entwicklung bei den Gästezahlen. Die stärksten Zunahmen verzeichneten die Fremdenverkehrsgebiete Hunsrück/Nahe/Glan sowie Westerwald/Lahn/Taunus.

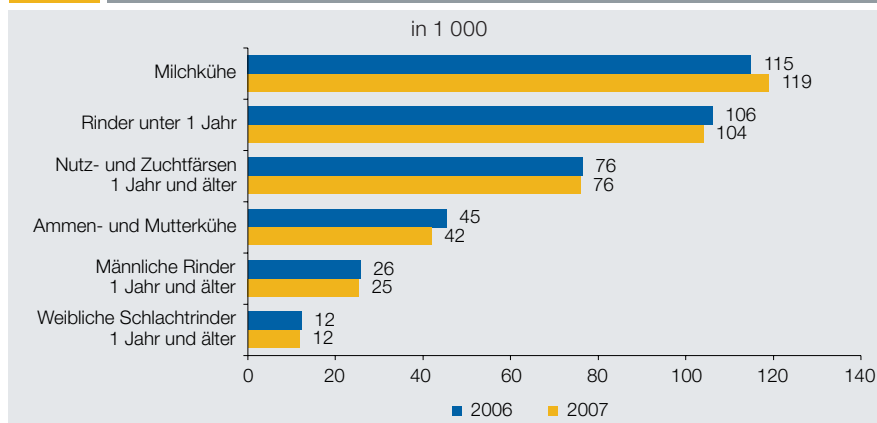
Weniger Rinder und Schweine

In rheinland-pfälzischen Ställen standen im November des zurückliegenden Jahres 378 000 Rinder. Das waren 0,7% weniger als bei der Viehzählung im November 2006. Der Schweinebestand nahm um 1,6% auf 305 900 Tiere ab.

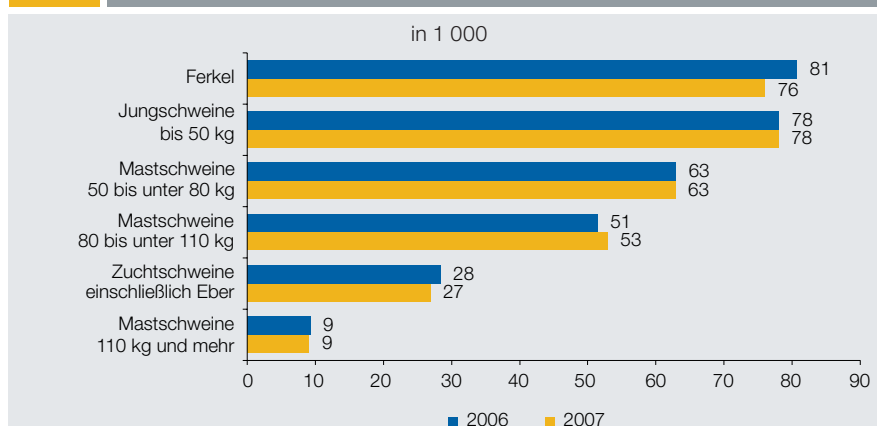
Für den verringerten Rinderbestand war vor allem die niedrigere Zahl an Ammen- und Mutterkühen verantwortlich (–3 400 Tiere bzw. –7,5%). Weitere deutliche Abnahmen von jeweils 1 300 Tieren wurden bei männlichen Jungrindern unter einem Jahr und bei Kälbern festgestellt. Dagegen nahmen die Milchkuhbestände um rund 4 000 auf nunmehr 118 900 Tiere zu. Dies deutet darauf hin, dass die Milcherzeuger bestrebt sind, die ihnen zugeteilten Milchquoten auszuschoöpfen.

Die Abnahme der Schweinebestände ist auf die deutlich verringerte Zahl der Zuchtsauen (–1 400 Tiere) und dem damit verbundenen Rückgang der Ferkelbestände (–4 700 Tiere) zurückzuführen. Für die Reproduktionsleistung stehen damit nur noch knapp 26 800 Tiere zur Verfügung (–5,5%). Die Entwicklung dürfte u. a. durch die geringe Wirtschaftlichkeit der Ferkelproduktion bedingt sein.

Rinderbestand im November 2006 und 2007 nach Kategorien



Schweinebestand im November 2006 und 2007 nach Kategorien



Der Bestand an Jungschweinen blieb mit 78 000 Tieren nahezu unverändert, während mit 125 000 Tieren geringfügig mehr Mastschweine (+1%) in den Ställen standen.

Erneut weniger Schülerinnen und Schüler

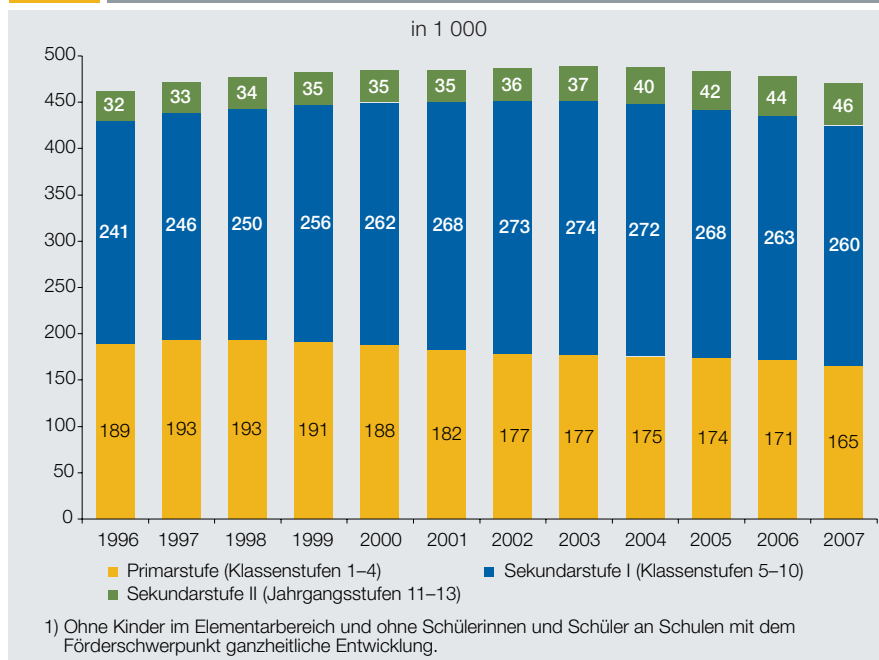
Folgen des Geburtenrückgangs werden sichtbar

Insgesamt 475 150 Schülerinnen und Schüler besuchen im laufenden Schuljahr die 1 612 allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Das

sind 7 796 bzw. 1,6% weniger als im vorherigen Schuljahr. Damit sinken die Schülerzahlen im allgemeinbildenden Bereich nun schon im vierten Jahr in Folge. Im laufenden Schuljahr werden die Kinder und Jugendlichen von 34 847 hauptberuflichen Lehrkräften unterrichtet. Die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer stieg damit gegenüber dem Schuljahr 2006/07 um 384 bzw. 1,1%.

Die Zahl der Grundschüler sank gegenüber dem Schuljahr 2006/07 um 6 374 (–3,8%). Dies ist eine unmittelbare Folge des anhaltenden Gebur-

Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen¹⁾ 1996–2007 nach Schulstufen



zuführen: Hier wirkt sich auch aus, dass immer mehr Schülerinnen und Schüler einen höheren allgemeinbildenden Schulabschluss anstreben. Dementsprechend legte die Schülerzahl an den Gymnasien kräftig um 3 920 zu (+3%). An den übrigen allgemeinbildenden Einrichtungen blieben die Schülerzahlen nahezu unverändert.

Die „Qual der Wahl“

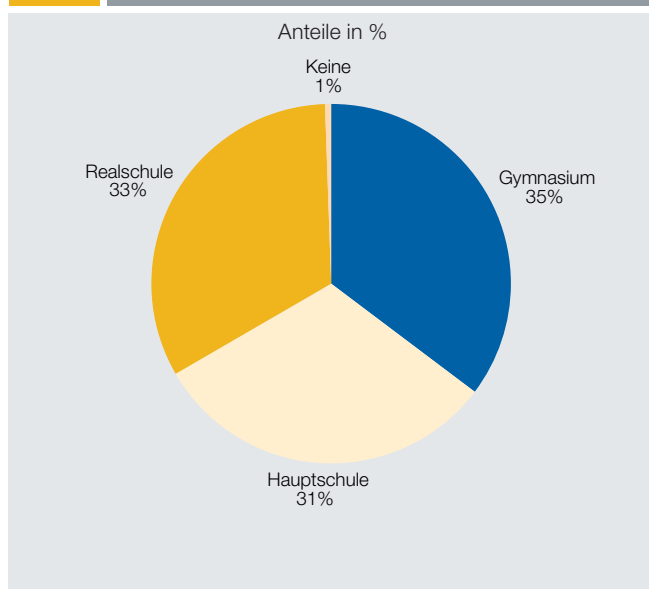
Eltern folgen nicht immer den Empfehlungen der Grundschule

Gut ein Drittel der Eltern, deren Kinder im vergangenen Jahr am Ende der vierten Klasse eine Hauptschulempfehlung bekommen hatten, meldeten diese auch an einer klassischen Hauptschule an. Werden die Schulen mit mehreren Bildungsgängen hinzugerechnet, folgten über 80% der Hauptschulempfehlung. Zu den Schulen, auf denen neben ande-

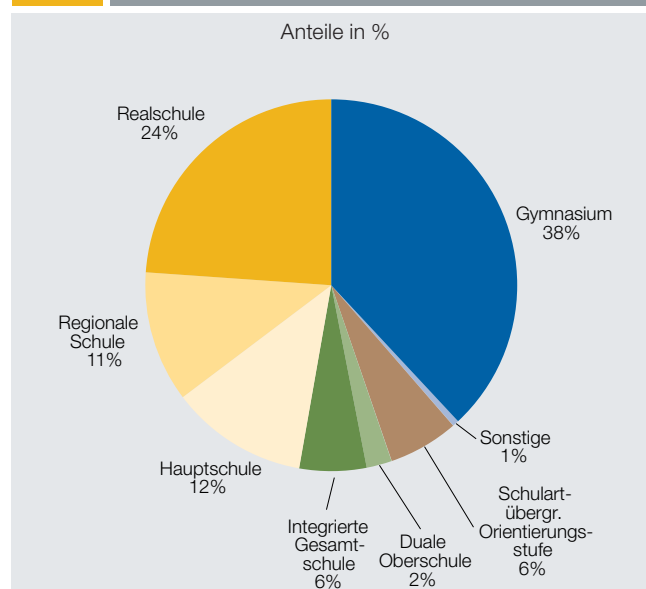
tenrückgangs. Auch an den Hauptschulen sowie an den regionalen Schulen gingen die Schülerzahlen gegenüber dem Vorjahr deutlich zurück. Dort werden 3 463 (–8,7%)

bzw. 1 328 (–3,9%) weniger Jungen und Mädchen ausgebildet als noch im Schuljahr 2006/07. Diese Entwicklung ist allerdings nicht allein auf den demografischen Wandel zurück-

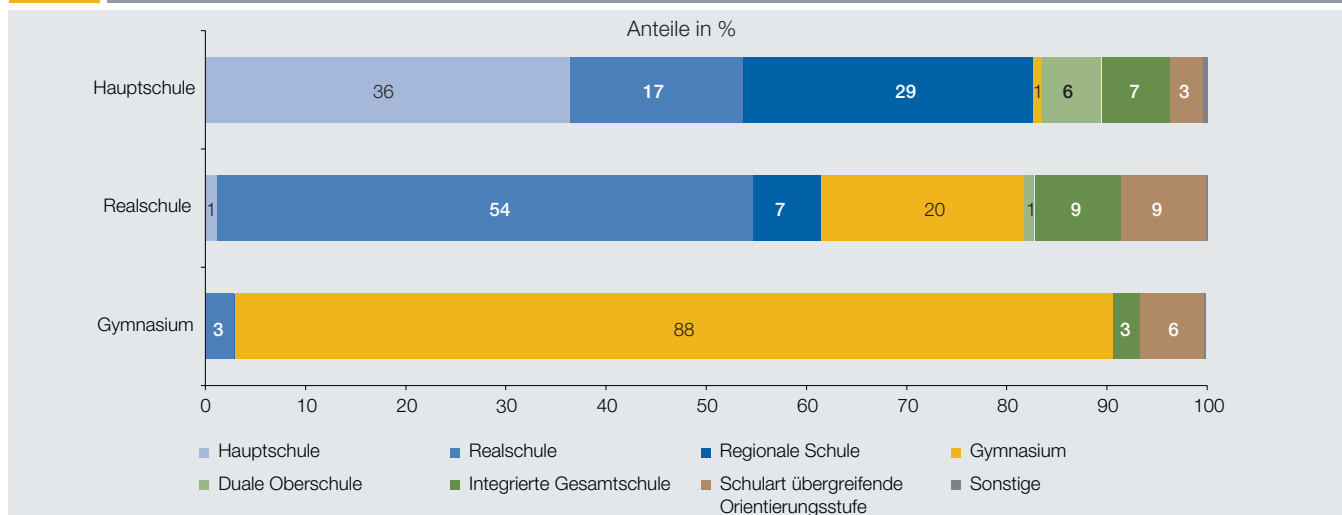
Grundschulempfehlungen für Viertklässler im Schuljahr 2006/07



Schülerinnen und Schüler der 5. Klassen im Schuljahr 2007/08 nach Schularten



Grundschulempfehlung und tatsächliche Schulwahl im Schuljahr 2007/08



ren ein Hauptschulabschluss erreicht werden kann, gehören die regionalen Schulen, auf die 28,9% der Kinder mit Hauptschulempfehlung wechselten. Auf integrierte Gesamtschulen wechselten 6,8% dieser Jungen und Mädchen, auf duale Oberschulen 5,9% und auf schulartübergreifende Orientierungsstufen 3,3%. An Realschulen wurden – abweichend von der Einschätzung der Grundschule – 17,3% der Kinder mit Hauptschulempfehlung angemeldet, an Gymnasien 1%.

Auch den Empfehlungen für die Realschule folgten die meisten Eltern: 53,5% meldeten ihre Kinder an reinen Realschulen an, weitere knapp 25% verteilen sich auf die schulartübergreifende Orientierungsstufe und auf Schularten, die zum Hauptschul-, Realschul- oder Gymnasialabschluss führen. Trotz Realschulempfehlung wählten 20,3% der Eltern für ihre Kinder das Gymnasium, für eine Hauptschule entschieden sich 1,2%.

Die größte Übereinstimmung zwischen der Einschätzung der Grundschullehrkräfte und der Wahlentscheidung der Eltern gibt es bei den Gymnasien. Rund 88% der Kinder mit Gymnasialempfehlung wurden auch an Gymnasien angemeldet. Integrierte Gesamtschulen besuchen 2,7% der Kinder mit Gymnasialempfehlung. Knapp 2,8% der Eltern votierten – abweichend von der Gymnasialempfehlung – für eine Realschule, jeweils 0,1% entschieden sich für die Hauptschule und die Regionale Schule.

Die Grundschulen hatten im vergangenen Schuljahr etwa zu gleichen Teilen Gymnasial- (35%), Realschul- (33%) und Hauptschulempfehlungen (31%) ausgesprochen. Der Elternwille hat aber dafür gesorgt, dass Gymnasien mit Abstand am häufigsten gewählt wurden. Ein Gymnasium besuchen 38% der Fünftklässler, rund 24% eine Realschule und knapp 12% eine Hauptschule. Auf regionale

Schulen entfielen 11% aller Anmeldungen, jeweils 6% auf integrierte Gesamtschulen und schulartübergreifend geführte Orientierungsstufen, 2% auf duale Oberschulen.

Die Zahlen stammen aus der Schulstatistik (Schülerbewegungsdaten). Die Individualdaten werden jährlich zum Schuljahresbeginn bei den rheinland-pfälzischen Schulen erfragt.

Rheinland-pfälzische Hochschulen bei „Nicht-Landeskindern“ beliebt

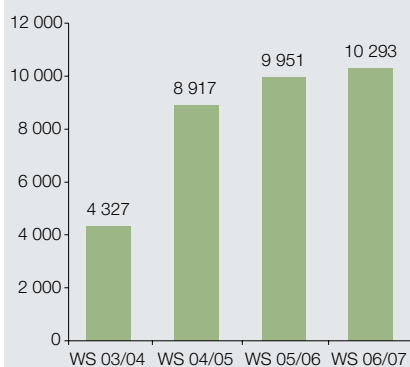
56% der Studierenden stammen aus anderen Bundesländern und dem Ausland

Das Studienangebot der rheinland-pfälzischen Hochschulen stößt bei Studienwilligen außerhalb der Landesgrenzen auf großes Interesse. Von den im Wintersemester 2006/07 immatrikulierten rund 103 100 Studierenden hatten mehr als 48 800

(47,3%) ihre Hochschulzugangsbe-
rechtigung in einem anderen Bun-
desland erlangt. Knapp 8 900 Stu-
dentinnen und Studenten (8,6%)
stammten aus dem Ausland.

Von den bundesweit 83 985 Studie-
renden, die ihre Hochschulzugangs-
berechtigung in Rheinland-Pfalz
erworben hatten, waren 45 434
(54,1%) an einer hiesigen Hochschule
eingeschrieben. Die übrigen 38 551
studierte an Hochschulen anderer
Bundesländer. Damit ergab sich im
Wintersemester 2006/07 erneut ein
„Zuwanderungsüberschuss“, und
zwar von 10 293 Studierenden. Die-
ser sogenannte „Bildungswande-
rungssaldo“ ist in den vergangenen
Jahren stetig gestiegen. Der Zuwachs
hat sich gegenüber dem Vorjahr mit
einem Plus von 342 Personen bzw.
3,4% jedoch deutlich abgeschwächt,
nachdem noch im Wintersemester
2005/06 ein Anstieg von knapp 12%
gegenüber dem Vorjahressemester
und im Wintersemester 2004/05
mehr als eine Verdoppelung zu ver-
zeichnen waren.

**Bildungswanderungs-
saldo¹⁾ in den WS
2003/04 – 2006/07**



1) Differenz zwischen Studierenden aus anderen Bundesländern und Rheinland-Pfälzern, die in anderen Bundesländern studieren.

**Studierende im Wintersemester 2006/07 nach dem Land
des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung
und dem Land des Studienorts**

Land	Aus Rheinland- Pfalz studieren in ...	In Rheinland- Pfalz studieren aus ...	Wanderungsüberschuss (+)/ Wanderungsdefizit (-)		
			WS 2006/07	WS 2005/06	WS 2004/05
Baden-Württemberg	10 450	8 316	-2 134	-2 358	-2 577
Bayern	2 330	2 767	437	502	405
Berlin	1 295	707	-588	-714	-898
Brandenburg	234	469	235	210	158
Bremen	163	217	54	-13	-14
Hamburg	593	397	-196	-191	-202
Hessen	7 528	15 011	7 483	8 001	8 116
Mecklenburg-Vorpommern	213	304	91	105	94
Niedersachsen	927	2 344	1 417	1 370	1 308
Nordrhein-Westfalen	11 195	8 513	-2 682	-2 762	-2 779
Rheinland-Pfalz	45 434	45 434	-	-	-
Saarland	2 089	7 032	4 943	4 710	4 370
Sachsen	618	834	216	195	144
Sachsen-Anhalt	257	513	256	203	160
Schleswig-Holstein	310	677	367	363	335
Thüringen	349	743	394	330	297
Zusammen	83 985	94 278	10 293	9 951	8 917
Außerhalb des Bundesge- bietes und ohne Angaben	.	8 878	.	.	.
Insgesamt	.	103 156	.	.	.

Traditionell bestehen besonders
starke Austauschbeziehungen mit
den benachbarten Bundesländern.
Im Wintersemester 2006/07 studier-
ten an den rheinland-pfälzischen
Hochschulen 15 011 Studienbe-
rechtigte aus Hessen (-2,7%), 8 513
aus Nordrhein-Westfalen (-0,3%),
8 316 aus Baden-Württemberg
(+1,4%) und 7 032 aus dem Saar-
land (+3,4%). Von den auswärts
studierenden Rheinland-Pfälzerin-
nen und Rheinland-Pfälzern waren
11 195 an nordrhein-westfälischen
Hochschulen immatrikuliert (-0,9%),
10 450 an baden-württembergischen
(-1,1%), 7 528 an hessischen (+1,3%)
und 2 089 an saarländischen (keine
Veränderung). Große Wanderungs-

überschüsse ergaben sich dement-
sprechend im Austausch mit Hessen
(+7 483) und dem Saarland (+4 943),
große Wanderungsdefizite mit Nord-
rhein-Westfalen (-2 682) und Baden-
Württemberg (-2 134).

Gegenüber dem Saarland ist seit
Jahren ein wachsender Zuwande-
rungsüberschuss zu verzeichnen.
Der Wanderungssaldo zwischen
Rheinland-Pfalz und Hessen ist
dagegen schon im zweiten Jahr in
Folge rückläufig. Auch die Wande-
rungsdefizite zwischen Rheinland-
Pfalz und Baden-Württemberg bzw.
Nordrhein-Westfalen haben sich im
zweiten aufeinanderfolgenden Jahr
vermindert.

Aussagen über mögliche Auswirkungen der im Jahr 2007 in einigen Nachbarländern eingeführten Studiengebühren sind nach dem Austausch der Daten zwischen den Ländern Ende dieses Jahres möglich.

Siedlungsabfälle werden kaum noch deponiert

Sortierung gewinnt an Bedeutung

Auf rheinland-pfälzischen Deponien werden kaum noch Siedlungsabfälle abgelagert. Im Jahr 2006 wurden nur etwa 7 200 t in Deponien eingebaut, das waren 0,4% der gesamten an Abfallbehandlungsanlagen angelieferten Menge von etwa 2 Mill. t. Im Jahr 2005 wurden noch 12% der Siedlungsabfälle deponiert, 2004 waren es sogar knapp 24% gewe-

sen. Der Grund für diese Entwicklung ist das Verbot der Deponierung von unbehandelten Abfällen, das Mitte des Jahres 2005 in Kraft trat.

Der wichtigste Verwertungsweg für die Siedlungsabfälle war im Jahr 2006 die Sortierung mit einem Anteil von 31% (623 000 t). Innerhalb von zwei Jahren ist somit die von Sortieranlagen verarbeitete Menge um 169 000 t bzw. 37% gestiegen. Im Jahr 2004 lag der Anteil mit 23% noch unter dem der Deponierung. Ziel der Sortierung ist insbesondere die Rückgewinnung verwertbarer Rohstoffe.

Ein weiterer wichtiger Weg für die Verwertung von Siedlungsabfällen ist die thermische Abfallbehandlung, die in der Regel mit einer Nutzung der entstehenden Energie verbunden

ist. In den vier Abfallverbrennungsanlagen wurden 2006 rund 470 000 t (23%) eingesetzt. Im Vergleich zu 2004 ist die Menge um 99 000 t gestiegen. Die Zunahme ist im Wesentlichen auf die Inbetriebnahme einer weiteren Anlage zurückzuführen. Außer in Abfallverbrennungsanlagen werden Siedlungsabfälle auch in Feuerungsanlagen der Industrie, z. B. zur Wärmeerzeugung, genutzt. Auf diesen Entsorgungsweg entfielen 2006 bereits 3,1% bzw. 62 000 t. Damit wurde insgesamt über ein Viertel der angelieferten Siedlungsabfälle verbrannt.

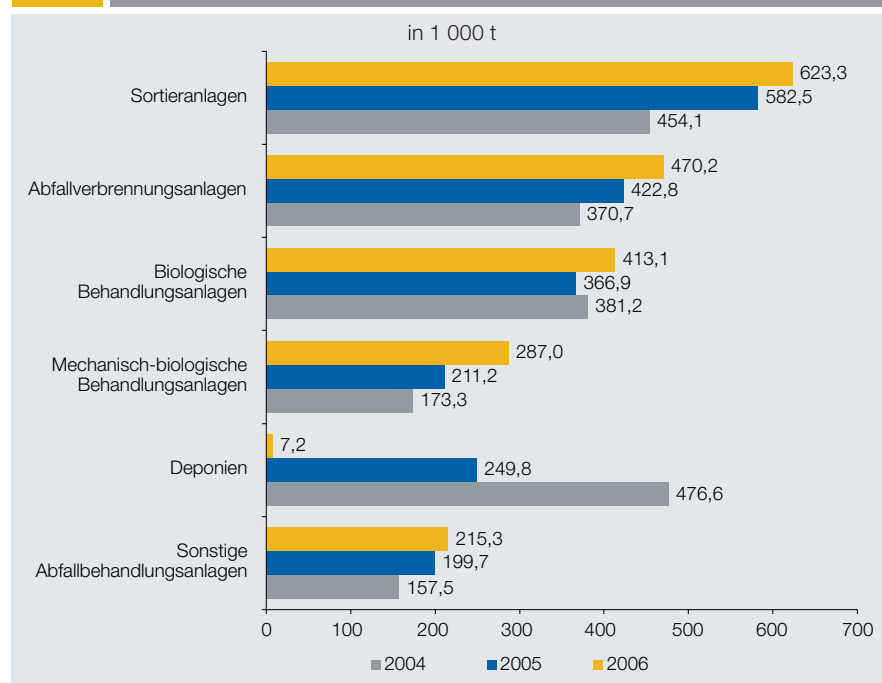
Die zunehmende Verwertung von Bioabfällen führt zu steigenden Mengen in den biologischen Behandlungsanlagen, wie Kompostwerken. Gut ein Fünftel der Siedlungsabfälle (413 000 t) wurde 2006 hier behandelt. Im Vergleich zu 2004 nahm die Menge um 32 000 t zu. Eine ebenfalls wachsende Bedeutung haben die mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlagen, die gut 14% der Siedlungsabfälle (287 000 t) annahmen. Gegenüber 2004 bedeutet das eine Steigerung um 114 000 t.

Güterumschlag in den Häfen legte um 2% zu

Bis September mehr als 19 Mill. t versandt und empfangen

In den ersten neun Monaten des Jahres 2007 wurden in den rheinland-pfälzischen Binnenhäfen gut 19 Mill. t Güter umgeschlagen. Das waren rund 2% mehr als im entspre-

An Entsorgungsanlagen in Rheinland-Pfalz angelieferte Siedlungsabfälle 2004–2006



chenden Zeitraum des Jahres 2006. In acht der zehn Güterabteilungen wurden höhere Umschlagsmengen registriert als in den ersten drei Quartalen 2006. Die höchste Tonnage entfiel auf Steine und Erden (5,6 Mill. t). Es folgten Erdöl, Mineralölerzeugnisse und Gase (3,8 Mill. t) sowie chemische Erzeugnisse (rund 3,3 Mill. t). An Fahrzeugen, Maschinen sowie sonstigen Halb- und Fertigwaren wurden 2,7 Mill. t umgeschlagen.

Rund 7,4 Mill. t (38,6%) entfielen auf den innerdeutschen Verkehr, davon wurden gut 4,3 Mill. t empfangen und rund 3 Mill. t versandt. Im grenzüberschreitenden Verkehr wurde ein Frachtenumschlag von 11,7 Mill. t registriert (61,4%), davon wurden 6 Mill. t empfangen und 5,7 Mill. t versandt.

Unter den rheinland-pfälzischen Binnenhäfen hatte Ludwigshafen mit fast 6 Mill. t, aufgrund des hohen Umschlages an chemischen Erzeugnissen (2,6 Mill. t) sowie an Erdöl, Mineralölerzeugnissen und Gasen (1,75 Mill. t), die weitaus größte Bedeutung. Die Häfen in Mainz (2,1 Mill. t), Andernach (2 Mill. t), Bendorf (1,3 Mill. t) und Wörth (1,2 Mill. t) folgten auf den weiteren Plätzen.

Weiterhin weniger Pkw-Zulassungen

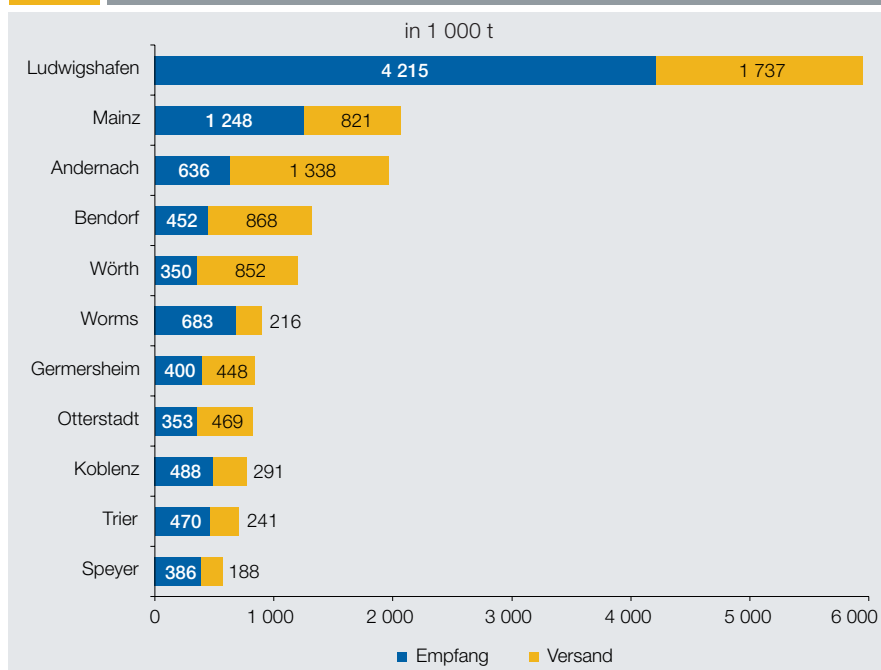
Nachfrage nach neuen Nutzfahrzeugen boomt

In den ersten elf Monaten des Jahres 2007 wurden in Rheinland-Pfalz deutlich weniger Personenwagen zugelassen als im gleichen Zeitraum 2006. Die Zahl der Neuzulassungen

lag mit 117 915 um 16 281 bzw. 12,1% unter dem Vorjahresniveau. Dem stark rückläufigen Pkw-Geschäft steht ein seit dem Jahr 2004 boomender Absatz neuer Nutzfahrzeuge gegenüber. Bis November wurden 10 611 neue Lastkraftwagen zugelassen, das waren 7,5% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Bei den Krafträdern gab es eine Zunahme von 0,8% auf 9 439. Insgesamt wurden von Januar bis November des vorigen Jahres in Rheinland-Pfalz 142 198 Kraftfahrzeuge erstmals zugelassen, das waren 9,7% weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Bundesweit war der Rückgang der Zulassungen in den ersten elf Monaten ebenfalls deutlich. So verringerte sich die Zahl der neu zugelassenen Personenkraftwagen um 8,2% auf gut 2,9 Mill., die Zahl der Kraftfahrzeug-Neuzulassungen insgesamt ging um 6,2% auf gut 3,4 Mill. zurück.

Hauptursache für den Rückgang der Pkw-Neuzulassungen dürfte nach wie vor die Mehrwertsteuererhöhung zum Beginn des Jahres 2007 sein. Viele Autofahrer hatten sich noch Ende 2006 einen neuen Wagen angeschafft. Das Kaufklima bei Pkw dürfte zudem indirekt auch durch die Entwicklung der Treibstoffpreise beeinträchtigt werden. Kraftstoffe waren beispielsweise im November über 17% teurer als ein Jahr zuvor. Außerdem ist trotz des günstigen Konjunkturverlaufs insgesamt noch immer eine deutliche Konsumzurückhaltung zu spüren.

Güterumschlag in der Binnenschifffahrt im 1.–3. Quartal 2007 nach ausgewählten Häfen



Verbraucherpreisindex: Änderung des Basisjahres ab 2008

Aufgrund der Änderung des Basisjahres ab 2008 entfällt die Rubrik „Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz“ in dieser Ausgabe. Im nächsten Statistischen Monatsheft finden Sie die Rubrik wieder an gewohnter Stelle.

Hintergrund

Für die Berechnung des Verbraucherpreisindex für den Dezember 2007 wurde letztmalig das Basisjahr 2000 zugrunde gelegt. Von Januar 2008 an wird das Jahr 2005 als Basisjahr verwendet. Im Mittelpunkt dieser Umstellung steht die Aktualisierung des Wägungsschemas, das die Anteile der einzelnen Waren und Dienstleistungen an den gesamten Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte

wiedergibt. Das neue Wägungsschema bezieht sich auf das Jahr 2005 und bleibt bis zur nächsten Indexreform konstant. Die Anpassung, die üblicherweise alle fünf Jahre erfolgt, ist notwendig, da sich mit der Zeit die Verbrauchsgewohnheiten der privaten Haushalte ändern. Wegen der damit verbundenen Umstellungsarbeiten wird ein auf neuer Basis berechneter Verbraucherpreisindex auf Landesebene erstmalig Ende Februar 2008 veröffentlicht. Für den Monat Januar wird Ende Januar ein Schätzergebnis auf Bundesebene vorgelegt. Das endgültige Ergebnis für den Monat Januar für das Bundesgebiet wird am 29. Februar 2008, Länderergebnisse für Januar werden Ende Februar zusammen mit dem Ergebnis für den Monat Februar veröffentlicht.

Aus der amtlichen Statistik

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 hat begonnen

Rund ein Viertel der Haushalte wollen online antworten

Rund 3 600 Haushalte nehmen derzeit in Rheinland-Pfalz freiwillig an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe teil. Sie füllen zunächst einen Fragebogen aus und führen anschließend drei Monate lang ein Haushaltsbuch. Fast ein Viertel der Teilnehmer wollen die erstmals angebotene Möglichkeit nutzen, die Eingangsfragen via Internet zu beantworten.

Trotz der erfreulichen Resonanz sucht das Statistische Landesamt weiterhin freiwillige Haushalte, insbesondere von Gewerbetreibenden und freiberuflich Tätigen. Auch die Beteiligung von Mehrgenerationenhaushalten sowie von Haushalten mit ausschließlich volljährigen Kindern könnte noch höher sein.

Alle fünf Jahre gewinnt das Statistische Landesamt mit der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe wichtige Informationen über die Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, über den Besitz bestimmter Güter

wie Auto, Telefon und Computer sowie über die Wohnverhältnisse. Die Ergebnisse helfen, ein realistisches Bild der Lebensverhältnisse in unserem Land zu zeichnen. Für Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien sind diese Daten wichtige Arbeitsgrundlagen, und auch das Interesse der Bürgerinnen und Bürger ist sehr groß, wie zahlreiche Anfragen belegen.

Wie bei allen Erhebungen in der amtlichen Statistik ist der Datenschutz umfassend gewährleistet. Alle Angaben werden streng vertraulich behandelt und ausschließlich für statistische Zwecke verwendet. Für die Teilnahme gibt es eine finanzielle Anerkennung in Höhe von 65 Euro.

Interessenten finden weitere Informationen inklusive der Teilnahmeerklärung unter www.statistik.rlp.de oder unter www.evs2008.de. Weitere Auskünfte erteilt Ewald Braun. E-Mail: ewald.braun@statistik.rlp.de; Telefon (kostenfrei): 0800 3872003.

Gerhard-Fürst-Preis 2008 des Statistischen Bundesamtes

Das Statistische Bundesamt zeichnet jährlich herausragende wissenschaftliche Arbeiten mit dem Gerhard-Fürst-Preis, dem Wissenschaftspreis des Statistischen Bundesamtes, aus, die entweder ein theoretisches Thema mit einem engen Bezug zum Aufgabenspektrum der amtlichen Statistik behandeln oder eine empirische Fragestellung unter intensiver Nutzung von Daten der amtlichen Statistik untersuchen. Mit der jährlichen Auslobung dieser wissenschaftlichen Auszeichnung ist das Statistische Bundesamt bestrebt, die Arbeit der amtlichen Statistik noch stärker als bisher mit den Hochschulen sowie der Wissenschaft zu verbinden. Zugleich soll der Preis junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ermutigen, das vielfältige Datenangebot der amtlichen Statistik für ihre empirischen Forschungen ausgiebig zu nutzen.

Die Preisträger des Gerhard-Fürst-Preises 2007 wurden im Rahmen des 16., gemeinsam mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft durchgeführten, Wissenschaftlichen Kolloquiums geehrt. Der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Walter Radermacher konnte auf Empfehlung des unabhängigen Gutachterkreises drei wissenschaftliche Arbeiten mit dem Gerhard-Fürst-Preis 2007 prämiieren.

Die Preisträger werden über Ihre Arbeiten in der Schriftreihe des Statistischen Bundesamtes „Wirtschaft und Statistik“ in Kürze ausführlich berichten.

Vorschläge für den Gerhard-Fürst-Preis 2008 können ausschließlich von den die Arbeiten betreuenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eingereicht werden. Im Auswahlverfahren werden deutsch- oder englischsprachige Arbeiten berücksichtigt, die zwischen dem 1. Januar 2006 und dem 31. März 2008 mindestens mit der Note „gut“ respektive „magna cum laude“ abschließend bewertet worden sind. Sie dürfen nicht bereits anderweitig ausgezeichnet worden sein, ausgenommen sind Prämierungen innerhalb der einreichenden Institutionen.

Eine vorherige (Teil-)Veröffentlichung der Arbeit schließt eine Preisvergabe nicht aus. Einzureichen sind neben der vorgeschlagenen Arbeit u. a. eine kurze Begründung der/ des vorschlagenden Wissenschaftlerin/Wissenschaftlers zur Preiswürdigkeit, Kopien der Erst- und gegebenenfalls Zweitgutachten, mit denen die Arbeit abschließend bewertet wurde, eine Kurzfassung der Arbeit, ein Lebenslauf der Autorin oder des Autors und bei Diplom-, Magister-, Master- und Bachelorarbeiten eine schriftliche Erklärung über die Bearbeitungsdauer der eingereichten Arbeit.

Die vorgeschlagene Arbeit ist dreifach und die übrigen Unterlagen sind in neunfacher Ausfertigung einzureichen. Darüber hinaus sind Arbeit und Kurzfassung zusätzlich als MS-Word oder PDF-Datei auf einer CD-ROM zur Verfügung zu stellen. Alle Unterlagen sind an folgende Adresse zu senden:

Statistisches Bundesamt
Institut für Forschung und Entwicklung in der Bundesstatistik
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden

Die Einreichungsfrist endet am 31. März 2008
(Datum des Poststempels).

Weitere Informationen zum Gerhard-Fürst-Preis können beim Statistischen Bundesamt erfragt werden unter

Telefon: +49 (0) 611 / 75 26 03
E-Mail: institut@destatis.de
Internet: im Wissenschaftsforum unter
www.destatis.de

Rheinland-Pfalz 2050

Zweite regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung

Teil 2 – Regionale Ergebnisse



Von Dr. Ludwig Böckmann

Im Dezember 2007 wurde vom Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz unter dem Titel „Rheinland-Pfalz 2050 – Zweite regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2006)“ in Band N° 7 der Reihe „Statistischen Analysen“ eine aktualisierte Bevölkerungsprojektion vorgestellt. In diesem Beitrag werden die regionalen Ergebnisse der Vorausberechnung dargestellt und beschrieben.

Mit dem Terminus „regional“ ist die Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise gemeint. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sollen hier vorwiegend die Ergebnisse der mittleren Variante der Modellrechnungen vorgestellt und kommentiert werden. Die Darstellung der zukünftigen regionalen Bevölkerungsentwicklung erfolgt für zwei Zeitabschnitte: Die mittelfristige Betrachtung reicht vom Basisjahr 2006 bis zum Jahr 2020 und die langfristige Betrachtung bis zum Jahr 2050.

Die mittelfristige Bevölkerungsentwicklung in den Regionen

Einwohnerzahl sinkt in den kreisfreien Städten stärker als in den Landkreisen

Die Einwohnerzahl von Rheinland-Pfalz wird, sofern die Annahmen der mittleren Variante der Bevölkerungsvorausberechnung zutreffen, bereits mittelfristig um 3,2% sinken. Die regionalisierte Rechnung zeigt, dass der Bevölkerungsrückgang in den kreisfreien Städten stärker ausfallen wird als in den Landkreisen: Nach der mittleren Variante beläuft sich der Einwohnerrückgang in den kreisfreien Städten bis 2020 auf 4,6%, in den Landkreisen wird er dagegen nur bei 2,7% liegen.

Von den insgesamt etwa 4,053 Mill. Einwohnern, die Rheinland-Pfalz heute hat, leben rund 1,021 Mill. in den kreisfreien Städten und 3,032 Mill. in den Landkreisen. Im Jahr 2020 hat das Land nach der mittleren Variante der Modellrechnungen nur noch 3,925 Mill. Einwohner, von denen dann 974 000 in den kreisfreien Städten und 2,951 Mill. in den Landkreisen leben werden. An der Verteilung der Bevölkerung auf kreisfreie Städte und Landkreise wird sich mittelfristig also wenig ändern: Rund ein Viertel der Gesamtbevölkerung des Landes wird weiterhin in den kreisfreien Städten und drei Viertel werden in den Landkreisen leben.

Info

Modellannahmen der Bevölkerungsvorausberechnungen

Der zweiten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung mit dem Basisjahr 2006 liegen **drei Modellvarianten mit folgenden gemeinsamen Annahmen** zugrunde:

- Die **Geburtenrate** steigt in allen drei Varianten der Modellrechnungen bis 2010 von jetzt 1,32 auf 1,4 Kinder je Frau und bleibt danach über den gesamten Zeitraum bis 2050 konstant.
- Die **Lebenserwartung** nimmt in allen drei Varianten bis 2050 bei Frauen von 81,6 auf 88,2 Jahre und bei Männern von 76,5 auf 83,6 Jahre zu. Sie steigt also um etwa sieben Jahre.

Die Varianten unterscheiden sich nur hinsichtlich der **Annahmen zum Wanderungsgeschehen**:

- **Untere Variante:** Entsprechend der Annäherung von Zuzügen und Fortzügen über die Landesgrenze in den zurückliegenden Jahren sinkt der Wanderungsüberschuss kontinuierlich bis 2010 auf null. Danach wird bis 2050 eine ausgeglichene Wanderungsbilanz unterstellt.
- **Mittlere Variante:** Der jährliche Wanderungsüberschuss steigt im Jahr 2007 auf 5 000 Personen und bleibt danach über den weiteren Zeitraum bis 2050 konstant.
- **Obere Variante:** Der Wanderungsüberschuss steigt bis zum Jahr 2010 auf den langjährigen Durchschnitt von 10 000 Personen im Jahr und bleibt danach über den weiteren Zeitraum bis 2050 konstant.

Methodik der Bevölkerungsvorausberechnungen

Als Basis der zweiten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung dienen die Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung zum 31. Dezember 2006. Deshalb wird das Jahr 2006 als „Basisjahr“ und die Bevölkerung dieses Jahres als „Basisbevölkerung“ bezeichnet. Die hier angewandte Methode der geburtsjahrgangsweisen Fortschreibung der Bevölkerung in die Zukunft erfordert eine nach Geschlecht und einzelnen Geburtsjahrgängen untergliederte Basisbevölkerung. Da es das Ziel ist, mit der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung auch Ergebnisse für die kreisfreien Städte und Landkreise bereitzustellen, müssen alle Angaben in entsprechender regionaler Gliederungstiefe in das Modell eingehen. Gerechnet wird auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise unter Verwendung von kreis- und altersspezifischen Fruchtbarkeits-, Sterbe- sowie Wanderungsziffern. Bei der Berechnung der Sterbefälle und der Wanderungen ist zudem eine Differenzierung der Ziffern nach dem Geschlecht erforderlich.

Zunächst werden die Komponenten der natürlichen Bevölkerungsbewegung ermittelt. Die Basisbevölkerung wird um die Zahl der Sterbefälle vermindert. Die Überlebenden rücken anschließend in das jeweils nächste Altersjahr vor. Danach wird die Zahl der Neugeborenen errechnet. Diese bilden die neue Altersgruppe der unter Einjährigen des ersten Projektionsjahres.

Daran schließt sich die Berechnung der Komponenten der räumlichen Bevölkerungsbewegung an. Wegen des relativ stabilen Zusammenhangs zwischen der Bevölkerungszahl und den Fortzügen werden für die kreisfreien Städte und Landkreise zunächst die fortziehenden Personen vorausberechnet und ihren Zielgebieten zugeordnet. Aufgrund der Trennung zwischen der Außen- und der Binnenwanderung wird dabei zwischen Fortzügen über die Landesgrenze (Außenwanderung) und Fortzügen innerhalb von Rheinland-Pfalz (Binnenwanderung) unterschieden. Die Fortzüge in eine kreisfreie Stadt oder einen Landkreis innerhalb des Landes führen dort unmittelbar zu den entsprechenden Binnenzuzügen.

Die Fortzüge über die Landesgrenze bilden die Grundlage zur Ermittlung der Zahl der Zuzüge über die Landesgrenze: Der durch die Modellannahmen vorgegebene Wanderungssaldo wird zu der Gesamtzahl der Fortzüge über die Landesgrenze addiert; daraus ergibt sich die erforderliche Zahl der Zuzüge über die Landesgrenze. Diese werden, differenziert nach ihrem Herkunftsgebiet, in Zuzüge aus dem übrigen Bundesgebiet bzw. dem Ausland unterschieden und auf die kreisfreien Städte und Landkreise verteilt.

Dieser Prozess wiederholt sich über den gesamten Berechnungszeitraum bis zum Jahr 2050 und erzeugt für jedes Jahr einen neuen Bevölkerungsbestand. Die Aufsummierung der regionalen Ergebnisse führt zum Landeswert.

Bei einer pessimistischen Annahme über die Zuwanderung, wie sie der unteren Variante der Modellrechnungen zugrunde gelegt ist, würde die Bevölkerungszahl in den Städten und in den Kreisen deutlich stärker zurückgehen als in der moderaten mittleren Variante: Unter dieser Annahme müssten die kreisfreien Städte bis 2020 mit einem Rückgang um 6,6% und die Landkreise mit einem Minus von 4,3% rechnen. Im Land insgesamt würde sich die Einwohnerzahl mittelfristig um 4,9% verringern.

Aber auch bei einer optimistischeren Wanderungsannahme, wie sie der oberen Variante zugrunde gelegt wurde, wird die Einwohnerzahl im Land, in den kreisfreien Städten und in den Landkreisen bis 2020 bereits abnehmen, allerdings wesentlich schwächer als in der mittleren Variante: Die Bevölkerungszahl würde sich dann in Rheinland-Pfalz nur noch um 1,6%, in den kreisfreien Städten um 2,7% und in den Landkreisen um 1,2% verringern.

Nur noch in drei Gebieten Bevölkerungszuwachs

Eine Einzelbetrachtung, die hier nur anhand der Ergebnisse der mittleren Variante erfolgen soll, zeigt, dass mittelfristig nur noch drei Gebiete des Landes einen Einwohnerzuwachs verzeichnen werden. Den stärksten Anstieg kann der Landkreis Mainz-Bingen verbuchen. Dort wird die Bevölkerungszahl bis 2020 noch um 3,2% zunehmen. Einen leichten Zuwachs wird es auch im Landkreis Trier-Saarburg geben (+0,8%). Im rheinhessischen Kreis Alzey-Worms wird die Bevölkerungszahl mittelfristig fast stagnieren (+0,04%).

Für Mainz-Bingen und Alzey-Worms wirken sich die räumliche Nähe zum Ballungsraum

Rhein-Main und die guten Verkehrsanbindungen auch auf mittlere Sicht positiv auf die Bevölkerungsentwicklung aus. Beide Faktoren dürften weiterhin dafür sorgen, dass zum einen die längerfristige wirtschaftliche Entwicklung günstig verläuft und zum anderen die Region ein attraktiver Wohnstandort bleibt. Im Kreis Trier-Saarburg sollte auch in Zukunft die Nähe zum wirtschaftlich sehr dynamischen Großherzogtum Luxemburg einen positiven Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung haben.

Die meisten Landkreise werden bereits mittelfristig einen Bevölkerungsrückgang erleben. Besonders stark wird er in den Kreisen Birkenfeld (–8,5%), Kusel (–9,1%) und Südwestpfalz (–8,6%) ausfallen. Diesen Kreisen macht im Hinblick auf ihre Bevölkerungsentwicklung die entferntere Lage mit längeren Fahrzeiten zu den rheinland-pfälzischen Zentren und den Ballungsräumen an den östlichen Grenzen des Landes zu schaffen.

In den meisten Regionen mittelfristig sinkende Einwohnerzahl

Dies gilt auch für die kreisfreie Stadt Pirmasens, für die sich in der Modellrechnung der stärkste mittelfristige Bevölkerungsrückgang ergibt. Unter den in der mittleren Variante gesetzten Annahmen sinkt die Einwohnerzahl der westpfälzischen Stadt bis 2020 um 12,1%. Starke Rückgänge sind in der mittleren Variante aber auch für die Städte Trier (–7,1%) und Zweibrücken (–7%) vorausberechnet worden. Vergleichsweise günstig könnte die Entwicklung der Einwohnerzahl bis zum Jahr 2020 dagegen noch in Speyer (–0,5%) und in Worms (–0,8%) verlaufen. Beide Städte liegen an der „Rheinschiene“ im Einzugsbereich größerer urbaner Räume.

Stärkster mittelfristiger Bevölkerungsrückgang in Pirmasens

T 1

Bevölkerung 2006–2050 nach Verwaltungsbezirken und Regionen

Kreisfreie Stadt Landkreis Region Land	Basisjahr 2006	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2020	2050	2020	2050	2020	2050
		Anzahl					
Frankenthal (Pfalz)	46 938	43 900	35 330	44 721	38 235	45 473	40 986
Kaiserslautern, St.	98 044	90 622	76 116	92 569	82 928	94 418	89 707
Koblenz, St.	105 888	98 975	83 208	100 875	90 157	102 660	96 952
Landau i. d. Pfalz, St.	43 048	41 347	33 117	42 093	35 716	42 798	38 363
Ludwigshafen a. Rh., St.	163 560	156 103	137 578	159 902	150 462	163 497	163 205
Mainz, St.	196 425	179 277	150 522	184 229	166 081	188 981	181 492
Neustadt a. d. Weinstr., St.	53 506	50 910	40 422	51 742	43 516	52 569	46 434
Pirmasens, St.	42 427	36 819	26 442	37 301	28 139	37 757	29 970
Speyer, St.	50 648	49 365	43 064	50 419	46 980	51 471	50 713
Trier, St.	103 518	94 105	79 418	96 181	86 627	98 177	93 815
Worms, St.	82 212	79 893	66 945	81 525	72 670	83 083	78 251
Zweibrücken, St.	34 842	31 846	25 173	32 401	27 318	32 959	29 302
Ahrweiler	129 520	122 838	102 322	125 581	111 580	128 187	120 808
Altenkirchen (Ww.)	135 752	126 138	104 231	128 602	112 898	130 933	121 438
Alzey-Worms	126 058	124 044	107 619	126 107	115 233	128 083	122 830
Bad Dürkheim	134 628	129 586	103 652	131 586	110 944	133 460	118 194
Bad Kreuznach	157 811	153 001	125 445	155 207	133 743	157 264	141 886
Bernkastel-Wittlich	113 466	108 737	92 900	110 313	98 904	111 776	104 779
Birkenfeld	87 007	78 365	61 529	79 579	66 036	80 756	70 549
Cochem-Zell	65 282	61 909	50 594	62 767	53 820	63 568	56 979
Donnersbergkreis	78 320	75 490	63 745	76 613	67 997	77 648	72 049
Eifelkreis Bitburg-Prüm	95 409	89 773	75 478	91 141	80 546	92 396	85 607
Germersheim	125 425	121 214	104 518	123 619	113 169	125 873	121 762
Kaiserslautern	108 364	100 991	79 567	102 433	84 765	103 804	89 928
Kusel	75 809	68 030	52 907	68 924	56 361	69 778	59 758
Mainz-Bingen	200 938	203 285	177 755	207 392	192 177	211 290	206 392
Mayen-Koblenz	213 236	206 682	165 948	209 538	176 463	212 244	186 741
Neuwied	184 518	176 085	145 480	179 280	156 934	182 288	168 182
Rhein-Hunsrück-Kreis	105 050	101 073	86 000	102 569	91 845	103 949	97 432
Rhein-Lahn-Kreis	127 218	118 802	101 553	121 217	110 371	123 519	119 055
Rhein-Pfalz-Kreis	149 187	145 051	117 027	147 364	125 384	149 564	133 617
Südliche Weinstraße	110 211	107 462	90 289	109 299	96 997	111 040	103 614
Südwestpfalz	102 512	92 607	70 953	93 674	75 027	94 689	79 014
Trier-Saarburg	140 265	139 190	118 546	141 324	126 448	143 305	134 090
Vulkaneifelkreis	63 161	57 913	47 176	58 934	50 889	59 881	54 421
Westerwaldkreis	202 657	194 335	160 738	197 615	172 659	200 761	184 426
Kreisfreie Städte	1021 056	953 162	797 335	973 958	868 829	993 843	939 190
Landkreise	3031 804	2902 601	2405 972	2950 678	2581 190	2996 056	2753 551
Mittelrhein-Westerwald	1269 121	1206 837	1000 074	1228 044	1076 727	1248 109	1152 013
Rheinhausen-Nahe	850 451	817 865	689 815	834 039	745 940	849 457	801 400
Rheinpfalz	877 151	844 938	704 997	860 745	761 403	875 745	816 888
Trier	515 819	489 718	413 518	497 893	443 414	505 535	472 712
Westpfalz	540 318	496 405	394 903	503 915	422 535	511 053	449 728
Rheinland-Pfalz	4052 860	3855 763	3203 307	3924 636	3450 019	3989 899	3692 741

Der Modellrechnung liegen folgende Annahmen – bezogen auf Rheinland-Pfalz – zugrunde:
 Die Geburtenrate steigt bis 2010 von 1,32 auf 1,4 Kinder je Frau und bleibt danach über den gesamten Zeitraum bis 2050 konstant.
 Die Lebenserwartung nimmt bis 2050 bei Frauen (von 81,6 auf 88,2 Jahre) und bei Männern (von 76,5 auf 83,6 Jahre) um etwa sieben Jahre zu.
 Der Wanderungssaldo sinkt in der unteren Variante bis 2010 auf null. In der mittleren Variante steigt er im Jahr 2007 auf +5 000, in der oberen Variante bis 2010 auf +10 000. Nach den genannten Zeitpunkten bleibt der Wanderungssaldo in der jeweiligen Variante bis 2050 konstant.

Wesentliche Ursache für den Bevölkerungsrückgang: stetig steigende Geburtendefizite

Die wesentliche Ursache für diese Rückgänge ist, dass die Bevölkerungsentwicklung in den kommenden Jahrzehnten durch die stetig steigenden Geburtendefizite dominiert wird. Selbst bei einer optimistischen Einschätzung der Zuwanderung – in der oberen Variante wird immerhin mit einem Wanderungsgewinn in Höhe von 10 000 Personen pro Jahr gerechnet – werden die Überschüsse schon mittelfristig nicht mehr ausreichen, um die Geburtendefizite, die von Jahr zu Jahr größer werden, auszugleichen.

Unter den Annahmen der mittleren Variante werden zwischen 2006 und 2020 auf der Landesebene im Schnitt pro Jahr 3,5 Menschen je 1 000 Einwohner weniger geboren als sterben. Der Wanderungsüberschuss, der bei vorsichtiger Einschätzung des Zuwanderungspotenzials realisiert werden kann (+5 000 Personen pro Jahr), beläuft sich im Durchschnitt aber nur noch auf jährlich 1,2 Personen je 1 000 Einwohner. Er kann das Geburtendefizit also bei Weitem nicht mehr kompensieren, sodass die Bevölkerungszahl sinken muss.

Dies ist zunächst eine Durchschnittsbetrachtung auf der Landesebene. Für die Gesamtheit der kreisfreien Städte wirkt sich nach der mittleren Variante zusätzlich zum Defizit in der Bilanz der natürlichen Bevölkerungsbewegung auch ein Defizit in der Wanderungsbilanz aus. Das durchschnittliche jährliche Geburtendefizit beläuft sich auf 2,7 Menschen je 1 000 Einwohner. Hinzu kommt ein durchschnittlicher jährlicher Wanderungsverlust von 0,7 Personen je 1 000 Einwohner.

Interessant ist, dass das Geburtendefizit in den Landkreisen höher ausfällt als in den

kreisfreien Städten. Es könnte sich nach der mittleren Variante für die Gesamtheit der Kreise im Schnitt auf jährlich 3,8 Menschen je 1 000 Einwohner belaufen. Dem steht allerdings ein Wanderungsgewinn gegenüber. Dieser beläuft sich aber nur auf jährlich etwa 1,9 Personen je 1 000 Einwohner und ist somit deutlich kleiner als das Geburtendefizit. Daher muss die Bevölkerungszahl auch in den Kreisen sinken.

Alle Regionen des Landes werden mittelfristig in ihren Bilanzen der natürlichen Bevölkerungsbewegung ein Defizit ausweisen. In den Wanderungsbilanzen werden aber immerhin noch 27 von 36 Gebieten – sechs kreisfreie Städte und 21 Landkreise – einen Überschuss verzeichnen können.

Das gute Abschneiden des Landkreises Mainz-Bingen, der mittelfristig noch eine steigende Bevölkerungszahl verzeichnen kann, erklärt sich dadurch, dass zunächst das Geburtendefizit dieses Kreises im Zeitraum von 2006 bis 2020 – bezogen auf die Bevölkerungszahl – das drittniedrigste im ganzen Land sein wird. Zugleich kann Mainz-Bingen in dieser Phase auch noch den – auf die Einwohnerzahl bezogen – zweithöchsten Wanderungsüberschuss realisieren. Das Geburtendefizit beläuft sich in Mainz-Bingen im Schnitt auf jährlich 1,4 Menschen je 1 000 Einwohner. Der Wanderungsüberschuss wird jahresdurchschnittlich bei 3,6 Personen je 1 000 Einwohner liegen.

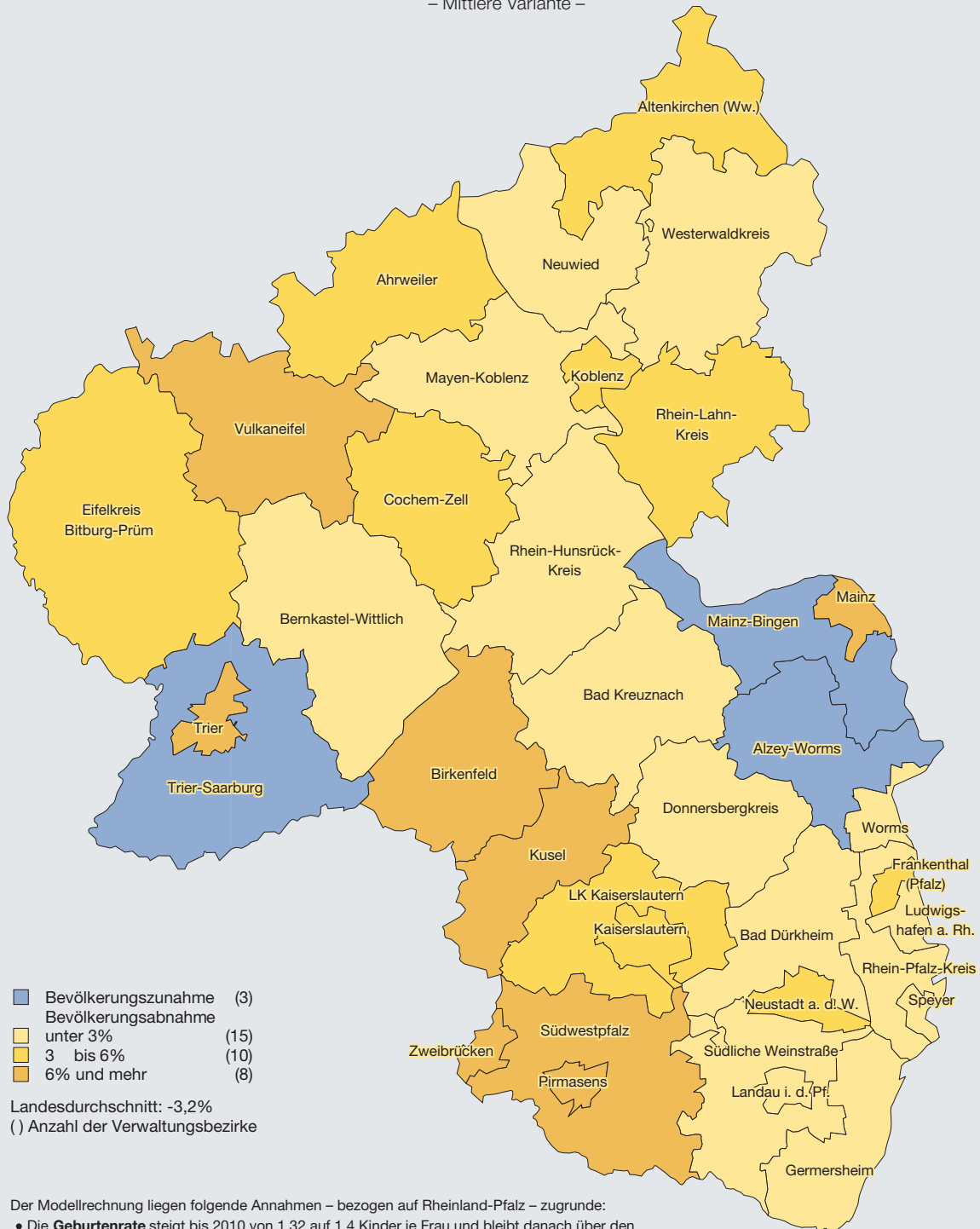
Das relativ niedrige Geburtendefizit des Landkreises Mainz-Bingen ist zum einen Folge einer über dem Landesdurchschnitt liegenden Geburtenrate sowie eines überdurchschnittlichen Anteils an Frauen im gebärfähigen Alter.

Geburtendefizit in den Landkreisen höher als in den kreisfreien Städten

Landkreis Mainz-Bingen: niedriges Geburtendefizit ...

... und hoher Wanderungsüberschuss

– Mittlere Variante –



Der Modellrechnung liegen folgende Annahmen – bezogen auf Rheinland-Pfalz – zugrunde:

- Die **Geburtenrate** steigt bis 2010 von 1,32 auf 1,4 Kinder je Frau und bleibt danach über den gesamten Zeitraum bis 2050 konstant.
- Die **Lebenserwartung** nimmt bis 2050 bei Frauen (von 81,6 auf 88,2 Jahre) und bei Männern (von 76,5 auf 83,6 Jahre) um etwa sieben Jahre zu.
- Der **Wanderungssaldo** steigt im Jahr 2007 auf +5 000 und bleibt danach bis 2050 konstant.

Zum anderen liegen in diesem Kreis sowohl die standardisierte Sterberate als auch der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung deutlich unter dem landesdurchschnittlichen Wert.¹⁾

Vergleichsweise geringe Geburtendefizite in Ludwigshafen und Mainz

Niedriger als im Landkreis Mainz-Bingen sind die natürlichen Defizite interessanterweise nur in den beiden größten Städten des Landes: in Ludwigshafen am Rhein und in Mainz. In Ludwigshafen werden im Betrachtungszeitraum je 1 000 Einwohner im Durchschnitt pro Jahr 1,3 Menschen mehr sterben als geboren werden, und in Mainz sind es sogar nur 0,9 Menschen. Beide Städte weisen aber auch in ihren Wanderungsbilanzen Defizite aus. Ludwigshafen wird – wenn die Annahmen der mittleren Variante zutreffen – aber nur geringe Wanderungsverluste hinnehmen müssen: Im Schnitt wird sich das jährliche Wanderungsdefizit auf lediglich 0,3 Personen je 1 000 Einwohner belaufen. Die Landeshauptstadt Mainz wird dagegen nach der mittleren Variante das höchste Wanderungsdefizit verzeichnen. Es könnte im Schnitt bei jährlich 3,7 Personen je 1 000 Einwohner liegen.

Hohes natürliches Defizit für die Stadt Pirmasens

Das mit weitem Abstand höchste Defizit in der Bilanz der natürlichen Bevölkerungsbewegung von allen Gebieten des Landes wird im Betrachtungszeitraum die kreisfreie Stadt Pirmasens ausweisen: Wenn die Annahmen der mittleren Variante hinsichtlich des Geburtenverhaltens und der Lebenserwartung zutreffen, dann könnte es bei 8,3 Menschen je 1 000 Einwohner liegen. Auch die Stadt

Pirmasens wird in ihrer Wanderungsbilanz nur ein vergleichsweise geringes Defizit haben. Es beläuft sich auf 0,9 Personen je 1 000 Einwohner und Jahr.

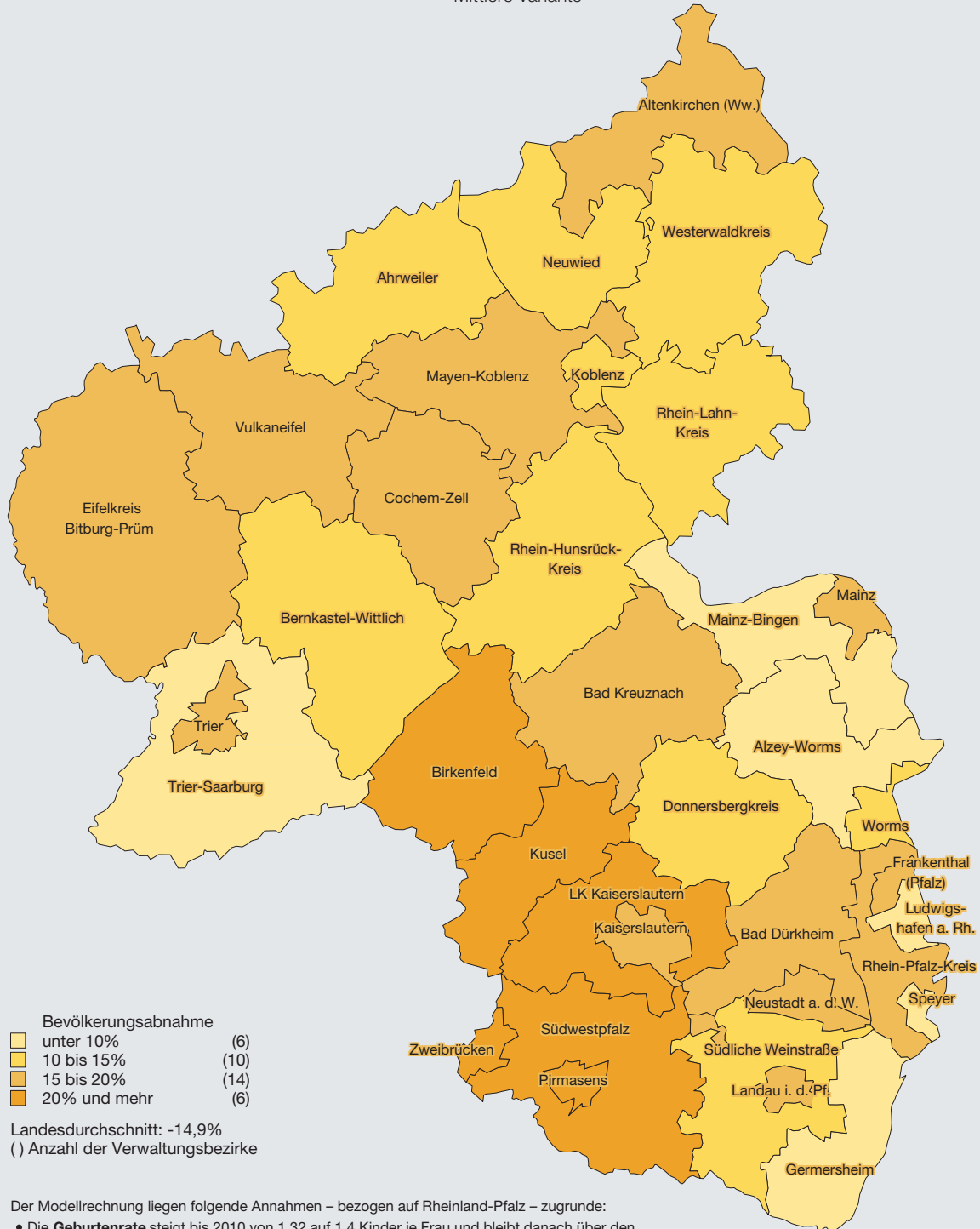
Ursachen für die Geburtendefizite in Pirmasens...

In Pirmasens werden die vergleichsweise hohen Defizite in der Bilanz der natürlichen Bevölkerungsbewegung in Zukunft also die mit Abstand wichtigste Ursache für die starken Bevölkerungsrückgänge sein. Es stellt sich die Frage, warum die Geburtendefizite in der Stadt Pirmasens so hoch sind. Die Antwort lautet, dass in Pirmasens – bei einer Geburtenrate, die leicht überdurchschnittlich ist – der Anteil der Frauen im gebärfähigen Alter an der weiblichen Bevölkerung bereits deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegt. Derzeit ist dieser Anteil sogar der niedrigste im ganzen Land. Die Ursache hierfür dürfte sein, dass über Jahre hinweg gerade die jüngere Bevölkerung aus Pirmasens abgewandert ist. Darüber hinaus hat Pirmasens eine überdurchschnittliche allgemeine Sterberate, d. h. die Zahl der Gestorbenen bezogen auf 1 000 Einwohner liegt deutlich über dem Landesdurchschnitt. Der Grund hierfür ist zum einen eine vergleichsweise hohe standardisierte Sterberate, die über dem landesdurchschnittlichen Wert liegt.²⁾ Zum anderen ist der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung deutlich höher als im Landesmittel. Derzeit hat Pirmasens sogar den höchsten Anteil an 75-Jährigen und Älteren an der Gesamtbevölkerung von allen Gebieten des Landes. Auch dies dürfte eine Folge der Abwanderung jüngerer Menschen in den vergangenen Jahrzehnten sein.

1) Vgl. Gesundheitsberichterstattung Rheinland-Pfalz: www.infothek.statistik.rlp.de/lis/gbe/ [22. November 2007].

2) Vgl. ebenda.

– Mittlere Variante –



Die langfristige Bevölkerungsentwicklung in den Regionen

Bevölkerungsrückgang wird in kreisfreien Städten und Landkreisen etwa gleich stark ausfallen

Langfristig, d. h. bis 2050 wird die Bevölkerungszahl sehr viel stärker abnehmen als in der mittleren Frist bis 2020. Nach der mittleren Variante der Modellrechnungen wird der Bevölkerungsrückgang langfristig in den kreisfreien Städten und den Landkreisen prozentual etwa gleich stark ausfallen. Er wird sich – wenn die Annahmen der mittleren Variante in der langen Frist zutreffen – sowohl in den Städten als auch in den Kreisen auf knapp 15% belaufen. Die kreisfreien Städte werden demnach 2050 nur noch 869 000 Einwohner haben (2006: 1,021 Mill. Einwohner). In den Landkreisen werden 2050 noch 2,581 Mill. Menschen leben (2006: 3,032 Mill. Einwohner).

Langfristig werden alle kreisfreien Städte und Landkreise Bevölkerungsrückgänge hinnehmen müssen. Nach der mittleren Variante der Bevölkerungsvorausrechnungen wird es den stärksten langfristigen Bevölkerungsrückgang in der Stadt Pirmasens geben (2006–2050: –33,7%). Vergleichsweise günstig entwickelt sich die Bevölkerungszahl dagegen in dem Landkreis Mainz-Bingen (–4,4%).

Mittel- und langfristige Entwicklung der regionalen Altersstrukturen

Altersstrukturelle Verschiebungen setzen sich fort

Die bereits in der Vergangenheit beobachteten altersstrukturellen Verschiebungen in den Regionen von Rheinland-Pfalz werden sich in Zukunft weiter fortsetzen. Dies soll anhand der Entwicklung der regionalen Altenquotienten verdeutlicht werden. Der Altenquotient bezieht die Zahl der älteren Menschen

über 65 Jahren auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 20 bis 65 Jahren. Zurzeit kommen in den kreisfreien Städten auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 32,4 ältere Menschen über 65 Jahren, in den Landkreisen sind es 34,3 und im Land insgesamt 33,8.

Bereits mittelfristig wird der Altenquotient deutlich zunehmen, und zwar in den Landkreisen im Schnitt stärker als in den kreisfreien Städten. In den Kreisen steigt er bis 2020 um 15,3% und in den kreisfreien Städten um 12,6%. In den Landkreisen werden dann auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 39,6 ältere Menschen entfallen, in den kreisfreien Städten werden es 36,5 sein.

Altenquotient wird beträchtlich steigen

Der Anstieg des Altenquotienten wird sich nach 2020 bis etwa 2035 beschleunigen. Der Grund hierfür ist, dass etwa ab 2020 die ersten „Babyboomer“ das Rentenalter erreichen. Ab 2020 vergrößert sich deshalb die Altersgruppe der über 65-Jährigen mit steigenden jährlichen Zuwachsraten. Zugleich wird die Gruppe der 20- bis 65-Jährigen mit immer größeren jährlichen Abnahmeraten schrumpfen, weil nicht genügend unter 20-Jährige in diese Altersgruppe nachrücken. Diese Entwicklung wird bis etwa 2035 anhalten; sie wird in den Landkreisen stärker ausfallen als in den kreisfreien Städten. In den kreisfreien Städten steigt der Altenquotient bis 2035 auf einen Wert von 51 und in den Landkreisen auf einen Wert von knapp 60. Dies bedeutet für die kreisfreien Städte einen Anstieg gegenüber dem Basisjahr 2006 von gut 57%. Für die Landkreise beläuft sich der Anstieg sogar auf rund 74%. Im Land insgesamt wird der Altenquotient 2035 bei etwa 58 liegen (+70% gegenüber 2006).

Zwischen 2020 und 2035 wird sich der Anstieg des Altenquotienten beschleunigen

Auch nach 2035 wird der Altenquotient weiter steigen, allerdings mit geringerer jährlicher Steigerungsrate. Im Jahr 2050 wird er in den kreisfreien Städten den Wert von 56 (+73% gegenüber 2006) und in den Landkreisen den Wert von 66 (+92%) erreichen – jedenfalls dann, wenn die Annahmen der mittleren Variante zutreffen.

Die zusammenfassende Betrachtung für die kreisfreien Städte bzw. die Landkreise gibt jeweils nur die durchschnittliche Entwicklung wieder. Bei der Betrachtung der einzelnen Gebiete zeigt sich für den Altenquotienten und seine Veränderungsraten eine große Spannweite: Den höchsten Altenquotienten im Land weist heute und auch noch 2020 die Stadt Pirmasens auf. Dort liegt der Quotient zurzeit bei 44,7 und könnte bis 2020 auf 46,9 steigen. Den niedrigsten Altenquotienten hat gegenwärtig die Landeshauptstadt Mainz mit einem Wert von 26,2; er wird bis 2020 auf 32,8 steigen. Im Jahr 2020 wird die Stadt Trier mit 32,5 den niedrigsten Altenquotienten im Land haben (2006: 29,6).

Germersheim hat derzeit und auch 2020 den niedrigsten Altenquotienten unter den Landkreisen

Unter den Landkreisen hatte der Kreis Germersheim 2006 die günstigste Altersstruktur. Dort kamen auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 28,1 ältere Menschen. Bis 2020 wird dieser Wert auf 34,2 steigen und damit immer noch der niedrigste unter den Landkreisen sein. Am höchsten ist der Altenquotient zurzeit und auch noch 2020 im Kreis Cochem-Zell. Im Jahr 2006 lag der Quotient dort bei 40,1; bis 2020 wird er auf 44,9 zunehmen.

Bis 2050 wird es erhebliche regionale Verschiebungen in der Altersstruktur geben: Den stärksten Anstieg des Altenquotienten werden die Stadt Landau in der Pfalz

(+122% im Vergleich zu 2006) sowie die Landkreise Alzey-Worms (+125%) und Mainz-Bingen (+122%) hinnehmen müssen. In neun weiteren Landkreisen wird sich der Altenquotient bis 2050 voraussichtlich etwa verdoppeln. Wenn die Annahmen der mittleren Variante zutreffen, dann wird der Landkreis Südwestpfalz 2050 den höchsten Altenquotienten im Land haben: Dort werden dann auf 100 Personen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren mehr als 74 über 65-Jährige kommen. Unter den 24 Landkreisen wird der Kreis Germersheim im Jahr 2050 mit 58,5 den niedrigsten Altenquotienten ausweisen.

Von den zwölf kreisfreien Städten wird 2050 Neustadt an der Weinstraße den höchsten Altenquotienten ausweisen; den niedrigsten Quotienten wird dann Ludwigshafen am Rhein haben: In Neustadt werden 2050 auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter fast 71 in der Regel nicht mehr erwerbstätige ältere Menschen kommen, in Ludwigshafen werden es dagegen nur 51 sein. Interessanterweise wird der langfristige Anstieg des Altenquotienten in der Stadt Pirmasens landesweit am geringsten ausfallen: Zwischen 2006 und 2050 wird sich die Steigerungsrate dort „nur“ auf 42% belaufen.

2050 wird Ludwigshafen den niedrigsten Altenquotienten im Land haben

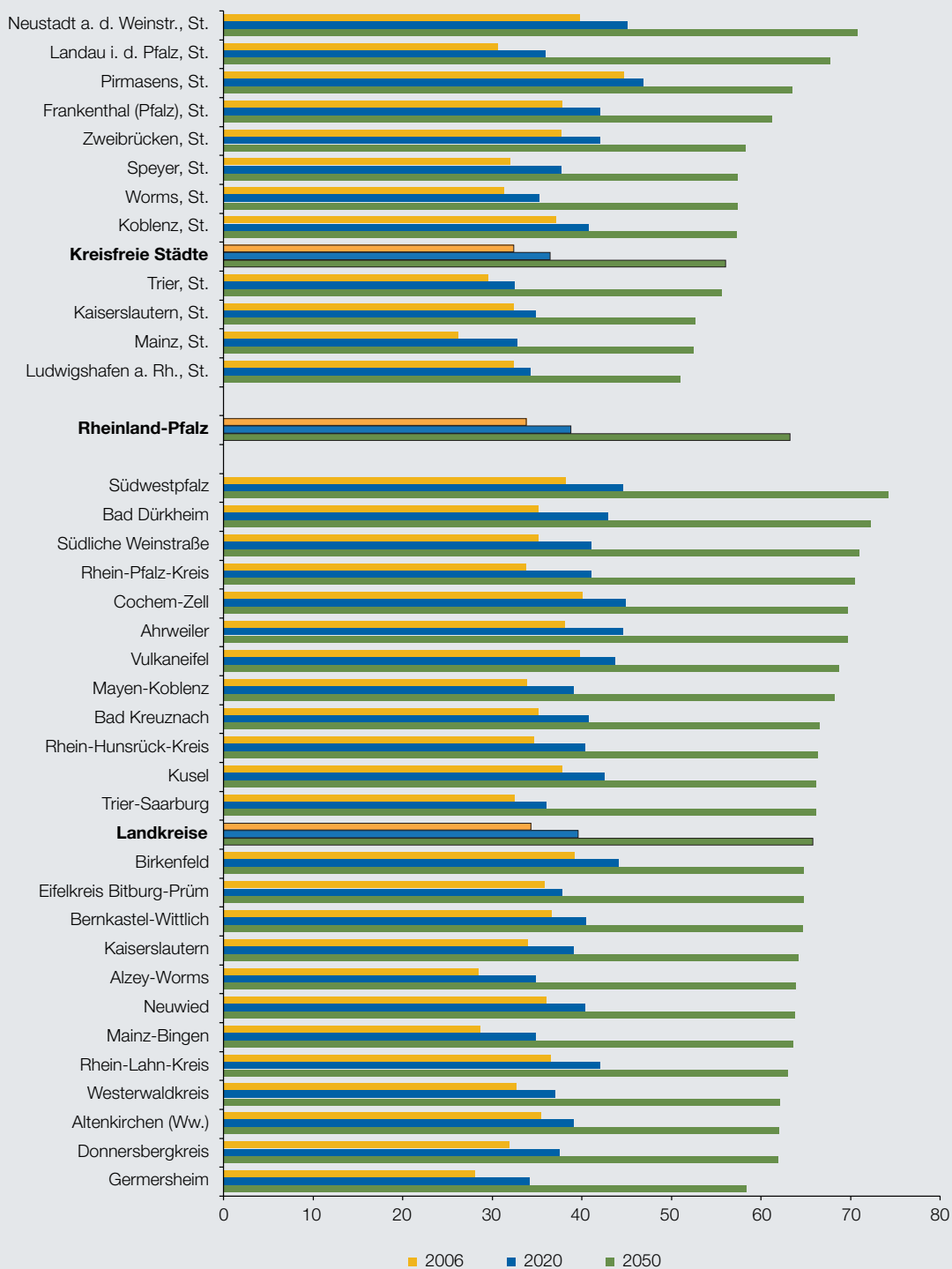
Pirmasens mit dem geringsten Anstieg

Den altersstrukturellen Veränderungen liegt die Annahme einer relativ moderat – bis 2050 im Schnitt um sieben Jahre – steigenden Lebenserwartung zugrunde. Einige Bevölkerungswissenschaftler erwarten für die Zukunft eine sehr viel stärker zunehmende Lebenserwartung. Sollte dies eintreten, so werden die Altenquotienten noch deutlicher steigen als hier dargestellt.

S 3

Altenquotienten 2006, 2020 und 2050 nach Verwaltungsbezirken

65-Jährige und Ältere bezogen auf 20- bis unter 65-Jährige



Zusammenfassung

Abschließend kann festgehalten werden, dass die Bevölkerungsentwicklung auch in Zukunft regional sehr unterschiedlich verlaufen wird. Mittelfristig wird es noch einige wenige Gebiete mit einem Bevölkerungszuwachs geben. Die meisten kreisfreien Städte und Landkreise werden jedoch bereits bis 2020 einen Rückgang ihrer Einwohnerzahl hinnehmen müssen – einige sogar einen deutlichen Rückgang.

Die demografische Alterung wird sich fortsetzen: Die Zahl der Jüngeren und die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter wird abnehmen. Die Zahl der älteren Menschen wird deutlich zunehmen. Auch diese altersstrukturellen Verschiebungen werden regional unterschiedlich verlaufen. Dies spiegelt sich in den großen Spannweiten der Altenquotienten und ihrer mittel- und langfristigen Veränderungen wider.

Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat „Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen“.

Rheinland-Pfalz 2050

Beiträge zu diesem Thema im Statistischen Monatsheft

- 1/2008 Rheinland-Pfalz 2050 – Zweite regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung: Teil 1 – Ergebnisse auf der Landesebene

Die ausführliche Statistische Analyse „Rheinland-Pfalz 2050 – Zweite regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2006)“ steht im Internet unter der Adresse <http://www.statistik.rlp.de/analysen/demografie/rp2050.pdf> zum kostenfreien Download zur Verfügung.

Die Printausgabe kann für 15 Euro beim Statistischen Landesamt, Vertrieb, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Im Internet wird das Angebot zu „Rheinland-Pfalz 2050“ durch detaillierte Tabellen für alle kreisfreien Städte, Landkreise sowie Planungsregionen ergänzt. Seit Anfang Februar stehen an dieser Stelle auch anschauliche Grafiken für die einzelnen Verwaltungsbezirke zur Verfügung.

www.statistik.rlp.de/analysen/demografie/index.html.

Regionale Sterblichkeitsunterschiede



Von Günter Ickler

Die Anzahl der Gestorbenen weist in den kreisfreien Städten und Landkreisen von Rheinland-Pfalz große Unterschiede auf. Sie wird in hohem Maße durch den Umfang der Bevölkerung und deren Altersaufbau bestimmt. Das Verfahren der Altersstandardisierung ermöglicht die Ausschaltung solcher Einflussfaktoren. Auch nach Anwendung dieser Methode zeigen sich prägnante regionale Sterblichkeitsunterschiede. Statistisch signifikante Abweichungen sind ebenso bei der Betrachtung einzelner Todesursachen nachweisbar.

Rückläufige Sterblichkeit

Veränderung
der Sterblichkeit
im Zeitablauf

Im Statistischen Monatsheft 9/2007 wurde die Sterblichkeit in dem Beitrag „Todesursachen – Zeitliche Entwicklung seit 1998“ betrachtet. Dabei wurde festgestellt, dass die Sterblichkeit in den vergangenen Jahren insgesamt gesehen deutlich zurückging; das ist einer stetig steigenden Lebenserwartung gleichzusetzen. Für einige Todesursachen waren jedoch auch hiervon abweichende Entwicklungen zu konstatieren.

Gegenstand des vorliegenden Beitrags sind die regionalen Unterschiede der Sterblichkeitsverhältnisse in der Differenzierung nach den zwölf kreisfreien Städten und 24 Landkreisen in Rheinland-Pfalz. Dabei erfolgt zunächst eine Betrachtung der Sterblichkeit insgesamt und in einem zweiten Schritt eine todesursachenspezifische Analyse.

Der bereits erschienene Aufsatz enthält Erläuterungen:

- zur Ermittlung des für den Tod verantwortlichen Grundleidens, das als Todesursache in die Statistik eingeht,
- zu der international einheitlichen Klassifikation der Todesursachen und
- zur Methode der Altersstandardisierung.

Verweis auf
methodische
Erläuterungen

Auf eine Wiederholung dieser Ausführungen wird hier verzichtet.

Gestorbenenzahlen regional sehr unterschiedlich

Im Jahr 2006 sind 41 973 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer verstorben. In solchen kreisfreien Städten, in denen vergleichsweise wenige Menschen leben, wie z. B. Landau in der Pfalz oder Zweibrücken, fielen die Gestorbenenzahlen naturgemäß am niedrigsten aus. In den bevölkerungsreichsten Landkreisen, wie beispielsweise Mayen-Koblenz oder dem Westerwaldkreis, waren auch die meisten Gestorbenen zu verzeichnen.

Bevölkerungs-
umfang
beeinflusst
Gestorbenen-
zahl

Aussagekräftiger sind auf die Bevölkerung bezogene Gestorbenen-zahlen

Aussagekräftiger als die absoluten Gestorbenenanzahlen sind für einen Regionalvergleich die auf den Bevölkerungsumfang bezogenen Sterbefälle (rohe Sterbeziffer oder rohe Sterberate). Bezogen auf 100 000 Einwohner variieren diese zwischen 830 Gestorbenen im Landkreis Mainz-Bingen und 1 483 Gestorbenen in der Stadt Pirmasens. Der Hauptgrund für die erhebliche Bandbreite ist in den regional divergierenden Altersstrukturen zu sehen. Da diese Unterschiede einen großen Einfluss auf das Mortalitätsgeschehen haben, können vergleichende Analysen nicht bei den absoluten Fallzahlen oder der Anzahl der Sterbefälle je 100 000 Einwohner ansetzen.

Altersstandardisierung mit „alter EU-Bevölkerung“

Die Ermittlung altersstandardisierter Sterbeziffern ermöglicht die Ausschaltung derartiger Altersstruktureffekte und damit den Vergleich von Populationen mit unterschiedlichen Altersstrukturen. Den Berechnungen wurde die sogenannte „alte EU-Bevölkerung“¹⁾ zugrunde gelegt. Dieses Vorgehensweise ist bei Analysen im Bereich des Gesundheitswesens üblich; sie ermöglicht u. a. die Interpretation geschlechtsspezifischer Unterschiede, da beide Geschlechter auf die gleiche Altersstruktur bezogen werden. Zu beachten ist jedoch, dass altersstandardisierte Raten lediglich fiktive Kennziffern darstellen, die nur dem Vergleich dienen sollen, ihrer absoluten Größe nach aber nicht oder nur eingeschränkt interpretiert werden können.

Auch die altersstandardisierten Sterberaten weisen bei einem regionalen Ver-

gleich noch große Divergenzen auf. Die auf 100 000 Personen der Standardbevölkerung bezogenen Sterbeziffern variieren auf Kreisebene zwischen 453 Gestorbenen in der Stadt Mainz und 855 Gestorbenen in der Stadt Pirmasens.

Auch altersstandardisierte Raten sind regional unterschiedlich

Eine geschlechtsspezifische Betrachtung verdeutlicht die durchweg wesentlich höhere Sterblichkeit des männlichen Geschlechts. Die für die weibliche Bevölkerung ermittelten standardisierten Sterberaten liegen zwischen 361 (Mainz) und 688 (Pirmasens), die der männlichen Bevölkerung zwischen 576 (Mainz) und 1 119 (Pirmasens).

Geschlechtsspezifische Unterschiede

Die folgenden Beispiele verdeutlichen die spezifischen Interpretationsmöglichkeiten der verschiedenen Mortalitätsmaßzahlen:

- Die Zahl der im Jahr 2006 verstorbenen Personen war im Landkreis Ahrweiler deutlich größer als in der Stadt Koblenz, die auf 100 000 Personen der Bevölkerung bezogenen Sterberaten waren jedoch in beiden Gebieten praktisch gleich. Die Standardisierung hat hingegen wieder etwas höhere Werte für den Kreis Ahrweiler zur Folge.
- Der Landkreis Altenkirchen weist im Vergleich zum Kreis Bad Kreuznach niedrigere absolute Gestorbenenanzahlen, praktisch identische Sterbeziffern, aber höhere altersstandardisierte Sterberaten auf.
- In der Stadt Pirmasens sind die absoluten Gestorbenenanzahlen vergleichsweise gering, die (standardisierten) Sterberaten hingegen landesweit am höchsten.

Es bleibt festzuhalten, dass eine regional vergleichende Analyse nur auf der Grundlage standardisierter Gestorbenenanzahlen sinnvoll ist.

¹⁾ Die „alte“ EU-Standardbevölkerung unterstellt den Gruppen der Frauen und der Männer eine identische Altersstruktur. Demgegenüber liegt der „neuen“ EU-Standardbevölkerung eine Geschlechtsdifferenzierung in drei Bevölkerungsstrukturen (Frauen, Männer, insgesamt) zugrunde, die bezüglich der Vergleichbarkeit der standardisierten Raten inzwischen eher als Nachteil gesehen wird. Daher wird wieder auf die „alte“ EU-Bevölkerung als Standard zurückgegriffen.

Kreisfreie Stadt Landkreis Land	Gestorbene und Sterbeziffern 2006 nach Geschlecht und Verwaltungsbezirken								
	Gestorbene			Rohe Sterbeziffer			Standardisierte Sterbeziffer		
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
	Anzahl			je 100 000 der Bevölkerung			je 100 000 der Standardbevölkerung		
Frankenthal (Pfalz), St.	496	245	251	1 053	1 060	1 047	548	717	435
Kaiserslautern, St.	1 045	491	554	1 063	1 002	1 125	605	747	487
Koblenz, St.	1 279	568	711	1 204	1 116	1 285	591	752	477
Landau i. d. Pfalz, St.	423	187	236	992	916	1 061	560	703	460
Ludwigshafen a. Rh., St.	1 612	754	858	986	925	1 045	587	708	484
Mainz, St.	1 628	752	876	834	798	868	453	576	361
Neustadt a. d. Weinstr., St.	599	271	328	1 117	1 058	1 172	545	669	458
Pirmasens, St.	634	284	350	1 483	1 377	1 583	855	1 119	688
Speyer, St.	521	211	310	1 031	866	1 183	606	672	538
Trier, St.	993	463	530	991	975	1 005	546	723	411
Worms, St.	855	408	447	1 043	1 017	1 068	606	776	488
Zweibrücken, St.	454	208	246	1 295	1 209	1 376	671	836	532
Ahrweiler	1 561	683	878	1 201	1 079	1 317	608	721	520
Altenkirchen (Ww.)	1 520	735	785	1 117	1 097	1 138	635	798	497
Alzey-Worms	1 175	584	591	932	937	927	591	751	458
Bad Dürkheim	1 444	683	761	1 070	1 033	1 107	587	719	478
Bad Kreuznach	1 762	783	979	1 115	1 017	1 209	602	721	494
Bernkastel-Wittlich	1 252	613	639	1 100	1 089	1 111	594	759	457
Birkenfeld	1 079	514	565	1 234	1 196	1 271	653	811	515
Cochem-Zell	753	369	384	1 149	1 135	1 165	581	756	433
Donnersbergkreis	810	400	410	1 031	1 027	1 036	621	793	461
Eifelkreis Bitburg-Prüm	1 029	477	552	1 075	1 007	1 141	571	711	463
Germersheim	1 046	508	538	835	821	848	589	725	485
Kaiserslautern	1 141	546	595	1 049	1 022	1 076	608	759	479
Kusel	899	420	479	1 181	1 118	1 241	603	747	478
Mainz-Bingen	1 665	803	862	830	817	843	538	675	426
Mayen-Koblenz	2 260	1 091	1 169	1 059	1 042	1 075	602	767	472
Neuwied	1 838	862	976	994	954	1 033	538	677	418
Rhein-Hunsrück-Kreis	1 134	521	613	1 075	1 006	1 141	579	701	464
Rhein-Lahn-Kreis	1 405	642	763	1 100	1 025	1 174	586	707	482
Rhein-Pfalz-Kreis	1 403	687	716	942	940	944	549	694	440
Südliche Weinstraße	1 103	523	580	998	961	1 035	563	697	452
Südwestpfalz	1 030	470	560	1 000	920	1 080	559	654	479
Trier-Saarburg	1 359	652	707	970	944	994	576	745	449
Vulkaneifel	721	352	369	1 137	1 122	1 151	594	730	482
Westerwaldkreis	2 045	970	1 075	1 007	966	1 047	597	756	473
Rheinland-Pfalz	41 973	19 730	22 243	1 035	992	1 077	583	726	467

Tendenziell sinkende Sterblichkeit – aber nicht überall

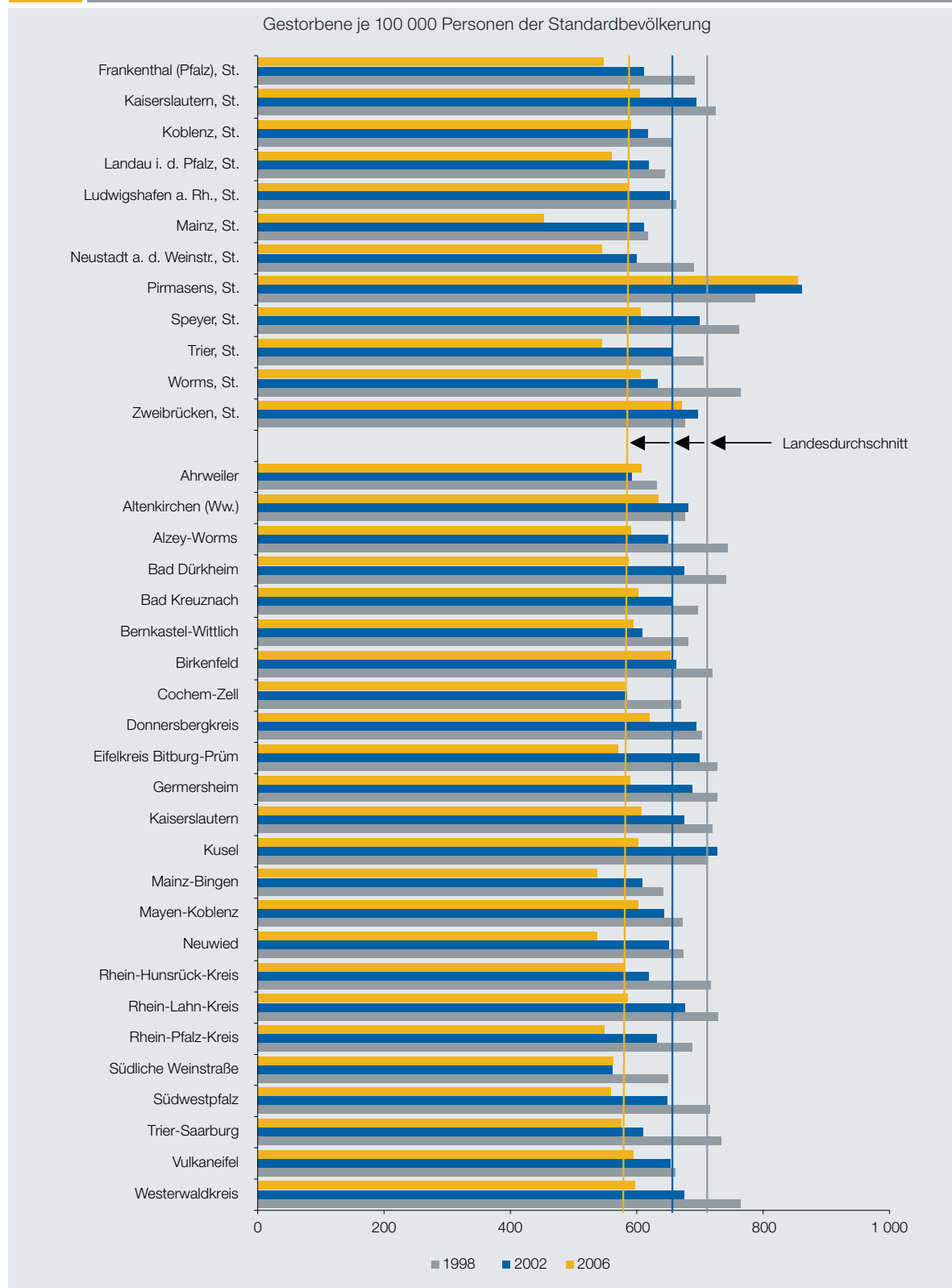
Im Allgemeinen sinkende Mortalitätsraten...

Die Betrachtung der zeitlichen Entwicklung seit 1998 zeigt für die meisten kreisfreien Städte und Landkreise einen einheitlichen Trend: Die altersstandardisierten Mortali-

tätsraten werden tendenziell kleiner, d. h. die Sterblichkeit nimmt ab. Im Land sind die Werte von 695 (1998) über 647 (2002) auf 583 Gestorbene (2006) gesunken. Bei den meisten Verwaltungsbezirken ist die Abnahme in der zweiten Hälfte des Betrachtungs-

S 1

Standardisierte Sterbeziffern 1998, 2002 und 2006 nach Verwaltungsbezirken



zeitraums größer als in der ersten; in einigen Fällen zeigt sich dagegen in der ersten Hälfte die günstigere Entwicklung.

...aber auch hier-
von abweichende
Entwicklungen

Es gibt aber auch Gebiete, die keinen einheitlich positiven Trend für den gesamten Zeitraum aufweisen. Zieht man für die Betrachtung die drei Jahre 1998, 2002 und 2006 heran, so findet sich eine derartige Entwicklung in den Landkreisen Altenkirchen, Ahrweiler, Kusel und Südliche Weinstraße sowie in den Städten Zweibrücken und Pirmasens.

Mortalitätsgeschehen durch komplexes System von Einflussgrößen bestimmt

Auch Umwelt-
faktoren könnten
Mortalität
beeinflussen

Die Zahl der Sterbefälle wird aber nicht nur durch die Größe einer Population sowie deren Alters- und Geschlechtsstruktur bestimmt. So können sich beispielsweise schädigende Umwelteinflüsse negativ auf die Lebenserwartung auswirken. Demgegenüber könnte eine besonders gesunde Lebensweise oder eine gut ausgebaute ärztliche Versorgung die Lebenserwartung in einer Population positiv beeinflussen. Darüber hinaus dürften zahlreiche weitere Faktoren auf die Sterblichkeit einwirken, die hinsichtlich ihrer Art oder in Bezug auf das Ausmaß ihres Einflusses gar nicht bekannt sind oder zumindest nicht genau spezifiziert werden können.

Art und Größe
der Einfluss-
faktoren häufig
nicht bekannt

Damit ist die registrierte Zahl der Gestorbenen das mehr oder weniger zufällige Ergebnis des Zusammenwirkens einer Vielzahl von Einflussfaktoren. Statistisch gesehen sind die beobachteten Werte damit Realisationen von Zufallsvariablen.

Dies bedeutet zugleich, dass beim Vergleich der Sterblichkeit von Populationen – auch

auf der Grundlage altersstandardisierter Mortalitätsraten – „kleinere“ Differenzen noch nicht auf tatsächliche Unterschiede in der Sterblichkeit hindeuten müssen. Doch wann kann ein in den standardisierten Mortalitätsraten festgestellter Unterschied als gesichert angesehen werden?

Unterschiedliche
Mortalitätsraten
belegen nicht
zwingend
Sterblichkeits-
unterschiede

Die Beantwortung der Frage, ab wann eine beobachtete Differenz nicht mehr nur zufällig ist, hängt von mehreren Faktoren ab. Mit der Konstruktion von Konfidenzintervallen (siehe Info-Kasten) stellt die statistische Methodenlehre ein Instrument zur Ermittlung statistisch signifikanter Unterschiede bereit.

Konfidenzintervalle
zur Feststellung
signifikanter
Unterschiede

Dabei wird unterstellt, dass eine bestimmte Mortalitätsrate nur zufällig den beobachteten Wert angenommen hat; bei einer etwas anders gelagerten Konstellation der Zufallseinflüsse hätte sich auch ein anderer Wert – mehr oder weniger in der Nähe des Beobachtungswertes – ergeben können. Ein Konfidenzintervall gibt einen ganzen Bereich für eine Mortalitätsrate an, dessen Mitte der beobachtete Wert ist. Zwei altersstandardisierte Sterberaten werden dann als – statistisch gesichert – unterschiedlich angesehen, wenn sich ihre Konfidenzintervalle nicht überschneiden.

Statistisch signifikante Unterschiede können umso eher festgestellt werden, je kleiner die relevanten Konfidenzintervalle sind, denn desto geringer ist die „Gefahr“, dass sich diese überschneiden. Je mehr Werte einer Analyse zugrunde gelegt werden, umso – relativ gesehen – kleiner sind tendenziell die daraus abgeleiteten Intervalle und umso treffsicherer sind die Aussagen. Das heißt, die Zusammenfassung der Beobachtungen aus mehreren Kalenderjahren ermöglicht schärfere Aussagen, sodass damit signifikante (regionale) Unterschiede eher festzustellen sind.

Regionale Gesamtsterblichkeit

2006: Signifikante Unterschiede zum Land nur in sieben Verwaltungsbezirken

Auf der Grundlage der Daten für das Jahr 2006 sind die berechneten Konfidenzintervalle vergleichsweise groß; dies trifft besonders auf Verwaltungsbezirke mit geringem Bevölkerungsumfang und damit kleineren Sterbefallzahlen zu. Die Intervalle von sieben Verwaltungsbezirken überschneiden sich nicht mit dem für das Land berechneten Konfidenzintervall. Danach ist die Sterblichkeit signifikant höher als im Landesdurchschnitt in

- der Stadt Pirmasens,
- der Stadt Zweibrücken,
- dem Landkreis Birkenfeld und
- dem Landkreis Altenkirchen (Ww.).

Signifikant unter dem Landesdurchschnitt liegt die Sterblichkeit in

- der Stadt Mainz,
- dem Landkreis Mainz-Bingen und
- dem Landkreis Neuwied.

2004–2006: Signifikante Unterschiede in 14 Fällen

Die Zusammenfassung von drei Kalenderjahren führt aufgrund der entstehenden größeren Datenbasis zu insgesamt 14 statistisch nachweisbaren Abweichungen vom Landesdurchschnitt. Signifikant höher als im Landesdurchschnitt ist die Sterblichkeit zusätzlich in

- dem Landkreis Kaiserslautern,
- dem Landkreis Kusel,
- dem Donnersbergkreis,
- dem Landkreis Germersheim,
- der Stadt Kaiserslautern und
- dem Westerwaldkreis,

signifikant niedriger hingegen noch in

- der Stadt Neustadt a. d. Weinstraße,
- dem Rhein-Pfalz-Kreis und
- dem Landkreis Südliche Weinstraße.

Für die Stadt Zweibrücken und den Landkreis Neuwied zeigten sich dagegen auf der Grundlage dieses Dreijahreszeitraums keine signifikanten Abweichungen mehr gegenüber dem Land.

Eine noch weitergehende Zusammenfassung der Sterbefälle für den gesamten Zeitraum von 1998 bis 2006 hat eine weitere Verkleinerung der relativen Größe der Konfidenzintervalle zur Folge und ergibt für 23 der 36 kreisfreien Städte und Landkreise eine signifikant vom Landesdurchschnitt abweichende Sterblichkeit. Besonders prägnant ist die weit überdurchschnittliche Sterblichkeit in der Stadt Pirmasens, die nicht nur signifikant über dem Landesdurchschnitt, sondern auch über den Werten aller anderen kreisfreien Städte und Landkreise liegt.

1998–2006: In 23 Fällen signifikante Unterschiede zum Land

Pirmasens hat die mit Abstand höchste Sterblichkeit.

Die kartografische Darstellung veranschaulicht geografisch zusammenhängende Strukturen. Danach liegt in großen Teilen der Pfalz sowie im Norden des Landes (Landkreis Altenkirchen, Westerwaldkreis) eine tendenziell höhere Sterblichkeit vor.

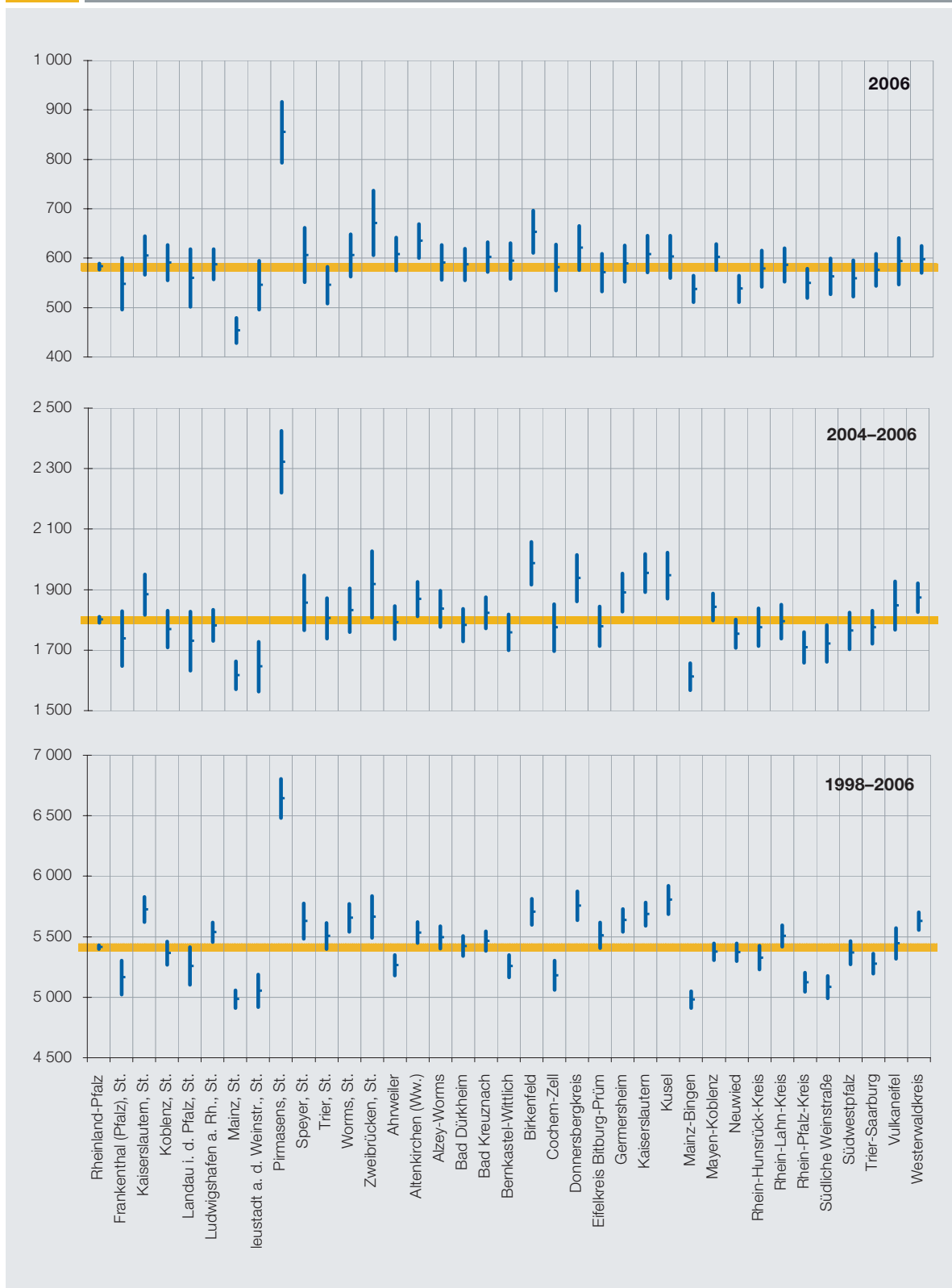
In der Pfalz tendenziell höhere Sterblichkeit

Mit der Zusammenfassung der Sterbefälle für einen relativ langen Zeitraum wurde zwar aufgrund der größeren Datenbasis der Spielraum für den Nachweis statistischer Signifikanzen erweitert. Bei dieser Betrachtung muss allerdings in Kauf genommen werden, dass Veränderungen im Zeitablauf, die unter Umständen regional unterschiedlich verlaufen sind, nicht mehr zum Ausdruck kommen.

Sterblichkeit nach Todesursachen

Während bei der Untersuchung der Gesamtmortalität durchaus auch kürzere Zeiträume noch Ansätze für eine Regionalanalyse

S 2

**Konfidenzintervalle für altersstandardisierte Mortalitätsraten
2006, 2004–2006 und 1998–2006**


Info

Konfidenzintervalle

Die wahren Werte einer Grundgesamtheit sind in der Regel nicht bekannt. Aufgrund von Stichproben gewonnene Beobachtungen erlauben jedoch gewisse Schlussfolgerungen über das Aussehen der Grundgesamtheit. So kann beispielsweise das in einer Befragung von 1 000 Personen ermittelte Einkommen ein guter Anhaltspunkt für das Einkommen der Gesamtbevölkerung sein, wenn die Auswahl der befragten Personen gewissen mathematisch-statistischen Gesetzmäßigkeiten genügt.

Aussagen über die Sterblichkeit einer Population lassen sich aus den beobachteten Sterbefallzahlen ableiten. Da die Anzahl der Gestorbenen in hohem Maße von der Größe der Bevölkerung sowie deren Altersstruktur abhängt, erfordert die Sterblichkeitsanalyse eine Bereinigung der Beobachtungen um diese Einflussfaktoren. Dies führt zur Betrachtung von – auf 100 000 Personen bezogenen – altersstandardisierten Mortalitätsraten. Die auf diese Weise abgeleiteten Werte können als Schätzung für die tatsächlichen – aber unbekannten – Werte der Grundgesamtheit herangezogen werden.

Die statistische Methodenlehre ermöglicht die Konstruktion eines Intervalls, das den wahren Wert (hier die wahre standardisierte Mortalitätsrate) mit einer festgelegten Wahrscheinlichkeit überdeckt. Diese sogenannten Konfidenzintervalle (auch Vertrauensintervalle) lassen bei einer Analyse regionaler oder zeitlicher Unterschiede den Schluss auf bestehende Differenzen zu, wenn sich die berechneten Intervalle nicht überschneiden. Bei Überschneidungen der Intervalle sind die Differenzen als nicht gesichert oder nicht signifikant anzusehen.

Ein Konfidenzintervall ist damit ein zufälliges Intervall für einen wahren – unbekannten – Parameter. Es ist „zufällig“, da die Intervallgrenzen durch die jeweils realisierten Werte des Stichprobenparameters bestimmt werden. Das Intervall überdeckt den – wahren – Parameter mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit, die wählbar ist. Sehr häufig legt man hier eine Wahrscheinlichkeit von 95% zugrunde.

Die Größe des Konfidenzintervalls wird bestimmt durch

- die Zahl der Werte, die in die Berechnung einfließen,
- die Streuung der Werte,
- die gewählte Aussagewahrscheinlichkeit und
- die zugrunde liegende Wahrscheinlichkeitsverteilung.

Je größer die Zahl der Beobachtungswerte ist und je weniger diese streuen, desto kleiner ist das ermittelte Intervall und desto schärfer die daraus abgeleitete Aussage. Eine höhere Aussagewahrscheinlichkeit führt hingegen zu einer Vergrößerung des Konfidenzintervalls. Es wird sehr häufig unterstellt, dass der betrachtete Parameter einer Normalverteilung gehorcht. Gleichwohl ist stets zu prüfen, ob diese Annahme gerechtfertigt ist. Bei einer hinreichend großen Zahl von Beobachtungswerten (üblicherweise $n > 30$) kann dies näherungsweise angenommen werden.

Bezogen auf die altersstandardisierte Mortalitätsrate hat das Konfidenzintervall folgendes Aussehen:

Untergrenze: $mr_{st} - 1,96 \cdot \sqrt{VAR(MR_{st})}$

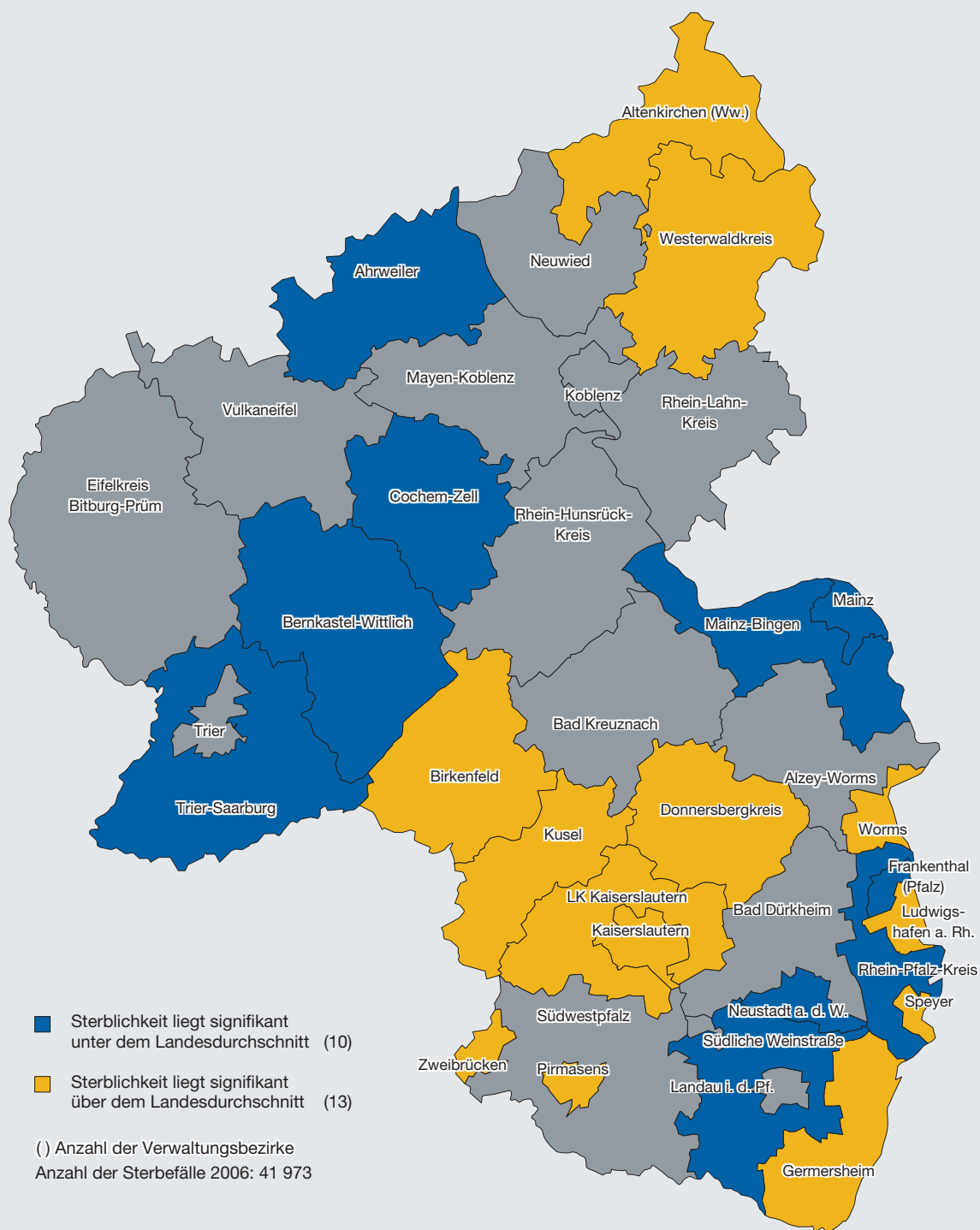
Obergrenze: $mr_{st} + 1,96 \cdot \sqrt{VAR(MR_{st})}$

- mit
- MR_{st} – wahre (unbekannte) standardisierte Mortalitätsrate
 - mr_{st} – beobachtete standardisierte Mortalitätsrate
 - $VAR(MR_{st})$ – Varianz von MR_{st} . Diese ist normalerweise nicht bekannt; als Schätzer wird daher $VAR(mr_{st})$ herangezogen. $VAR(mr_{st})$ wird als mittlere quadratische Abweichung der Beobachtungswerte vom arithmetischen Mittel von mr_{st} berechnet.
 - 1,96 – Wert der (Standard-)Normalverteilung

Mit einer Wahrscheinlichkeit von 95% überdeckt das Intervall MR_{st} .

Die Standardisierung erfolgte hier für fünf Jahre umfassende Altersgruppen; dies unterstellt eine gleichmäßige Verteilung des Sterberisikos innerhalb der Altersgruppe.

Signifikante Abweichungen standardisierter Mortalitätsraten
in den kreisfreien Städten und Landkreisen vom Landesdurchschnitt



Analyse nach
Todesursachen
nur für den ge-
samten Zeitraum
1998–2006

ermöglichen, ist dies bei einer todesursachenspezifischen Betrachtung kaum noch möglich. Insbesondere bei eher seltenen Todesursachen ist die Datenbasis für den Nachweis statistisch signifikanter Unterschiede häufig nicht ausreichend. Daher wurde für die Analyse der Sterblichkeit nach Todesursachen in jedem Fall der gesamte Betrachtungszeitraum von 1998 bis 2006 zugrunde gelegt und auf eine Unterscheidung nach dem Geschlecht verzichtet.

Analyse nach
19 ICD-Kapiteln

Die Untersuchung setzt zunächst bei der Unterscheidung der Todesursachen nach den 19 Kapiteln der zehnten revidierten Fassung der „Internationalen statistischen Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme“ (ICD 10) an.²⁾ Acht Kapitel weisen nur sehr geringe Fallzahlen auf; die Analyse ergibt hier keinerlei statistische Signifikanzen.

Die Todesursachen nach drei weiteren Kapiteln zeigen durchaus nennenswerte Häufigkeiten und lassen für den betrachteten Gesamtzeitraum auch regionale Divergenzen erkennen. Zugunsten der Übersichtlichkeit der Darstellung werden diese jedoch nicht in die weitere Betrachtung einbezogen. Es handelt sich im Einzelnen um

- Psychische und Verhaltensstörungen (F00-F99, im Jahr 2006: 357 Fälle),
- Krankheiten des Nervensystems (G00-G99, im Jahr 2006: 751 Fälle),
- Krankheiten des Urogenitalsystems (N00-N99, im Jahr 2006: 861 Fälle).

2) Zur Klassifizierung der Todesursachen vgl. Ickler, G.: Todesursachen – Zeitliche Entwicklung seit 1998. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 09/2007, S. 635. Bad Ems 2007.

Damit verbleiben für die weitere Darstellung nach Todesursachen acht Kapitel mit den größten Fallzahlen. Diese decken nahezu 95% der Sterbefälle ab.

Darstellung
für acht ICD-
Kapitel

Regionale Unterschiede bei Kreislaferkrankungen groß, bei Neubildungen gering

Im Jahr 2006 waren 45,4% der Sterbefälle auf ein Herz-Kreislauf-Leiden (I00-I99) zurückzuführen. Dies war damit die mit Abstand häufigste Todesursache.

Häufigste
Todesursache
sind Kreislauf-
erkrankungen

Die regionale Analyse für den Zeitraum von 1998 bis 2006 ergibt altersstandardisierte Sterberaten zwischen 2 020 für die Stadt Mainz und 2 826 für die Stadt Pirmasens (Rheinland-Pfalz: 2 392). Für 14 kreisfreie Städte bzw. Landkreise wurden signifikant über dem Landesdurchschnitt liegende Sterblichkeiten errechnet, in zwölf Verwaltungsbezirken konnte auf Grundlage der für die Mortalitätsraten ermittelten Konfidenzintervalle eine geringere Sterblichkeit nachgewiesen werden.

Die kartografische Darstellung zeigt ausgeprägte Unterschiede zwischen eher städtisch und eher ländlich strukturierten Gebieten: In letzteren liegt die Sterblichkeit tendenziell unter dem Landesdurchschnitt. Diese geografischen Unterschiede sind grundsätzlich auch bei einer differenzierten Analyse der Todesursachen innerhalb dieses ICD-Kapitels zu verzeichnen. Dies gilt für die zerebrovaskulären (die Hirndurchblutung betreffenden) Krankheiten (I60-69), zu denen der Schlaganfall (I64) rechnet, ebenso wie für die ischämischen Herzkrankheiten (I20-25), deren wichtigste Einzelpositionen der Herzinfarkt (I21) und die koronaren Herzkrankheiten (I25) sind.

Ausgeprägte Stadt-
Land-Unterschiede
bei Kreislauf-
erkrankungen

Geringe regionale
Unterschiede bei
(bösartigen)
Neubildungen

Demgegenüber ergibt sich bei dem Kapitel Neubildungen (C00-D48) – 26,4% der Sterbefälle des Jahres 2006 waren auf diese Todesursachen zurückzuführen – ein ganz anderes Bild: Trotz relativ hoher Fallzahlen sind nur in wenigen Gebieten gesicherte regionale Abweichungen nachweisbar: Die Variationsbreite der Mortalitätsraten ist mit Werten zwischen 1 411 in Neustadt a. d. Weinstraße und 1 881 in der Stadt Pirmasens deutlich kleiner als bei den Krankheiten des Kreislaufsystems.

Ärztliche Versorgung für regionale
Unterschiede
verantwortlich?

Eine mögliche Ursache für diesen grundlegenden Unterschied zwischen den Kreislauferkrankungen und den Neubildungen könnte in einer unter Umständen regional unterschiedlichen ärztlichen Versorgung liegen. So gehören zu den Krankheiten des Kreislaufsystems mit Schlaganfall und Herzinfarkt Erkrankungen, die eine akute ärztliche Notfallversorgung erfordern, die in weniger dicht besiedelten Gebieten mitunter nicht so rasch zur Verfügung steht wie in städtischen Räumen.

Für die weiteren Kapitel ist – in der Reihenfolge der Häufigkeit, mit der diese Todesursachen auftreten – festzuhalten:

• **Krankheiten des Atmungssystems**

(J00-J99): Bei einem Landeswert von 411 liegen die standardisierten Mortalitätsraten zwischen 333 in der Stadt Speyer und 592 in der Stadt Pirmasens. Dabei fällt eine überhöhte Sterblichkeit in einem „geografischen Gürtel“ auf, der sich über die Stadt Kaiserslautern sowie die Landkreise Kaiserslautern, Donnersbergkreis und Alzey-Worms erstreckt. Außerdem ist die Sterblichkeit in den Städten Pirmasens und Ludwigshafen signifikant höher als im Landesdurchschnitt.

• **Krankheiten des Verdauungssystems**

(K00-K93): Die standardisierten Mortalitätsraten variieren hier zwischen 220 im Kreis Altenkirchen und 365 in der Stadt Pirmasens, bei einem Landeswert von 270. Auffällig ist die höhere Sterblichkeit in sieben kreisfreien Städten im Süden des Landes.

• **Verletzungen und Vergiftungen** (S00-T98):

Die Zahl der kreisfreien Städte und Landkreise mit einer vom Land signifikant abweichenden Sterblichkeit ist hier relativ gering. Jeweils vier Gebiete unterscheiden sich positiv bzw. negativ vom Landesdurchschnitt. Die Sterberate für Rheinland-Pfalz liegt bei 268, die regional differenzierten Werte erstrecken sich über eine Spanne von 221 im Landkreis Alzey-Worms bis 364 in der Stadt Pirmasens.

• **Endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten** (E00-E90):

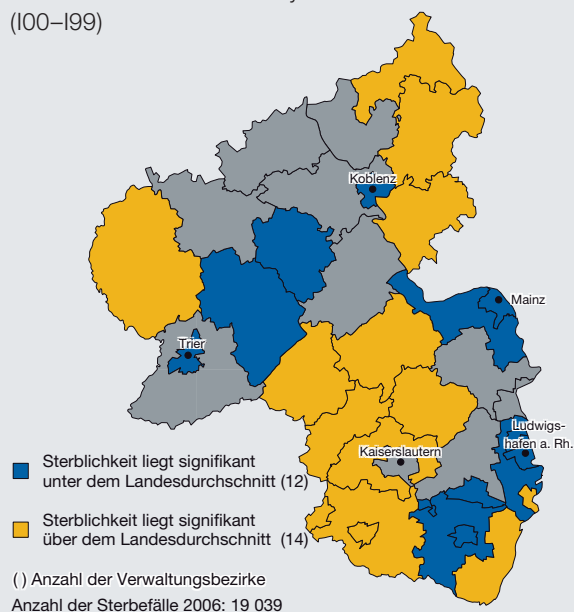
Hier zeigt sich ein ausgeprägtes geografisches Verteilungsmuster. Zehn kreisfreie Städte und Landkreise, die ausnahmslos in der südlichen Hälfte von Rheinland-Pfalz liegen, weisen eine gegenüber dem Land signifikant höhere Sterblichkeit auf. Zu diesen Erkrankungen zählt mit einem Anteil von fast 90% der Gestorbenen der im Volksmund als Zuckerkrankheit bezeichnete Diabetes mellitus. Bei einer landesweiten Mortalitätsrate von 168 variieren die Werte auf Kreisebene von 98 in der Stadt Koblenz bis 251 im Landkreis Alzey-Worms.

• **Andere Symptome und abnorme klinische und Laborbefunde** (R00-R99):

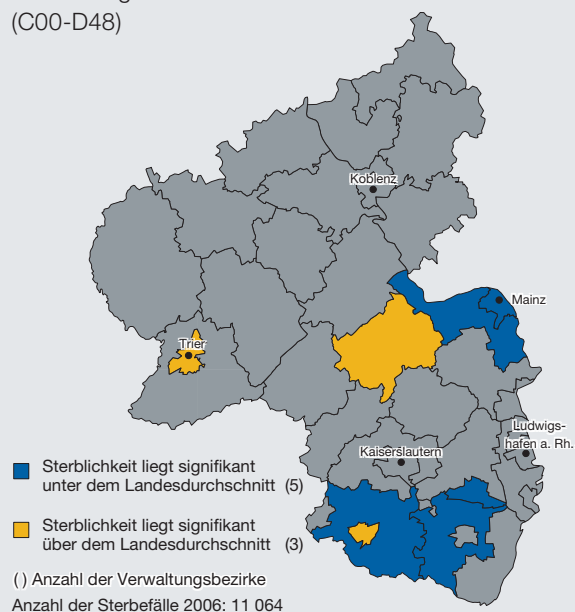
Hierunter fallen nicht genau spezifizierte Todesursachen, wie „unbekannt“ oder „Altersschwäche“. Dieses Kapitel wird maßgeblich durch die Genauigkeit der

Signifikante Abweichungen standardisierter Mortalitätsraten
in den kreisfreien Städten und Landkreisen vom Landesdurchschnitt

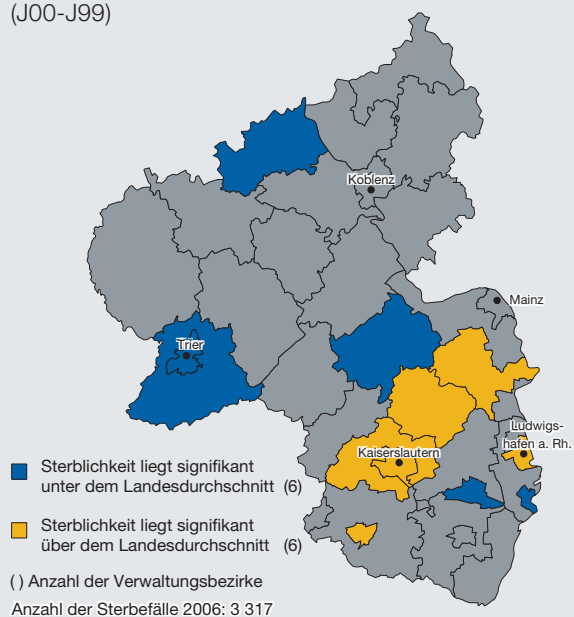
Krankheiten des Kreislaufsystems
(I00–I99)



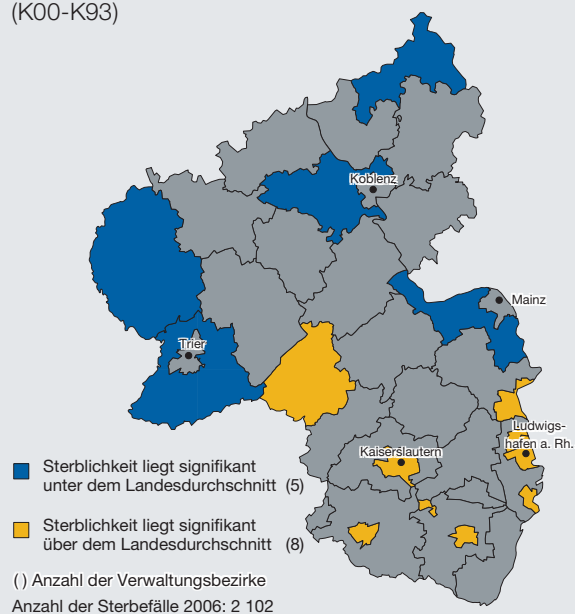
Neubildungen
(C00–D48)



Krankheiten des Atmungssystems
(J00–J99)



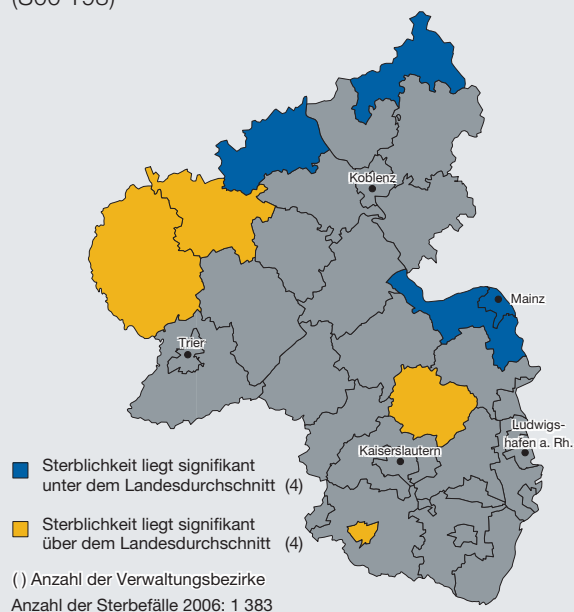
Krankheiten des Verdauungssystems
(K00–K93)



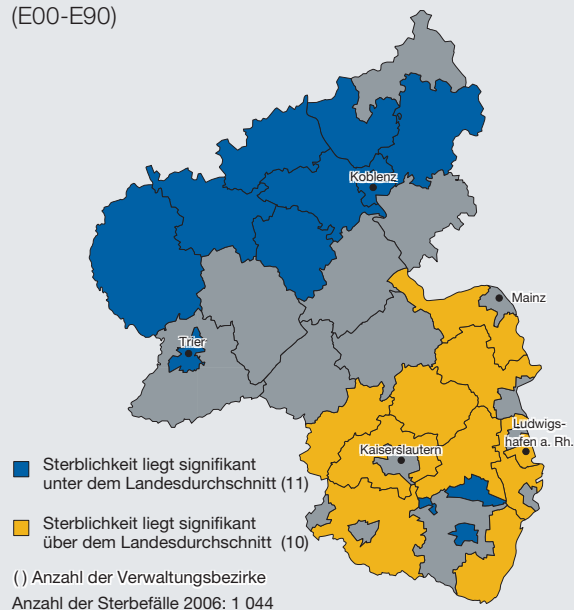
Sterblichkeit im Regionalvergleich 1998–2006 nach Todesursachen

Signifikante Abweichungen standardisierter Mortalitätsraten
in den kreisfreien Städten und Landkreisen vom Landesdurchschnitt

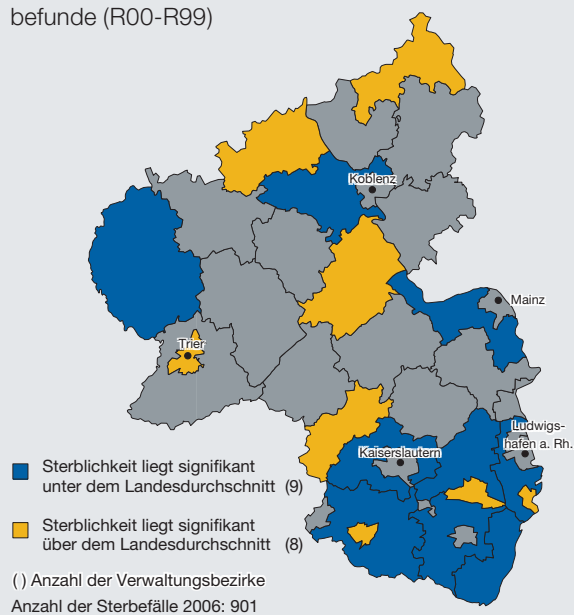
Verletzungen und Vergiftungen
(S00-T98)



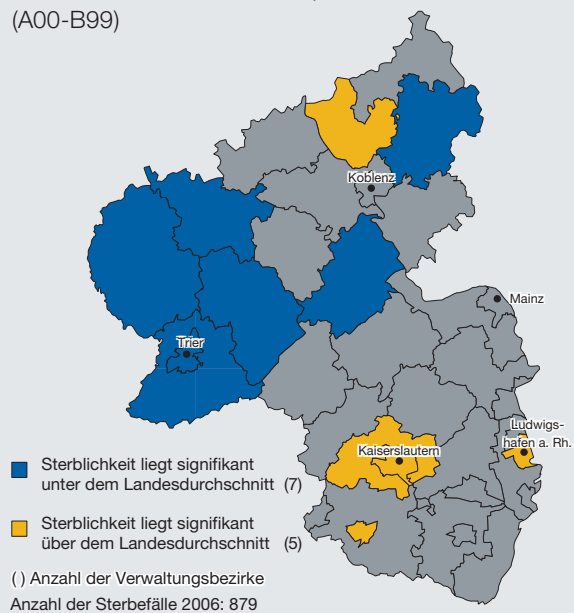
Endokrine, Ernährungs- und
Stoffwechselkrankheiten
(E00-E90)



Andere Symptome und abnorme klinische und Labor-
befunde (R00-R99)



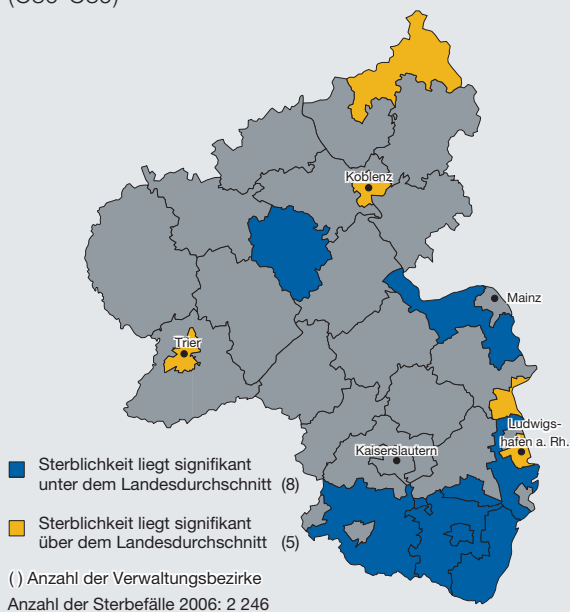
Bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten
(A00-B99)



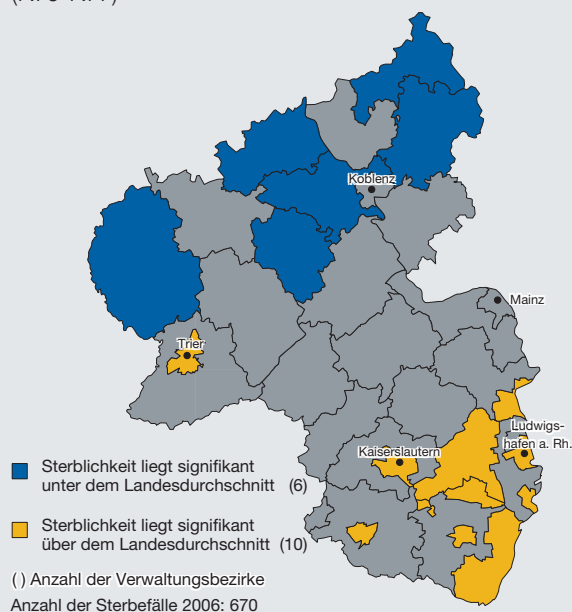
Sterblichkeit im Regionalvergleich 1998–2006 nach Todesursachen

Signifikante Abweichungen standardisierter Mortalitätsraten
in den kreisfreien Städten und Landkreisen vom Landesdurchschnitt

Bösartige Neubildungen der Atmungsorgane
(C30-C39)



Krankheiten der Leber
(K70-K77)



Angaben auf dem Leichenschauschein beeinflusst. Eindeutige regionale Erklärungsmuster sind hier nicht zu erkennen. Es zeigt sich jedoch, dass die Gebiete mit einer gegenüber dem Land signifikant geringeren Sterblichkeit ohne Ausnahme Landkreise sind, die wiederum zum größten Teil im Süden von Rheinland-Pfalz liegen. Für die landesdurchschnittliche altersstandardisierte Mortalitätsrate wurde ein Wert von 148 errechnet, die Werte auf Kreisebene liegen zwischen 91 im Kreis Südwestpfalz und 231 in der Stadt Pirmasens.

- **Bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten (A00-B99):** Die im Vergleich zum Landesdurchschnitt geringere Sterb-

lichkeit konzentriert sich hier auf die Region Trier sowie den Rhein-Hunsrück-Kreis und den Westerwaldkreis. Die Bandbreite der Mortalitätsraten erstreckt sich über einen Bereich von 57 im Landkreis Berncastel-Wittlich bis 148 in der Stadt Pirmasens, bei einem Landeswert von 84.

Detailliertere Todesursachenanalyse möglich

Die bisherige Darstellung der Ergebnisse nach Todesursachen setzte bei der Gliederung der ICD 10 nach 19 Kapiteln an. Für eine weitergehende Analyse bieten sich auch einzelne Hauptgruppen mit hinreichend großen Fallzahlen oder die Auswahl von Einzelpositionen an. Es gibt insgesamt 211 Hauptgruppen und 1 577 Einzelposi-

Einschränkung
der Darstellung
erforderlich

tionen der Klassifikation. Im Rahmen des vorliegenden Beitrags muss jedoch eine gewisse Begrenzung der Darstellung erfolgen. Die abschließende Betrachtung soll sich daher auf die drei häufigsten Formen bösartiger Neubildungen sowie zwei weitere spezielle Todesursachen beschränken.

Bösartige
Neubildungen

Im Jahr 2006 gab es 10 806 Sterbefälle aufgrund bösartiger Neubildungen (C00-C97). Damit machen diese Todesursachen fast 98% der Sterbefälle nach dem Kapitel Neubildungen (C00-D48) aus. Sie zeigen auch hinsichtlich der regionalen Unterschiede das gleiche Verteilungsmuster.

Eine Differenzierung nach den verschiedenen Arten zeigt für die bösartigen Neubildungen mit den größten Häufigkeiten – wiederum auf den Zeitraum von 1998 bis 2006 bezogen – Folgendes:

- Bei den **bösartigen Neubildungen der Verdauungsorgane** (C15-C26; im Jahr 2006: 3 448 Fälle) gibt es praktisch keine Hinweise auf regionale Unterschiede.
- Die **bösartigen Neubildungen der Atmungsorgane** (C30-C39; im Jahr 2006: 2 246 Fälle) zeigen dagegen für einige Kreise und kreisfreien Städte signifikante Abweichungen vom Landesdurchschnitt (siehe Schaubild 4). Insbesondere in der südlichen Pfalz ist diese Todesursache seltener anzutreffen, überdurchschnittlich häufig dagegen in den vier kreisfreien Städten Worms, Trier, Ludwigshafen und Koblenz sowie im Landkreis Altkirchen.
- **Brustkrebs** (C50; im Jahr 2006: 962 Fälle) als Todesursache weist in drei Verwaltungsbezirken (Westerwaldkreis sowie Trier und Pirmasens) eine signifikant höhere standardisierte Mortalitätsrate und

im Landkreis Südliche Weinstraße eine niedrigere Sterberate als der Landeswert aus.

Von den Krankheiten des Verdauungssystems soll eine Hauptgruppe betrachtet werden, für die trotz vergleichsweise geringer Fallzahlen deutlich ausgeprägte regionale Unterschiede nachweisbar sind. Im Jahr 2006 gab es 670 Sterbefälle, die auf **Leberkrankheiten** (K70-K77) zurückzuführen waren. In insgesamt 16 kreisfreien Städten und Landkreisen unterscheiden sich die altersstandardisierten Mortalitätsraten signifikant vom Landeswert: Offensichtlich verstärkt ist diese Todesursache in großen Teilen der Pfalz sowie in der Stadt Trier festzustellen.

Leberkrankheiten
in der Pfalz
häufiger

Schließlich seien noch die Todesfälle infolge **vorsätzlicher Selbstbeschädigung** erwähnt. Menschen, die ihrem Leben aus eigenem Entschluss ein Ende setzen, gibt es offenbar in allen Teilen des Landes in ähnlichem Ausmaß. Bei Fallzahlen, die im Vergleich zu anderen Todesursachen relativ gering sind (510 Selbstmorde im Jahr 2006), ist auch der Spielraum für das Feststellen regionaler Unterschiede klein. Lediglich für die Stadt Zweibrücken konnte eine signifikant über dem Landeswert liegende Sterberate ermittelt werden. Hierzu ist aber anzumerken, dass sich die Anzahl über den gesamten Betrachtungszeitraum von 1998 bis 2006 hier auf insgesamt nur 57 Fälle addiert.

Bei Selbstmorden
praktisch keine
regionalen
Unterschiede

Fazit

Als wesentliches Ergebnis dieser Untersuchungen bleibt festzuhalten, dass statistisch nachweisbare regionale Unterschiede in der Mortalität bestehen. Dies betrifft sowohl die

Es gibt regionale
Unterschiede in
der Sterblichkeit

Höchste
Mortalität
in Pirmasens

gesamte als auch die nach einzelnen Todesursachen untergliederte Sterblichkeit. Bei selteneren Todesursachen sind die Möglichkeiten für den Nachweis signifikanter Divergenzen jedoch eingeschränkt.

Bei fast allen betrachteten Todesursachen ist für die Stadt Pirmasens die höchste oder zumindest eine der höchsten Mortalitätsraten ermittelt worden. Anscheinend gibt es keine bestimmten Todesursachen, die in Pirmasens gehäuft auftreten, vielmehr schlägt sich die dort allgemein höhere Sterblichkeit auch in der Untergliederung nach Todesursachen nieder.

Frage nach den
Ursachen

Auf die Frage nach den Ursachen für bestehende regionale Unterschiede in der Sterblichkeit sind schnell Erklärungen auf der Grundlage „allgemeiner Lebenserfahrungen“ bei der Hand. So wurde z. B. als Argument bereits angeführt, dass Unterschiede in der ärztlichen Notfallversorgung für regionale Häufungen von Todesfällen aufgrund von Herzinfarkt und Schlaganfall verantwortlich sein können. Leicht ist man auch geneigt, der offenbar in den Weinbaugebieten vorherrschenden höheren Sterblichkeit infolge von Leberkrankheiten eine eindeutige Ursache zuzuordnen.

Auf der anderen Seite erscheint es plausibel, dass bestimmte Todesursachen offenbar nicht regional gehäuft auftreten. Aus welchem Grund sollte dies beispielsweise bei Selbsttötungen der Fall sein?

Anhaltspunkte für eine regional unterschiedliche Handhabung beim Ausfüllen der Leichenschauischeine konnten nicht festgestellt werden – auch dies hätte Auswirkungen auf die Todesursachenstatistik.

In jedem Fall haben die in diesem Beitrag dargestellten Zusammenhänge – zunächst – nur rein statistischen Charakter. Es konnten zwar vielfach statistisch signifikante Beziehungen nachgewiesen und zum Teil auch klare regionale Verteilungsmuster aufgezeigt werden; eine Ursachenanalyse ist damit aber noch nicht erfolgt. Das Aufdecken von Kausalzusammenhängen kann nur Aufgabe der entsprechenden Fachdisziplinen, wie Medizin oder Biologie sein. Insofern ist der vorliegende Beitrag nur als Anstoß für weitergehende Untersuchungen zu verstehen.

Ursachenanalyse
durch Fach-
disziplinen

Günter Ickler, Diplom-Ökonom, leitet das Referat „Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Soziale Leistungen, Gesundheit, Rechtspflege“.

Zensus 2011

Erhebungsablauf und Aufgaben der Kommunen bei der nächsten Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung



Von Dr. Dirk Schneider

Im Jahr 2011 wird in Deutschland – wie in allen anderen Mitglieds-ländern der Europäischen Union – eine Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung stattfinden, der sogenannte Zensus 2011. Sein Erhebungskonzept sieht eine weitgehend registergestützte Durchführung vor und unterscheidet sich damit grundlegend von früheren Zählungen in Deutschland. Die erfolgreiche Umsetzung dieses Konzeptes bedarf einer intensiven Mitwirkung der Kommunen. Dieser Beitrag informiert über die grundlegenden Elemente im Ablauf des geplanten Zensus sowie über die auf die Kommunen zukommenden Aufgaben.

Grundlegendes Erhebungskonzept: Registergestützter Zensus

Zweck einer Volks-,
Gebäude- und Woh-
nungszählung

Im Jahr 2011 wird in Deutschland eine Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung durchgeführt, der sogenannte Zensus 2011. Diese bedeutende statistische Erhebung wird auch in allen anderen Mitgliedsländern der Europäischen Union stattfinden. Sie dient der Gewinnung aktueller, umfassender und zuverlässiger demografischer, erwerbs- und bildungsstatistischer, haus-halts- und familienstatistischer sowie ge-bäude- und wohnungsstatistischer Daten in tiefer regionaler Gliederung. Solche Informationen schaffen die Grundlage für die zielgerichtete Planung und Durchfüh-rung gesellschafts- und wirtschaftspoli-tischer Maßnahmen auf der Ebene des Bundes, der Länder sowie der Kommunen. Sie lassen die Problemsituationen in den politischen Aufgabenbereichen erkennen und ermöglichen damit ein effektives,

sachgerechtes Handeln im Hinblick auf die Verwendung der knappen öffentlichen Mittel. Ein herausragendes Ziel des Zensus 2011 liegt in der Feststellung der amtlichen Einwohnerzahlen von Bund, Ländern und Gemeinden zum Zensusstichtag. Diese sind von zentraler Bedeutung für zahlreiche poli-tische und gesellschaftliche Bereiche.

Für Deutschland wird der Zensus 2011 die erste bundesweite Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung seit der Wiederverei-nigung sein. Die letzte Zählung dieser Art datiert im früheren Bundesgebiet aus dem Jahr 1987. In der damaligen DDR fand die letzte Volkszählung im Jahr 1981 statt. Die letzte Gebäude- und Wohnungszählung in den neuen Bundesländern stammt aus dem Jahr 1995. Seit Anfang der 1980er-Jahre haben in Deutschland und Europa jedoch tief greifende Veränderungen stattgefunden, wie die deutsche Wiedervereinigung und die Ost-Erweiterung der Europäischen Union.

Notwendigkeit
einer neuen
Volks-, Gebäu-
de- und Woh-
nungszählung

Aufgrund dieser Entwicklungen können die derzeitigen, aus Fortschreibungen der letzten Volks-, Gebäude- und Wohnungszählungen abgeleiteten Daten nur ein unzureichendes Bild der jetzigen Situation vermitteln. Aktuelle, umfassende und zuverlässige Zahlen stehen nicht zur Verfügung. Es ist daher Zeit für eine neue Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung – den Zensus 2011.

Mitwirkung
der Kommunen
erforderlich

Eine Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung ist ein außerordentlich komplexes Projekt. Seine Vorbereitung und Durchführung kann nur gelingen, wenn Bund, Länder und Kommunen intensiv zusammenarbeiten. Von entscheidender Bedeutung ist dabei die Beteiligung der Kommunen. Diese verfügen über die erforderlichen Kenntnisse vor Ort und die nötige Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern; sie leisten deshalb über ihre Mitwirkung in der Vorbereitung und Durchführung einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung einer hohen Datenqualität. Dies gilt für den Zensus 2011 in besonderem Maße. Das Erhebungskonzept dieses Zensus ist nämlich von den Konzepten der früher in Deutschland durchgeführten Volks-, Gebäude- und Wohnungszählungen grundlegend verschieden und sieht vor, die Datenerhebung weitgehend registergestützt durchzuführen.

Konzept des re-
gistergestützten
Zensus

Registergestützt heißt, dass die Zensusdaten so weit wie möglich aus Verwaltungsregistern entnommen werden. Für die Umset-

zung bedeutet dies, dass sämtliche Daten, die in hinreichender Qualität in Verwaltungsregistern verfügbar sind, grundsätzlich aus diesen Registern gezogen werden. Lediglich die Daten, die entweder nicht in ausreichender Qualität oder aber überhaupt nicht in Verwaltungsregistern verfügbar sind, werden durch primärstatistische Erhebungen gewonnen. Durch die Ausschöpfung vorhandener Verwaltungsregister bietet das Konzept des registergestützten Zensus gegenüber einer traditionellen flächendeckenden primärstatistischen Vollerhebung den Vorteil, dass die Bürgerinnen und Bürger von Auskunftspflichten deutlich entlastet und somit die Daten auf bürgerfreundlichere Art und Weise gewonnen werden können. Darüber hinaus ist der registergestützte Zensus auch wesentlich kostengünstiger. Groben Schätzungen zufolge werden die Kosten des Zensus 2011 etwa ein Drittel der Kosten einer traditionellen Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung betragen.

Zensusvorbereitung: Ablauf und Mitwirkung der Kommunen

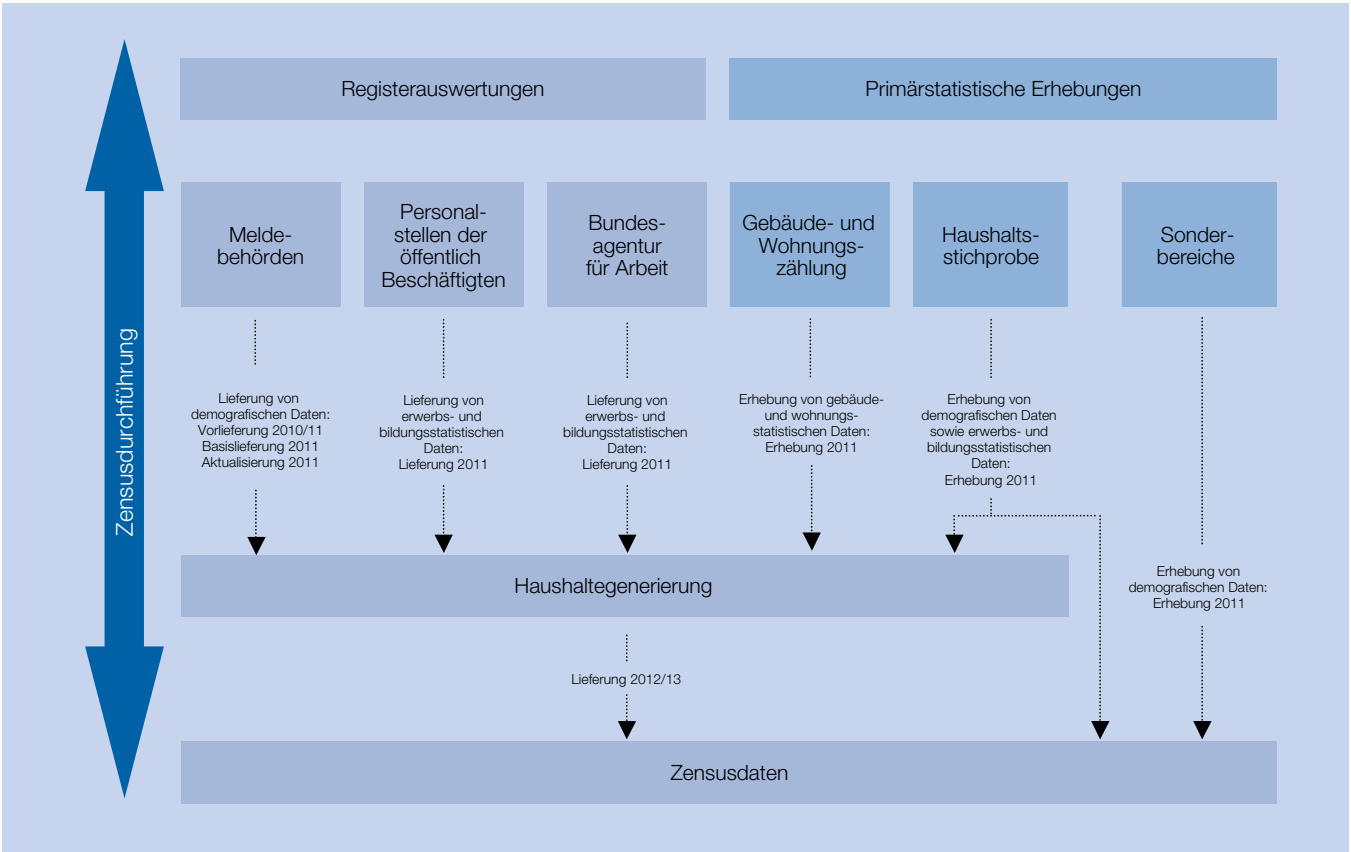
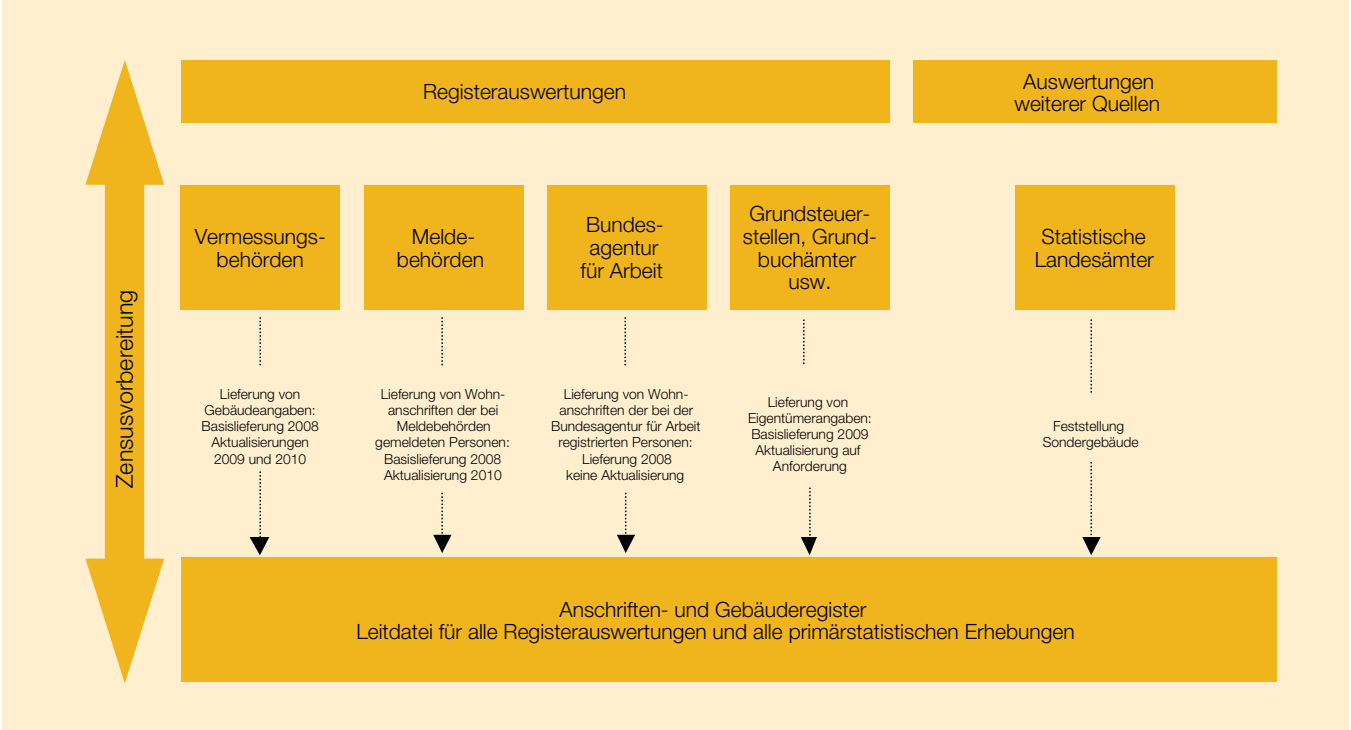
Der Ablauf des Zensus 2011 lässt sich grob in zwei Phasen gliedern: in die Vorbereitungsphase (die sogenannte Zensusvorbereitung), und in die Durchführungsphase (die sogenannte Zensusdurchführung). Die Zensusvorbereitung beginnt spätestens im April 2008 und erstreckt sich bis zum Zensusstichtag, der voraussichtlich im zweiten Quartal 2011 liegen wird. Die im Zuge der Vorbereitung notwendigen Arbeitsschritte sind im Zensusvorbereitungsgesetz gesetzlich geregelt. Dieses Gesetz wurde am 28. November 2007 vom Deutschen Bundestag unter Zurückweisung eines Einspruchs des Bundesrates verabschiedet.¹⁾

Gesetzliche
Grundlage:
Zensusvor-
bereitungsgesetz

1) Der Einspruch des Bundesrates zielte im Wesentlichen darauf, qualitätssteigernde Maßnahmen durchzusetzen und eine verbindliche Beteiligung des Bundes an den Kosten der Länder und der Kommunen, die ihnen durch die Vorbereitung und Durchführung des registergestützten Zensus erwachsen, zu erreichen. Hierauf soll in diesem Beitrag aber nicht näher eingegangen werden.

S 1

Ablauf des Zensus 2011



Zentrale Aufgabe
im Rahmen der
Zensusvorberei-
tung: Aufbau eines
Anschriften- und
Gebäuderegisters

Die Zensusvorbereitung lässt sich in die Aufbau-, die Aktualisierungs- und die unmittelbare Vorbereitungsphase untergliedern. In der Aufbauphase erfolgt im Wesentlichen die Erstellung eines Anschriften- und Gebäuderegisters. Dazu werden bestimmte Daten aus Registern der Landesvermessungsbehörden, der Meldebehörden und der Bundesagentur für Arbeit zu einem neuen Register zusammengeführt. In der Aktualisierungsphase werden diese Angaben dann durch Folgelieferungen aus den betreffenden Registern aktualisiert. Der Aufbau und die Aktualisierung des Anschriften- und Gebäuderegisters müssen spätestens am 31. Dezember 2010 abgeschlossen sein.

Inhalt des
Anschriften- und
Gebäuderegisters

Im Anschriften- und Gebäuderegister werden flächendeckend sämtliche Gebäude in Deutschland durch ihre Anschrift erfasst. Zudem werden in diesem Register die Gebäude mit Wohnraum und die bewohnten Unterkünfte gekennzeichnet und um die Namen und Anschriften der Eigentümer, Erbbauberechtigten, Verwalter oder sonstigen Verfügungsberechtigten ergänzt. Weiter werden in dem Register die Sonderbereiche gekennzeichnet. Dies sind Gemeinschafts-, Anstalts- und Notunterkünfte, Wohnheime und Gebäude, die durch Angehörige ausländischer Streitkräfte, Angehörige diplomatischer Vertretungen oder Angehörige berufskonsularischer Vertretungen bewohnt werden.

Funktion des
Anschriften- und
Gebäuderegisters

Das Anschriften- und Gebäuderegister wird bei der Zensusdurchführung die zentrale Basis für die Organisation und die Unterstützung des Zensus bilden. Sämtliche Erhebungen des Zensus werden auf dieses Register zurückgreifen. Daher ist eine hohe Qualität des Anschriften- und Gebäudere-

gisters unabdingbar. Um diese zu gewährleisten, ist eine intensive Mitwirkung der Kommunen bei dessen Aufbau und Aktualisierung zwingend erforderlich.

Gemäß dem Zensusvorbereitungsgesetz kommen auf die kommunalen Verwaltungen im Einzelnen folgende Aufgaben zu: In der Aufbau- und in der Aktualisierungsphase müssen die Kommunen zu den Stichtagen 1. April 2008 und 1. April 2010 Angaben aus den Melderegistern an die statistischen Landesämter übermitteln. Diese Datenlieferungen werden in Rheinland-Pfalz aus dem Einwohnermelde- und Informationssystem (EWISneu) der örtlichen Melderegister bedient. EWISneu wird von der Gesellschaft für Kommunikation und Wissenstransfer mbH (KommWis) betrieben, sodass den einzelnen Meldebehörden kein Aufwand durch diese Datenlieferungen entsteht. Gleichwohl müssen die Meldestellen dafür sorgen, dass die Melderegister zu den genannten Zeitpunkten aktuelle Daten aufweisen, und darüber hinaus haben sie die statistischen Landesämter bei der Klärung nicht schlüssiger Anschriften zu unterstützen. Ferner haben die Kommunen die – von den statistischen Landesämtern vorab vorgenommenen – Kennzeichnungen bestimmter Anschriften als Sonderbereiche zu überprüfen und anhand ihrer Vor-Ort-Kenntnisse zu ergänzen. Schließlich müssen die Kommunen zum Stichtag 1. April 2009 und auf Anforderung noch einmal zu einem späteren Zeitpunkt die Namen und Anschriften der Eigentümer, Erbbauberechtigten, Verwalter und sonstigen Verfügungsberechtigten der Gebäude und Wohnungen an die statistischen Landesämter übermitteln. Im Zensusvorbereitungsgesetz sind dafür u. a. die für die Grundsteuer zuständigen Stellen sowie die Versorgungs- und Entsorgungsbetriebe genannt.

Aufgaben der
Kommunen beim
Aufbau des
Anschriften- und
Gebäuderegisters

Aufgaben der Kommunen bei der unmittelbaren Zensusvorbereitung

In der unmittelbaren Vorbereitungsphase haben die Kommunen drei bis sechs Monate vor dem Zensusstichtag erneut Angaben aus den Melderegistern an die statistischen Landesämter zu übermitteln. Außerdem müssen sie spätestens in dieser Phase kommunale Erhebungsstellen einrichten, die von den übrigen kommunalen Verwaltungsbereichen räumlich, organisatorisch und personell abgeschottet sind. Dies ist zur Sicherstellung des Datenschutzes notwendig, da die von diesen Stellen erhobenen Angaben nicht für andere Verwaltungszwecke verwendet werden dürfen. Die in den Erhebungsstellen tätigen Personen werden zur Wahrung des Statistikgeheimnisses und zur Geheimhaltung sämtlicher Informationen verpflichtet, die sie im Rahmen ihrer Tätigkeit für die kommunale Erhebungsstelle erlangen.

Zensusdurchführung: Ablauf und Mitwirkung der Kommunen

Gesetzliche Grundlage: Zensusanordnungsgesetz

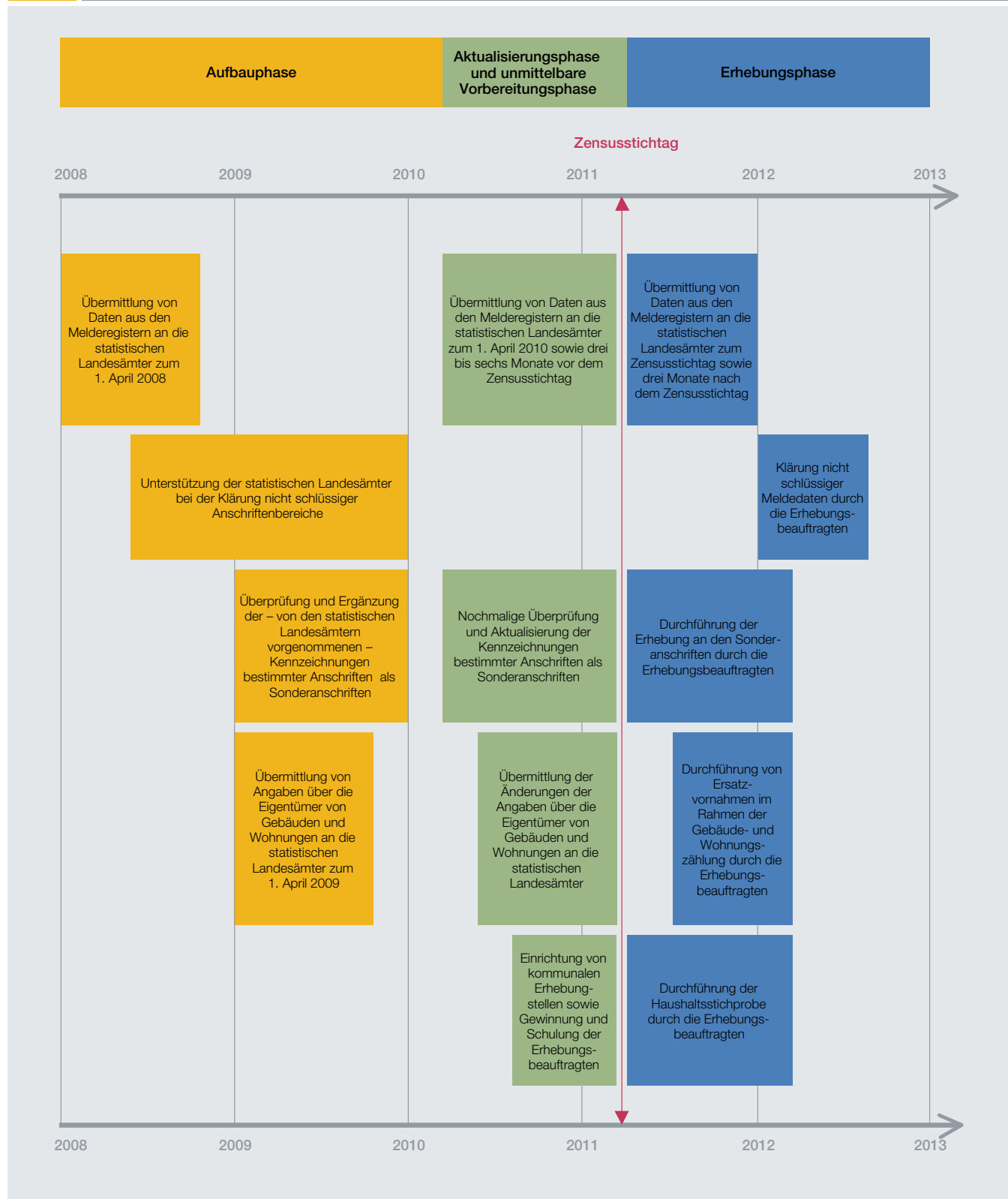
Die Zensusdurchführung beginnt am Zensusstichtag im zweiten Quartal 2011. Sie lässt sich in eine Erhebungs- und eine Auswertungsphase untergliedern. In der Erhebungsphase, die sich weitgehend auf das Jahr 2011 beschränkt, findet die Gewinnung der Daten und somit der eigentliche Zensus statt. In der Auswertungsphase, die sich voraussichtlich bis in das Jahr 2015 erstrecken wird, erfolgen die Aufbereitung und die Auswertung der Daten sowie die Ergebniserstellung. Die im Zuge der Zensusdurchführung notwendigen Schritte werden gesetzlich im Zensusanordnungsgesetz geregelt. Dieses Gesetz wird zurzeit ausgearbeitet und soll bis Ende des Jahres 2008 verabschiedet werden.

Auswertung von Verwaltungsregistern

In der Erhebungsphase vollzieht sich – wie bereits dargelegt – die Gewinnung der Zensusdaten. Dazu werden die Register der Meldebehörden, der Bundesagentur für Arbeit und darüber hinaus noch die Register zum Personalbestand der im öffentlichen Dienst Beschäftigten herangezogen. Die Auswertung dieser Register liefert insbesondere die demografischen, erwerbs- und bildungsstatistischen Daten. Die beiden letzteren Angaben genügen allerdings den Qualitätsanforderungen, die an die Zensusdaten zu stellen sind, nur mit Einschränkungen. Das liegt darin begründet, dass die in Frage kommenden Register der Bundesagentur für Arbeit und der im öffentlichen Dienst Beschäftigten insbesondere im Hinblick auf die Merkmale Beruf und Bildungsniveau zum Teil erhebliche Mängel in Bezug auf Aktualität, Vollständigkeit und fachliche Abgrenzung aufweisen.

Primärstatistische Erhebung: Haushaltsstichprobe

Die mit dem Zensus 2011 zu gewinnenden Daten liegen teilweise nicht in hinreichender Qualität oder überhaupt nicht in Verwaltungsregistern vor. Daher sind in der Erhebungsphase auch primärstatistische Erhebungen notwendig. Eine wichtige primärstatistische Erhebung wird die Haushaltsstichprobe sein. Diese ist als Teilerhebung bei rund 10% der Wohnhaushalte vorgesehen. Sie dient einerseits der Gewinnung der erwerbs- und bildungsstatistischen Daten, weil diese teilweise – wie bereits erwähnt – nicht in hinreichender Qualität aus Registern entnommen werden können. Sie wird andererseits auch dazu genutzt, statistische Korrekturen der aus den Melderegistern ermittelten Bevölkerungszahlen vorzunehmen. Derartige Berichtigungen sind erforderlich, da die Melderegister zu einem gewissen Grad Registerfehler in Form von Übererfassungen (Karteileichen) oder Unterer-



fassungen (Fehlbestände) beinhalten. Die Durchführung der Haushaltsstichprobe wird auf dem Weg einer persönlichen Befragung durch Interviewerinnen und Interviewer erfolgen. Im Gegensatz zu einer telefonischen oder postalischen Befragung gewährleistet dieser Erhebungsweg die zuverlässige Feststellung der vorgenannten Registerfehler in den Melderegistern.

Primärstatistische
Erhebung:
Gebäude- und
Wohnungszählung

Eine weitere bedeutende primärstatistische Erhebung im Rahmen der Zensusdurchführung ist die Gebäude- und Wohnungszählung. Diese ist als Vollerhebung geplant und dient der Gewinnung der gebäude- und wohnungsstatistischen Daten. Hierzu ist eine Primärerhebung erforderlich, weil es bislang in Deutschland keine flächendeckenden Gebäude- und Wohnungsregister gibt und somit die gebäude- und wohnungsstatistischen Daten nicht aus Verwaltungsregistern entnommen werden können. Im Gegensatz zu früheren Gebäude- und Wohnungszählungen soll diese Erhebung im Zensus 2011 aber mithilfe einer postalischen Befragung bei den Eigentümern, den Erbbauberechtigten, den Verwaltern sowie gegebenenfalls den sonstigen Verfügungsberechtigten erfolgen und nicht mehr über Interviewerinnen und Interviewer unmittelbar bei den Bewohnerinnen und Bewohnern. Dies dient sowohl zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger von Auskunftspflichten als auch zur Reduzierung der Erhebungskosten.

Primärstatistische
Erhebung:
Sonderbereiche

Eine weitere Primärstatistik im Rahmen der Zensusdurchführung ist die Erhebung in Sonderbereichen. Diese ist wie die Ge-

bäude- und Wohnungszählung als Vollerhebung konzipiert und dient der Gewinnung demografischer Daten über die in Sonderbereichen lebenden Personen. Hier ist eine Primärerhebung erforderlich, da die Fluktuation in den Sonderbereichen besonders hoch ist und die Melderegister deshalb, wie die Erfahrung gezeigt hat, für diese Bereiche keine hinreichende Qualität bieten. Die Erhebung wird auf dem Weg einer persönlichen Befragung über Interviewerinnen und Interviewer durchgeführt, allerdings nicht bei den einzelnen Bewohnern, sondern bei den Leitern der Einrichtungen.

An die Registerauswertungen und die primärstatistischen Erhebungen schließt sich ein maschinelles, modular aufgebautes komplexes Verfahren an, die sogenannte Haushaltegenerierung. Hierbei werden die durch die Registerauswertungen und die primärstatistischen Erhebungen gewonnenen demografischen, erwerbs- und bildungsstatistischen sowie gebäude- und wohnungsstatistischen Daten zusammengeführt. Dabei werden Haushalte gebildet und so die noch fehlenden haushalts- und familienstatistischen Angaben erzeugt. Hierfür wird ein maschinelles Verfahren verwendet, weil haushalts- und familienstatistische Daten – mit Ausnahme der sogenannten Verzeigerungen in den Melderegistern²⁾ – nicht direkt in Verwaltungsregistern vorhanden sind. Auf eine primärstatistische Erhebung der haushalts- und familienstatistischen Daten wird sowohl zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger von Auskunftspflichten als auch zur Reduzierung der Kosten bei der Datengewinnung verzichtet. Die maschinelle Erzeugung bringt es allerdings mit sich, dass die erzeugten Angaben sich auf Wohnhaushalte und nicht auf Wirtschaftshaushalte beziehen.

Haushalte-
generierung

2) Verzeigerungen in den Melderegistern sind Verweise auf andere Personen. Sie enthalten Informationen darüber, ob eine Person einen Ehe- oder Lebenspartner oder einen gesetzlichen Vertreter hat und ob sie Vater oder Mutter eines minderjährigen Kindes ist.

Mit dem Abschluss der Haushaltegenerierung liegen schließlich die zensustypischen Datensätze vor. Der Ergebnismachweis in tiefer regionaler Gliederung ist allerdings beim Zensus 2011 gegenüber früheren Volks-, Gebäude- und Wohnungszählungen eingeschränkt, insbesondere im Hinblick auf die im Rahmen der Haushaltsstichprobe gewonnenen erwerbs- und bildungsstatistischen Daten.

Aufgaben der
Kommunen bei
der Erhebung

Auch in der eigentlichen Erhebungsphase des Zensus im Jahr 2011 ist eine intensive Mitwirkung der kommunalen Verwaltungen zwingend notwendig. So müssen die Kommunen einige Monate vor dem Zensusstichtag, zum Zensusstichtag sowie drei Monate nach dem Zensusstichtag erneut Angaben aus den Melderegistern an die statistischen Landesämter übermitteln. Auch diese Datenlieferungen werden in Rheinland-Pfalz aus dem zentralen Integrationssystem EWOISneu geliefert, sodass die einzelnen Meldebehörden durch die Datenlieferungen nicht belastet werden. Gleichwohl haben die Kommunen wieder dafür Sorge zu tragen, dass die Melderegister zu diesen Zeitpunkten jeweils aktuelle Daten aufweisen. Zudem müssen sie die Klärung der bei der Aufbereitung der Daten auftretenden Rückfragen übernehmen.

Darüber hinaus ist vorgesehen, dass sich die Kommunen intensiv an der Durchführung der primärstatistischen Erhebungen beteiligen. Zu diesem Zweck sollen – wie bereits dargelegt – eigens kommunale Erhebungsstellen eingerichtet werden. Deren Aufgaben im Zuge der Haushaltsstichprobe und der Erhebung in Sonderbereichen erstrecken sich auf die vollständige Organisation und Durchführung der Erhebungen. Die Aufgaben im Zuge der Gebäude- und Wohnungszählung beinhalten im Wesentlichen die Klärung von Zweifelsfällen bei der Eigentümerübermittlung und die ersatz-

weise Befragung von Bewohnerinnen und Bewohnern bei Antwortausfällen. Darüber hinaus obliegt den Erhebungsstellen die Klärung von Zweifelsfällen, die bei der Auswertung der Melderegisterdaten und beim Zusammenspielen aller gewonnenen Angaben auftreten.

Nutzen einer kleinräumigen Auswertung der Zensusmerkmale

Der aktuelle Entwurf einer Rechtsverordnung, auf deren Grundlage die Europäische Union ihre Mitgliedstaaten zur Durchführung von Volks- und Gebäudezählungen verpflichten will, beschränkt sich auf einen recht überschaubaren Katalog demografischer, erwerbs- und bildungsstatistischer, haushalts- und familienstatistischer sowie gebäude- und wohnungsstatistischer Merkmale, die sogenannten EU-Kernmerkmale. Neben diesem Kernbestand existiert noch ein breiter Katalog zusätzlicher Merkmale, deren Erhebung die Europäische Union lediglich empfehlen will. Die Bundesregierung hat sich dazu entschlossen, einem Minimalprinzip zu folgen und sich auf die Erhebung der Kernmerkmale zu beschränken.

EU-Kernmerkmale

Der Katalog der demografischen Kernmerkmale umfasst das Geschlecht, das Alter, den gesetzlichen Familienstand, das Geburtsland und den Geburtsort, die Staatsangehörigkeit, üblichen Aufenthaltsort, gegebenenfalls den vorherigen üblichen Aufenthaltsort, das Datum der Ankunft am derzeitigen Aufenthaltsort und das Jahr der Ankunft im Meldeland. Die demografischen Angaben sind gewissermaßen die Grunddaten einer Volkszählung. Sie dienen einerseits zur Feststellung der amtlichen Einwohnerzahlen von Bund, Ländern und Gemeinden. Diese Einwohnerzahlen sind von zentraler Bedeutung für zahlreiche

Demografische
Merkmale

politische und gesellschaftliche Bereiche. Sie sind beispielsweise eine wichtige Bemessungsgrundlage in Rechtsvorschriften, in denen der Länderfinanzausgleich, die kommunalen Finanzausgleichssysteme und die Verteilung von EU-Mitteln für Förderregionen geregelt werden, sowie in Rechtsvorschriften über die Einteilung von Wahlkreisen, über die Zahl der Länderstimmen im Bundesrat, über die Berechnung der Sitze in den Vertretungen der kommunalen Gebietskörperschaften und über das Vorliegen einer qualifizierten Mehrheit bei Abstimmungen im Europäischen Rat.

Die im Rahmen des Zensus erhobenen demografischen Daten dienen andererseits auch als Ausgangsbasis für die kleinräumige Fortschreibung der amtlichen Einwohnerzahlen und die kleinräumigen Bevölkerungsvorausberechnungen, die mit Blick auf die Folgen des demografischen Wandels eine immer größere Bedeutung erhalten. Sie finden ferner auch Verwendung für die Ermittlung des Bedarfs an Kindergärten, Schulen oder Krankenhäusern und sonstiger Infrastruktur.

Erwerbs- und
bildungs-
statistische
Merkmale

Der Katalog der erwerbs- und bildungsstatistischen Kernmerkmale umfasst den derzeitigen Erwerbsstatus, den Beruf, den Wirtschaftszweig, die Stellung im Beruf, den Arbeitsort und das Bildungsniveau. Die erwerbsstatistischen Angaben dienen der Ermittlung der aktuellen Zahlen der Erwerbstätigen, der Erwerbslosen und der Nichterwerbspersonen. Diese Daten gestatten regional vergleichende strukturelle Auswertungen im Hinblick auf die Erwerbsbeteiligung und das Arbeitskräfteangebot nach Berufen und Branchen. Sie bieten die Voraussetzung für regionalisierte Erwerbspersonenvorausberechnun-

EU - Kernmerkmale

Demografische Kernmerkmale

- Geschlecht
- Alter
- Gesetzlicher Familienstand
- Staatsangehörigkeit
- Geburtsland, Geburtsort
- Üblicher Aufenthaltsort
- Vorheriger üblicher Aufenthaltsort und Datum der Ankunft am derzeitigen Aufenthaltsort
- Jahr der Ankunft im Meldeland

Erwerbs- und bildungsstatistische Kernmerkmale

- Derzeitiger Erwerbsstatus (erwerbstätig, erwerbslos, Nichterwerbsperson)
- Beruf
- Wirtschaftszweig
- Stellung im Beruf (z. B. selbstständig, Arbeitnehmer)
- Arbeitsort
- Bildungsniveau (höchster Bildungsabschluss, praktische Berufsausbildung)

Gebäude- und wohnungsstatistische Kernmerkmale

- Art der Unterkunft (z. B. freistehendes Haus, Reihenhaus)
- Lage der Unterkunft
- Belegungsstatus herkömmlicher Wohnungen (z. B. dauerhaft bewohnt, Ferienwohnung, Leerstand)
- Zahl der Bewohner
- Nutzfläche und/oder Zahl der Räume in den Wohneinheiten
- Wohnungen nach Gebäudetyp
- Wohnungen nach Baujahr
- Unterbringungsformen
- Eigentumsverhältnisse
- Wasseranschluss
- Toilette
- Bad
- Heizungstyp

Haushalts- und familienstatistische Kernmerkmale

- Typ und Größe des privaten Haushalts (z. B. Nicht-Familienhaushalt, Einfamilienhaushalt)
- Beziehungen zwischen den Haushaltsmitgliedern
- Wohnbesitzverhältnisse des Haushalts
- Stellung im Haushalt (Elternteil oder Kind)
- Stellung in der Familie
- Typ der Kernfamilie (z. B. Ehepaar ohne Kind im Haushalt)
- Größe der Kernfamilie

gen, in denen beispielsweise auch kleinräumige Auswirkungen des demografischen Wandels auf das Arbeitskräfteangebot dargestellt werden. Sie bilden darüber hinaus eine wichtige Planungs- und Entscheidungsgrundlage für die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Die bildungsstatistischen Daten mit Angaben zum höchsten allgemeinbildenden und beruflichen Abschluss zeigen wichtige Zahlen für die Bildungsplanung, aber auch für die Berufsberatung und die Arbeitsmarktpolitik.

Gebäude- und wohnungsstatistische Merkmale

Der Katalog der gebäude- und wohnungsstatistischen Kernmerkmale umfasst die Art und die Lage der Unterkunft, den Belegungsstatus herkömmlicher Wohnungen, die Zahl der Bewohner, die Nutzfläche und/oder die Zahl der Räume in den Wohneinheiten, die Wohnungen nach Gebäudetyp und nach Baujahr, die Unterbringungsformen, die Eigentumsverhältnisse, das Vorhandensein von Wasseranschluss, Toilette und Bad sowie den Heizungstyp. Die gebäude- und wohnungsstatistischen Daten dienen im Wesentlichen der Feststellung sowohl des Potenzials als auch der Struktur von Wohngebäuden und Wohnungen und ermöglichen somit die Ermittlung des Versorgungsstatus der Bevölkerung mit Wohnraum. Sie erlauben zum einen – in Kombination mit den zu gewinnenden haushalts- und familienstatistischen Daten – die kleinräumige Identifikation einer Unter- oder Überversorgung der Bevölkerung mit Wohnraum und liefern damit eine wichtige Grundlage für wohnungspolitische Maßnahmen, wie z. B. die Förderung von Neu-, Um- oder Rückbauten. Die gebäude- und wohnungsstatistischen Daten bilden zum anderen die Basis für die kleinräumige Fortschreibung der Anzahl der vorhandenen Wohnungen und Gebäude im System der amtlichen Gebäude- und Wohnungsfortschreibung.

Der Katalog der haushalts- und familienstatistischen Kernmerkmale, die für die Bevölkerung zu erheben bzw. zu ermitteln sind, umschließt die Beziehungen zwischen den Haushaltsmitgliedern, die Wohnbesitzverhältnissen des Haushalts, die Stellung im Haushalt, die Stellung in der Familie, den Typ und die Größe der Kernfamilie sowie den Typ und die Größe des privaten Haushalts. Diese haushalts- und familienstatistischen Daten dienen der Beschreibung und der Analyse der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere der Lebensverhältnisse in unserer Gesellschaft. Sie bilden daher den Anknüpfungspunkt für die Planung einer Vielzahl staatlicher Maßnahmen, insbesondere für die Anpassung des Angebots an privaten und öffentlichen Dienstleistungen und von Infrastruktureinrichtungen an den tatsächlichen Bedarf.

Haushalts- und familienstatistische Merkmale

Problem Nr. 1: Flächendeckende kleinräumige Bereitstellung der Zensusdaten

Der Kreis der Nutzer und die Verwendungszwecke der Zensusdaten sind ausgesprochen vielfältig. Bedeutende Nutzer der Daten sind die Kommunen, die Landes- und Regionalplanung, die Wissenschaft und die Wirtschaft. Für sie ist es zur Erfüllung ihrer Aufgaben zwingend notwendig, dass die Daten und die aus ihnen abgeleiteten Ergebnisse flächendeckend auch kleinräumig bereitgestellt werden. Die Angaben, die im Zensus 2011 auf dem traditionellen Weg im Rahmen einer primärstatistischen Vollerhebung gewonnen werden (d. h. die gebäude- und wohnungsstatistischen Daten), erfüllen diese Anforderung ohne Einschränkungen. Die Angaben, die aus Verwaltungsregistern gezogen werden (d. h. insbesondere die demografischen Daten und teilweise die erwerbsstatistischen Daten), genügen

Einschränkungen bei den erwerbs- und bildungsstatistischen Daten

den Anforderungen weitgehend, aber doch nur mit gewissen Einschränkungen. Diese Vorbehalte ergeben sich insoweit, als die Register nicht primär für Statistikaufgaben geschaffen wurden und daher gewöhnlich Mängel im Hinblick auf Aktualität, Vollständigkeit und fachliche Abgrenzung aufweisen. Für die Daten aus der Haushaltsstichprobe zeigen sich bei der derzeitigen Erhebungskonzeption die deutlichsten Einschränkungen bezüglich kleinräumiger Ergebnismachweise und Analysen.

Lösungsmöglichkeiten: Ausweitung der Haushaltsstichprobe und/oder Small-Area-Schätzungen

Für Zwecke der Landes- und Regionalplanung sowie für Zwecke der Kommunen ist es dringend erforderlich, die Haushaltsstichprobe so auszugestalten, dass die auf diesem Weg erhobenen erwerbs- und bildungsstatistischen Daten kleinräumig – d. h. in Rheinland-Pfalz mindestens bis zur Ebene der Verbandsgemeinden – ausgewiesen werden können. Die vom Bund derzeit vorgesehene Konzeption liefert für Rheinland-Pfalz auf der Grundlage einer Stichprobe, die im Grundsatz 550 Wohnadressen je Kreis umfasst, Ergebnisse nur auf der Kreisebene. Dies bedeutet, dass der Zensus 2011 für diese Merkmale nur einen unzureichenden Zusatznutzen gegenüber dem traditionellen Mikrozensus bringt.³⁾ In Anbetracht der durch den Zensus verursachten hohen Gesamtkosten ist zu fordern, dass dieser umfassendere Daten als der Mikrozensus liefert und damit auch die Anforderungen der Kommunen und der Regionalplanung berücksichtigt. Der Bund hat deshalb im April 2007 ein Forschungsprojekt in Auftrag gegeben, in dem u. a. untersucht werden soll, inwieweit eine Verbesserung des kleinräumigen

Ergebnismachweises aus der Stichprobe insbesondere durch den Einsatz moderner Schätzverfahren, wie z. B. der sogenannten Small-Area-Schätzungen, gelingen kann.

Problem Nr. 2: Umfang des Katalogs der EU-Kernmerkmale

Insgesamt umfasst der für den Zensus 2011 bislang vorgesehene Merkmalskatalog deutlich weniger Kriterien als die letzten Volks-, Gebäude- und Wohnungszählungen. Dies sind zugleich auch deutlich weniger Merkmale, als von der Landes- und Regionalplanung sowie von den Kommunen vielfach gewünscht werden. Aus deren Sicht ließen sich zahlreiche weitere, für alle staatlichen Ebenen wichtige Kriterien ohne nennenswerten zusätzlichen Aufwand erheben.

Keine vollständige Abdeckung des Datenbedarfs der Kommunen

Die Bundesregierung hat sich daraufhin – trotz des vorerst verfolgten Minimalprinzips – zur Einrichtung einer Zensuskommission entschlossen. Diese wird von neun stimmberechtigten ehrenamtlichen wissenschaftlichen Mitgliedern der Fachrichtungen Statistik und Survey – Methodologie, Volkswirtschaftslehre und Arbeitsmarktforschung, Soziologie und Demografie sowie Geografie und Raumplanung gebildet. Außerdem gehören ihr nichtstimmberechtigte Vertreter des Bundesministeriums des Innern, des Statistischen Bundesamtes und der statistischen Ämter der Länder an. Die Zensuskommission hat im August 2007 ihre Arbeit aufgenommen und befasst sich derzeit schwerpunktmäßig mit der Frage der Erweiterung des bislang vorgesehenen Merkmalskataloges.

Lösungsmöglichkeit: Ausweitung des Katalogs der EU-Kernmerkmale

Dr. Dirk Schneider ist im Referat Zensus, Forschungsdatenzentrum als Referent tätig.

3) Beim Mikrozensus werden jährlich 1% der Haushalte befragt. Er liefert für Rheinland-Pfalz in der Regel nur repräsentative Ergebnisse bis zur Ebene der acht Anpassungsschichten.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

Leichte Verbesserung des Geschäftsklimas im Januar

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich 7 000 Unternehmen.

Geschäftsklimaindex im Januar überraschend gestiegen

Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft hat sich im Januar zur Überraschung vieler Experten wieder verbessert. Der ifo Geschäftsklimaindex stieg von 103 auf 103,4 Punkte. Allerdings spiegeln sich in dem Indexwert für Januar noch nicht die weltweiten Börsenturbulenzen wider, die am 21. Januar eingesetzt haben. Die Befragung der Unternehmen war – nach Informationen des ifo Instituts – bereits vorher abgeschlossen. Dennoch sieht das Institut die gewerbliche Wirtschaft in einer robusten Verfassung.

Lagebeurteilung schlechter als im Vormonat – Geschäftserwartungen verbessert

Der Klimaindex wurde durch optimistischere Erwartungen für die kommenden sechs Monate nach oben gezogen. Der Erwartungsindex stieg von 98,2 auf 99 Punkte. Ihre aktuelle Geschäftslage beurteilten die befragten Unternehmen dagegen ungünstiger als im Dezember. Der Lageindex fiel um 0,2 Punkte auf 107,9.

Stimmungsverbesserung im verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe

Im verarbeitenden Gewerbe hat sich die Stimmung nach der deutlichen Eintrübung im Dezember wieder etwas verbessert. Die Einschätzung der aktuellen Geschäftslage entsprach etwa dem Ergebnis vom Vormonat. Hinsichtlich der Aussichten für die kommenden Monate waren die befragten Unternehmen etwas optimistischer.

Auch im Bauhauptgewerbe gab es eine Stimmungsverbesserung. Die Lageeinschätzung war leicht, die Beurteilung der Geschäftsaussichten deutlich günstiger als noch im Dezember.

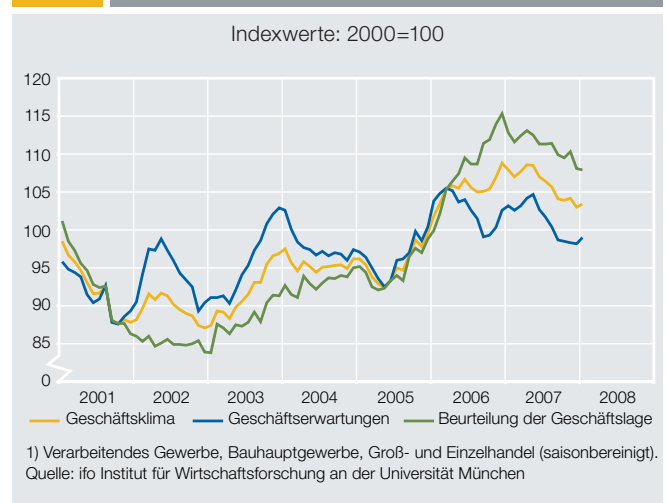
Eine weitere Verschlechterung der Stimmung verzeichnete das ifo Institut im Einzelhandel. Verursacht wurde die Eintrübung vor allem durch eine wesentlich ungünstigere Lageeinschätzung der Einzelhändler. Die Geschäftserwartungen verbesserten sich dagegen im Vergleich zum Dezember.

Weitere Eintrübung im Einzelhandel

Im Gegensatz dazu hat sich das Klima im Großhandel kaum verändert. Die Großhändler waren zwar mit ihrer aktuellen Geschäftslage zufriedener als im Vormonat. Dafür blickten sie aber wesentlich pessimistischer in die Zukunft als noch im Dezember.

Stand: Januar 2008

ifo Geschäftsklima Deutschland
ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft¹⁾



Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe steigen weiter mit zweistelligen Zuwachsraten

Die Auftragseingänge sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung. Da die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes, etwa aufgrund von Großaufträgen, von Monat zu Monat stark schwanken können, wird zur Konjunkturbeurteilung der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt herangezogen.

Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes im Oktober 2008 gegenüber dem Vorjahr um 13,8% gestiegen

Im rheinland-pfälzischen verarbeitenden Gewerbe werden seit November 2003 steigende Auftragseingänge im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresmonat festgestellt. Der Anstieg im April 2006 markierte mit +16,1% den höchsten Zuwachs, der in den letzten Jahren beobachtet wurde. Im Oktober 2007 fiel die Verbesserung gegenüber dem Vorjahresmonat mit +13,8% stärker aus als im September (+11,1%). Damit bewegte sich die Zuwachsrate – wie zuvor bereits im Juli (+11,7%) und August (+10,9%) – zum vierten Mal in Folge im zweistelligen Bereich.

Auslandsaufträge steigen stärker als Inlandsaufträge

Die Auftragsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe wurde im Oktober 2007 erneut von Zuwächsen sowohl auf den Inlands- als auch auf den Auslandsmärkten getragen. Wie schon von Mai bis September ist die heimische Nachfrage dabei schwächer gestiegen als die Auslandsnachfrage. Davor war in den Monaten von Februar bis April ein höheres Auftragsplus aus dem Inland zu beobachten. Im Oktober gab es mit +7,7% wieder einen stärkeren Zuwachs als in den fünf vorangegangenen Monaten. Im August und im September wurden mit +4 bzw. +3,4% die niedrigsten Zunahmen der

Inlandsaufträge seit zwei Jahren registriert. Die Bestellungen aus dem Ausland verbesserten sich im Oktober mit +19,8% nach den hohen Zuwächsen von Juli bis September (zwischen 17 und 18,8%) nochmals und erreichten damit die höchsten Steigerungsraten, die in den letzten Jahren beobachtet wurden.

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 33%) erhöhten sich im Oktober 2007 die Auftragseingänge um 4,1% gegenüber dem Oktober des Vorjahres und stiegen damit wieder fast so stark wie im Juni (+4,7%) und Juli (+4,6%). Zwischenzeitlich war es im August und September mit +1,3 bzw. +1,7% zu einer spürbaren Abschwächung gekommen. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres hatte das Auftragsplus in der chemischen Industrie noch zwischen 6,2 und 9,9% gelegen.

Auftragseingänge in der chemischen Industrie um 4,1% über Vorjahresniveau

Die aktuelle Entwicklung wurde von Zuwächsen auf den Märkten im In- und Ausland bestimmt. Bei den Bestellungen aus dem Inland kam es im Oktober 2007 zu einem Anstieg von 1,6%. Nach dem Spitzenwert vom Mai (+16,1%) hatte die Zuwachsrate zuletzt im September mit +0,8% den niedrigsten Wert seit mehr als drei Jahren erreicht. Von August 2006 bis August 2007 war die Zunahme der inländischen Auftragseingänge gegenüber dem Vorjahr größer als die der ausländischen Bestellungen. Diese Entwicklung hatte sich bereits im September umgekehrt, was sich nun im Oktober verstärkte. Die Zuwachsrate der Aufträge aus dem Ausland lag bei 5,3%, nach 2,2% im Vormonat.

Im Fahrzeugbau, der etwa 16% zum Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes beisteuert, kam es im Oktober 2007 mit

Auftragseingänge aus dem Ausland im Fahrzeugbau wieder sehr kräftig gestiegen

+47,9% zum stärksten Anstieg der Auftrags-eingänge in den letzten Jahren. Damit war zum dreizehnten Mal in Folge eine zweistellige Zuwachsrate zu verzeichnen. Vor dem bisherigen Spitzenwert vom September (+44,1%) hatte der Anstieg der Auftragseingänge im August 38,2% betragen.

Während im März und April noch das gute Inlandsgeschäft die Entwicklung geprägt hatte, übertreffen die ausländischen Bestellungen seit Mai den Anstieg der Binnen-nachfrage deutlich. Zwar stieg im Oktober die inländische Nachfrage nach Fahrzeugen und Komponenten aus der heimischen Produktion um immerhin 27,8%, nach einem Zuwachs um 5% im September. Die Nachfrage aus dem Ausland erhöhte sich mit +65,7% trotzdem deutlich stärker. Davor hatte es im September mit +84,7% sogar einen Rekordzuwachs gegeben.

Nachfrageplus
in der Metaller-
zeugung und
-verarbeitung

In der Metallerzeugung und -verarbeitung (Umsatzanteil im verarbeitenden Gewerbe: 11%) stiegen die Auftragseingänge im Oktober 2007 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um 4,6%. Nachdem es im September in dieser Branche mit +5,5% den stärksten Zuwachs seit mehr als einem Jahr gegeben hatte, blieb das Auftragsplus etwas höher als im Juli (+3,8%) und August (+4,4%).

Bei den Inlandsbestellungen kam es im Oktober zu einem Zuwachs um 7,5%, nach einem Plus von 7,4% im Vormonat. Die Auslandsaufträge stiegen im Oktober im Vorjahresvergleich nur noch um 0,7%, nach einer Verbesserung von 2,7% im September.

Im Maschinen-
bau steigen die
Auftragseingänge
wieder stärker

Im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 9%) stieg die Nachfrage im Oktober 2007 im Vorjahresvergleich um 12,2% und damit wieder deutlich stärker als im September (+5,9%). Von

Juni bis August war es ebenfalls zu kräftigen Zuwachsraten zwischen 13,5 und 15,2% gekommen. Davor hatte seit Beginn des Jahres 2007 die Zuwachsrate nicht mehr im zweistelligen Bereich gelegen.

Im September waren die Inlandsaufträge etwas stärker als die Auslandsaufträge gestiegen. Im Oktober zogen nun die ausländischen Bestellungen – wie schon von Mai bis August – kräftiger an. Die heimische Nachfrage stieg gegenüber dem Vorjahresmonat um 6,3%, nach 6,2% im September. Im August hatte es hier noch ein Auftragsplus von 11,5% gegeben, im Februar war mit +23,8% die höchste Zuwachsrate der letzten Jahre zu verzeichnen. Die Auftragszahlen aus dem Ausland stiegen mit +15,9% wieder etwa so stark wie in den Sommermonaten. Zwischenzeitlich war es im September allerdings zu einem schwächeren Zuwachs von 5,6% gekommen.

Steigende Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe – Zahl der Baugenehmigungen weiter stark rückläufig

Im Bauhauptgewerbe ist der Drei-Monats-Durchschnitt des Auftragseingangs im Oktober 2007 gegenüber dem Vorjahresmonat um 9,3% gestiegen. Im September lag die Zuwachsrate noch bei 12,3%, nachdem es im August mit +3,7% einen schwächeren Anstieg gegeben hatte. Auch in den vorangegangenen Monaten hatte sich in der Baubranche keine eindeutige Tendenz gezeigt. Nach einer deutlichen Zunahme um 13,2% im April war es im Mai und Juni lediglich zu einem leichten Plus von 2,6 bzw. 0,8% im Vorjahresvergleich gekommen. Im Juli gab es bei den Auftragseingängen sogar einen Rückgang um 1,4%.

Auftragseingänge
im Bauhauptge-
werbe steigen um
9,3%

Allerdings werden im Bauhauptgewerbe die gleitenden Durchschnittswerte häufiger

durch Großaufträge in einzelnen Berichtsmonaten geprägt. Die höheren Zuwachsraten des Drei-Monats-Durchschnitts im September und Oktober werden insbesondere durch das kräftige Auftragsplus im Berichtsmonat Oktober bestimmt.

Zahl der Baugenehmigungen sinkt im Vorjahresvergleich weiter deutlich

Die Entwicklung bei den Baugenehmigungen im Wohnungsbau ist seit Oktober 2006 stark rückläufig. Von Dezember 2006 bis Februar 2007 brach der Drei-Monats-Durchschnitt – vor allem als Basiseffekt in der Folge eines zwischenzeitlichen Genehmigungsschubs aufgrund der Abschaffung der Eigenheimzulage Anfang 2006 – um jeweils mehr als 50% ein. Diese Entwicklung schwächte sich anschließend im März mit einem Minus von 34% ab. Seither ist eine Stabilisierung der gleichwohl immer noch hohen Abnahmeraten erkennbar. Von April bis September gab es Rückgänge zwischen 14,7 und 31%. Im Oktober 2007 sank nun die Zahl der Baugenehmigungen im Jahresvergleich um 25,2%.

Sinkende Umsätze im Handel und im Gastgewerbe

Die Handelsumsätze – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen. Auch hier wird zur Konjunkturbeobachtung mit gleitenden Drei-Monats-Durchschnitten gearbeitet, um starke monatliche Schwankungen zu glätten.

Leichter Umsatzrückgang im Einzelhandel

Der Drei-Monats-Durchschnitt der Einzelhandelsumsätze wies im Oktober 2007 gegenüber dem Vorjahreswert einen realen Rückgang von 0,4% auf. Nachdem die Umsätze von Mai bis August zwischen 0,5 und 1,6% gesunken waren, kam es zwischenzeitlich im September zu einem leichten Plus von 0,2%. Anfang des Jahres hatte es von Februar bis April ebenfalls Umsatzsteige-

rungen gegeben. In den Berichtsmonaten des aktuellen Drei-Monats-Durchschnitts brachte lediglich die Umsatzentwicklung im Oktober einen Anstieg. Zuvor wurden im September und nun auch im Berichtsmonat November Umsatzrückgänge gegenüber dem Vorjahr festgestellt.

Die Umsätze im Großhandel sind im Oktober 2007 im Vorjahresvergleich real um 5,4% gesunken. Auch davor waren sie bereits sechsmal hintereinander rückläufig. Allerdings war das Minus in den vorangegangenen Monaten noch geringer ausgefallen; die Veränderungsraten bewegten sich zwischen –0,8% im Februar und –4,7% im September. Abgesehen von der zwischenzeitlichen leichten Umsatzsteigerung im März (+0,3%) verstärkte sich die negative Entwicklung im Großhandel im Jahresverlauf kontinuierlich.

Stärker sinkende Umsätze im Großhandel

Im Gastgewerbe zeigten sich bei der Entwicklung der Umsätze im Jahr 2006 noch größtenteils Steigerungen gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat; der höchste Anstieg war im Mai 2006 mit +3,1% zu verzeichnen. Seit Jahresbeginn 2007 sind die Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. dagegen in allen Monaten gesunken. Im Oktober 2007 belief sich die Umsatzeinbuße real auf 2,9% und war damit wieder höher als von Juli bis September (Rückgänge zwischen 0,8 und 1,6%). Davor waren die realen Umsätze im Mai und Juni 2007 gegenüber dem Vorjahr um jeweils 3% zurückgegangen.

Umsatzrückgang im Gastgewerbe

Verbraucherpreisindex 2007 um 2% höher als im Vorjahr

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsisindikatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Bei der Berechnung des Verbraucherpreisindex für Dezember 2007 wurde letztmalig das Basisjahr 2000 zugrunde gelegt. Von Januar 2008 an wird das Jahr 2005 als Basisjahr verwendet. Im Mittelpunkt dieser Umstellung steht die Aktualisierung des Wägungsschemas, das die Anteile der einzelnen Güter und Dienstleistungen an den gesamten Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte wiedergibt. Wegen der damit verbundenen Umstellungsarbeiten wird ein auf neuer Basis berechneter Verbraucherpreisindex auf Landesebene erstmalig Ende Februar 2008 veröffentlicht. Daher wird an dieser Stelle die Entwicklung des Preisindex für das Jahr 2007 kommentiert.

Verbraucherpreise
2007 stärker als
im Vorjahr ge-
stiegen

Der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz ist im Jahr 2007 um 2% gestiegen. Im Vorjahr hatte die Teuerungsrate noch bei 1,7% gelegen. Davor wurde im Jahr 2005 mit +2,1% die bisher höchste jahresdurchschnittliche Preissteigerungsrate seit 1995 (seither wird der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex nachgewiesen) verzeichnet.

Preisentwick-
lungen in den
Waren- und
Dienstleistungs-
gruppen
uneinheitlich

Überproportionale Preisanstiege im Jahresvergleich gab es im Jahresdurchschnitt 2007 vor allem in den Indexhauptgruppen „Alkoholische Getränke, Tabakwaren“ sowie „Verkehr“ (jeweils +3,3%). Fast genauso stark zogen die Preise für „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ sowie für „Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen“ (jeweils +3%) an. Schwächer als im Durchschnitt blieben die Preissteigerungen unter anderem in den Bereichen „Bekleidung und Schuhe“ sowie „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (jeweils +1%). Die geringsten Preisanstiege gab es im Jahresvergleich in den Indexhauptgruppen „Gesundheitspflege“ (+0,6%) und „Nachrichtenübermittlung“ (+0,2%).

Arbeitslosigkeit im Januar gestiegen

Die Zahl der Arbeitslosen ist ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Die Arbeitslosigkeit hat sich im Januar 2008 im Vergleich zum Vormonat deutlich erhöht. Die Zahl der Arbeitslosen stieg um rund 10 700 auf 131 400 (+8,9%). Hauptursache für diese Entwicklung waren saisonale Einflüsse: Der Winter macht sich auf dem rheinland-pfälzischen Arbeitsmarkt bemerkbar. Nach Informationen der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit stieg die Arbeitslosigkeit jahreszeitlich bedingt vor allem in den Bauberufen und den Verkehrsberufen, aber auch in den Verkaufsberufen.

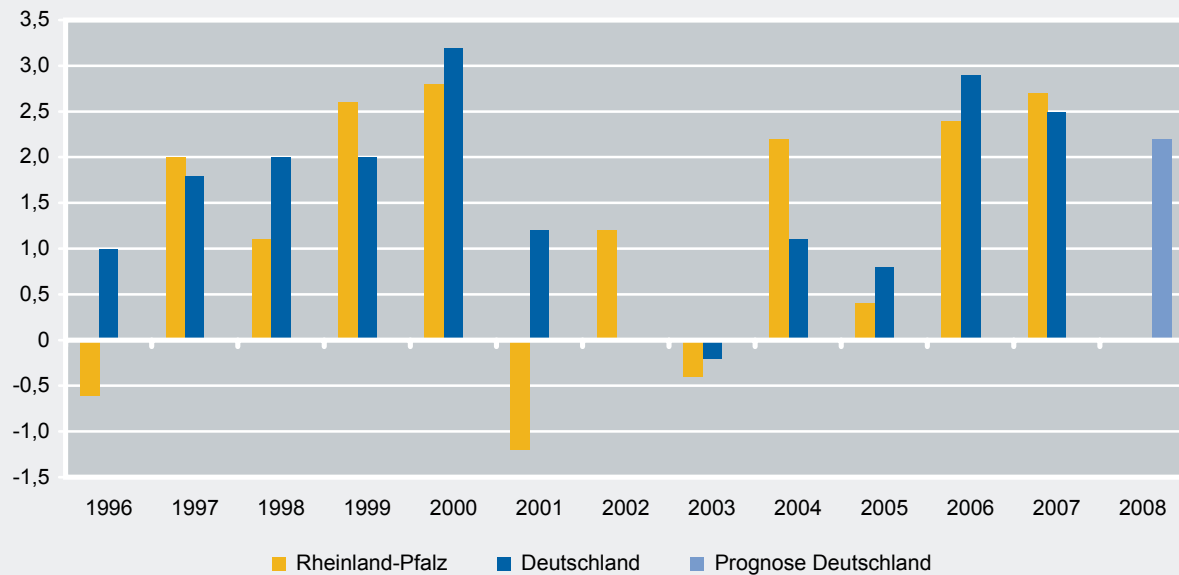
Saisonaler
Anstieg der
Arbeitslosigkeit

Im Vergleich zum Vorjahr waren jedoch deutlich weniger Menschen arbeitslos gemeldet. Gegenüber Januar 2007 ging die Zahl der Arbeitslosen um 23 600 zurück (-15,2%). Weniger Arbeitslose in einem Januar gab es zuletzt vor 15 Jahren. Neben der weiterhin guten Konjunktur ist diese positive Entwicklung sicherlich auch ein Erfolg der Arbeitsmarktreformen. Die Arbeitslosenquote (Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen) stieg auf 6,4%. Im Vormonat lag die Quote bei 5,9%; vor einem Jahr hatte sie noch 7,6% betragen.

Arbeitslosen-
quote steigt
auf 6,4%

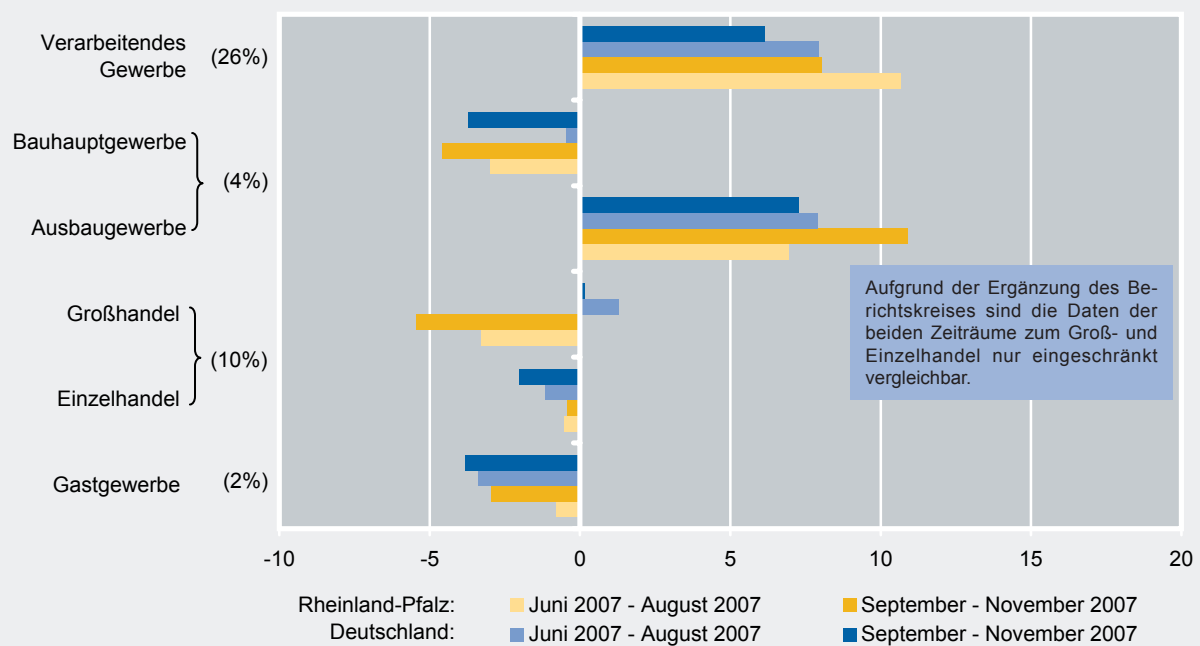
Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist in diesem Bereich als Referent tätig.

Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland¹⁾ – Preisbereinigt – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Nächster Fortschreibungstermin: März 2008. – Quelle Prognosewert 2008: Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.; Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2007.

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



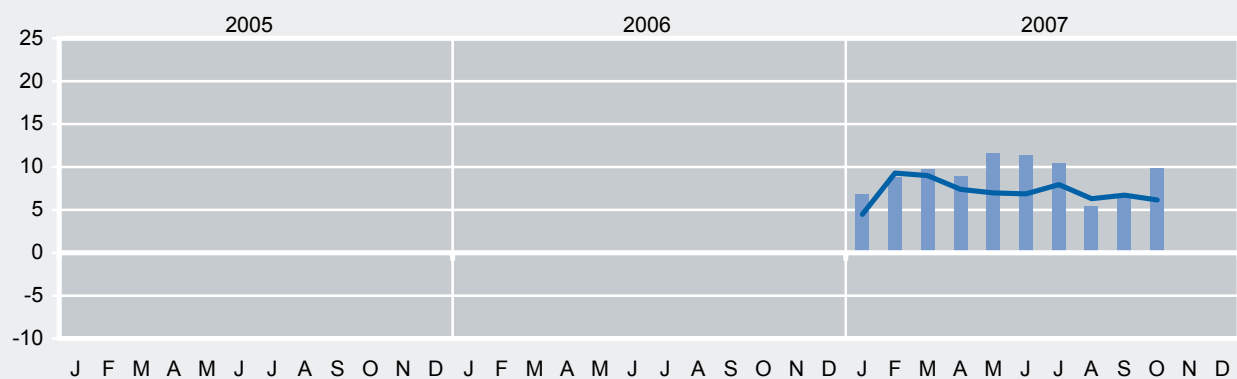
1) Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2005. – 2) Ausbaugewerbe: Quartale.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

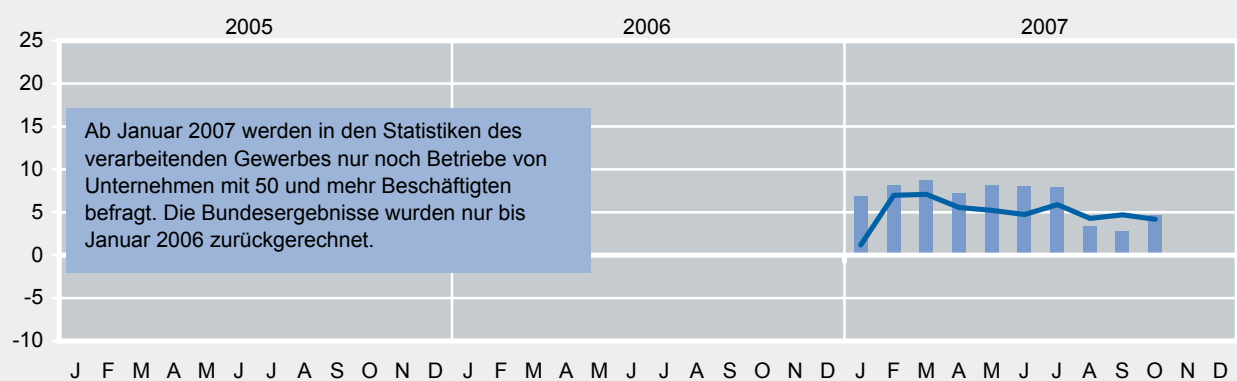
Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

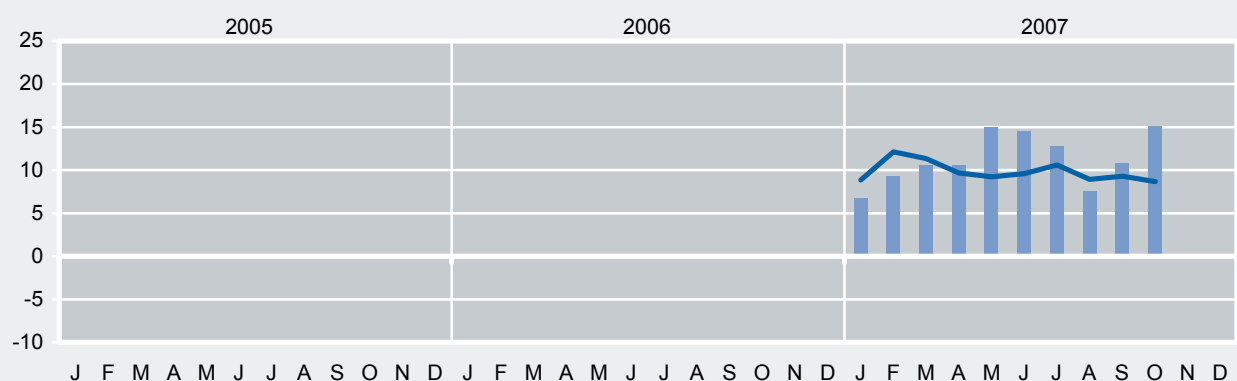
Insgesamt



Inland



Ausland



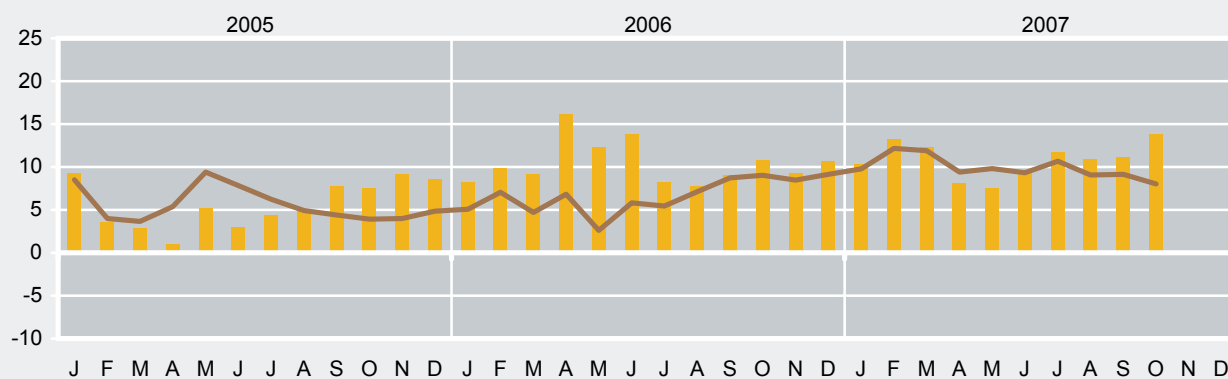
Auftragseingang Gesamtumsatz

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

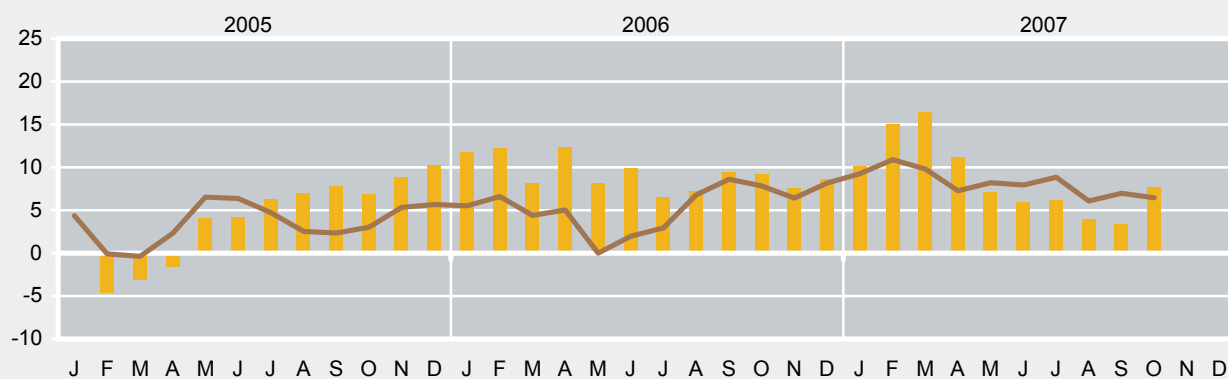
Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

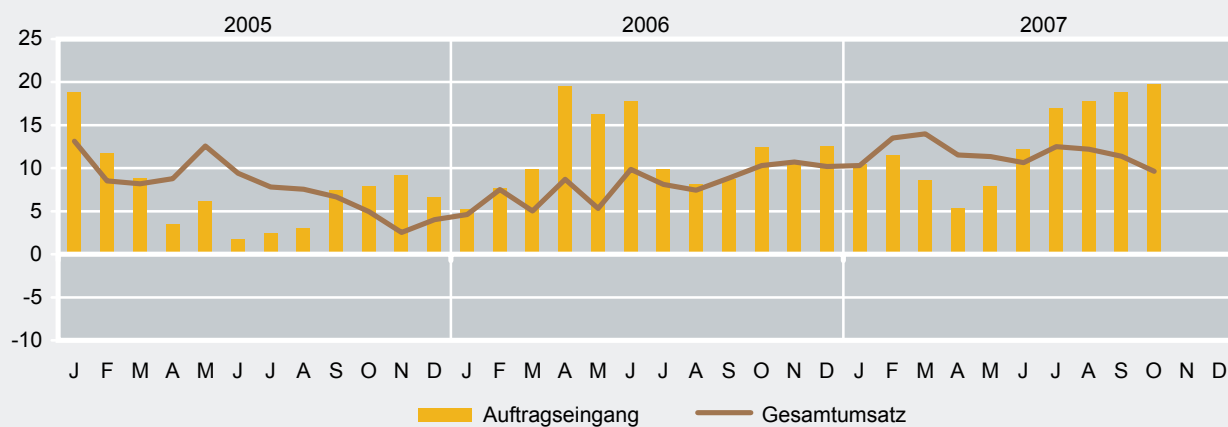
Insgesamt



Inland



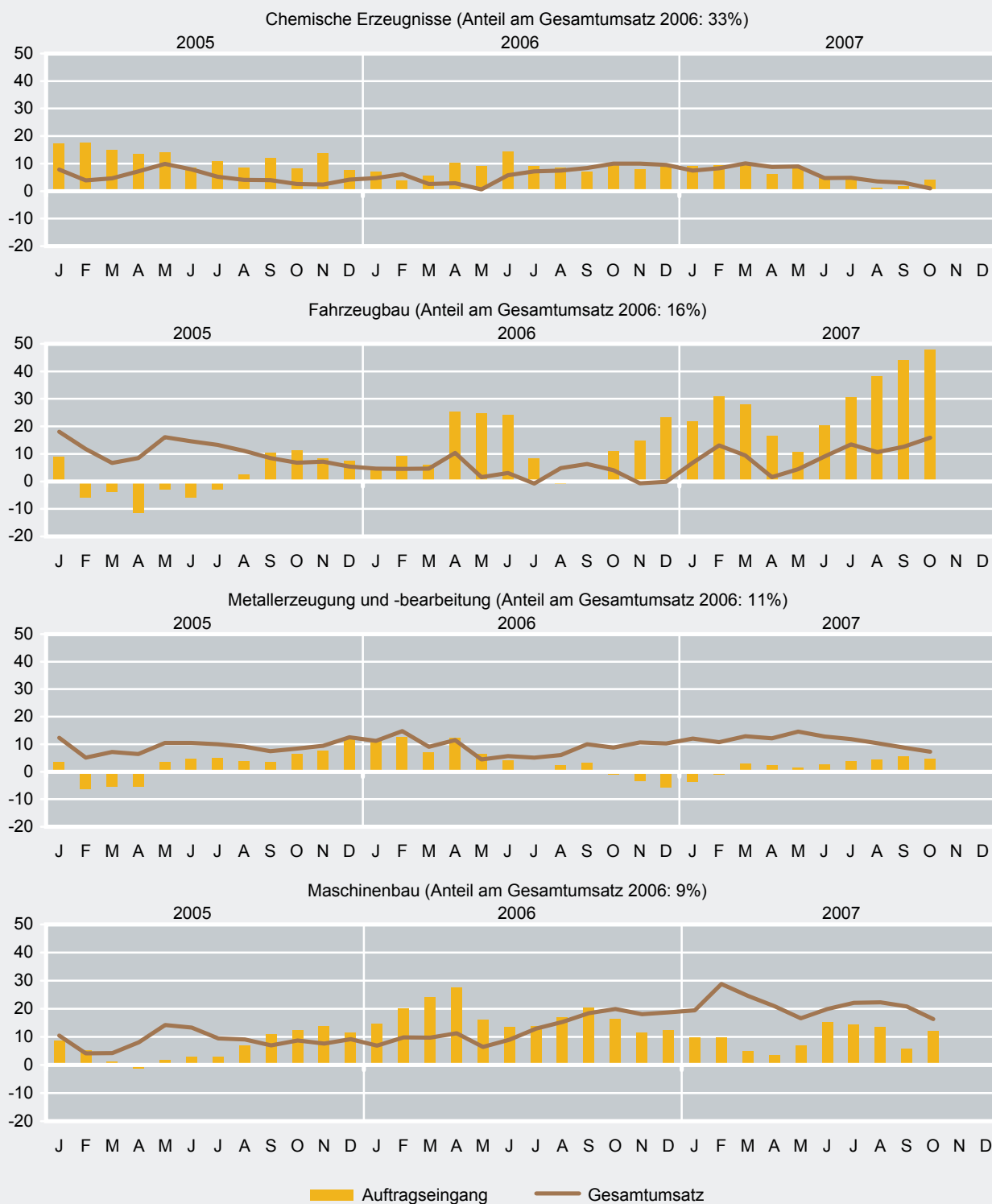
Ausland



Ab Januar 2007 werden in den Statistiken des verarbeitenden Gewerbes nur noch Betriebe von Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten befragt. Die Bundesergebnisse wurden nur bis Januar 2006 zurückgerechnet.

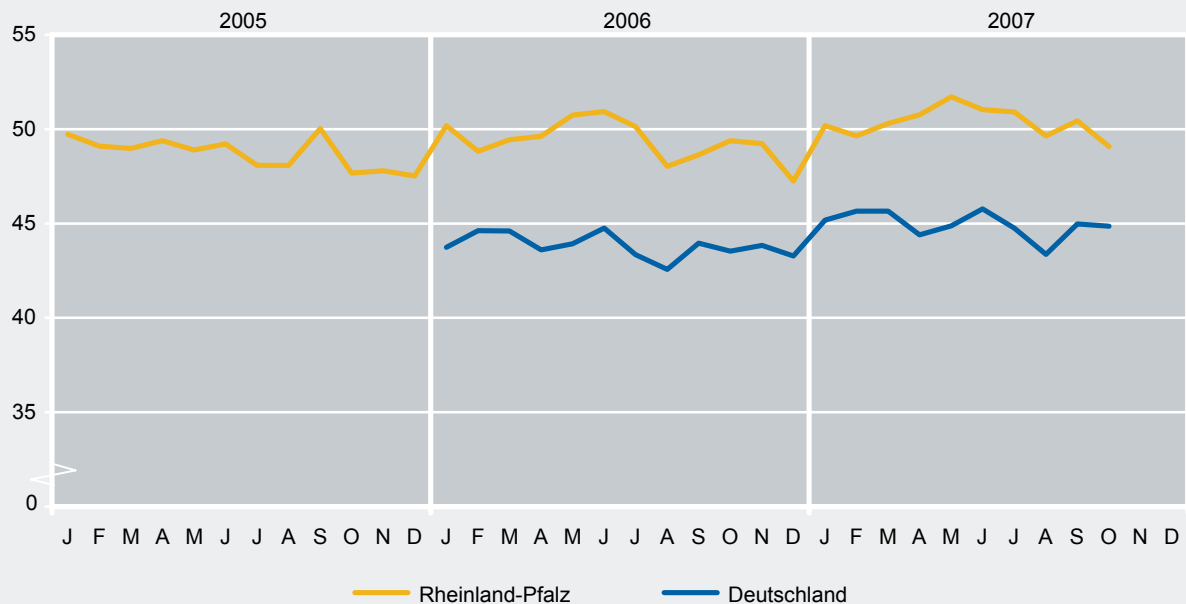
Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach ausgewählten Branchen

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland ¹⁾

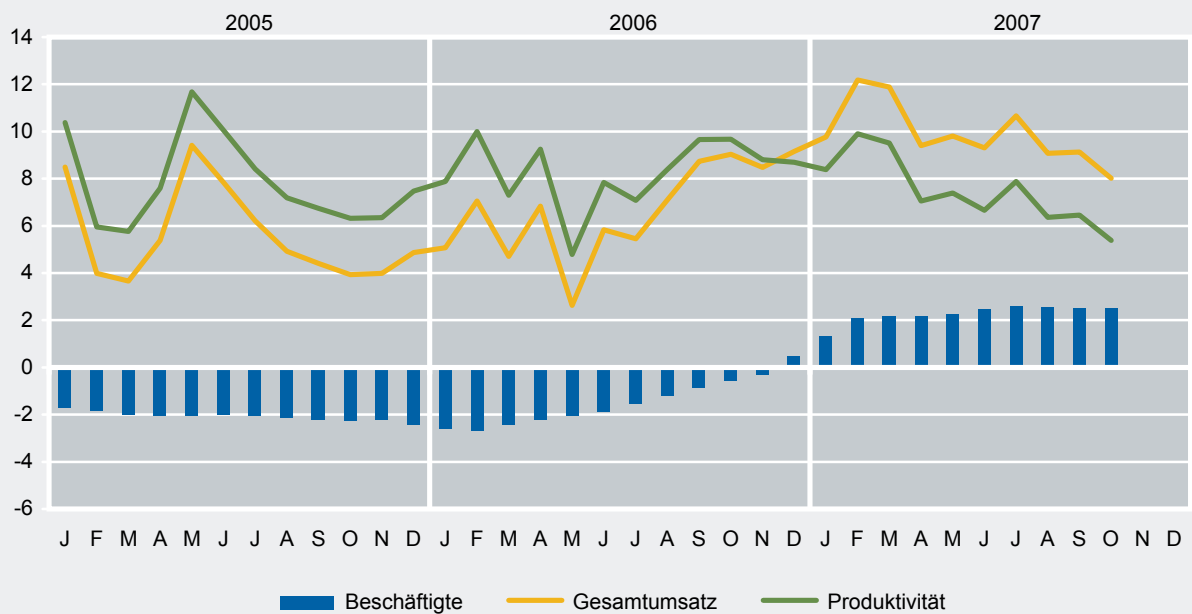
Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



1) Deutschland: Daten vor 2006 nicht verfügbar.

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität ¹⁾ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz

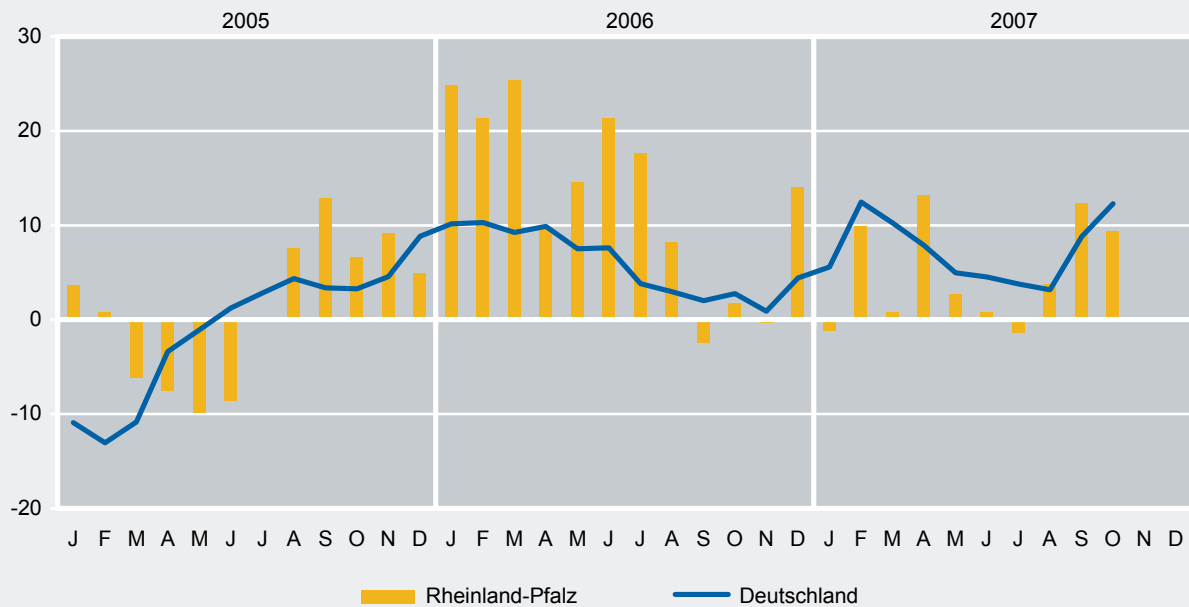
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Umsatz je Beschäftigten.

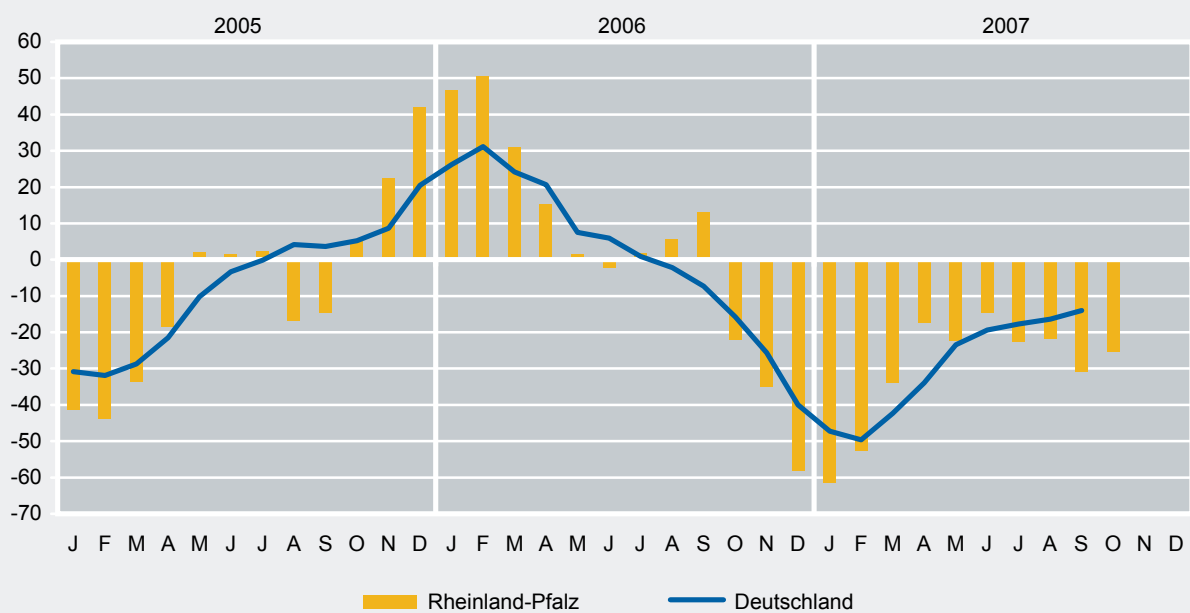
Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Baugenehmigungen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

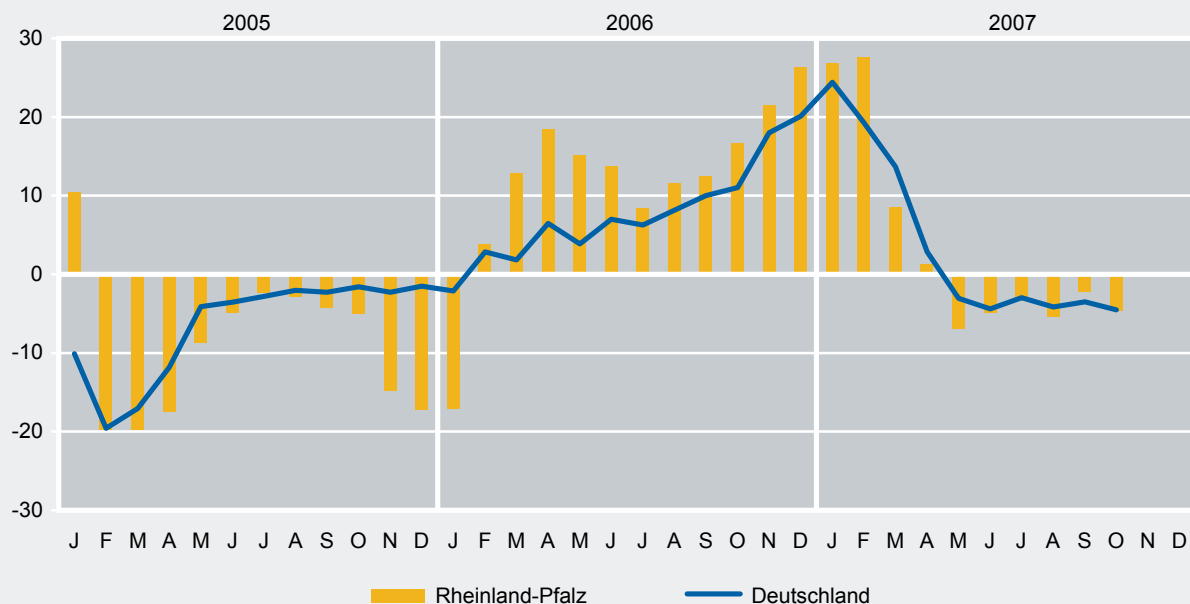
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen.

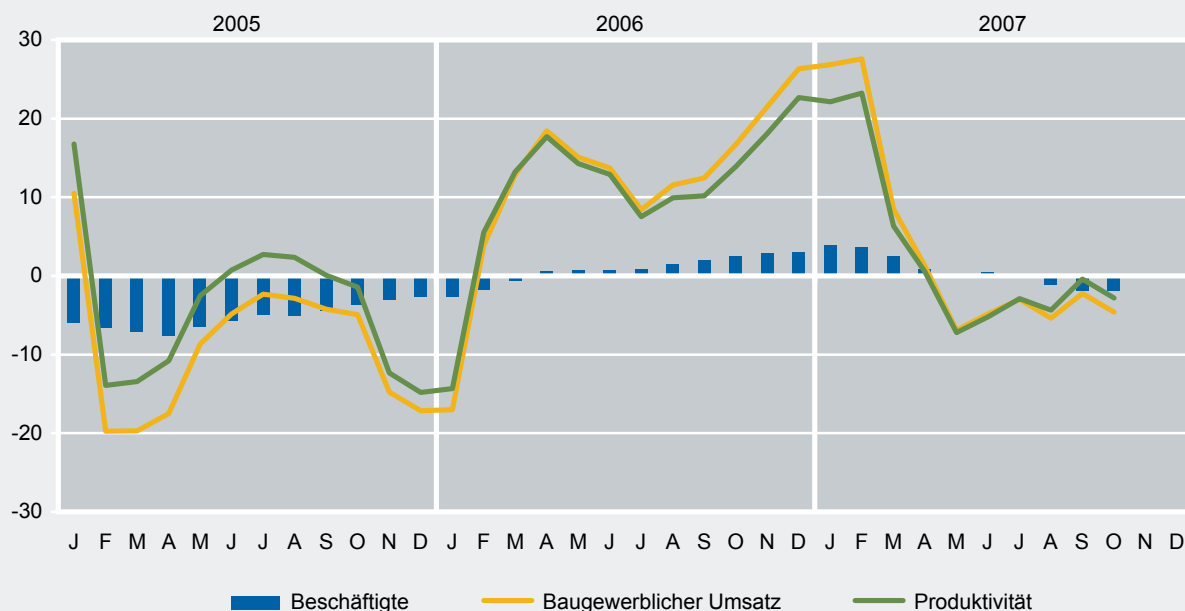
Baugewerblicher Umsatz (nominal) im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹⁾ im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

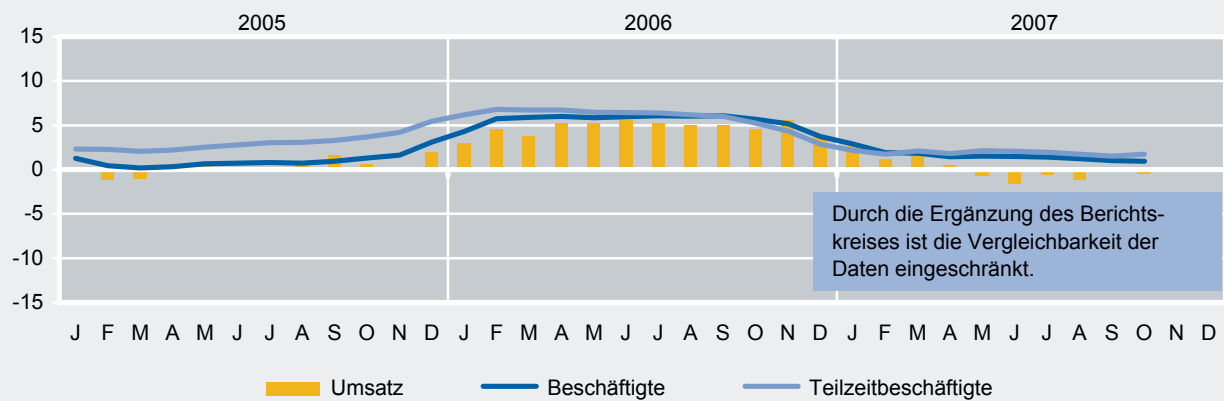
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten.

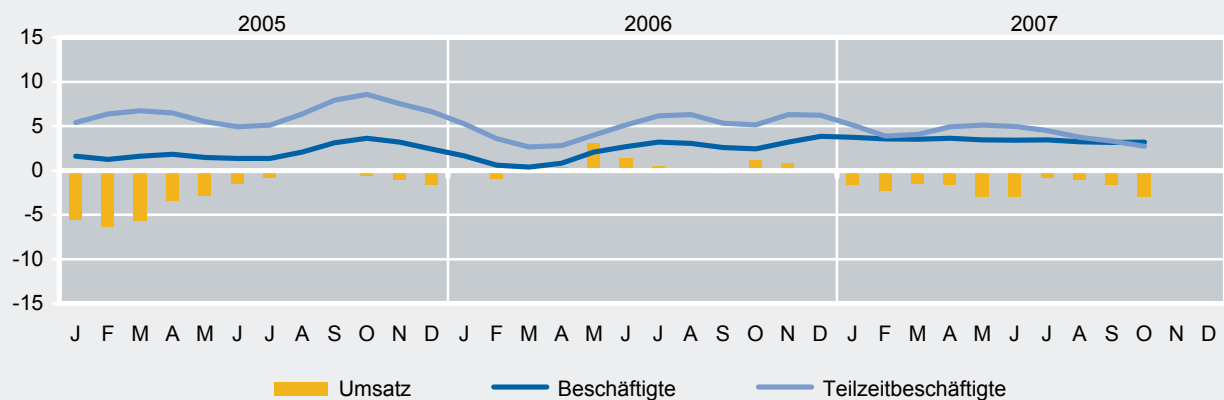
Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



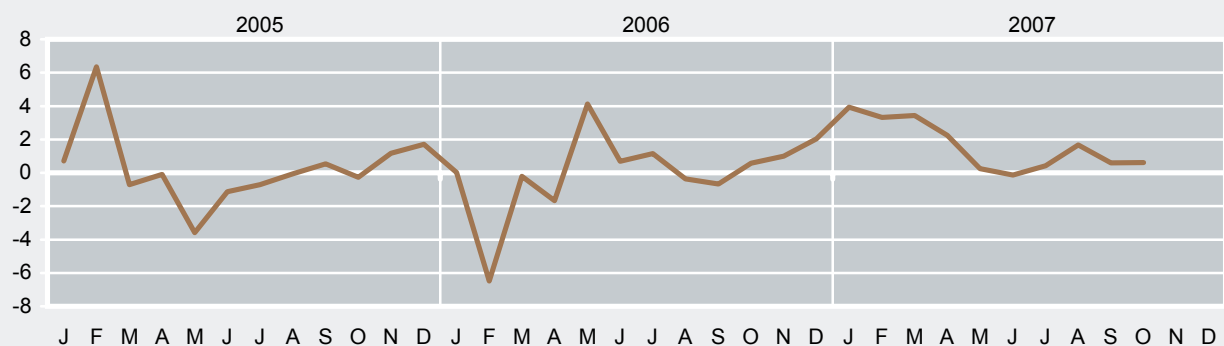
Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



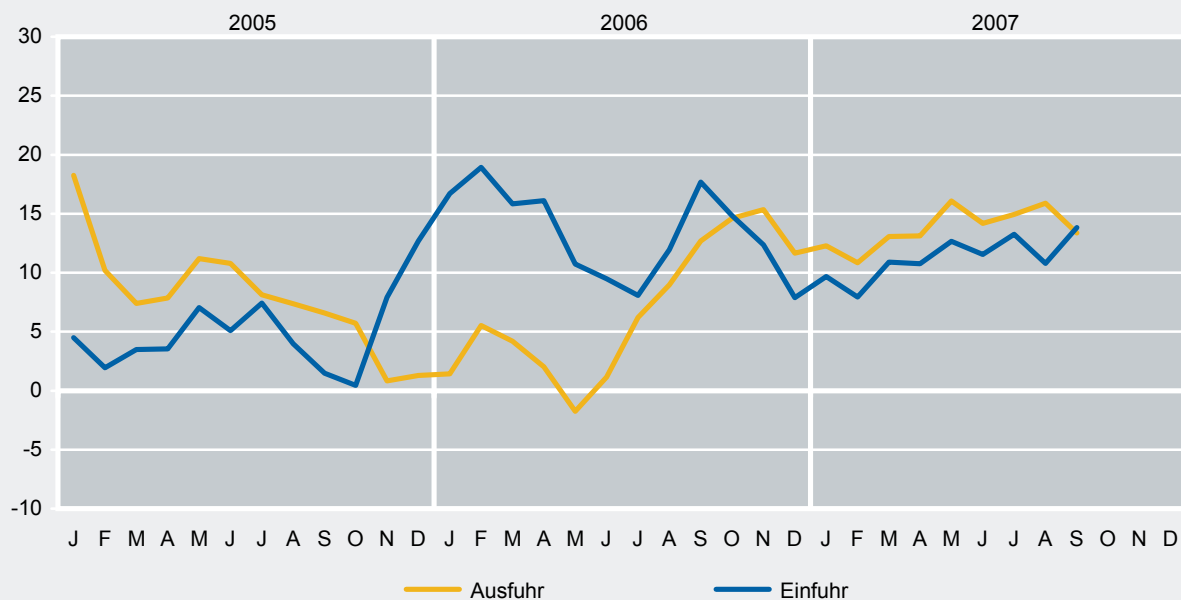
Gästeübernachtungen in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Außenhandel¹⁾ in Rheinland-Pfalz

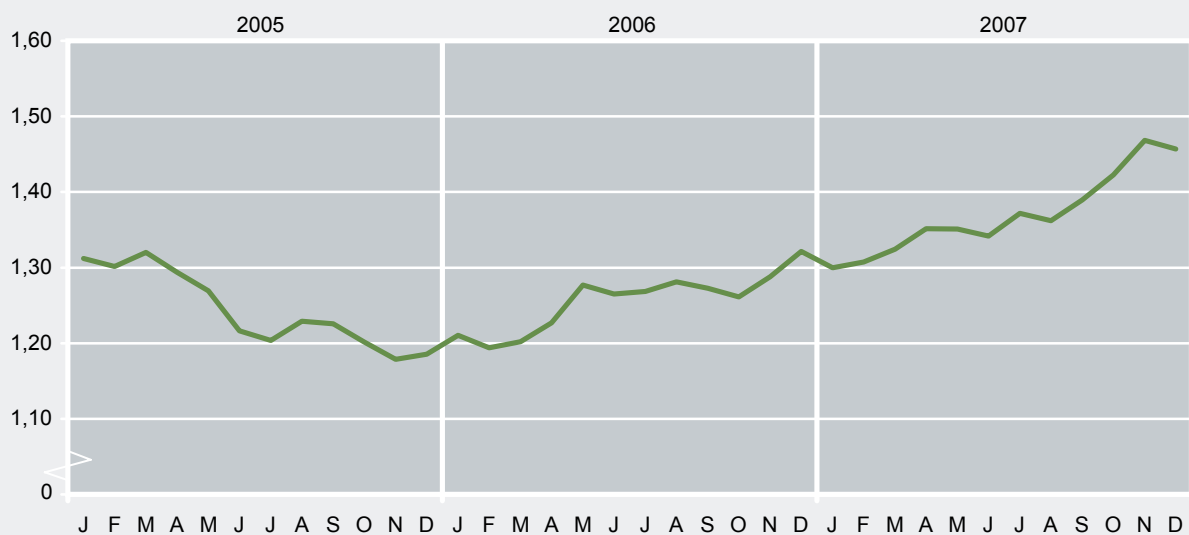
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland.

Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)

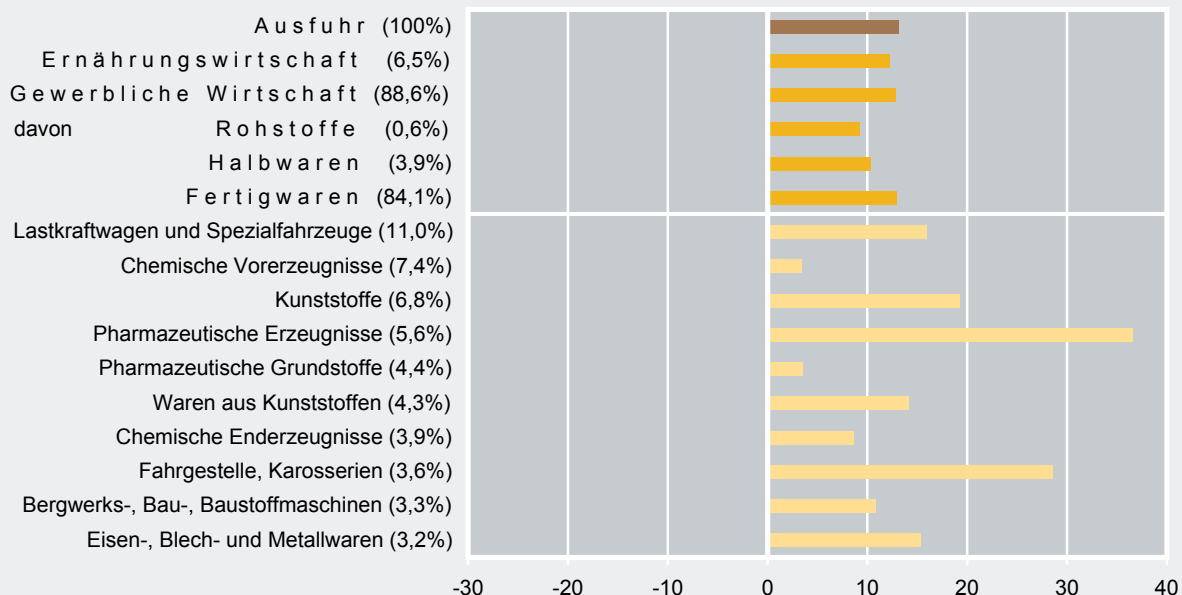
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

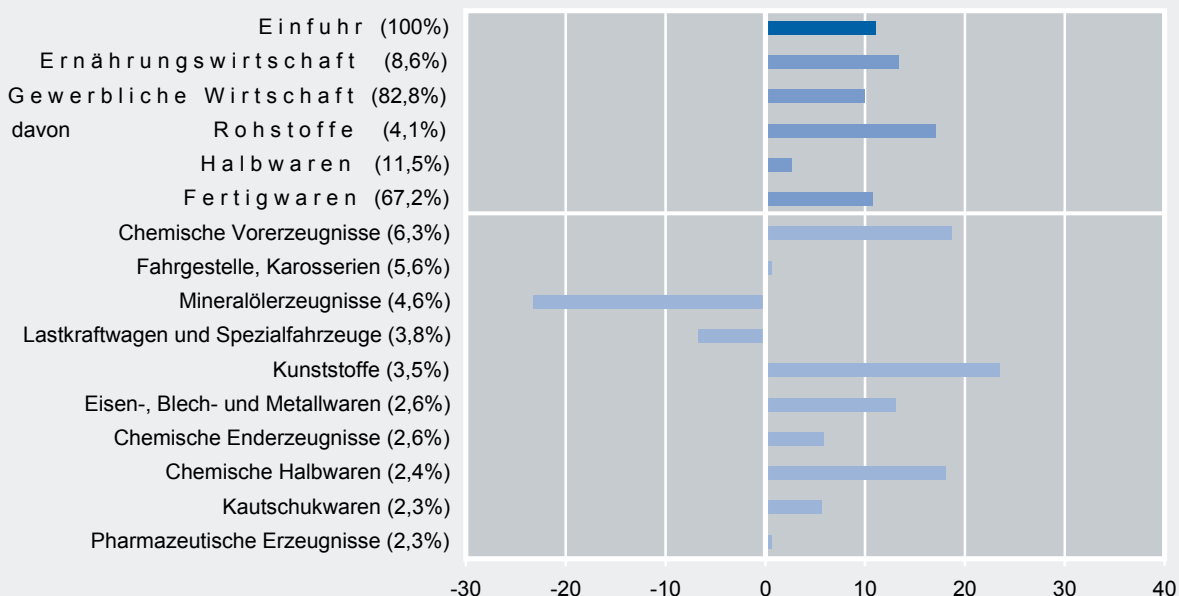
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz November 2006 – Oktober 2007 nach Warengruppen¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Einfuhr nach Rheinland-Pfalz November 2006 – Oktober 2007 nach Warengruppen¹⁾

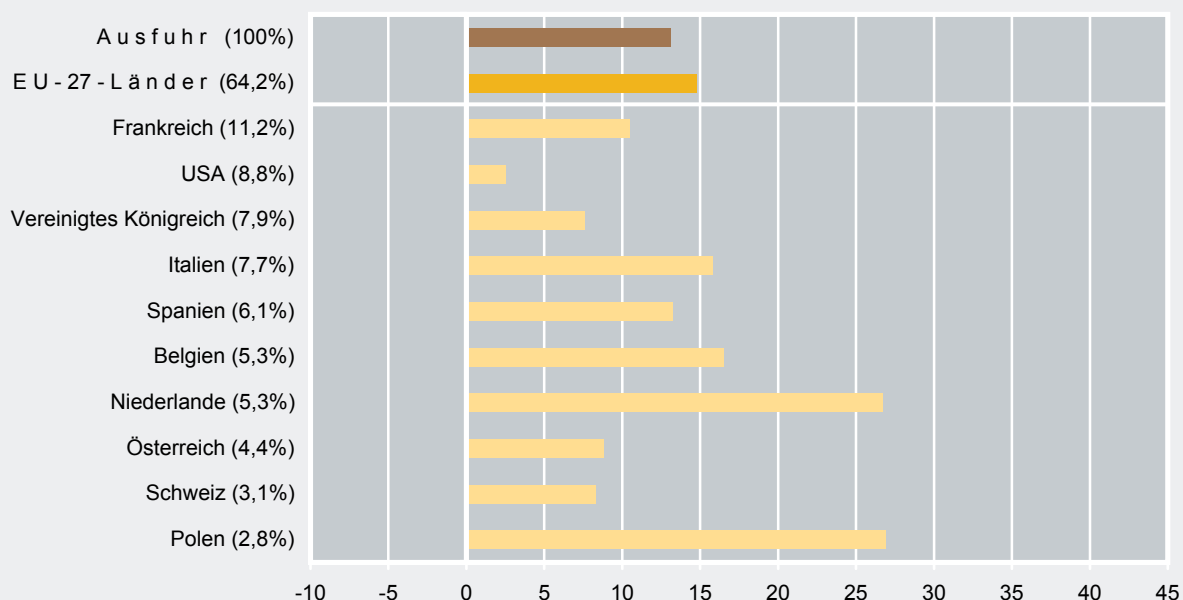
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2006.

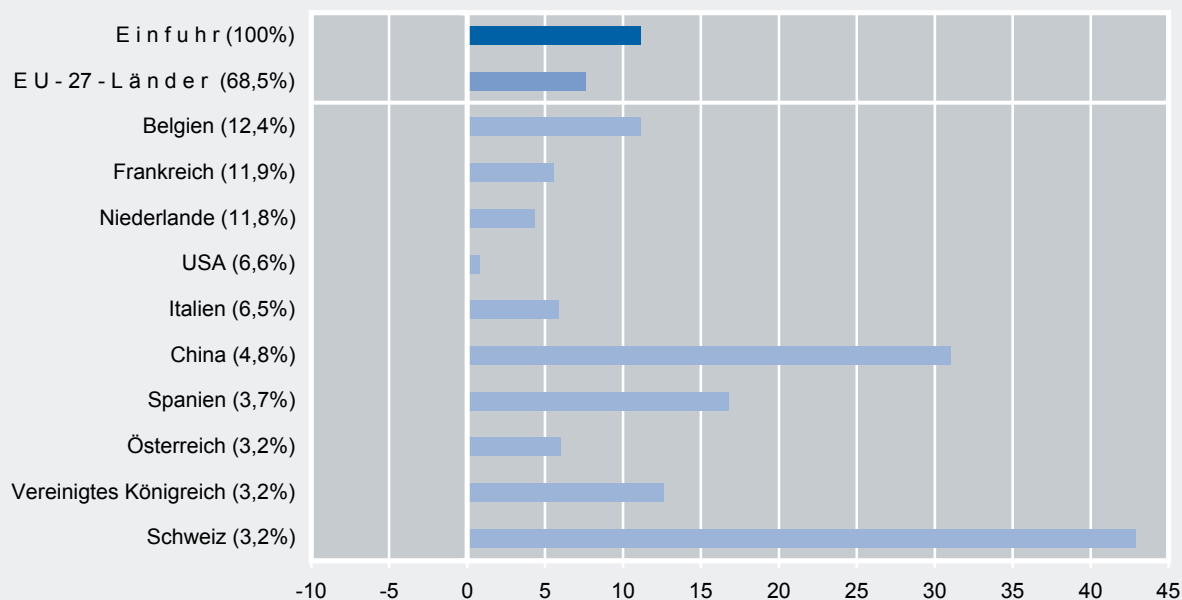
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz November 2006 – Oktober 2007 nach Bestimmungsländern¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



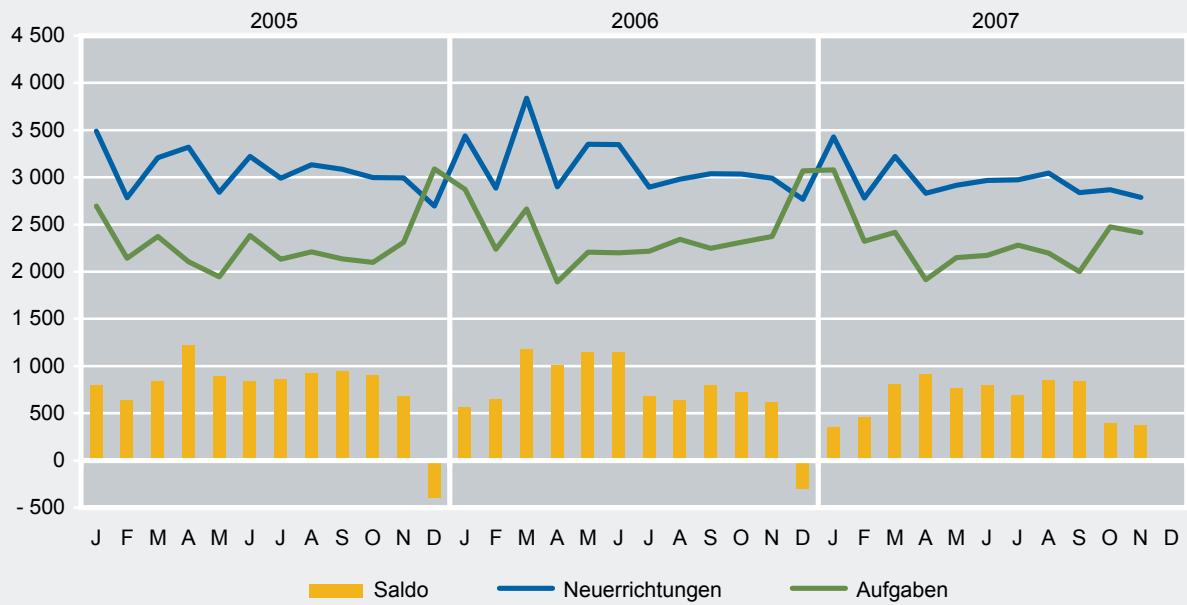
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz November 2006 – Oktober 2007 nach Herkunftsländern¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

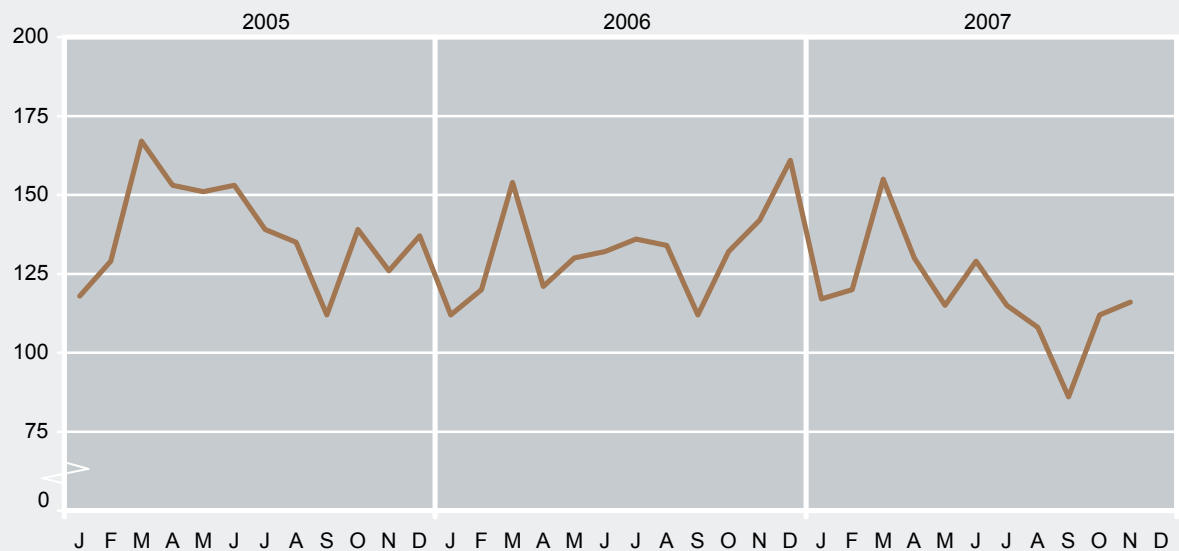


1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2006.

Gewerbeanzeigen in Rheinland-Pfalz

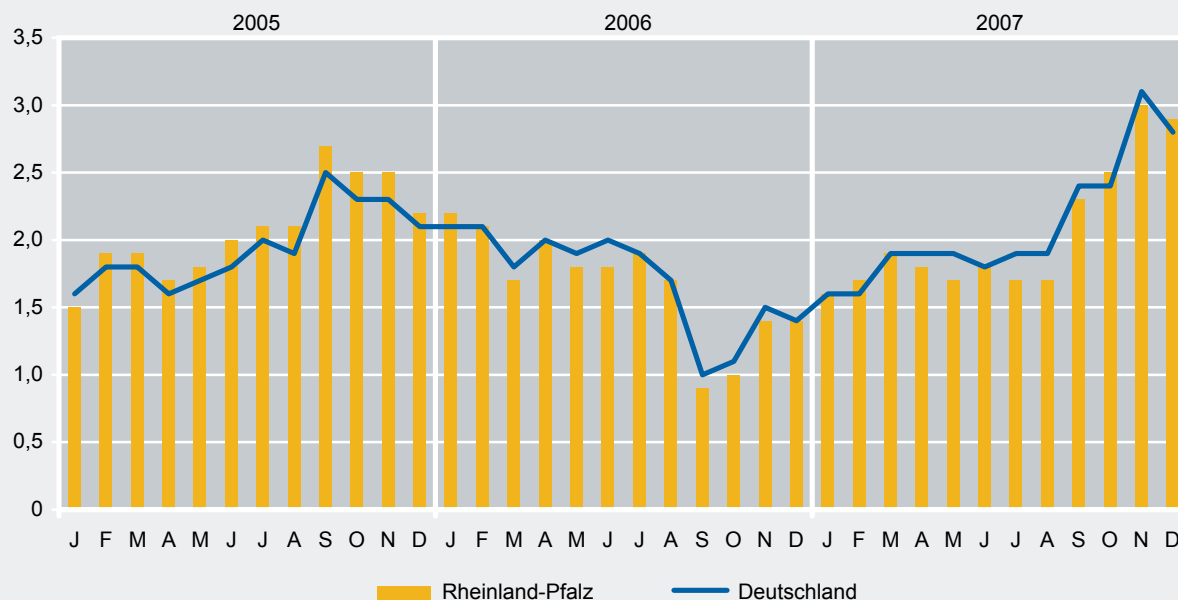


Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz



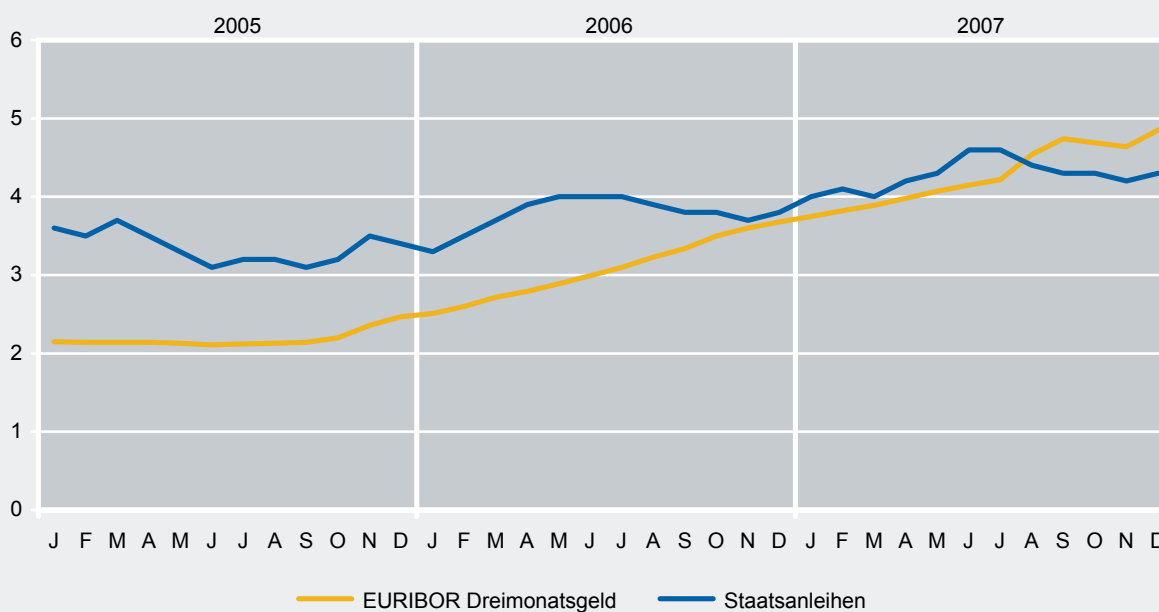
Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit

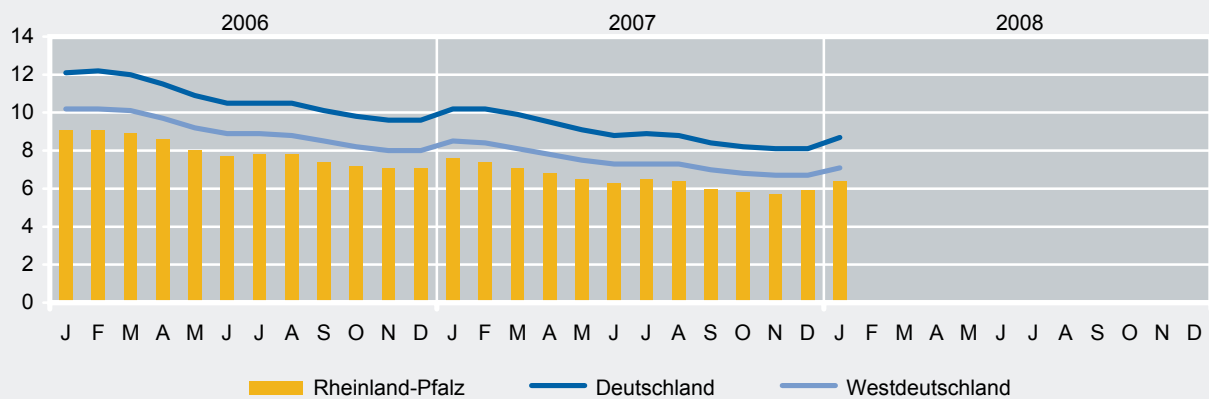
Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

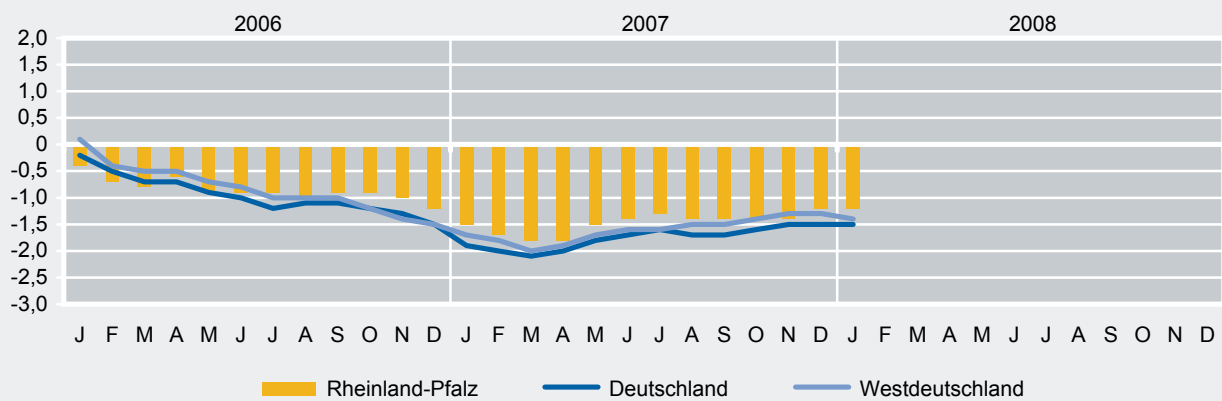
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾

Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾

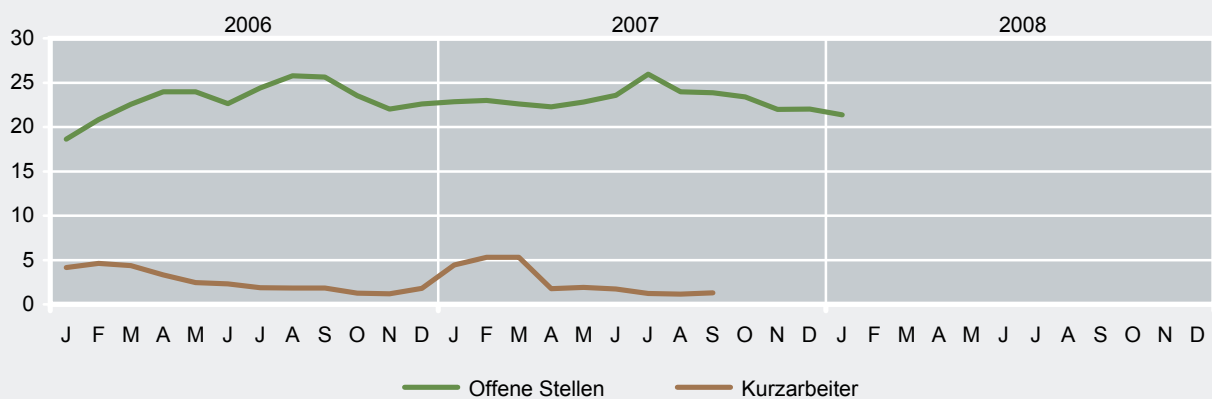
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten



1) Ab 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Offene Stellen und Kurzarbeiter in Rheinland-Pfalz

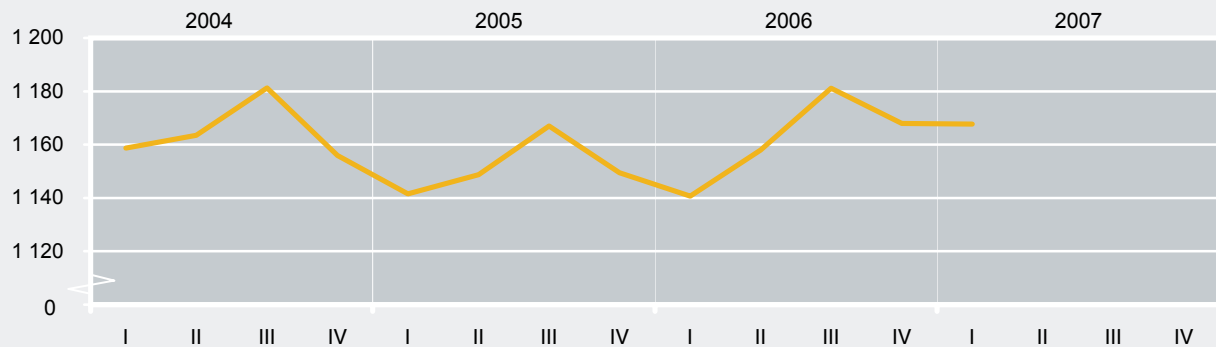
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

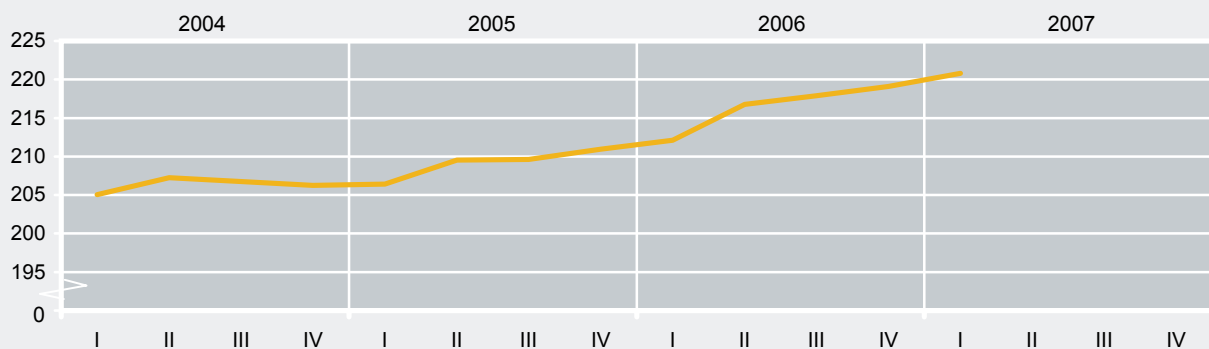
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz

in 1 000



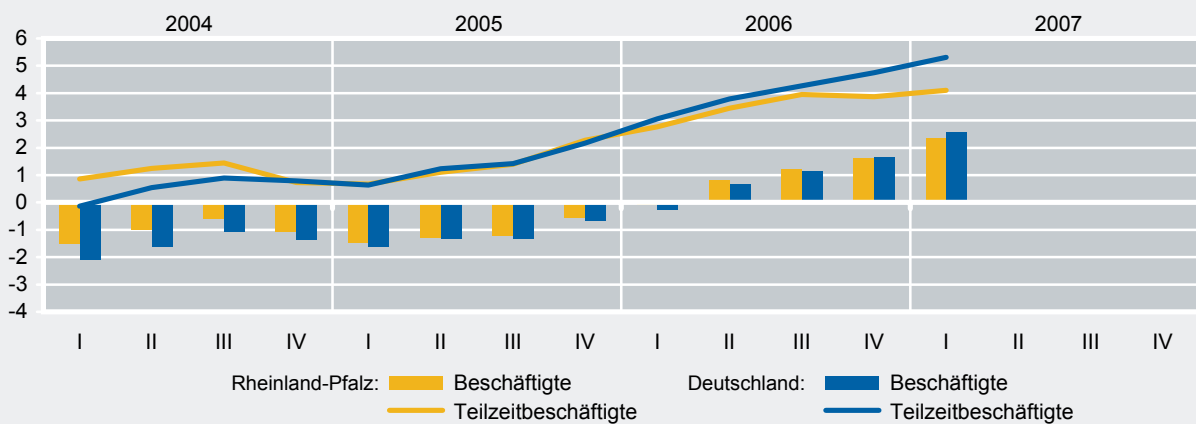
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz

in 1 000



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

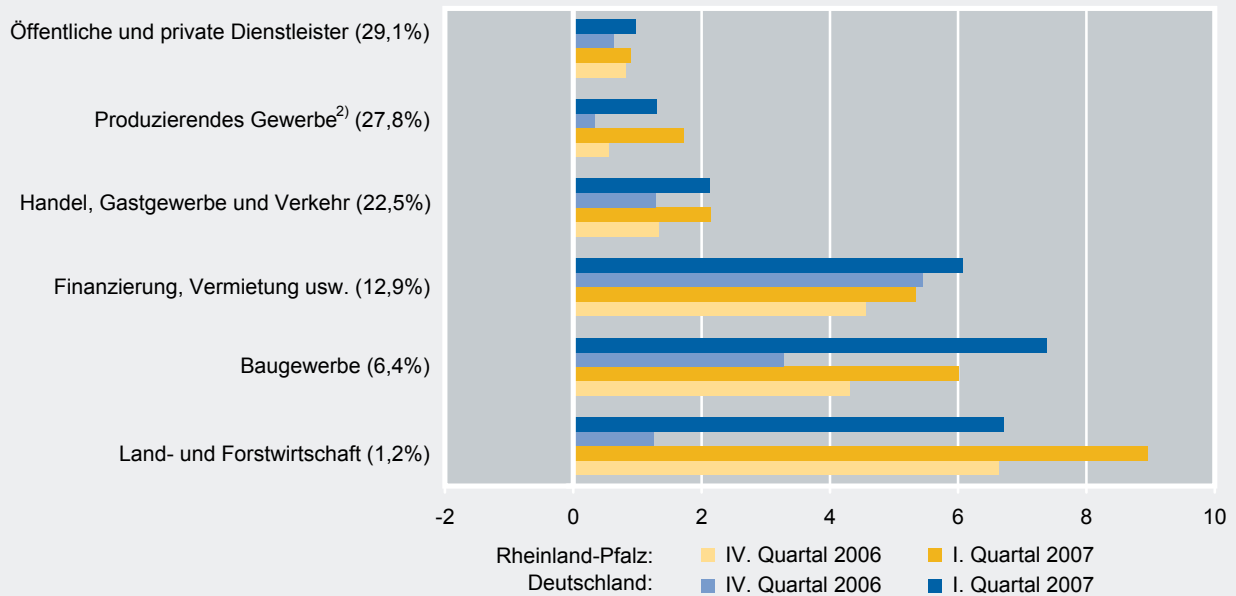
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

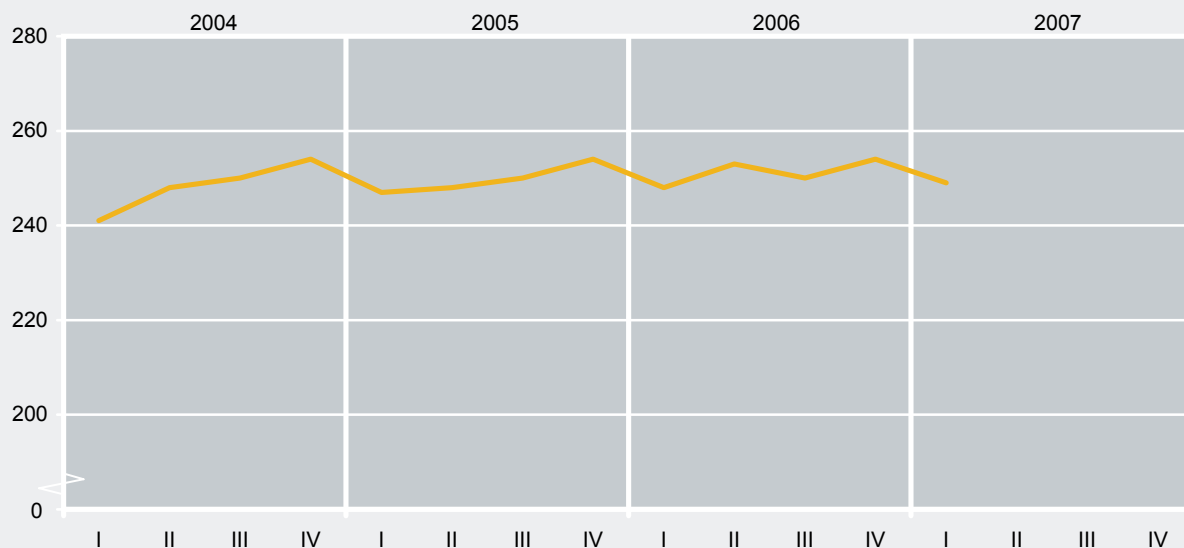
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2006. – 2) Ohne Baugewerbe.

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹⁾ am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz in 1 000

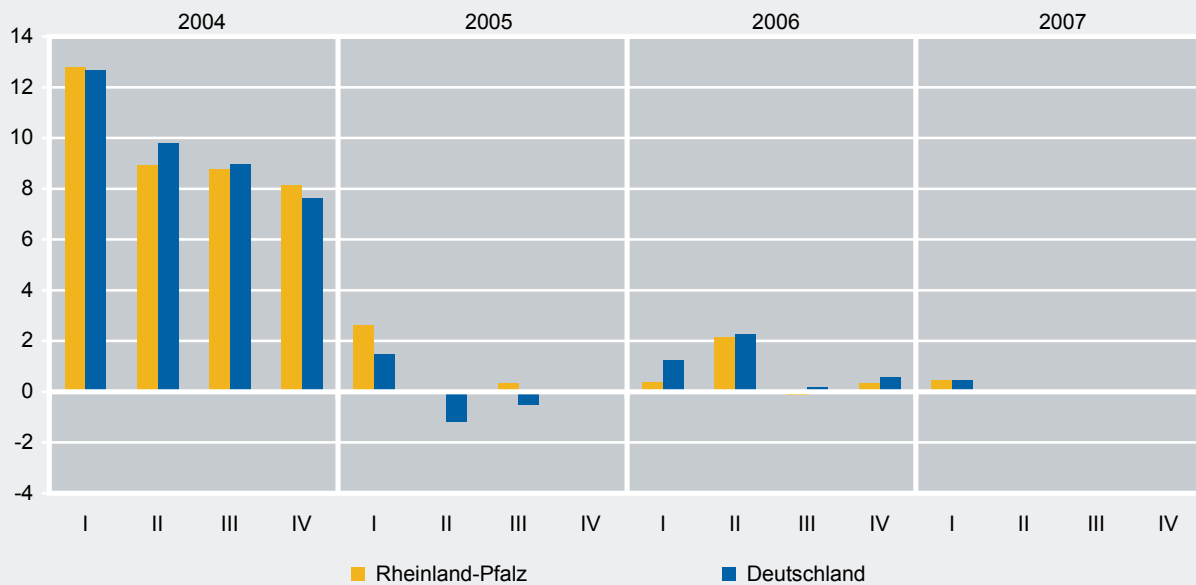


1) Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro nicht übersteigt.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

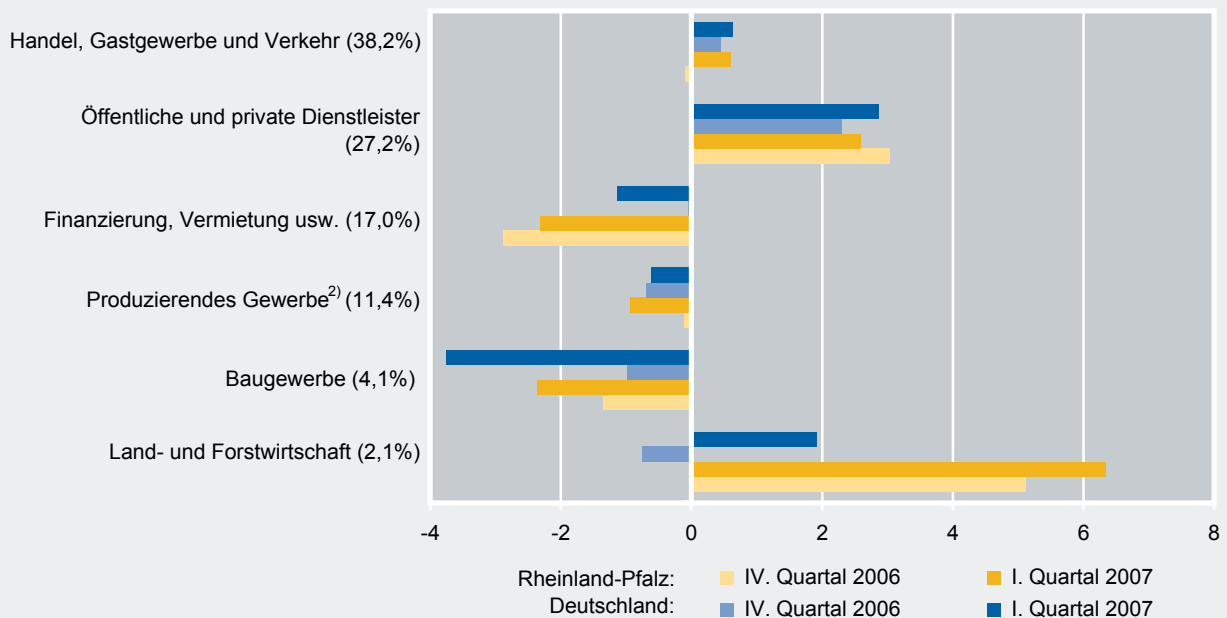
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsplatz nach Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2006. – 2) Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 2. Februar 2008.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz ($= \text{Nominalzins} \cdot 100 / \text{Kurswert}$) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den abhängigen Erwerbspersonen oder alternativ allen zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials und damit für die gesamtwirtschaftliche Situation in der Volkswirtschaft.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang versteht man alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2000 (d. h. 2000=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Baugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergewerbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst, sowie die „Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal“.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren

(steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten, wie z. B. deutsche Freihäfen, einschließlich Umsatz aus Nachunternehmer-tätigkeit und Vergabe von Teilleistungen an Nachunternehmer.

Bauhauptgewerbe

Zum Bauhauptgewerbe gehören Unternehmen, die Hochbauten (einschließlich Fertigteilbauten) errichten, Tiefbauarbeiten oder bestimmte Spezialbauarbeiten ausführen.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept). Es ist als Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in erster Linie ein Produktionsindikator.

Erwerbspersonen

Die Erwerbspersonen umfassen die abhängigen Erwerbstätigen (Beamte, Angestellte und Arbeiter), die Selbstständigen, die mithelfenden Familienangehörigen sowie die Erwerbslosen.

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für den Exporterfolg, aber auch für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt oder die Beschäftigung innerhalb eines Kalenderjahres auf längstens zwei Monate oder 50 Arbeitstage beschränkt ist.

Gewerbeanzeigen

Zu den (Gewerbe-)Aufgaben zählen die Abmeldungen von Gewerbebetrieben wegen Aufgabe von Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen bzw. unselbständigen Zweigstellen.

Bei den (Gewerbe-)Neuerrichtungen handelt es sich um erstmalige Anmeldungen von Gewerbebetrieben als Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen oder unselbständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklima-Index ist ein Frühindikator für die Konjunkturerwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate. Aus diesen Meldungen wird ein Index berechnet. Bei einer durchschnittlichen neutralen Einschätzung des Geschäftsklimas nimmt dieser „Stimmungsindex“ den Wert 100 an, bei einer schlechteren Einschätzung Werte darunter und bei einer besseren Einschätzung Werte darüber.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für namentlich nicht benannte Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktivität

Aus den Ergebnissen des Monatsberichts im verarbeitenden Gewerbe bzw. im Bauhauptgewerbe lassen sich hilfsweise allgemeine Aussagen über die Produktivität ableiten, indem etwa der Umsatz in Bezug zu den Beschäftigten gesetzt wird. Bei der Ermittlung einer solchen Produktivitätskennziffer lässt sich somit keine rein mengenmäßige Relation darstellen.

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit ökonomischer Aktivitäten und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Grundsätzlich liegt Teilzeitbeschäftigung vor, wenn die Arbeitszeit weniger als 18 Stunden beträgt. Eine Teilzeitbeschäftigung kann aber auch bei einer Beschäftigung von 18 Stunden und mehr vorliegen, soweit es sich um keine Vollbeschäftigung handelt.

Umsatz

Als Umsatz gilt, unabhängig vom Zahlungseingang, der Gesamtbetrag der im Berichtszeitraum abgerech-

neten Lieferungen und Leistungen an Dritte (ohne Umsatzsteuer) einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Einzu-beziehen sind auch getrennt in Rechnung gestellte Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren sind von den fakturierten Werten abzusetzen.

Der Umsatz mit dem Ausland ergibt sich aus direkten Lieferungen und Leistungen an Empfänger, die im Ausland ansässig sind, sowie aus Lieferungen an Exporteure, welche die bestellten Waren ohne Be- und Verarbeitung in das Ausland ausführen.

Unternehmensinsolvenzen

Als Insolvenz wird die Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung eines Schuldners bezeichnet, wobei ein

Gericht um Regelung zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger bemüht wird.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

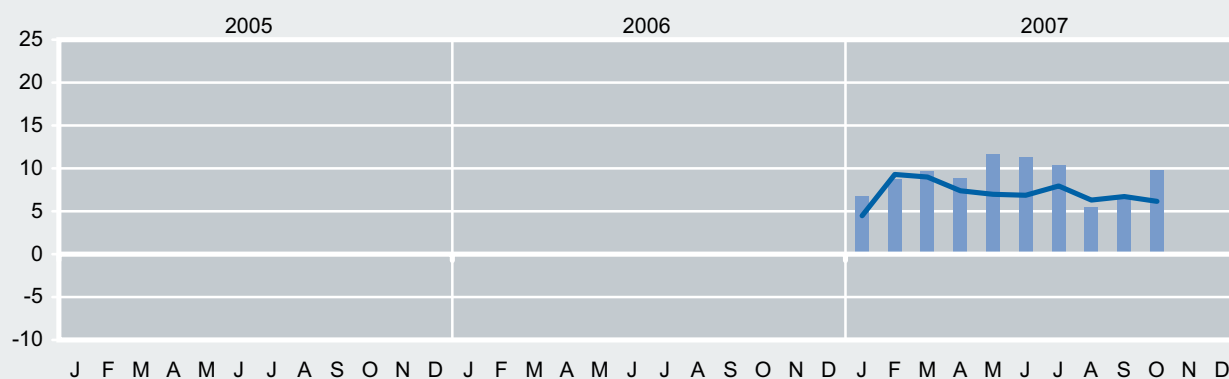
Der Verbraucherpreisindex (früher: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte) misst die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex ist ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

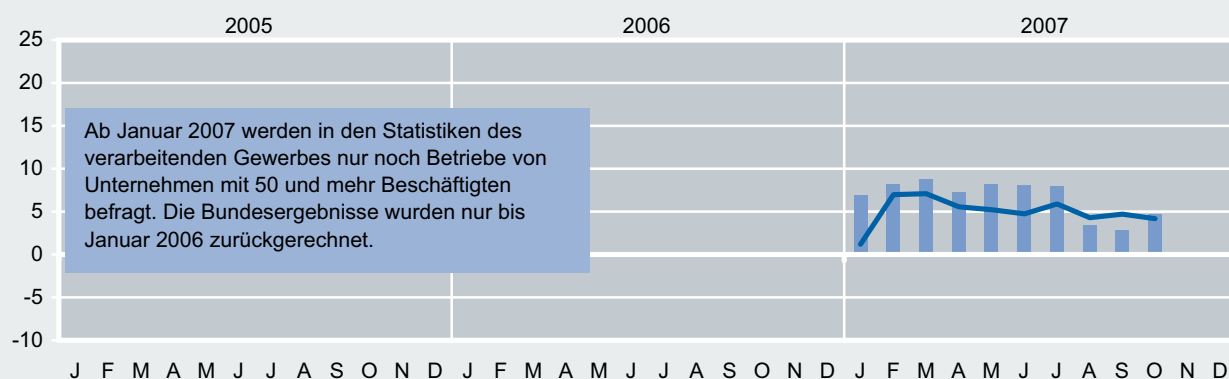
Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

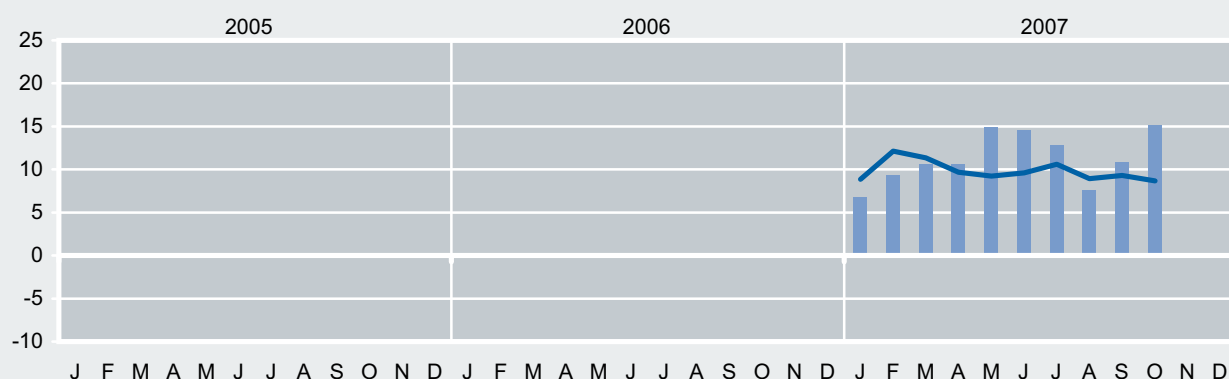
Insgesamt



Inland



Ausland

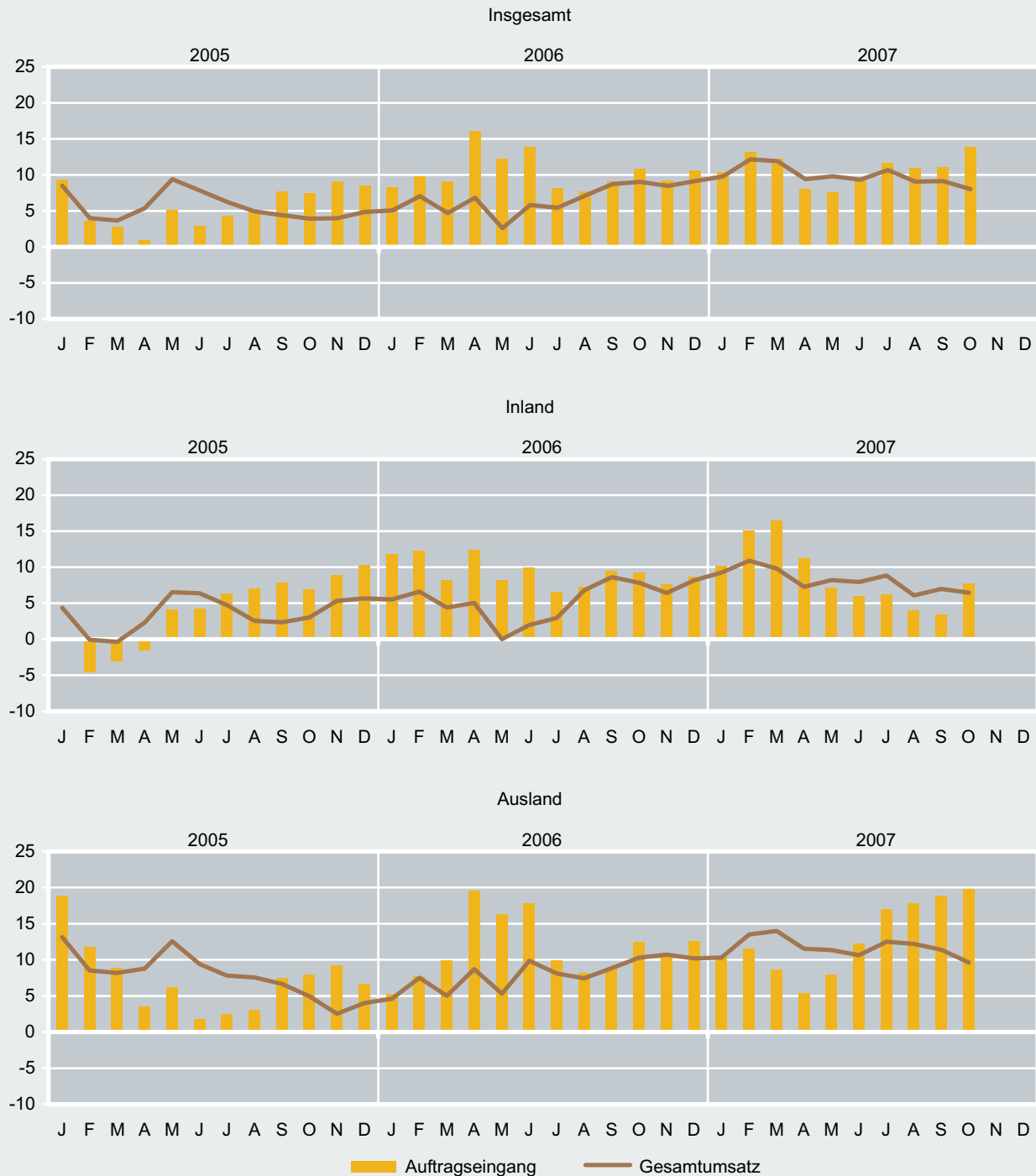


Auftragseingang Gesamtumsatz

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

Rheinland-Pfalz

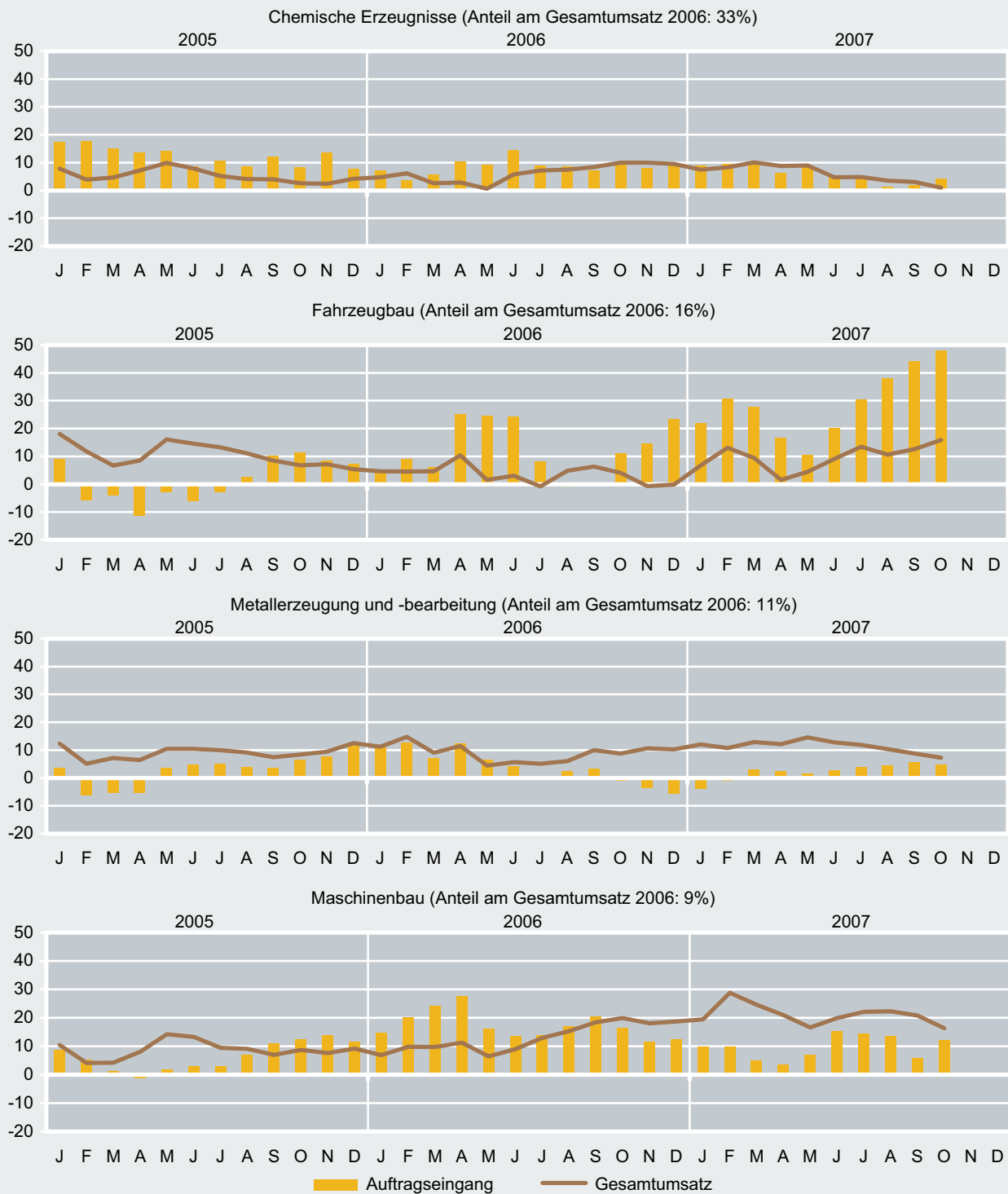
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Ab Januar 2007 werden in den Statistiken des verarbeitenden Gewerbes nur noch Betriebe von Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten befragt. Die Bundesergebnisse wurden nur bis Januar 2006 zurückgerechnet.

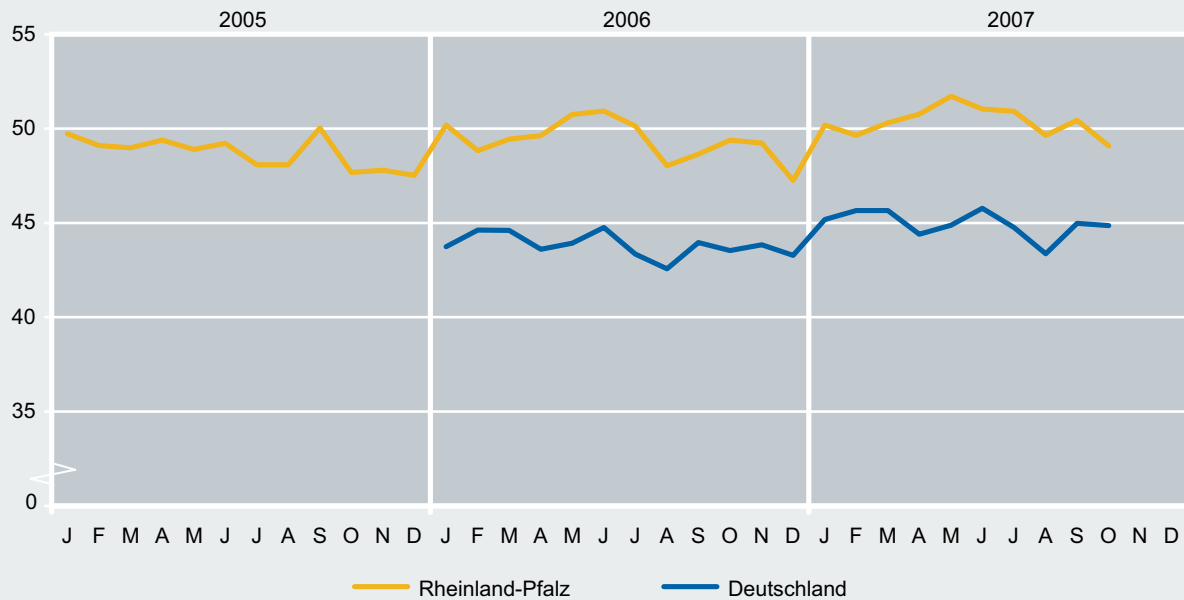
Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach ausgewählten Branchen

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland ¹⁾

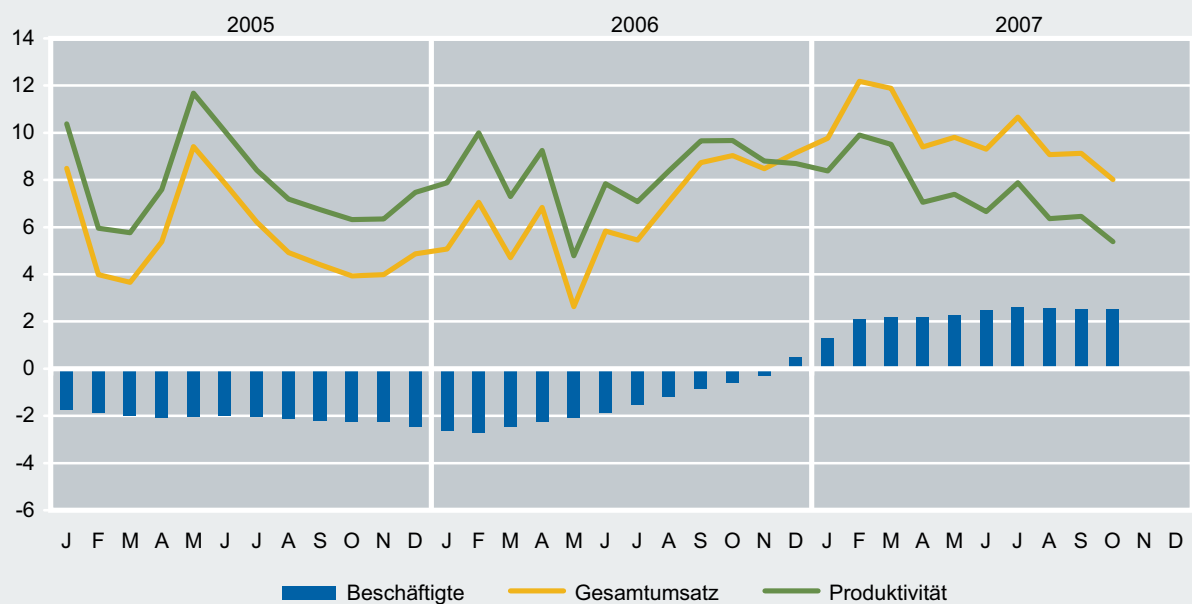
Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



1) Deutschland: Daten vor 2006 nicht verfügbar.

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität ¹⁾ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz

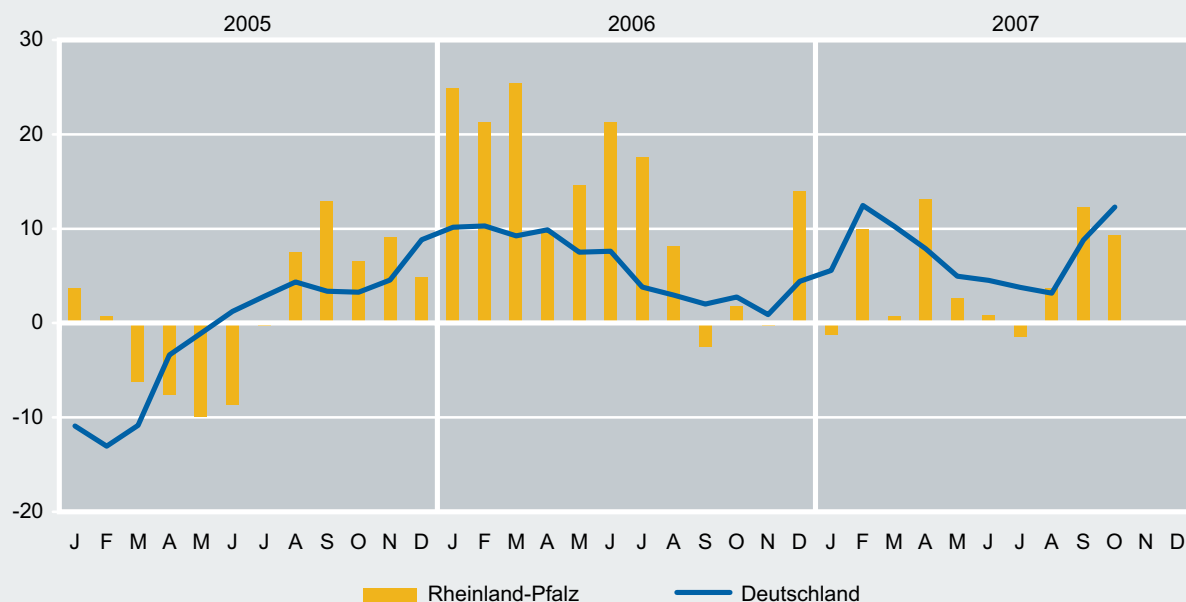
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Umsatz je Beschäftigten.

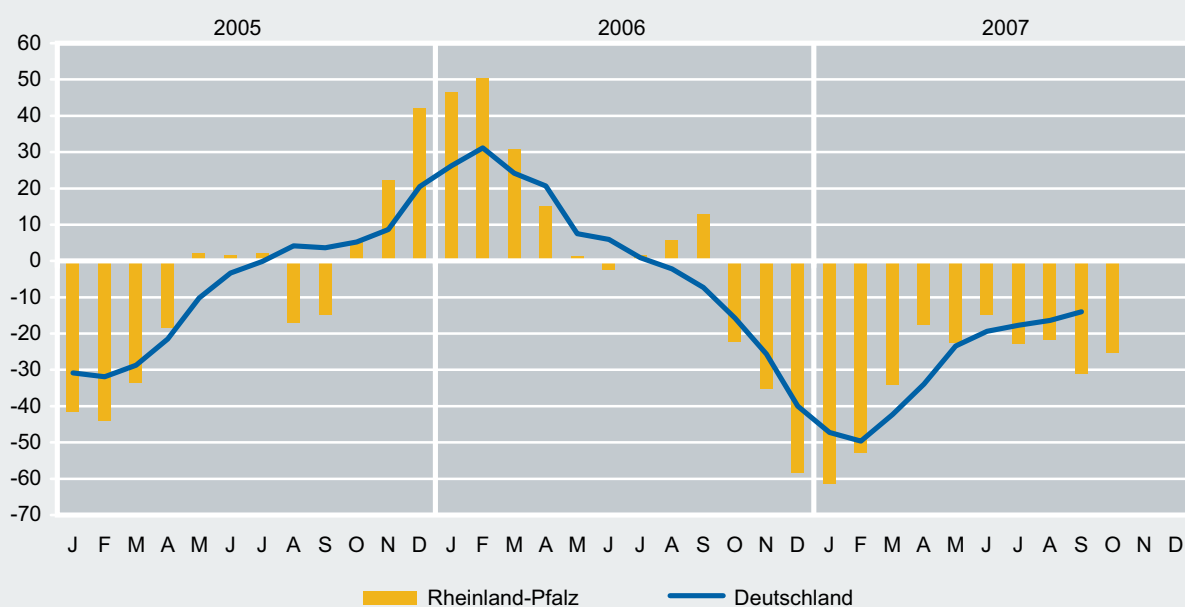
Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Baugenehmigungen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

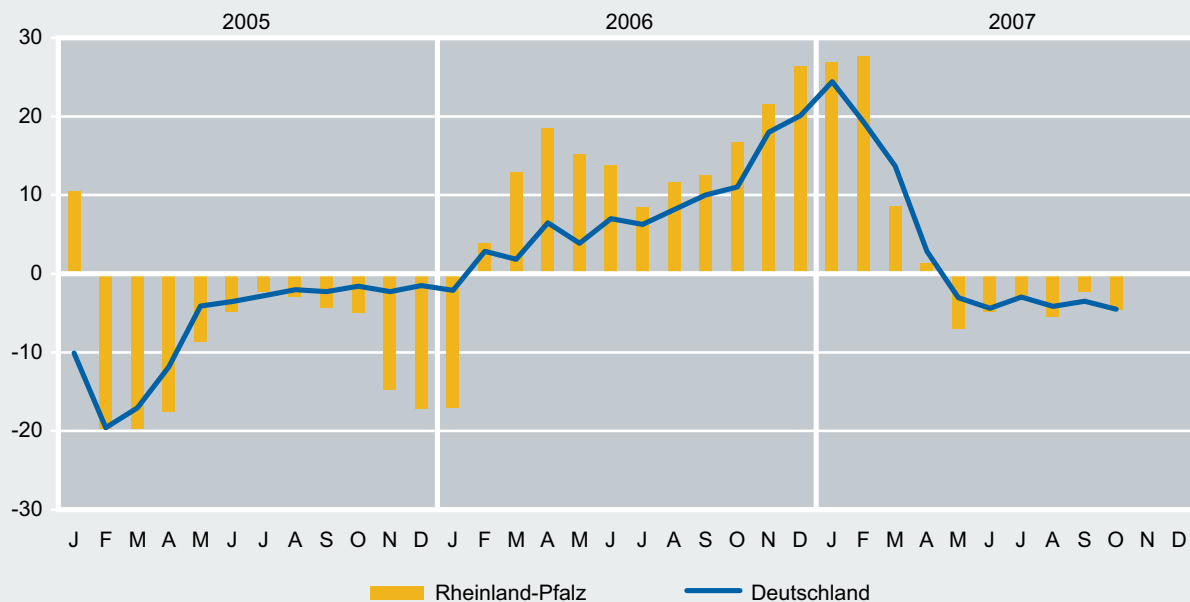
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen.

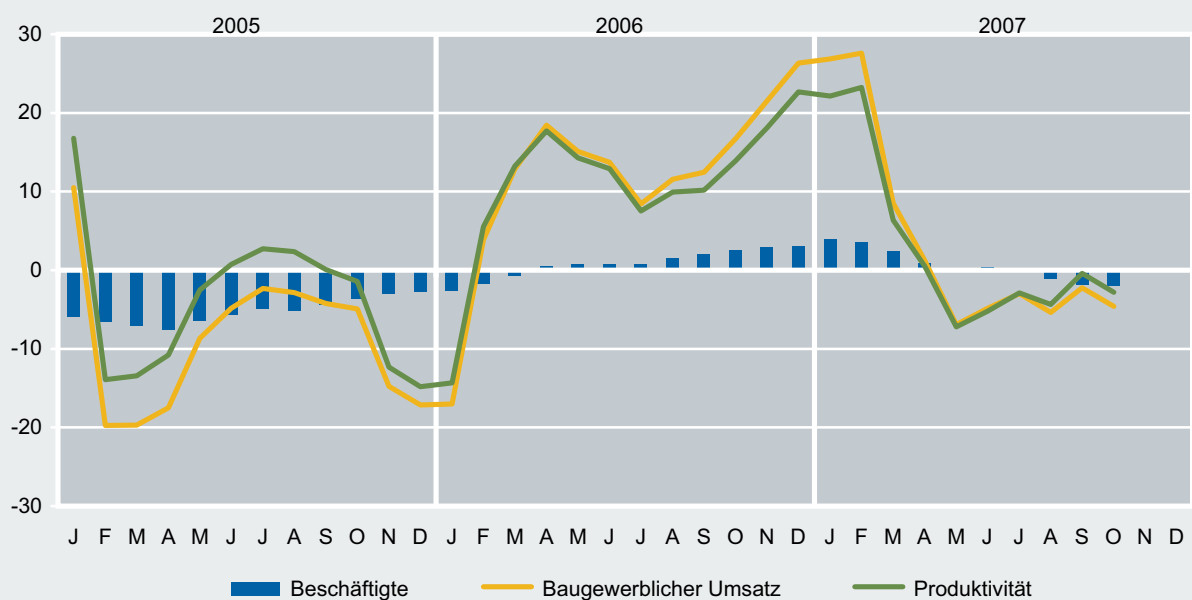
Baugewerblicher Umsatz (nominal) im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹⁾ im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

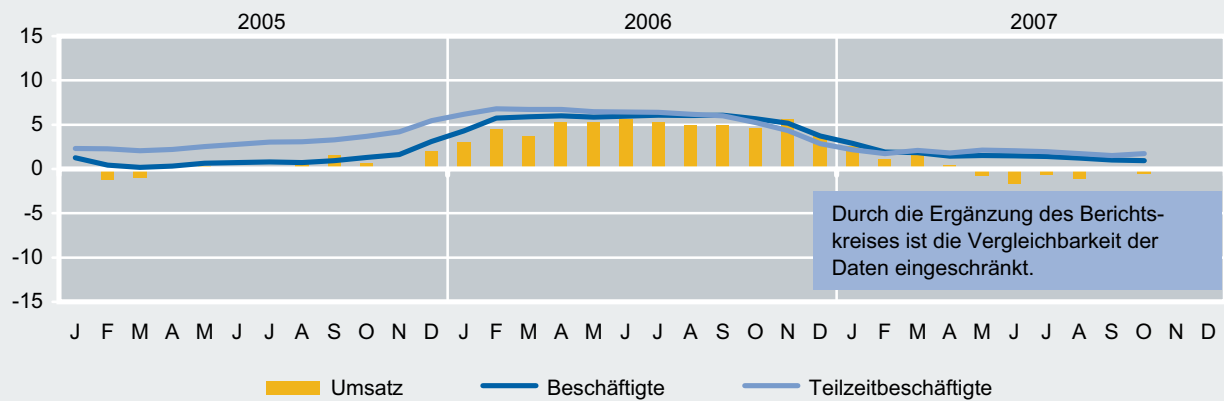
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten.

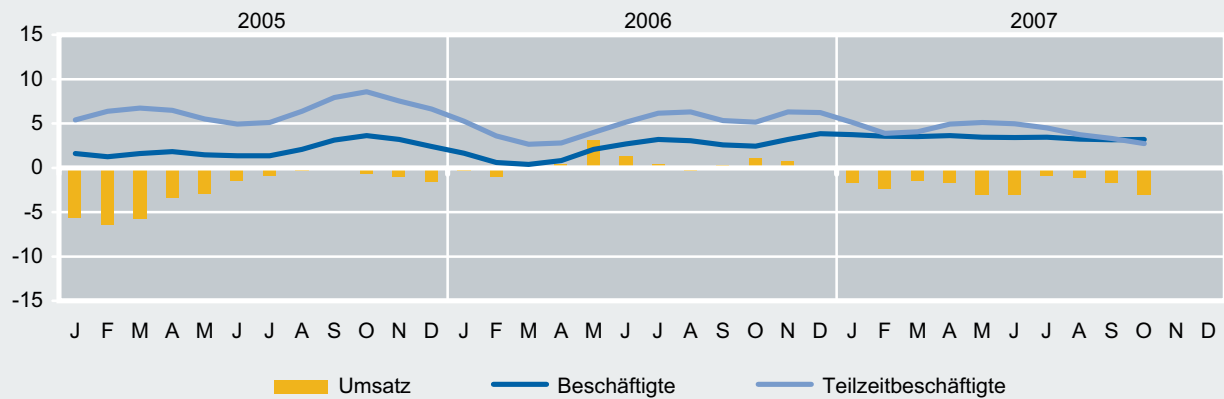
Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



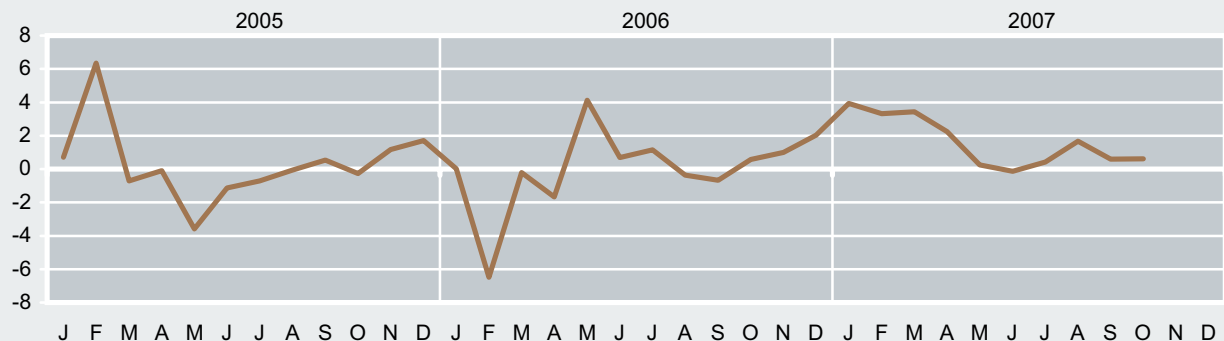
Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



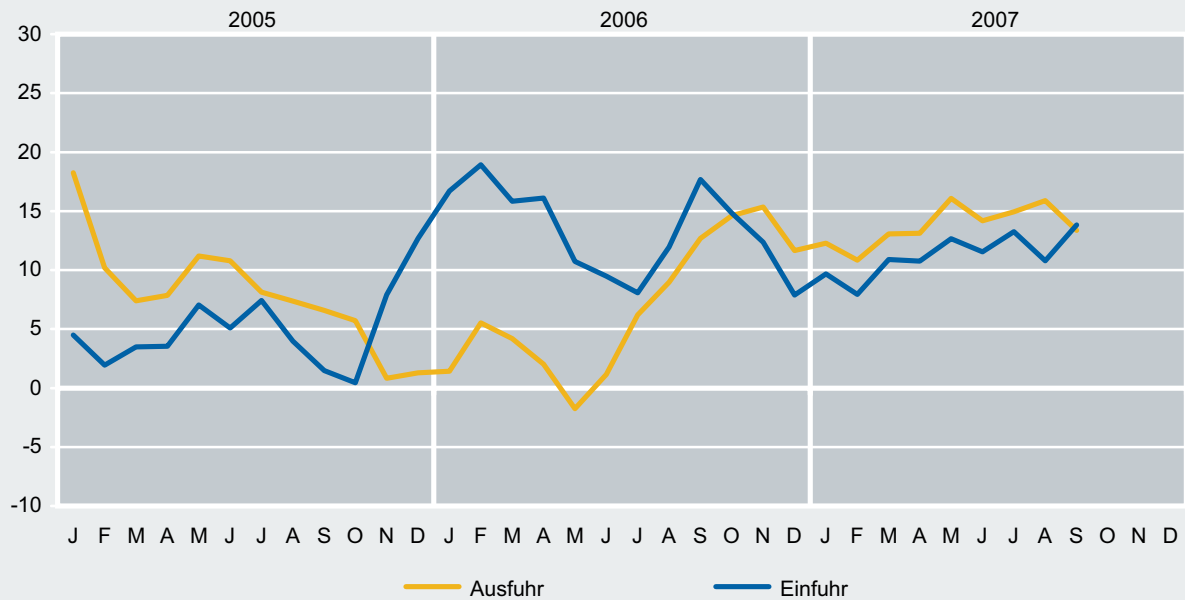
Gästeübernachtungen in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Außenhandel¹⁾ in Rheinland-Pfalz

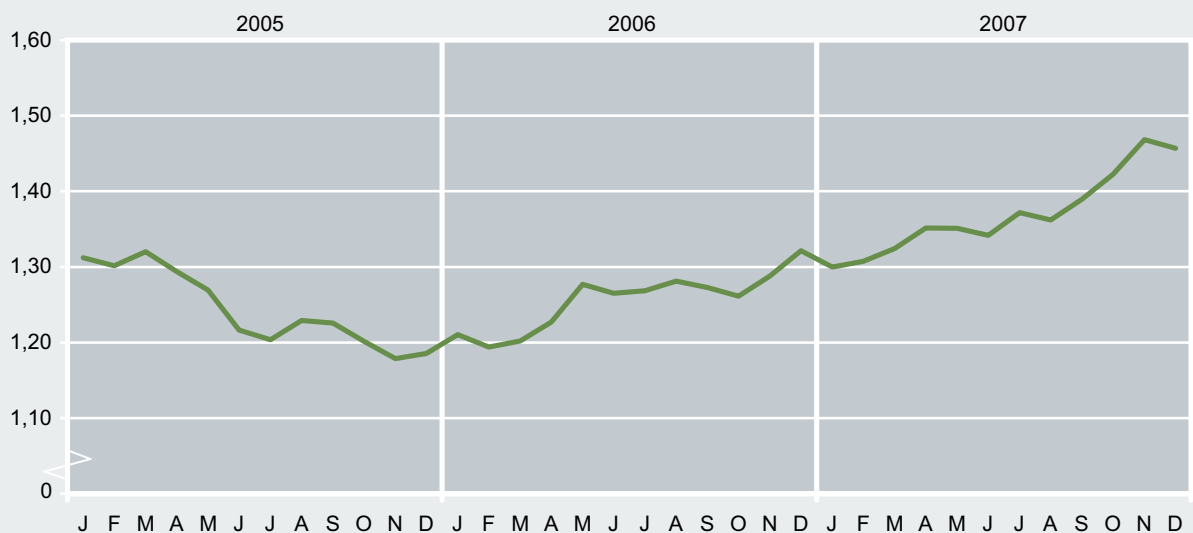
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland.

Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)

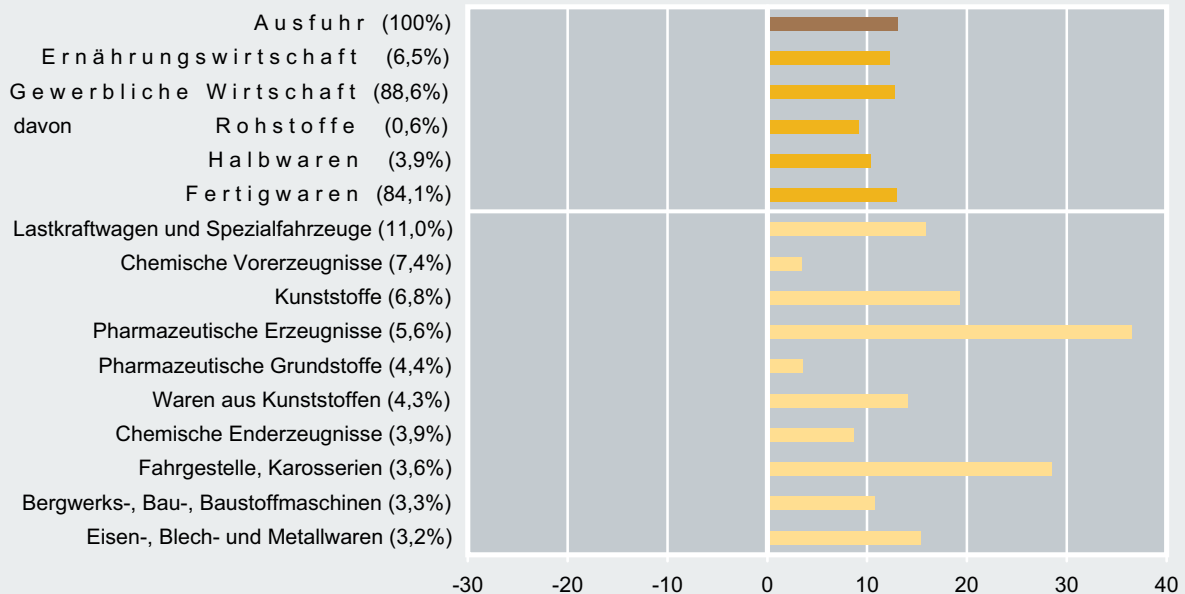
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

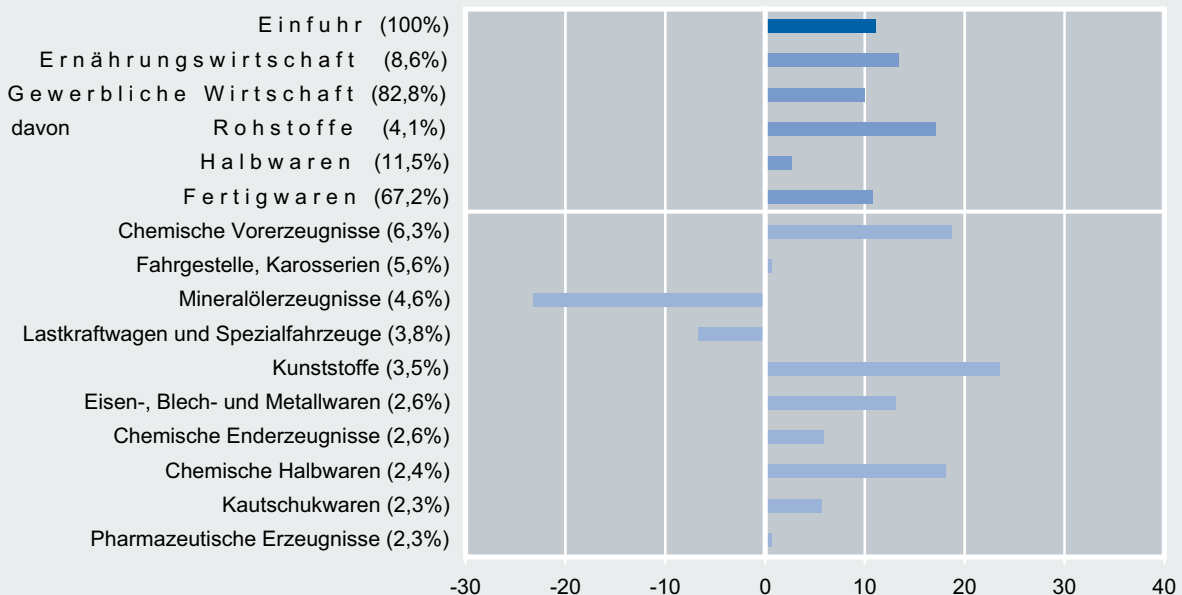
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz November 2006 – Oktober 2007 nach Warengruppen¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Einfuhr nach Rheinland-Pfalz November 2006 – Oktober 2007 nach Warengruppen¹⁾

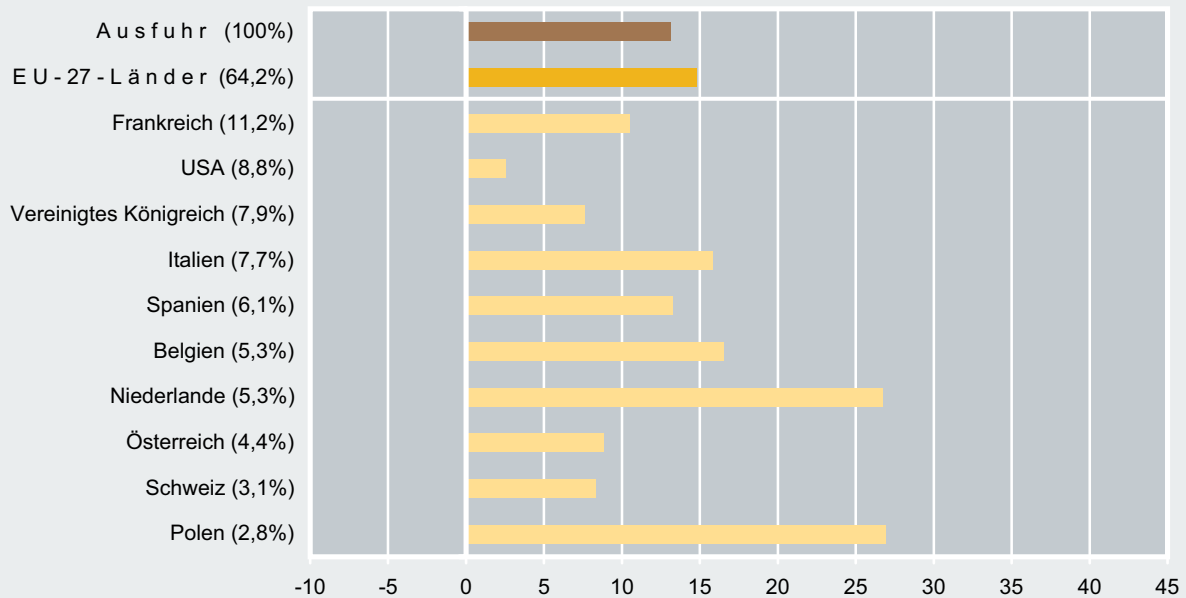
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2006.

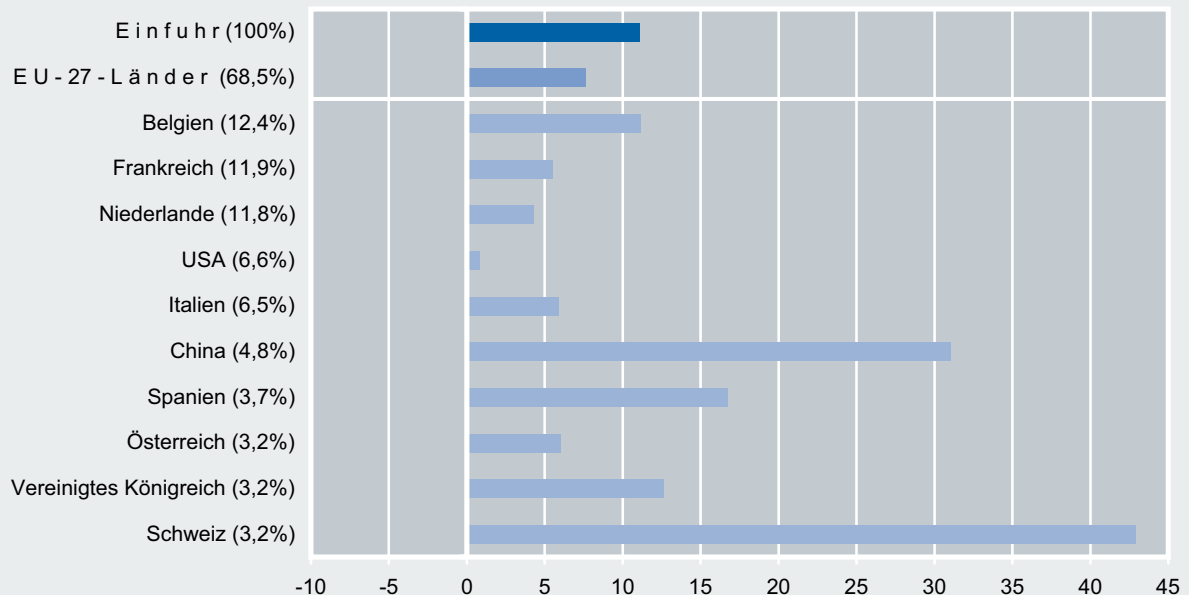
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz November 2006 – Oktober 2007 nach Bestimmungsländern¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



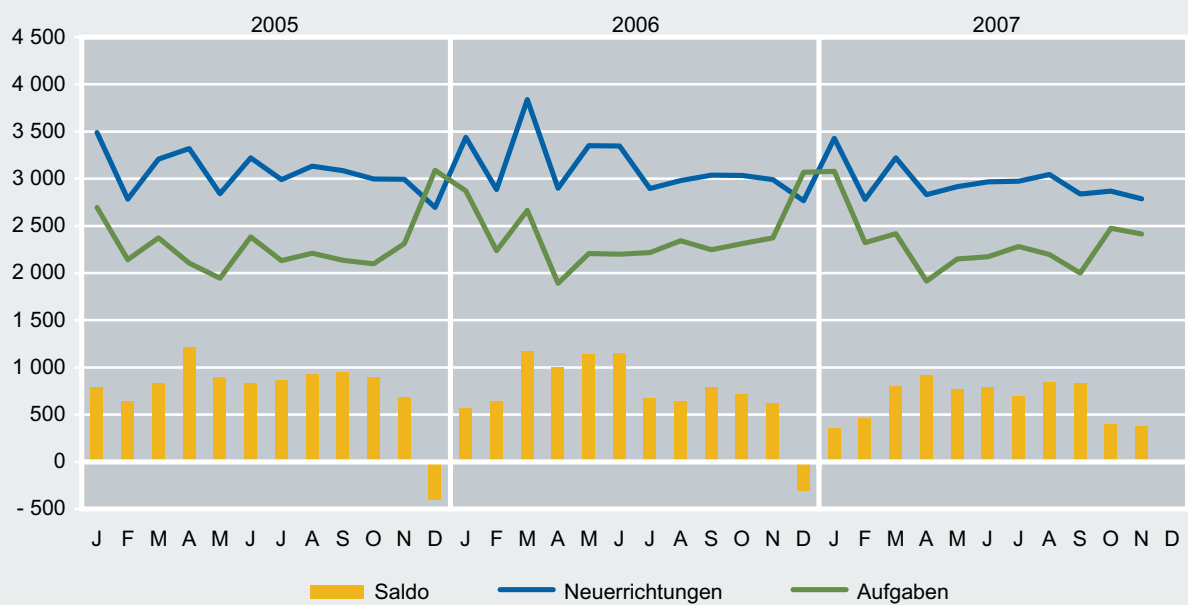
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz November 2006 – Oktober 2007 nach Herkunftsländern¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

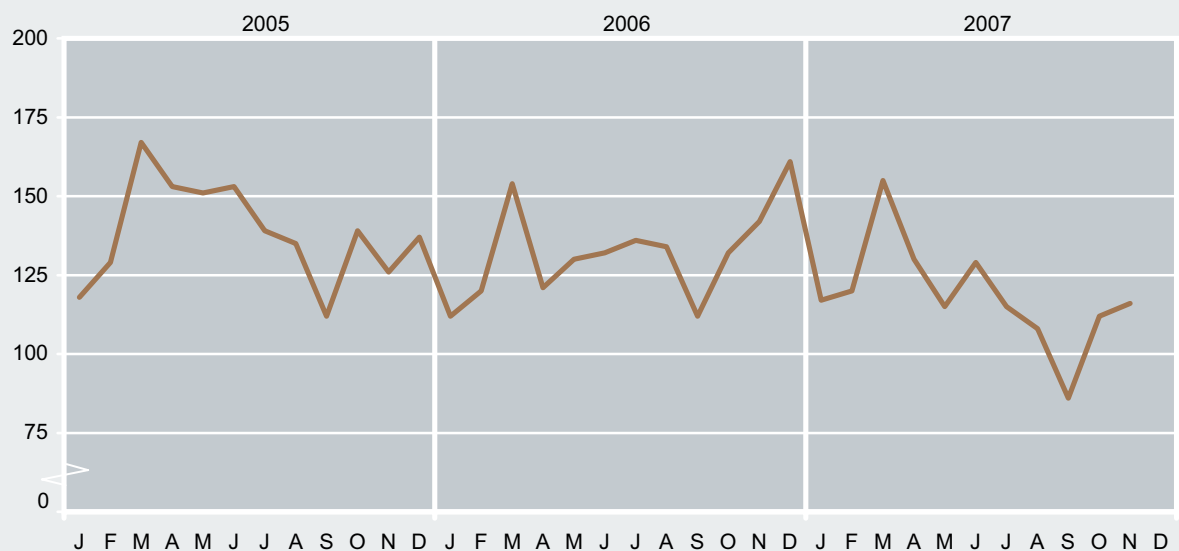


1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2006.

Gewerbeanzeigen in Rheinland-Pfalz

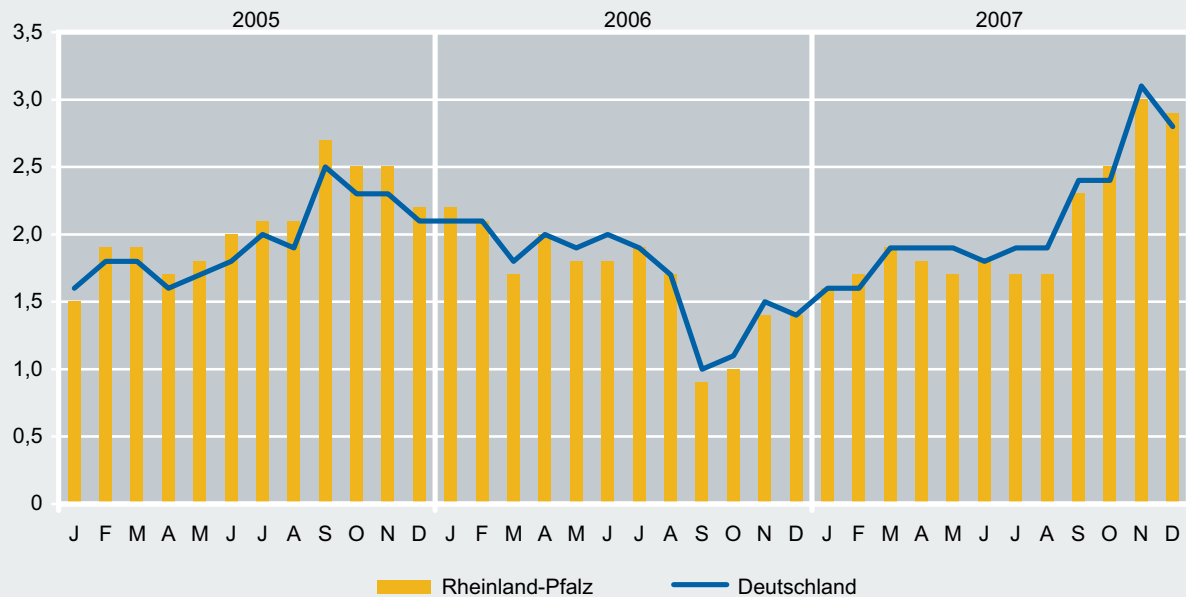


Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz



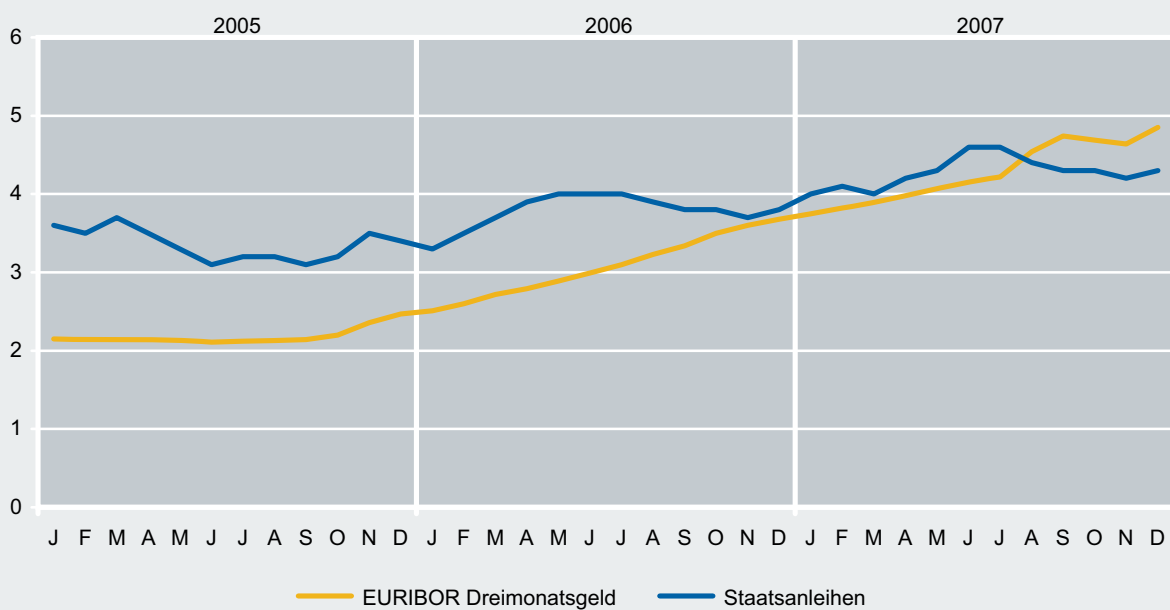
Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit

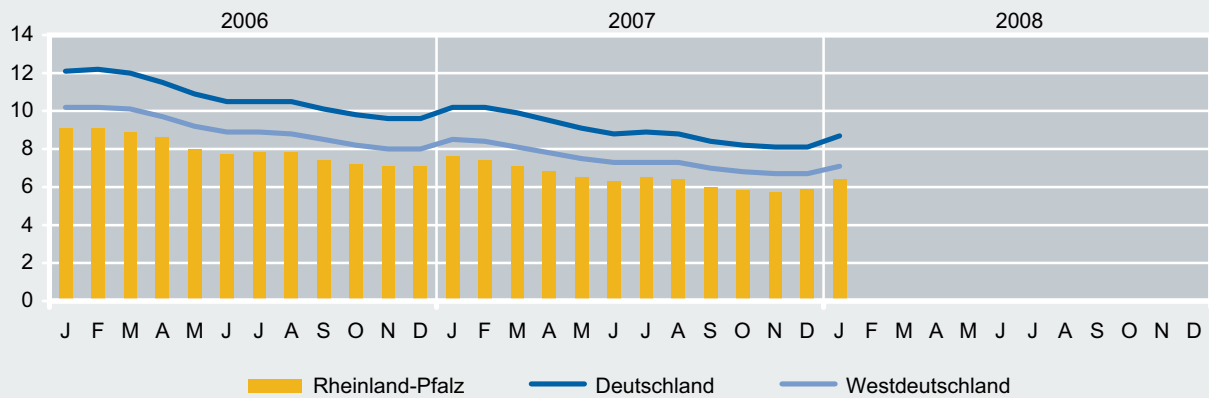
Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

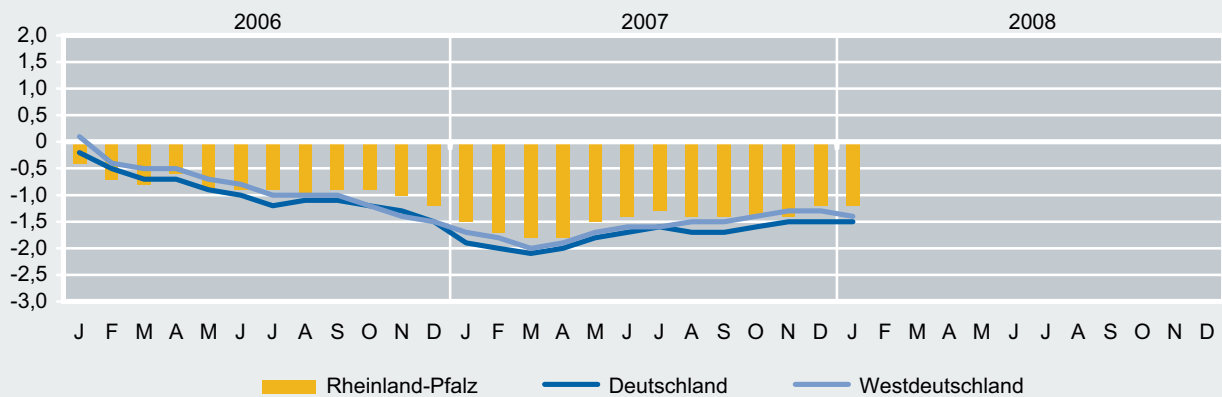
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾

Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾

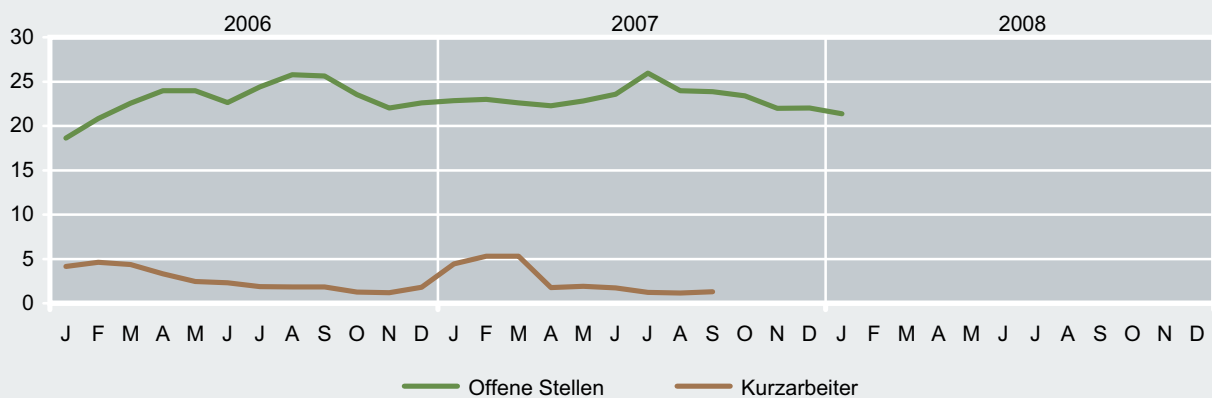
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten



1) Ab 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Offene Stellen und Kurzarbeiter in Rheinland-Pfalz

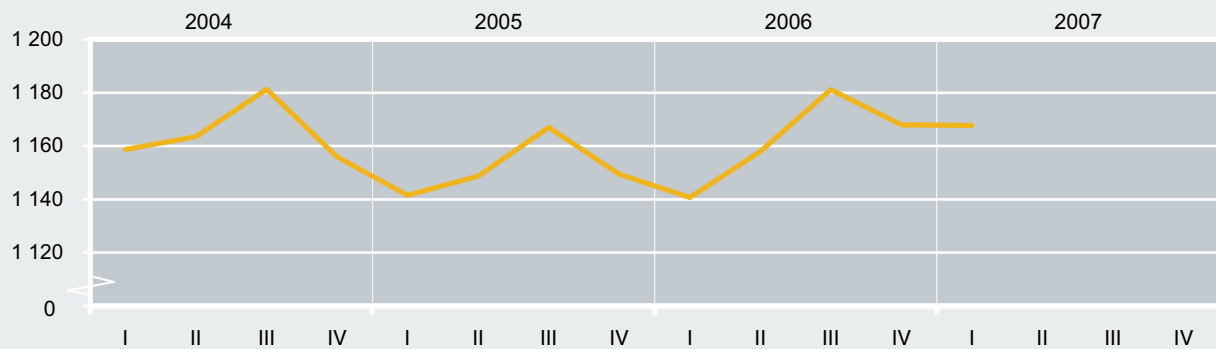
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

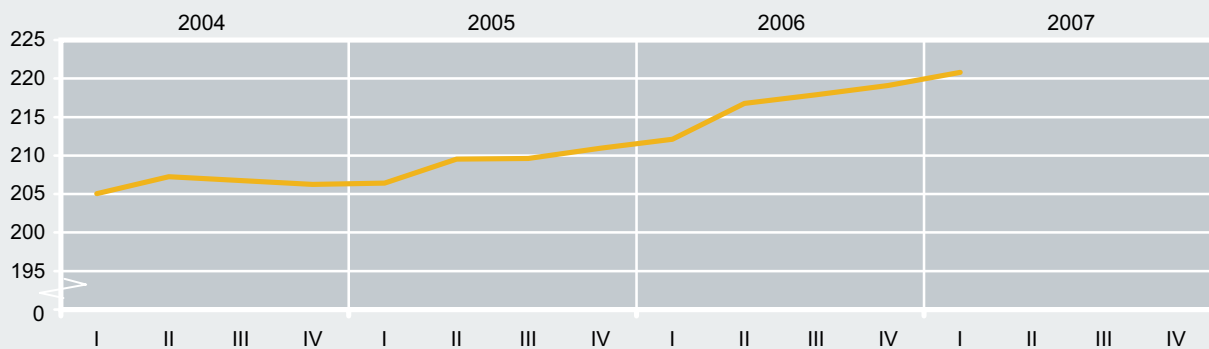
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz

in 1 000



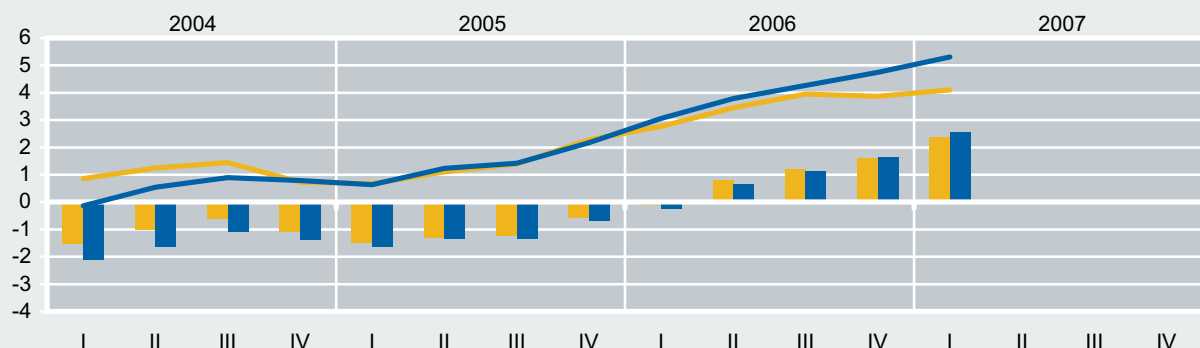
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz

in 1 000



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

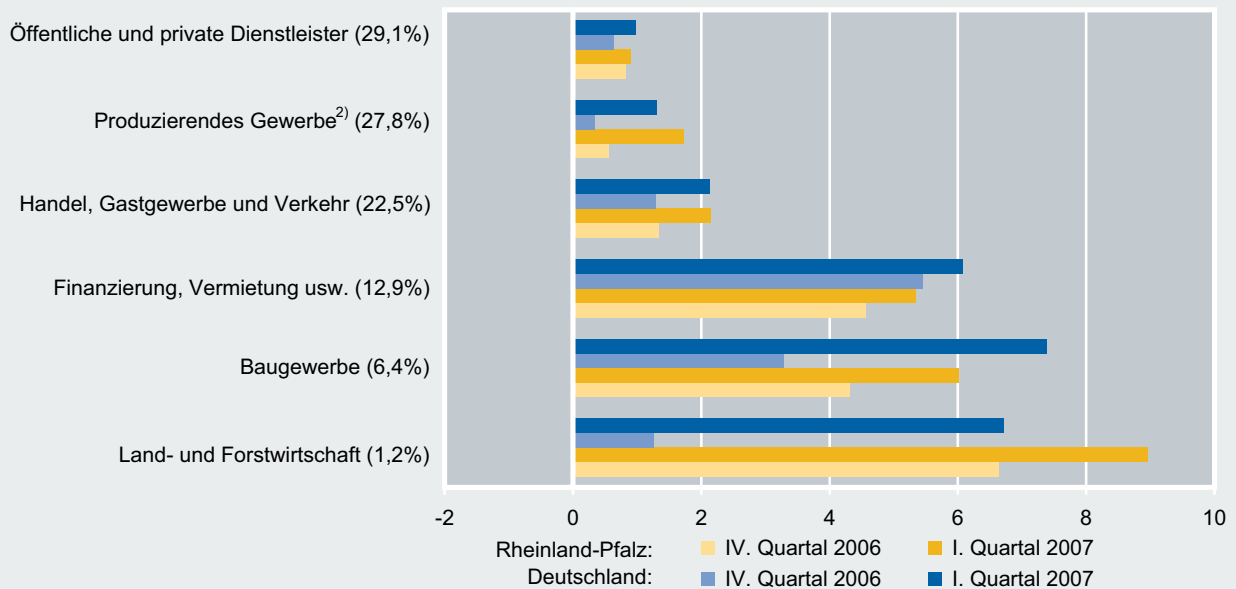
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

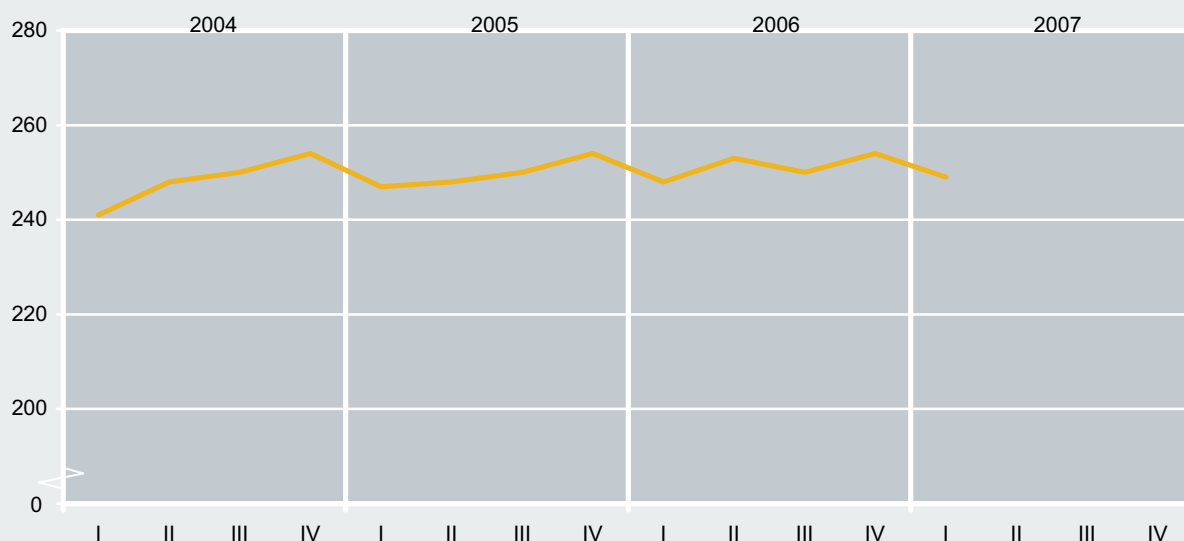
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2006. – 2) Ohne Baugewerbe.

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹⁾ am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz in 1 000

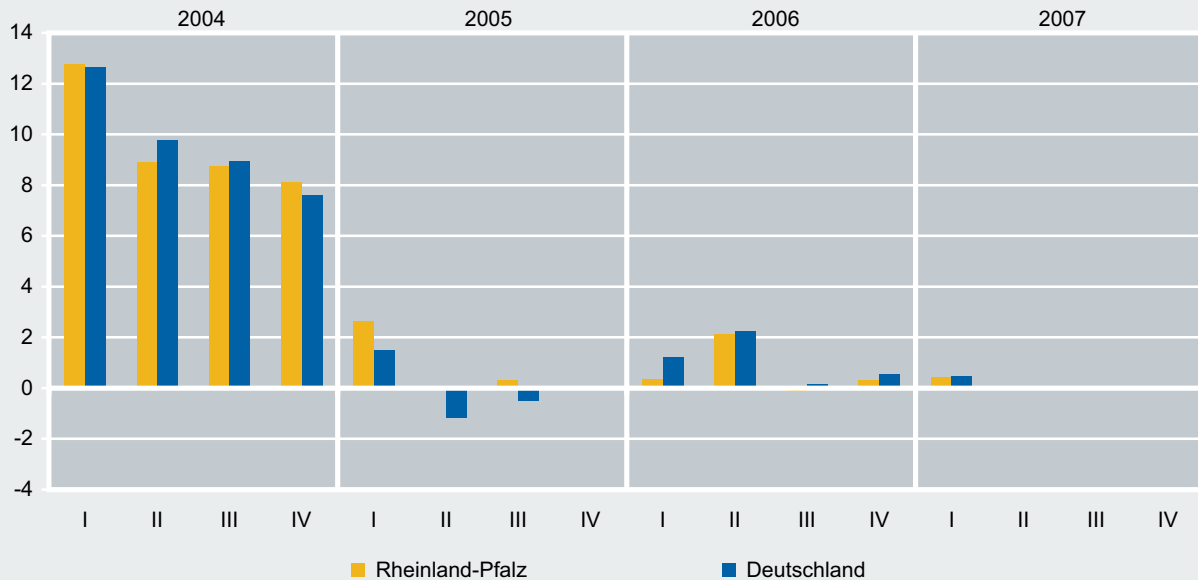


1) Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro nicht übersteigt.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

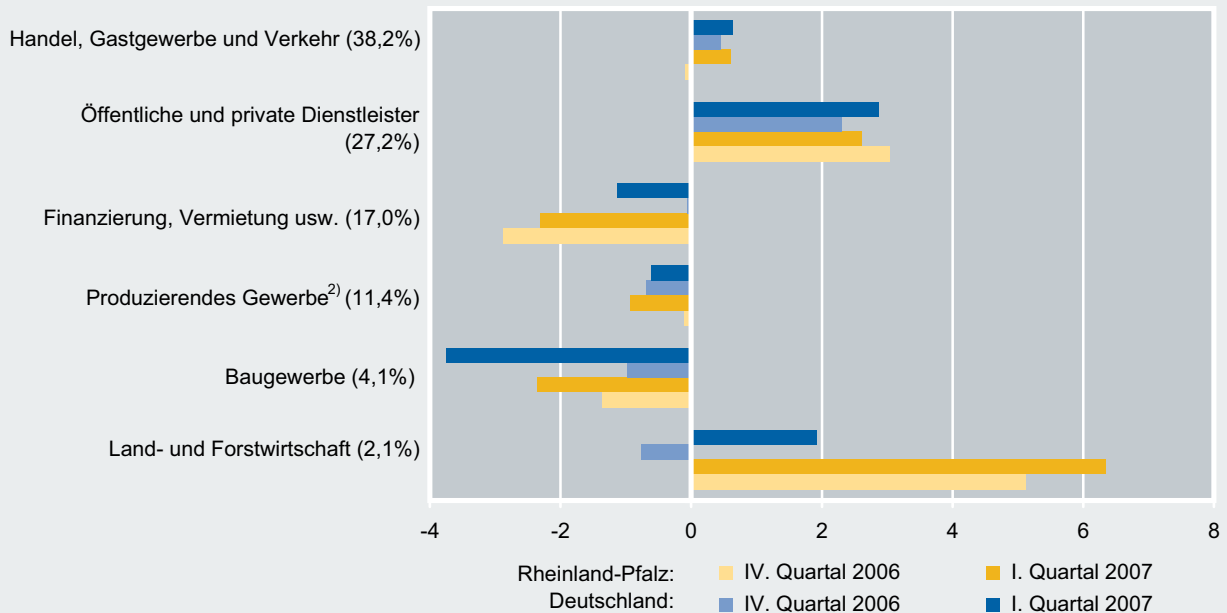
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsplatz nach Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹⁾ Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2006. – ²⁾ Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 2. Februar 2008.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz ($= \text{Nominalzins} \cdot 100 / \text{Kurswert}$) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den abhängigen Erwerbspersonen oder alternativ allen zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials und damit für die gesamtwirtschaftliche Situation in der Volkswirtschaft.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang versteht man alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2000 (d. h. $2000=100$) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Baugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergewerbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst, sowie die „Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal“.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren

(steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten, wie z. B. deutsche Freihäfen, einschließlich Umsatz aus Nachunternehmer-tätigkeit und Vergabe von Teilleistungen an Nachunternehmer.

Bauhauptgewerbe

Zum Bauhauptgewerbe gehören Unternehmen, die Hochbauten (einschließlich Fertigteilbauten) errichten, Tiefbauarbeiten oder bestimmte Spezialbauarbeiten ausführen.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept). Es ist als Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in erster Linie ein Produktionsindikator.

Erwerbspersonen

Die Erwerbspersonen umfassen die abhängigen Erwerbstätigen (Beamte, Angestellte und Arbeiter), die Selbstständigen, die mithelfenden Familienangehörigen sowie die Erwerbslosen.

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für den Exporterfolg, aber auch für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt oder die Beschäftigung innerhalb eines Kalenderjahres auf längstens zwei Monate oder 50 Arbeitstage beschränkt ist.

Gewerbeanzeigen

Zu den (Gewerbe-)Aufgaben zählen die Abmeldungen von Gewerbebetrieben wegen Aufgabe von Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen bzw. unselbständigen Zweigstellen.

Bei den (Gewerbe-)Neuerrichtungen handelt es sich um erstmalige Anmeldungen von Gewerbebetrieben als Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen oder unselbständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklima-Index ist ein Frühindikator für die Konjunkturerwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate. Aus diesen Meldungen wird ein Index berechnet. Bei einer durchschnittlichen neutralen Einschätzung des Geschäftsklimas nimmt dieser „Stimmungsindex“ den Wert 100 an, bei einer schlechteren Einschätzung Werte darunter und bei einer besseren Einschätzung Werte darüber.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für namentlich nicht benannte Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktivität

Aus den Ergebnissen des Monatsberichts im verarbeitenden Gewerbe bzw. im Bauhauptgewerbe lassen sich hilfsweise allgemeine Aussagen über die Produktivität ableiten, indem etwa der Umsatz in Bezug zu den Beschäftigten gesetzt wird. Bei der Ermittlung einer solchen Produktivitätskennziffer lässt sich somit keine rein mengenmäßige Relation darstellen.

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit ökonomischer Aktivitäten und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Grundsätzlich liegt Teilzeitbeschäftigung vor, wenn die Arbeitszeit weniger als 18 Stunden beträgt. Eine Teilzeitbeschäftigung kann aber auch bei einer Beschäftigung von 18 Stunden und mehr vorliegen, soweit es sich um keine Vollbeschäftigung handelt.

Umsatz

Als Umsatz gilt, unabhängig vom Zahlungseingang, der Gesamtbetrag der im Berichtszeitraum abgerech-

neten Lieferungen und Leistungen an Dritte (ohne Umsatzsteuer) einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Einzu-beziehen sind auch getrennt in Rechnung gestellte Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren sind von den fakturierten Werten abzusetzen.

Der Umsatz mit dem Ausland ergibt sich aus direkten Lieferungen und Leistungen an Empfänger, die im Ausland ansässig sind, sowie aus Lieferungen an Exporteure, welche die bestellten Waren ohne Be- und Verarbeitung in das Ausland ausführen.

Unternehmensinsolvenzen

Als Insolvenz wird die Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung eines Schuldners bezeichnet, wobei ein

Gericht um Regelung zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger bemüht wird.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex (früher: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte) misst die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex ist ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



37	1.279.036	20.053.663	3.991.804
47	1.355.127	21.034.439	4.397.829
81	1.474.661	22.438.521	4.092.465
	1.789.099	21.687.249	4.004.960

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG		Einheit	2005	2006				2007			
			Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 059 ¹⁾	4 053 ¹⁾	4 053	4 053	4 053	4 049	4 049	4 049	4 049	
darunter Ausländer ²⁾	1 000	313 ¹⁾	313 ¹⁾	317	318	318	316	317	317	318	
Natürliche Bevölkerungsbewegung ³⁾											
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 689	1 667	2 097	2 388	2 224	2 229	3 092	2 426	1 884	
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	2 716	2 646	2 840	2 847	2 917	2 669	2 982	2 986	2 796	
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	8,0	7,8	8,2	8,3	8,8	8,0	8,7	8,7	8,4	
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 565	3 498	3 855	3 255	3 305	3 134	3 517	3 175	2 930	
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,5	10,4	11,2	9,5	9,9	9,4	10,2	9,2	8,8	
* darunter im 1. Lebensjahr											
Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	10	12	9	7	14	11	17	12	11	
je 1 000 Lebendgeborene ⁷⁾	Anzahl	3,8	4,3	3,7	2,8	5,1	4,1	5,7	4,0	3,9	
* Überschuss der Geborenen (+)											
bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 849	- 852	- 1 015	- 408	- 388	- 465	- 535	- 189	- 134	
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 2,5	- 2,5	- 2,9	- 1,2	- 1,2	- 1,4	- 1,6	- 0,5	- 0,4	
Wanderungen											
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 347	8 220	8 675	9 616	9 118	7 211	9 523	9 736	8 382	
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 337	2 462	2 574	2 856	2 836	2 461	3 050	2 924	2 998	
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 693	7 871	8 620	9 404	8 871	7 048	8 995	9 409	8 739	
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 073	2 169	2 539	2 376	2 334	2 162	2 712	2 671	2 620	
* Wanderungsgewinn (+)											
bzw. -verlust (-)	Anzahl	655	349	55	212	247	163	528	327	- 357	
* Innerhalb des Landes											
Umgezogene ⁸⁾	Anzahl	13 053	12 477	12 393	12 949	12 709	11 239	14 076	14 435	12 153	
ERWERBSTÄTIGKEIT											
Beschäftigte ^{9) 10)}		Einheit	2004	2005			2006			2007	
			30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	
* Sozialversicherungspflichtig											
Beschäftigte am Arbeitsort ¹¹⁾	1 000	1 164	1 149	1 167	1 149	1 141	1 158	1 181	1 168	1 168	
* Frauen	1 000	522	519	525	522	518	521	530	526	525	
* Ausländer/-innen	1 000	70	68	70	65	67	70	71	68	70	
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	207	210	210	211	212	217	218	219	221	
* darunter Frauen	1 000	181	183	183	184	184	187	188	189	191	
davon nach Wirtschaftsbereichen											
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	13	13	14	12	12	14	15	12	14	
* produzierendes Gewerbe											
ohne Baugewerbe	1 000	333	325	328	324	320	322	327	326	326	
* Baugewerbe	1 000	77	74	76	72	69	74	77	75	74	
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	262	258	263	259	256	260	267	263	261	
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	1 000	142	143	147	145	145	150	154	152	153	
* öffentl. und private Dienstleister	1 000	336	335	338	338	337	337	341	341	340	

1) Statt Monatsdurchschnitt: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) 2007 vorläufige Ergebnisse. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 8) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9) Auswertungen aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10) Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.6. – 11) Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

Arbeitsmarkt ¹⁾	Einheit	2005	2006			2007				2008
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Arbeitslose	Anzahl	178 512	162 951	144 446	145 298	155 018	120 120	118 247	120 677	131 386
* Frauen	Anzahl	82 717	78 698	73 311	73 396	75 540	62 255	60 404	60 288	63 505
* Männer	Anzahl	95 795	84 253	71 135	71 902	79 478	57 865	57 843	60 389	67 881
darunter										
Bauberufe	Anzahl	8 896	6 562	4 213	4 540	6 507	3 918	4 078	4 503	5 741
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	50 308	41 059	33 216	33 883	39 034	29 769	29 340	30 826	34 214
* Arbeitslosenquote ²⁾	%	9,9	9,0	7,9	8,0	8,5	6,6	6,5	6,6	7,2
* Frauen	%	9,7	9,1	8,5	8,5	8,7	7,1	6,9	6,9	7,3
* Männer	%	10,0	8,8	7,4	7,5	8,3	6,0	6,0	6,3	7,1
* Ausländer/-innen	%	21,6	20,0	18,1	18,2	19,1	15,3	15,2	15,5	16,5
* Jüngere unter 25 Jahren	%	10,8	8,9	7,1	6,8	7,3	5,9	5,5	5,5	6,1
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	5 613	2 589	1 195	1 823	4 446
* Gemeldete Stellen	Anzahl	22 720	23 047	22 011	22 603	22 841	23 383	21 999	22 038	21 378
darunter										
Bauberufe	Anzahl	995	1 316	1 229	1 200	1 325	1 491	1 340	1 408	1 246
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	5 372	6 912	8 077	8 648	8 456	7 529	6 913	7 173	6 815

BAUTÄTIGKEIT

(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2005	2006			2007				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	727	738	581	619	482	515	417	462	388
davon mit ...										
* 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	700	707	561	587	455	493	400	444	369
3 und mehr Wohnungen ³⁾	Anzahl	27	31	20	32	27	22	17	18	19
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisa-										
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	1	1	-	-	2	-	1	-	-
Unternehmen	Anzahl	116	87	71	83	78	44	44	93	53
private Haushalte	Anzahl	610	650	510	536	402	471	372	369	335
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	971	1 011	784	846	752	691	598	613	571
* Umbauter Raum	1 000 m³	672	717	579	589	481	480	418	442	392
* Wohnfläche	1 000 m²	125	132	106	112	92	91	78	81	74
Wohnräume	Anzahl	5 494	5 701	4 636	4 861	3 889	3 981	3 204	3 417	3 160
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	154	167	139	137	116	117	103	105	98

Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	118	126	144	124	135	164	136	150	143
davon										
öffentl. Bauherren und Organisa-										
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	16	11	10	18	16	9	10	14	15
Unternehmen	Anzahl	97	107	119	98	112	142	123	132	123
private Haushalte	Anzahl	5	7	15	8	7	13	3	4	5
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	14	38	8	11	20	12	28	12	7
* Umbauter Raum	1 000 m³	597	767	739	612	607	1 840	793	1 159	1 464
* Nutzfläche	1 000 m²	90	109	106	83	94	208	105	144	167
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	64	68	100	51	55	103	69	95	77

Genehmigte Wohnungen

(Wohn- u. Nichtwohngebäude)

* Wohnungen (Neubau u. Baumaß-										
nahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 099	1 183	906	957	946	805	711	717	687
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	6 276	6 603	5 445	5 696	4 752	4 739	3 824	3 975	3 754

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende

Umstellungsbedingt sind die Ergebnisse nur vorläufig. Die aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 2) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 3) Einschließlich Wohnheime.

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Umstellungsbedingt sind die Ergebnisse nur vorläufig. Die aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 2) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 3) Einschließlich Wohnheime.

LANDWIRTSCHAFT	Einheit	2005	2006				2007			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾	t	10 678	10 757	10 820	11 780	11 936	10 790	10 821	12 023	11 482
darunter										
* Rinder (ohne Kälber)	t	2 696	2 630	2 515	2 931	3 337	2 470	2 442	2 790	3 167
* Kälber	t	16	17	17	17	23	14	15	20	23
* Schweine	t	7 865	8 012	8 198	8 720	8 484	8 216	8 275	9 122	8 208
* Eiererzeugung ²⁾	1 000	10 264	9 968	9 065	9 358	10 012	10 414	10 350	10 164	10 425
Milcherzeugung (Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien)	t	63 728	61 736	59 215	60 104	57 545	62 046	57 901	59 512	57 225
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ³⁾										
* Betriebe	Anzahl	1 030	1 000	998	998	998	1 026	1 026	1 026	1 025
* Beschäftigte ⁴⁾	Anzahl	244 447	240 629	242 731	242 520	242 513	248 799	248 245	248 912	248 803
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 155	30 896	31 110	31 533	32 467	31 608	31 168	33 007	32 974
* Entgelte ⁵⁾	Mill. EUR	809	814	754	762	1 064	805	787	807	1 037
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	5 433	5 774	5 954	5 984	6 287	6 193	6 302	6 701	6 683
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁶⁾	Mill. EUR	2 863	3 063	3 104	3 189	3 393	3 264	3 196	3 496	3 499
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 538	1 614	1 676	1 647	1 687	1 781	1 856	2 000	1 969
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	99	111	126	124	125	108	121	140	123
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	933	986	1 048	1 023	1 082	1 040	1 129	1 064	1 093
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	1 804	1 912	1 907	1 944	2 153	1 916	1 932	2 010	2 121
Fahrzeugbau	Mill. EUR	914	937	1 000	979	966	987	1 077	1 183	1 153
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 646	2 851	2 896	2 955	3 095	3 074	3 179	3 289	3 342
Exportquote ⁷⁾	%	48,7	49,4	48,6	49,4	49,2	49,6	50,4	49,1	50,0
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2000=100	112,9	123,9	123,0	126,7	131,9	126,1	131,5	149,4	153,5
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2000=100	110,8	118,2	118,7	121,6	123,8	118,6	117,9	131,1	130,8
Investitionsgüterproduzenten	2000=100	115,7	130,2	122,6	126,8	141,9	139,1	151,1	183,7	197,5
Gebrauchsgüterproduzenten	2000=100	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verbrauchsgüterproduzenten	2000=100	-	-	-	-	-	-	-	-	-
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	2000=100	124,1	133,2	131,4	135,4	137,7	126,5	129,8	142,2	148,9
Fahrzeugbau	2000=100	119,6	133,8	117,6	127,0	154,8	144,2	158,9	214,9	217,0
Energie- und Wasser- versorgung										
* Betriebe ⁸⁾	Anzahl	87	86	86	86	86	103	103	103	103
* Beschäftigte ^{4) 8)}	Anzahl	10 204	10 058	10 145	10 110	10 090	9 907	9 924	9 886	9 865
* Geleistete Arbeitsstunden ⁸⁾	1 000 h	1 296	1 264	1 267	1 275	1 367	1 237	1 217	1 283	1 313
* Brutto- und gehaltssumme ⁸⁾	Mill. EUR	33	34	30	39	45	30	30	39	46
Stromerzeugung in öffentlichen Energieversorgungsunter- nehmen ⁹⁾										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	595	757	654	719	752	748	759	754	812
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	580	741	639	705	737	734	743	738	798

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3) Ab Januar 2007 werden nur die Betriebe mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten einbezogen. Die Ergebnisse für 2006 wurden rückwirkend auf den neuen Berichtskreis angepasst, um die methodische Vergleichbarkeit zu gewährleisten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Entgelte = Brutto- und gehaltssumme. – 6) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 7) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 8) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 9) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. –
2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3) Ab Januar 2007 werden nur
die Betriebe mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten einbezogen. Die Ergebnisse für 2006 wurden rückwirkend auf den neuen Berichtskreis angepasst, um die methodische Ver-
gleichbarkeit zu gewährleisten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Entgelte = Brutto- und Gehaltssumme. – 6) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 7) Anteil des Aus-
landsumsatzes am Gesamtumsatz. – 8) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 9) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

Baugewerbe		Einheit	2005	2006			2007				
			Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellen- arbeiten, Hoch- und Tief- bau) ¹⁾											
* Beschäftigte ²⁾	Anzahl		36 159	36 480	37 803	37 573	37 210	37 055	36 883	36 839	36 765
* Geleistete Arbeitsstunden davon	1 000 h		3 435	3 639	4 274	4 250	4 260	4 040	3 894	4 384	3 939
* Wohnungsbau	1 000 h		1 394	1 547	1 785	1 784	1 761	1 522	1 522	1 753	1 535
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h		824	856	971	977	999	983	893	1 005	898
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h		1 217	1 194	1 518	987	1 500	1 535	1 479	1 626	1 506
darunter Straßenbau	1 000 h		587	613	797	755	756	811	756	827	750
* Entgelte ⁴⁾	Mill. EUR		79	81	84	86	100	87	79	84	99
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer) davon	Mill. EUR		305	349	402	395	444	369	365	406	413
* Wohnungsbau	Mill. EUR		98	116	128	126	137	117	113	123	127
* gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR		80	94	109	111	117	99	96	114	106
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR		128	139	166	158	190	153	156	169	180
darunter Straßenbau	Mill. EUR		56	67	94	81	97	75	78	82	85
Ausbaugewerbe/ Bauinstallation und sons- tiges Ausbaugewerbe ^{5) 6)}											
		Einheit	2005	2006				2007			
			Durchschnitt		1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal
Betriebe ⁷⁾	Anzahl		319	304	307	306	302	302	302	297	293
* Beschäftigte ^{2) 7)}	Anzahl		11 350	11 059	10 880	10 970	11 170	11 215	11 264	11 245	11 560
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h		3 557	3 524	3 311	3 465	3 600	3 721	3 583	3 593	3 774
* Entgelte ⁴⁾	Mill. EUR		76	75	70	73	74	81	74	76	78
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR		251	274	193	238	256	410	216	255	284
HANDEL ⁸⁾											
Großhandel ⁹⁾											
		Einheit	2005	2006			2007				
			Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Beschäftigte	2003=100		95,8	114,4	115,1	115,6	115,5	113,5	114,5	113,4	113,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100		105,4	128,6	131,3	131,4	131,6	118,6	119,4	120,2	121,4
* Umsatz nominal ¹⁰⁾	2003=100		104,1	119,9	129,4	128,4	127,3	120,8	122,1	131,1	124,8
* Umsatz real ¹⁰⁾	2003=100		99,4	111,6	119,4	119,0	118,5	108,6	109,5	117,3	110,7
Einzelhandel ¹¹⁾											
* Beschäftigte	2003=100		103,8	109,7	110,4	111,3	112,0	111,8	111,7	112,2	112,9
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100		105,8	112,1	112,5	113,5	114,4	114,8	114,6	115,3	116,4
* Umsatz nominal ¹⁰⁾	2003=100		103,9	110,0	108,5	112,2	112,9	111,3	107,7	116,5	114,2
* Umsatz real ¹⁰⁾	2003=100		103,1	108,3	106,7	110,4	111,2	108,6	104,6	112,6	109,7
Kfz-Handel u. Tankstellen ¹²⁾											
* Beschäftigte	2003=100		97,8	99,5	99,2	98,5	99,1	100,1	100,0	99,6	99,8
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100		93,1	97,7	96,9	95,7	97,9	96,9	97,4	96,0	96,5
* Umsatz nominal ¹⁰⁾	2003=100		111,6	119,6	115,7	127,0	138,9	109,5	108,3	128,7	123,8
* Umsatz real ¹⁰⁾	2003=100		109,4	115,0	111,1	121,9	133,2	102,4	101,2	120,0	115,0
GASTGEWERBE ^p											
* Beschäftigte	2003=100		108,6	112,0	116,4	114,0	111,0	119,8	119,9	117,5	114,9
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100		115,4	121,3	127,1	123,6	121,4	131,2	130,9	127,0	124,4
* Umsatz nominal ¹⁰⁾	2003=100		98,0	101,3	115,4	112,7	92,5	113,8	113,4	112,9	93,5
* Umsatz real ¹⁰⁾	2003=100		96,2	98,1	111,3	109,3	89,2	106,9	106,3	106,6	87,8

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Werte. – 2) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 5) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 6) Einschließlich Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal. – 7) Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 8) Eingeschränkte Vergleichbarkeit durch Änderung des Berichtskreises. – 9) Einschließlich Handelsvermittlung. – 10) Ohne Umsatzsteuer. – 11) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. – 12) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

TOURISMUS ¹⁾										
	Einheit	2005	2006			2007				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Gästeankünfte	1 000	595	600	872	781	455	836	860	789	494
* darunter von Auslandsgästen	1 000	137	141	178	155	90	230	176	161	98
* Gästeübernachtungen	1 000	1 660	1 660	2 289	2 153	1 130	2 462	2 290	2 094	1 181
* darunter von Auslandsgästen	1 000	394	405	488	414	222	787	486	426	228
VERKEHR										
Straßenverkehrsunfälle										
	Einheit	2005	2006			2007				
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	2 203	2 056	2 216	2 278	2 227	2 201	2 247	2 264	2 046
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 430	1 347	1 432	1 691	1 468	1 510	1 606	1 571	1 364
* Getötete Personen	Anzahl	24	22	18	33	30	19	27	18	16
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	13	12	17	11	13	5	15	8	6
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	5	5	-	8	4	6	10	4	5
Radfahrer	Anzahl	1	2	1	2	3	-	1	1	-
Fußgänger	Anzahl	3	2	-	5	6	5	1	3	2
* Verletzte Personen	Anzahl	1 874	1 745	1 909	2 119	1 918	1 923	2 046	2 007	1 830
dar. schwer verletzte Personen	Anzahl	362	329	342	444	356	397	380	367	336
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	168	153	176	145	168	165	140	148	165
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	83	79	77	135	91	113	126	125	81
Radfahrer	Anzahl	50	45	50	89	47	74	73	60	43
Fußgänger	Anzahl	41	37	24	57	37	30	29	26	32
Kraftfahrzeuge ³⁾										
	Einheit	2005	2006			2007				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 674	14 333	14 298	14 482	14 968	12 129	12 295	13 277	12 799
darunter										
Kraftträder	Anzahl	801	797	717	432	288	882	571	425	269
* Personenkraftwagen ⁴⁾	Anzahl	11 752	12 247	12 169	12 897	13 328	9 903	10 457	11 447	11 046
* Lastkraftwagen	Anzahl	787	910	1 009	855	994	966	924	1 064	1 126
* Zugmaschinen	Anzahl	268	302	290	244	276	301	256	272	243
Personenbeförderung										
	Einheit	2005	2006			2007				
		Durchschnitt	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	62 432	62 993	69 273	63 761	54 906	64 030	66 305	63 828	56 783
Personenkilometer ⁵⁾	Mill.	574	588	612	581	499	658	589	584	506
Binnenschifffahrt										
	Einheit	2005	2006			2007				
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Gütereingang	1 000 t	1 183	1 191	1 235	1 362	1 343	1 164	1 169	1 087	1 149
* Güterversand	1 000 t	852	901	993	994	996	1 036	991	908	936
AUSSENHANDEL ⁶⁾										
Ausfuhr (Spezialhandel) ⁷⁾										
* Insgesamt	Mill. EUR	2 832	3 026	2 953	3 125	3 385	3 524	3 568	3 598	3 561
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	185	198	209	212	224	230	228	223	247
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	2 601	2 681	2 604	2 760	3 004	3 128	3 183	3 215	3 144
* Rohstoffe	Mill. EUR	17	18	14	19	23	19	17	21	22
* Halbwaren	Mill. EUR	108	119	115	121	136	138	143	125	125
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 476	2 544	2 476	2 620	2 845	2 970	3 024	3 069	2 997
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	719	817	807	805	901	885	978	1 020	908
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 757	1 727	1 668	1 815	1 944	2 086	2 046	2 049	2 089

1) Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. – 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz, ab Oktober 2005 einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 5) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 6) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 7) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch AUSSENHANDEL ¹⁾ Ausfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Einheit	2005	2006				2007			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	2 073	2 222	2 173	2 330	2 413	2 652	2 482	2 536	2 677
* darunter in EU-Länder ³⁾	Mill. EUR	1 842	1 941	1 852	2 037	2 074	2 303	2 170	2 213	2 341
Belgien	Mill. EUR	140	160	156	167	186	204	177	161	185
Luxemburg	Mill. EUR	41	47	44	44	48	57	43	51	48
Dänemark	Mill. EUR	38	42	48	47	47	54	49	52	47
Finnland	Mill. EUR	21	23	25	26	21	31	27	30	29
Frankreich	Mill. EUR	356	339	301	381	338	377	345	345	370
Griechenland	Mill. EUR	43	39	39	37	38	32	56	59	34
Großbritannien	Mill. EUR	224	240	283	219	262	240	284	238	258
Irland	Mill. EUR	13	16	17	15	15	15	13	16	13
Italien	Mill. EUR	200	232	174	242	259	279	205	266	283
Niederlande	Mill. EUR	155	159	144	147	167	188	182	181	238
Österreich	Mill. EUR	125	133	125	142	138	160	154	154	162
Schweden	Mill. EUR	59	51	46	53	53	63	67	68	75
Spanien	Mill. EUR	170	183	160	202	197	245	184	228	219
Portugal	Mill. EUR	18	20	20	22	29	21	27	26	23
* Afrika	Mill. EUR	64	72	66	76	78	91	80	75	74
* Amerika	Mill. EUR	333	377	328	365	446	362	552	578	386
darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	253	284	235	265	311	244	438	465	271
* Asien	Mill. EUR	333	326	359	321	403	388	409	377	390
darunter nach Japan	Mill. EUR	49	49	56	48	69	57	72	64	58
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	28	29	27	33	45	31	45	33	33
Einfuhr (Generalhandel) ²⁾										
* Insgesamt	Mill. EUR	1 733	1 965	1 999	1 981	2 041	2 092	2 322	2 077	2 455
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	168	170	207	138	166	166	192	193	173
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 513	1 626	1 620	1 677	1 702	1 745	1 941	1 705	2 075
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	64	80	91	92	75	96	92	43	142
* Halbwaren	Mill. EUR	223	226	258	261	228	240	275	206	262
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 226	1 320	1 270	1 323	1 399	1 410	1 575	1 457	1 670
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	321	347	372	371	350	411	464	430	448
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	905	973	898	952	1 049	999	1 111	1 027	1 222
davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 347	1 508	1 520	1 501	1 519	1 626	1 723	1 580	1 899
* darunter aus EU-Ländern ³⁾	Mill. EUR	1 249	1 346	1 355	1 335	1 370	1 411	1 462	1 383	1 610
Belgien	Mill. EUR	186	243	282	232	229	251	265	285	291
Luxemburg	Mill. EUR	35	36	37	28	44	44	41	40	46
Dänemark	Mill. EUR	33	29	29	33	30	43	48	35	57
Finnland	Mill. EUR	8	10	9	9	13	12	10	11	13
Frankreich	Mill. EUR	231	234	213	228	245	248	246	224	276
Griechenland	Mill. EUR	4	5	3	4	7	7	6	7	6
Großbritannien	Mill. EUR	64	63	58	70	84	73	72	78	74
Irland	Mill. EUR	16	13	9	7	8	11	11	14	8
Italien	Mill. EUR	112	128	113	136	129	169	116	122	145
Niederlande	Mill. EUR	218	232	253	268	200	187	287	200	304
Österreich	Mill. EUR	53	63	56	68	70	74	64	67	68
Schweden	Mill. EUR	42	50	40	45	47	38	37	42	30
Spanien	Mill. EUR	66	72	66	58	64	78	78	73	80
Portugal	Mill. EUR	10	11	10	11	16	15	10	9	12
* Afrika	Mill. EUR	35	32	22	30	27	36	31	26	24
* Amerika	Mill. EUR	157	204	240	210	245	168	262	178	235
darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	116	150	156	152	183	117	182	123	161
* Asien	Mill. EUR	190	216	210	237	246	253	300	289	291
darunter aus Japan	Mill. EUR	28	27	25	35	27	21	29	31	26
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	4	5	6	4	4	8	6	4	6
GEWERBEANZEIGEN ⁴⁾										
	Einheit	2005	2006			2007				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 630	3 707	3 563	3 617	3 517	3 607	3 379	3 405	3 333
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 883	2 958	2 749	2 831	2 907	2 756	2 503	2 996	2 927

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3) Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27); die Angaben aus 2006 werden rückwirkend entsprechend umgerechnet. – 4) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

INSOLVENZEN		Einheit	2005	2006			2007				
			Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Insgesamt	Anzahl		548	611	564	601	665	625	478	674	585
davon											
* Unternehmen	Anzahl		138	132	112	132	142	108	86	112	116
* Verbraucher	Anzahl		264	336	316	343	392	377	284	435	361
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl		130	129	123	110	119	121	95	114	92
* sonstige natürliche Personen, ¹⁾											
Nachlässe	Anzahl		15	14	13	16	12	19	13	13	16
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR		116	131	154	147	168	86	55	110	87

HANDWERK ²⁾		Einheit	2005	2006				2007			
			Durchschnitt	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	
* Beschäftigte ³⁾	2003=100 ⁴⁾		91,2	91,7	89,8	90,7	93,6	92,7	92,6	93,8	95,5
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	2003=100 ⁵⁾		94,7	101,8	83,0	99,2	102,6	122,4	84,6	102,3	105,1

PREISE		Einheit	2005	2006			2007			2008	
			Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Verbraucherpreisindex	2000=100		108,2	110,0	110,0	110,9	110,8	112,8	113,3	114,1	...

VERDIENSTE ⁶⁾		Einheit	2005	2006				2007			
			Durchschnitt	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	
* Bruttonomatsverdienste ⁶⁾ der vollzeit-											
beschäftigten Arbeitnehmer ⁷⁾ im											
produzierenden Gewerbe und Dienst-											
leistungsbereich	EUR	3 052	3 455
* männlich	EUR	3 237	3 718
* weiblich	EUR	2 547	2 752
* produzierendes Gewerbe	EUR	3 190	3 797
männlich	EUR	3 289	3 915
weiblich	EUR	2 641	3 127
* Bergbau und Gewinnung von											
Steinen und Erden	EUR	3 070	3 298
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	3 273	3 900
* Energie- u. Wasserversorgung	EUR	3 846	5 246
* Baugewerbe	EUR	2 572	2 803
* Dienstleistungsbereich ⁸⁾	EUR	2 908	3 104
männlich	EUR	3 162	3 431
weiblich	EUR	2 509	2 606
* Handel; Instandhaltung											
und Reparatur von Kfz											
und Gebrauchsgütern	EUR	2 899	3 314
* Gastgewerbe	EUR	2 031	2 022
* Verkehr und Nachrichten-											
übermittlung	EUR	2 566	2 663
* Kredit- u. Versicherungsgewerbe	EUR	4 082	4 457
* Grundstücks- und Wohnungswe-											
sen, Vermietung beweglicher											
Sachen, Erbringung von wirt-											
schaftlichen Dienstleistungen											
a.n.g.	EUR	2 695	2 900
* Erziehung und Unterricht	EUR	2 950	2 936
* Gesundheits-, Veterinär- und											
Sozialwesen	EUR	3 012	3 064
* Erbringung von sonstigen,											
öffentlichen und persönlichen											
Dienstleistungen	EUR	2 992	3 116

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 4) 30. September. – 5) Vierteljahresdurchschnitt. – 6) Einschließlich Sonderzahlungen; Vierteljahresdurchschnitt. – 7) Ohne Beamte. – 8) Ohne öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung.

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 4) 30. September. – 5) Vierteljahresdurchschnitt. – 6) Einschließlich Sonderzahlungen; Vierteljahresdurchschnitt. – 7) Ohne Beamte. – 8) Ohne öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung.

GELD UND KREDIT ¹⁾

GELD UND KREDIT ¹⁾	Einheit	2005	2006					2007		
		Durchschnitt	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	116 220	117 762	117 476	117 418	118 096	118 057	117 898	118 796	120 405
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 276	12 617	12 876	12 338	12 859	12 396	12 510	12 528	13 577
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	9 331	9 451	9 412	9 533	9 390	9 468	9 608	10 105	10 841
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	94 614	95 694	95 188	95 547	95 847	96 193	95 780	96 163	95 987
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	110 708	111 464	111 487	110 960	111 770	111 637	111 323	111 587	112 103
davon an										
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	96 206	97 528	97 079	97 326	97 921	97 784	97 677	98 388	99 491
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	14 503	13 936	14 408	13 634	13 849	13 853	13 646	13 199	12 612
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	5 512	6 298	5 989	6 458	6 326	6 420	6 575	7 209	8 302
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	93 933	97 350	95 741	96 718	97 633	99 307	97 596	99 893	100 378
Sichteinlagen	Mill. EUR	26 954	28 338	28 003	28 756	27 841	28 752	27 753	29 609	29 861
Termineinlagen	Mill. EUR	30 217	32 833	31 267	31 654	33 850	34 559	34 255	35 041	35 582
Sparbriefe	Mill. EUR	5 317	5 702	5 403	5 580	5 775	6 051	6 577	7 086	7 639
Spareinlagen	Mill. EUR	31 446	30 477	31 068	30 728	30 167	29 945	29 011	28 157	27 296
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	90 659	93 977	92 497	93 232	94 040	96 139	94 595	96 440	97 325
davon von										
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	88 986	91 680	90 905	91 409	91 390	93 016	91 950	93 879	94 929
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	1 674	2 297	1 592	1 823	2 650	3 123	2 645	2 561	2 396
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	3 274	3 373	3 244	3 486	3 593	3 168	3 001	3 453	3 053

STEUERN

STEUERN	Einheit	2005	2006				2007			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 208	2 379	1 989	2 505	3 244	3 146	2 389	3 214	3 575
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	753	824	416	791	1 495	1 118	476	1 042	1 472
Lohnsteuer	Mill. EUR	582	591	430	757	773	451	458	921	795
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	Mill. EUR	110	112	-	321	-	-	-	460	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	49	87	- 15	- 8	442	421	- 11	3	464
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	36	39	16	10	36	20	13	27	43
Zinsabschlag	Mill. EUR	26	27	14	44	14	15	17	68	19
Einnahmen aus der Zinsabschlagzerlegung	Mill. EUR	9	10	1	26	-	0	0	36	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	60	80	- 29	- 12	231	210	- 0	22	151
Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	Mill. EUR	10	5	-	- 11	-	-	-	23	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 455	1 554	1 573	1 713	1 749	2 028	1 912	2 172	2 104
Umsatzsteuer	Mill. EUR	374	372	386	420	429	433	425	435	475
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 081	1 183	1 187	1 294	1 319	1 596	1 487	1 738	1 628
Zölle	Mill. EUR	130	150	162	158	150	103	168	178	163
Bundessteuern	Mill. EUR	86	78	72	69	162	92	66	63	152
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	43	32	45	38	76	26	33	29	67
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	34	38	20	22	78	57	24	24	77

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch STEUERN		Einheit	2005	2006				2007			
			Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
Landessteuern		Mill. EUR	92	87	84	77	85	88	98	84	79
Vermögensteuer		Mill. EUR	0	0	0	0	0	- 0	- 0	0	0
Erbschaftsteuer		Mill. EUR	20	14	11	10	18	20	18	15	13
Grunderwerbsteuer		Mill. EUR	16	19	18	20	17	19	22	19	13
Kraftfahrzeugsteuer		Mill. EUR	38	39	35	33	30	28	41	35	30
Rennwett- und Lotteriesteuer		Mill. EUR	13	10	17	12	13	14	14	12	16
Feuerschutzsteuer		Mill. EUR	2	1	0	0	4	4	0	0	4
Biersteuer		Mill. EUR	3	3	3	3	3	4	3	3	3
		Einheit	2005	2006				2007			
			Durchschnitt	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	
Gemeindesteuern		Mill. EUR	434	509	532	515	527	463	501	579	483
Grundsteuer A		Mill. EUR	5	4	4	4	6	4	4	5	6
Grundsteuer B		Mill. EUR	102	103	95	109	115	94	94	112	116
Gewerbesteuer (brutto)		Mill. EUR	319	392	423	388	398	359	395	450	352
sonstige Gemeindesteuern ¹⁾		Mill. EUR	9	10	11	14	9	6	8	12	9
Steuerverteilung											
Steuereinnahmen der Ge- meinden u. Gemeindeverb.		Mill. EUR	626	716	653	680	744	785	635	768	722
Gewerbesteuer (netto) ²⁾		Mill. EUR	250	311	376	308	320	242	351	379	261
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer		Mill. EUR	232	257	150	216	267	393	160	229	295
Anteil an der Umsatzsteuer		Mill. EUR	28	30	16	29	28	46	18	32	35
		Einheit	2005	2006				2007			
			Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
Steuereinnahmen des Landes		Mill. EUR	597	655	501	612	1 003	753	566	749	989
Landessteuern		Mill. EUR	92	87	84	77	85	88	98	84	79
Anteil an den Steuern vom Einkommen		Mill. EUR	272	304	124	283	552	439	152	394	538
Lohnsteuer		Mill. EUR	196	199	132	270	225	142	145	340	237
veranlagte Einkommensteuer		Mill. EUR	21	37	- 7	- 3	188	179	- 5	1	197
Kapitalertragsteuer		Mill. EUR	13	16	6	3	17	7	5	12	20
Zinsabschlag		Mill. EUR	11	12	6	19	6	7	7	30	8
Körperschaftsteuer		Mill. EUR	30	40	- 15	- 6	115	105	- 0	11	76
Anteil an den Steuern vom Umsatz		Mill. EUR	216	242	237	246	311	226	266	265	322
Umsatzsteuer		Mill. EUR	158	176	170	185	237	142	190	194	221
Einfuhrumsatzsteuer		Mill. EUR	57	66	67	61	74	84	76	71	101
Anteil an der Gewerbe- steuerumlage		Mill. EUR	6	6	15	2	15	-	14	1	14
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)		Mill. EUR	2	3	7	1	7	-	5	1	5
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)		Mill. EUR	8	11	28	3	28	-	25	3	25
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform		Mill. EUR	2	2	6	1	6	-	5	1	5
Steuereinnahmen des Bundes		Mill. EUR	1 189	1 252	1 078	1 294	1 738	1 659	1 295	1 664	1 918
Bundessteuern		Mill. EUR	86	78	72	69	162	92	66	63	152
Anteil an den Steuern vom Einkommen		Mill. EUR	336	359	175	336	655	492	203	447	640
Anteil an den Steuern vom Umsatz		Mill. EUR	761	809	815	887	906	1 075	1 012	1 153	1 113
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage		Mill. EUR	6	6	15	2	15	-	14	1	14

1) Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

1) Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Januar**STATISTISCHE BERICHTE****Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit**

Bevölkerungsvorgänge im Jahr 2006
(Gebietsstand 31. Dezember 2006)
Bestellnr.: A1023 200600

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Wachstumstand und Ernte von
Feldfrüchten und Grünland Anfang
Dezember 2007
Bestellnr.: C2013 200704

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen Oktober 2007
Bestellnr.: D1023 200710

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von Stei-
nen und Erden im November 2007
Bestellnr.: E1023 200711

Index des Auftragseingangs für
das verarbeitende Gewerbe
im November 2007
Bestellnr.: E1033 200711

Bauhauptgewerbe im November
2007 – Vorbereitende Baustellen-
arbeiten, Hoch- und Tiefbau
Bestellnr.: E2023 200711

Elektrizitäts- und Wärmezeugung
der Kraftwerke der allgemeinen
Versorgung im Oktober 2007
Bestellnr.: E4023 200710

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen
im November 2007
Bestellnr.: F2033 200711

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Umsatz und Beschäftigte
im Handel und im Gastgewerbe
im November 2007
Bestellnr.: G1023 200711

Aus- und Einfuhr im Oktober 2007
Bestellnr.: G3023 200710

Gäste und Übernachtungen im
Fremdenverkehr im November 2007
Bestellnr.: G4023 200711

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle
im November 2007
Bestellnr.: H1023 200711

Personenverkehr mit Bussen und
Bahnen im 3. Vierteljahr 2007
Bestellnr.: H1073 200743

Binnenschifffahrt im Oktober 2007
Bestellnr.: H2023 200710

Sozialleistungen

Sozialhilfe – Laufende Hilfe zum Le-
bensunterhalt, Empfängerinnen und
Empfänger am 31. Dezember 2005
Bestellnr.: K1023 200500

Ausgaben und Einnahmen nach dem
Asylbewerberleistungsgesetz 2006
Bestellnr.: K1133 200600

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Aufkommen an staatlichen Steuern
2003 bis 2007
Bestellnr.: L1013 200700

Gemeindefinanzen in Rheinland-
Pfalz – Kassenergebnisse für das
3. Vierteljahr 2007
Bestellnr.: L2023 200743

Realsteuervergleich 2006
Bestellnr.: L2073 200600

Versorgungsempfängerinnen und
Versorgungsempfänger des Lan-
des, der Gemeinden und Gemein-
deverbände am 1. Januar 2007
Bestellnr.: L3033 200700

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex
in Rheinland-Pfalz und Deutschland
im Dezember 2007
Bestellnr.: M1013 200712

Preisindizes für Bauwerke in
Deutschland im November 2007
Bestellnr.: M1043 200744

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur
im Oktober 2007
Bestellnr.: Z1013 200710

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Statistische Monatshefte Rhein-
land-Pfalz – Ausgabe Januar 2008
Bestellnr.: Z2201 200801

Veröffentlichungen im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Broschüre Oberrhein – Zahlen und
Fakten 2008

Statistische Kurzinformationen –
Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz-
Wallonie 2008

Die Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt,
Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450,
Telefax: 02603 71-194322,
E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de stehen die aktuellen Statistischen Berichte
zum kostenfreien Download zur Verfügung. Zudem sind die Neuerscheinungen der letz-
ten acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis aller Veröffentlichungen
abrufbar.

Broschüre mit Daten über die EuroRegion Oberrhein neu aufgelegt

Die Statistischen Ämter von Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, des Elsass und der Kan-
tone der Nordwestschweiz, die in der EuroRegion Oberrhein zusammenarbeiten, haben
anlässlich des 11. deutsch-französisch-schweizerischen Dreiländerkongresses in Straßburg
erneut eine zweisprachige Gemeinschaftsveröffentlichung mit aktuellen Zahlen über die
Oberrheinregion vorgelegt. Die Broschüre »Oberrhein - Statistische Daten 2008« enthält
Informationen zur Bevölkerung, zur Wirtschaft und zum Arbeitsmarkt.

Die Broschüre kann als Printausgabe kostenfrei beim Statistischen Landesamt Rhein-
land-Pfalz, Vertrieb, 56128 Bad Ems, Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322,
E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de bestellt werden. Außerdem wird sie als PDF-Datei im Internet
unter www.statistik.rlp.de/verlag/gesamt/sonstiges/oberrhein-aktuell.pdf zum kostenfreien
Download angeboten.



Impressum

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

Bestellnummer: Z 2201

ISSN: 0174-2914

Herausgeber:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

56128 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de

Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Feldmann

Layout und Vertrieb:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Fotos: MEV Verlag GmbH, Augsburg, und Manfred Riege

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Erscheinungsfolge: monatlich

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:

Printausgabe: 60,00 EUR

PDF-Datei: 30,00 EUR (E-Mail-Versand)

Alle Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten.

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Bad Ems · 2008

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.